

Silke Franke / Holger Magel (Hrsg.)

FLÜCHTLINGE AUFS LAND?

AMZ

106

Argumente und Materialien
zum Zeitgeschehen

Silke Franke / Holger Magel (Hrsg.)

FLÜCHTLINGE AUFS LAND?

Impressum

ISBN	978-3-88795-521-2
Herausgeber	Copyright 2016, Hanns-Seidel-Stiftung e.V., München Lazarettstraße 33, 80636 München, Tel. +49 (0)89 / 1258-0 E-Mail: info@hss.de , Online: www.hss.de
Vorsitzende	Prof. Ursula Männle, Staatsministerin a.D.
Hauptgeschäftsführer	Dr. Peter Witterauf
Leiter der Akademie für Politik und Zeitgeschehen	Prof. Dr. Reinhard Meier-Walser
Leiter PRÖ / Publikationen	Hubertus Klingsbögl
Redaktion	Prof. Dr. Reinhard Meier-Walser (Chefredakteur, V.i.S.d.P.) Barbara Fürbeth M.A. (Redaktionsleiterin) Susanne Berke, Dipl.-Bibl. (Redakteurin) Claudia Magg-Frank, Dipl. sc. pol. (Redakteurin) Marion Steib (Redaktionsassistentin)
Druck	Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Hausdruckerei, München
Männliche / weibliche Form	Die in der vorliegenden Publikation verwendete männliche Form impliziert selbstverständlich auch die weibliche Form. Auf die Verwendung beider Geschlechtsformen wird lediglich mit Blick auf die bessere Lesbarkeit des Textes verzichtet.

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung, Verbreitung sowie Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil dieses Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung der Hanns-Seidel-Stiftung e.V. reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden. Davon ausgenommen sind Teile, die als Creative Commons gekennzeichnet sind. Das Copyright für diese Publikation liegt bei der Hanns-Seidel-Stiftung e.V. Namentlich gekennzeichnete redaktionelle Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

INHALT

- 5 EINFÜHRUNG**
Silke Franke

FLÜCHTLINGE AUFS LAND – PLÄDOYERS

- 11 DER LÄNDLICHE RAUM ALS (NEUE) HEIMAT**
Martin Neumeyer
- 13 FLÜCHTLINGE REGIONAL VERTEILEN**
Thomas Huber
- 19 FAMILIEN AUFS LAND**
Reiner Braun / Harald Simons

SITUATIONSBESCHREIBUNGEN VOR ORT

- 33 UNTERBRINGUNG UND BETREUUNG DER FLÜCHTLINGE
IN NIEDERBAYERN**
Zehn Thesen
Jürgen Weber
- 41 INTEGRATION VON ASYLBEWERBERN IM LANDKREIS EBERSBERG**
Erfahrungen und Perspektiven
Mirjana Šimić
- 53 EHRENAMTLICHE FLÜCHTLINGSARBEIT IM LANDKREIS ROTH**
Strategische Aufgabenteilung
Aline Liebenberg / Thomas Röbbke / Anne Thümmeler
- 65 VOM WILLKOMMENSGRUSS ZUR INTEGRATIONSARBEIT
IM HOFHEIMER LAND**
Oder: Wie wir es schaffen werden
Eike Uhlich / Dieter Möhring

**69 DEZENTRALE UNTERBRINGUNG VON FLÜCHTLINGEN
IN BAD HEILBRUNN**

Näher dran
Thomas Gründl

73 INTEGRATION VON FLÜCHTLINGEN IN DIE ARBEITSWELT

Da ist Bewegung drin
Harald K. Fellner

**ZUSAMMENHALT FÖRDERN
WAS LEISTEN DIE FÖRDERPROGRAMME IN BAYERN?**

83 INTEGRATIONSPOLITISCHE MASSNAHMEN

Andreas Kufer

89 BEITRÄGE DER LANDENTWICKLUNG

Wolfgang Ewald

95 BEITRÄGE DER STÄDTEBAUFÖRDERUNG

Armin Keller

ÜBER DEN TELLERRAND GESCHAUT

103 MULTIKULTI TRIFFT LOKALBEVÖLKERUNG

Was wir von Erfahrungen anderer Länder lernen können
Tobias Weidinger / Stefan Kordel

113 ZWISCHEN WILLKOMMENSKULTUR UND VERLUSTÄNGSTEN

Migration im Kontext kommunaler Governance-Strukturen
Michael Weigl

117 TRANSFORMATION DURCH INTEGRATION

Wie Pioniere des Wandels den ländlichen Raum verändern
Nina Hehn / Manfred Miosga

RESÜMEE

125 BAYERN UND ANDERE MIGRANTEN

Integration und Werte durch Praxis leben
Holger Magel

EINFÜHRUNG

SILKE FRANKE || Ballungsräume wachsen, während ländliche Räume an Bevölkerung verlieren. Auch die Flüchtlinge¹ scheinen die Metropolen und dynamischen Wirtschaftszentren zu bevorzugen. Doch angesichts der Wohnraumprobleme und Segregationsgefahren in Großstädten auf der einen Seite und der Leerstandsproblematik und der Facharbeiterknappheit auf dem Land auf der anderen Seite werden Forderungen laut, Zuwanderung gleichmäßiger zu verteilen. Welche Zukunftsperspektive kann das Land den Flüchtlingen bieten? Welche Chance stellen die Flüchtlinge für die ländlichen Gemeinden dar?

Diesen Fragen ging das gemeinsame Sommerkolloquium der Bayerischen Akademie Ländlicher Raum und der Hanns-Seidel-Stiftung am 18. Juli 2016 in München nach. Die vorliegende Publikation stützt sich auf den roten Faden der Veranstaltung und stellt wesentliche Positionen und beispielhafte Praxisansätze nun auch in schriftlicher Form zur Verfügung.

„Warum immer die Städte?“ In ihren *Plädoyers* legen Martin Neumeyer, bis dato der Integrationsbeauftragte der Bayerischen Staatsregierung, der Landtagsabgeordnete Thomas Huber sowie Rainer Braun und Harald Simons vom Beratungsunternehmen empirica jeweils dar, warum es aus ihrer Sicht Sinn macht, Flüchtlinge bewusst auch in ländlichen Räumen aufzunehmen.

In den *Situationsbeschreibungen* schildern Akteure aus ihren konkreten Praxiserfahrungen heraus, vor welchen Herausforderungen sie „von der Akuthilfe bis zur Integrationsarbeit“ standen bzw. stehen und welche Strukturen und Abläufe sich vor Ort etabliert haben. Die Beispiele decken verschiedene Perspektiven ab – vom Regierungsbezirk über die Ebene der Landkreise und regionalen Initiativen bis hin zur einzelnen Gemeinde. Die Berichte stammen von Kommunalpolitikern und Ehrenamtlichen wie auch von Integrationsbeauftragten am Landkreis bzw. im Unternehmensverband.

Im Abschnitt *Was leisten die Förderprogramme in Bayern* geben Vertreter der verschiedenen Ministerien einen Einblick in das bayerische Integrationskonzept und in staatliche Leistungen, denn diese umfassen nicht nur z. B. Migrationsberatung oder Orientierungs- und Sprachkurse für Flüchtlinge. Auch die Städtebauförderung und die ländliche Entwicklung beinhalten Maßnahmen, die zur Schaffung von Wohnraum und zur Integration von Flüchtlingen beitragen.

**Zuwanderung muss GLEICHMÄSSIGER
zwischen Stadt und Land verteilt werden.**

Die weiteren Beiträge werfen einen *Blick über den Tellerrand*: Was können wir von den Erfahrungen anderer, (außer)europäischer Länder lernen? Gibt es schon Erkenntnisse zu den Wohnstandortentscheidungen Geflüchteter? Die Erlanger Geographen Tobias Weidinger und Stefan Kordel fassen erste Erkenntnisse aus ihren Forschungsvorhaben zusammen. Der Politikwissenschaftler Michael Weigl hingegen



Referenten des Sommerkolloquiums diskutierten im Juli 2016 in München die Zukunftsperspektiven der Flüchtlinge im ländlichen Raum.

Quelle: Hanns-Seidel-Stiftung

beschäftigt sich in seinem Aufsatz mit dem Verhältnis von Staat und Bürger: Die Integration von Flüchtlingen ist eine Gemeinschaftsaufgabe, an der sich kommunale Governance-Strukturen erproben. Einen Kontext zu „globalen Verwerfungen“ stellen die Kommunalberater Nina Hehn und Manfred Miosga her. Sie führen dazu Ansätze auf lokaler Ebene auf, die neue, nachhaltige Wege des Wirtschaftens und des gesellschaftlichen Zusammenhalts erproben. In der Bewältigung der Integration von Flüchtlingen sehen die Autoren auch eine transformative Kraft.

In seinem *Resümee* greift Holger Magel, Präsident der Bayerischen Akademie Ländlicher Raum, nochmals die öffentliche Meinungslandschaft und Aussagen des Sommerkolloquiums auf. Sein Fazit lautet: Ländliche Räume sind für die Aufnahme von Flüchtlingen, insbesondere junger Familien, durchaus geeignet und bieten eigene Formen eines „integrationserleichternden Milieus“. Magel erinnert daran, dass es Zuwanderung in ländlichen Räumen schon immer gegeben hat. Gleichwohl müssten aber Anstrengungen unternommen werden, damit die räumliche und soziale „Ver-Ortung“ gelingen kann: „Wir müssen Integration lernen.“

Der vorliegende Band trägt hoffentlich dazu bei.

Den ausführlichen Tagungsbericht des Sommerkolloquiums finden Sie unter <http://www.hss.de/politik-bildung/themen/themen-2016/fluechtlinge-aufs-land.html>.

Dort sind auch die Präsentationen der Vortragenden eingestellt.

SILKE FRANKE, DIPL.-GEOGR.

Referentin für Umwelt und Klima, Ländlichen Raum, Ernährung und Verbraucherschutz in der Akademie für Politik und Zeitgeschehen der Hanns-Seidel-Stiftung, München

ANMERKUNG

¹ Der Begriff „Flüchtlinge“ wird hier als Synonym verwendet zu: „Asylsuchende“, „Asylbewerber“.

AUF EINEN BLICK – DIE DISKUSSIONSPUNKTE

Welche Chancen bietet das Land für die Integration von Flüchtlingen?

- Geringere Anonymität und Überschaubarkeit
- Naturnähe, Ruhe, Sicherheit
- Räumliche Nähe von Schlüsselpersonen
- Reges Vereinsleben und Ehrenamtsnetzwerk; Kultur des „Anpackens“ und „Mitmachens“
- Relativ günstigen Wohnraum
- Ausbildungsmöglichkeiten
- Attraktivität für Familien

Welche Potenziale liegen im Zuzug?

- Auslastung und Verbesserung der Tragfähigkeit von Infrastrukturen
- Zusätzliche Nachfrage nach Nahversorgungs- und Dienstleistungsangeboten
- Abschwächung des demographischen Wandels
- Mittel- bis langfristig Lösungen für Fachkräftebedarf
- Instandsetzung von Leerständen, Revitalisierung von Ortsmitten
- Integration lernen, nicht nur im Zusammenhang mit Flüchtlingen
- Vielfalt, kulturelle Belebung

Was sind Herausforderungen bei der Integration von Flüchtlingen?

- Traumata, Kriegserfahrung der Flüchtlinge
- Fehlende / unzureichende Sprachkenntnisse
- Schulische Bildungsdefizite
- Fehlende oder nicht anerkannte Berufsabschlüsse
- Kulturelle Unterschiede
- Mangelnde Einbindung in soziale Netzwerke, Abschottung und Gefahr der Ghettoisierung
- Teilweise rechtliche Unsicherheiten und (aktuell) hohe Dynamik der Entwicklungen sowie Koordinierungsschwierigkeiten z. B. von haupt- und ehrenamtlichen Tätigkeiten
- „Raumwiderstand“: Mobilitätsschwierigkeiten auf dem Land (ÖPNV, Breitband, ärztliche Versorgung, Einkaufen)
- Wunsch der Flüchtlinge nach Nähe zu Bekannten bzw. Verwandten (in Städten), Vorurteile gegenüber dem ländlichen Raum
- Neiddebatten, Ängste der Gesellschaft, Gefahr der Polarisierung

Auf was kommt es an?

- Transparenz: Bürger frühzeitig informieren und einbinden; bekannte Persönlichkeiten als Fürsprecher und aktive Ehrenamtliche als Brückenbauer der Kulturen gewinnen
- Governance: Die Aufnahme der Flüchtlinge als Gemeinschaftsaufgabe verstehen; Akteure und Initiativen von Staat, Kommune und Zivilgesellschaft koordinieren
- Quervernetzung: Regionalen und intersektoralen Austausch pflegen; in Regionalentwicklungsiniciativen und kommunale Entwicklungskonzepte einbetten
- „Matching“: Wer passt wo? Wer braucht wen? Wohnraum, Ausbildungs- und Arbeitsplätze etc. für beide Seiten passgenau vermitteln
- Monitoring: Datengrundlagen erfassen, Entwicklungen beobachten, organisatorische Strukturen etablieren bzw. anpassen
- Finanzierung und Professionalisierung („empowerment“): Schulungen und Qualifizierungen fördern, Best Practice verbreiten, Förderungen nutzen bzw. weiterentwickeln, wie z. B. Wohnbau und Existenzgründung, Innenentwicklung und soziale Dorferneuerung etc.
- Image: Ein realitätsnahes Image von ländlichen Räumen vermitteln wie auch von der Flüchtlingssituation
- Chancengerechtigkeit: (niederschwellige) Angebote für alle sozialen Schichten und für alle regionalen Teilräume bereithalten; Mobilitätshemmnisse sind Hemmnisse für Flüchtlinge wie auch für Einheimische
- Klarheit der Werte und Haltungen: Integration als aktives und differenziertes Zugehen auf Flüchtlinge – „fördern, aber auch fordern“; Integration durch „Werte im Alltag leben und miterleben lassen“ – Anreize schaffen, sich auf diese (unsere) Gesellschaft einzulassen
- Offenheit: aufeinander zugehen; Veränderungsbereitschaft, Zuversicht und Selbstvertrauen gelten für beide Seiten, für Flüchtlinge wie Alteingesessene

FLÜCHTLINGE AUFS LAND PLÄDOYERS

DER LÄNDLICHE RAUM ALS (NEUE) HEIMAT

MARTIN NEUMEYER || Die allermeisten Zuwanderer streben in die Ballungsräume. Das ist auch bei den Flüchtlingen und Asylbewerbern nicht anders, sobald sie die freie Wahl haben, wo sie sich niederlassen wollen. Auch für sie scheint die – eigentlich längst überholte – Aussage zu gelten: „Stadtluft macht frei“. Dennoch macht es Sinn, Flüchtlinge bewusst im ländlichen Raum anzusiedeln.

AUSWAHLKRITERIEN FÜR DIE ZUWANDERER

Warum nur immer die Städte? Auf den ersten Blick scheint das vernünftig, sind es doch die Metropolen und Ballungsräume, die den Menschen Jobs und gute Verdienstmöglichkeiten bieten. Aber warum gehen die Leute dann nicht nur nach München, Stuttgart oder Frankfurt, sondern auch ins Ruhrgebiet, nach Bremen oder Braunschweig? Da bietet jede bayerische, fränkische oder württembergische Kleinstadt mehr Zukunftsperspektiven. Es muss also noch andere Gründe geben.

Wenn Flüchtlinge unter ihresgleichen bleiben, bleibt die **MOTIVATION** gering, Deutsch zu lernen und sich zu integrieren.

Ein wichtiger Grund liegt sicher daran, dass es in den großen Städten Landsleute gibt, die bei der Orientierung helfen können. So gehen auch syrische, irakische oder afghanische Flüchtlinge vorzugsweise in ganz bestimmte Städte und Regionen, selbst wenn dort eine hohe Arbeitslosigkeit herrscht. Sie glauben, dort ein Stück Heimat in der Fremde zu finden. Das aber verringert die Notwendigkeit, Deutsch zu lernen, sich in unserem Land zu integrieren. Es droht die Entstehung von Parallelgesellschaften.

Diese Parallelgesellschaften sind natürlich auch ein Symptom der Unzufriedenheit, enttäuschter Erwartungen und des Gefühls, nicht dazuzugehören. Trotzdem bleiben viele Migranten lieber unter Landsleuten, als der Arbeit hinterherzuziehen. Manche machen das und stehen dann in Berlin, Hamburg oder den Wachstumsräumen Süddeutschlands vor neuen Problemen. Hier herrscht Wohnungsnot, und der Verdienst geht ganz schnell für horrenden Mieten drauf. Ob das die gewünschte Zukunftsperspektive ist?

Aber warum wollen fast alle Zuwanderer partout in die Städte? Das liegt natürlich auch am „Image“ des ländlichen Raums. Viele Migranten und Flüchtlinge halten die Menschen auf dem Land für intolerant, wenn nicht gar fremdenfeindlich. Außerdem leben dort nur selten Landsleute. Hinzu kommt das Vorurteil, da gebe es keine Arbeitsplätze und der ländliche Raum bestehe überwiegend aus überalterten Regionen, aus denen auch die jungen Deutschen wegliefen. Kurz: Der ländliche Raum hierzulande steht für no future, Langeweile und Leute mit Vorurteilen.

POSITIVE ASPEKTE DES LANDELEBENS

Gerade in Bayern und Baden-Württemberg gibt es auf dem Land viele hidden champions und beste Berufsaussichten für die, die etwas leisten wollen. Die Infrastruktur ist hervorragend und die Lebensqualität oft deutlich besser als in den überfüllten Ballungsräumen. Aber

selbst die strukturschwächeren Regionen haben Flüchtlingen und Migranten einiges zu bieten. Denn dort sind sie allein schon deshalb willkommen, weil sie jung sind und dabei helfen können, den demographischen Wandel aufzuhalten. Sie sind ein Teil der Zukunft.

Auf dem Land haben Flüchtlinge die Chance, in die bestehende Gemeinschaft aufgenommen zu werden und eine neue HEIMAT zu finden.

Auch wenn das jetzt alles ein wenig idealtypisch klingen mag, so sollten wir alles dafür tun, dass sich Migranten und Flüchtlinge von ihrer Fixierung auf die Ballungsräume lösen. Und umgekehrt muss der ländliche Raum erkennen, welche Chancen Zuwanderung für ihn bietet und dass sie zu seiner Entwicklung und Zukunftssicherung beiträgt.

|| **MARTIN NEUMEYER**

Integrationsbeauftragter der
Bayerischen Staatsregierung, München;
Landrat des Landkreises Kelheim

Natürlich gelingt der Strukturwandel nicht von heute auf morgen. Trotzdem bieten nahezu alle Regionen in Bayern jungen Leuten und Familien gute Entwicklungsperspektiven. Und umgekehrt brauchen diese Regionen junge Leute, schon um die Abwanderung auszugleichen, die Überalterung aufzuhalten und den Rückbau der Infrastruktur zu verhindern. So kann zusammenfinden, was zusammengehört – und das ist natürlich auch für die Standortentscheidungen von Unternehmen nicht uninteressant.

Zudem kann der ländliche Raum gerade Flüchtlingen etwas bieten, was sie in großen Städten kaum finden werden: Heimat. Denn dort gibt es häufig eine Gemeinschaft, gibt es ein lebendiges Vereinswesen, das in den Ballungsräumen schon längst nicht mehr vorhanden ist. Integration gelingt quasi nebenbei – schon allein, weil die Alternative, ein Rückzug in die eigene Herkunftsgruppe, mangels Landsleuten vor Ort oft keine echte Alternative ist.

So finden die Flüchtlinge schnell Aufnahme und Akzeptanz und wecken – anders als in manchen Großstädten – auch keine „Überfremdungsängste“. Sie lernen schnell Deutsch und die Sitten, Gebräuche und Normen ihrer neuen Heimat kennen, ohne ihre althergebrachte Identität verleugnen zu müssen. Damit haben sie beste Voraussetzungen, einen wertvollen Beitrag zur Entwicklung und zum Wohlstand ihres neuen Lebensraumes leisten zu können.

FLÜCHTLINGE REGIONAL VERTEILEN

THOMAS HUBER || Das neue Bayerische Integrationsgesetz gibt eine klare Zielvorgabe: Bayern soll auch in Zukunft das Land des Zusammenhalts, der gelingenden Integration und damit auch das Land gemeinsamer Heimat bleiben. Damit die Integration der großen Zahl an bleibeberechtigten Flüchtlingen auch tatsächlich gelingt, müssen sie auf alle bayerischen Regionen gerecht verteilt werden. Das ist auch deshalb möglich, weil der ländliche Raum im Freistaat über eine sehr gute Infrastruktur verfügt, die auch in den kommenden Jahren noch weiter ausgebaut werden wird.

AUSGANGSLAGE: BAYERISCHE BEVÖLKERUNG WIRD WEITER KRÄFTIG WACHSEN

Deutschland schrumpft, Bayern wächst: Das ist die Quintessenz der neuen Bevölkerungsprognose der Bertelsmann-Stiftung. Demnach wird Deutschland bis zum Jahr 2030 mehr als eine halbe Million Einwohner weniger, Bayern aber 440.000 Einwohner mehr haben. Das bedeutet, dass der Freistaat im Jahr 2030 rund 13 Mio. Einwohner zählen wird – so viele wie nie in seiner Geschichte.

Allerdings verläuft die demografische Entwicklung in Bayern regional stark unterschiedlich. So wird in vielen Gebieten die Bevölkerung bis 2030 weitgehend konstant bleiben, vor allem in Oberbayern aber regional zum Teil noch stark anwachsen – dazu gehören die Metropolregion München und die sie umgebenden Landkreise.

Gleichzeitig gibt es in Nord- und Ostbayern aber etliche Landkreise und kreisfreie Städte, in denen die Bevölkerung weiter zurückgehen wird. So könnte etwa der Landkreis Wunsiedel bis 2030 rund 20 % seiner Einwohner verlieren.

MIETEN IN DEN BAYERISCHEN BALLUNGS-RÄUMEN AUF REKORDNIVEAU

Die ungebrochen hohe Attraktivität der Ballungsräume in Bayern wird auch in Zukunft dazu führen, dass die dortigen Menschen einen großen Teil ihres Einkommens für Wohnen ausgeben müssen.

Am 7. Juli 2016 war dazu in der Süddeutschen Zeitung die Schlagzeile zu lesen: „Mieten erreichen neuen Rekordwert“. Eine Nachricht, die wir zwischenzeitlich schon mehrmals lesen konnten. Das Blatt beschäftigte sich auf einer ganzen Seite mit der am 6. Juli 2016 veröffentlichten Studie des Immobilienverbands Deutschland Süd (IVD):

- Demnach sind die Mieten in der Landeshauptstadt im Frühjahr 2016 erneut gestiegen, der Durchschnittspreis für Bestandswohnungen liegt nun bei 14,90 Euro pro Quadratmeter Nettokaltmiete – wann die 15-Euro-Marke überschritten werde, sei nur eine Frage der Zeit.
- Das sind 1,4 % mehr als im Vergleich zum Herbst 2015.

- In den vergangenen 10 Jahren sind die Mieten für Bestandswohnungen in München nominal um fast 45 % gestiegen.
- Bei den Altbauwohnungen waren es im gleichen Zeitraum 48,2 %, bei den Neubauten sogar 50,4 %.

MENSCHEN IN BAYERN MÜSSEN IMMER GRÖßEREN ANTEIL IHRES EINKOMMENS FÜR MIETE AUFBRINGEN

Die Münchner und der Großteil der Bürger aus dem Ballungsraum müssen deshalb einen immer größeren Anteil ihres Einkommens für die Miete aufbringen, fast 28 %: Nirgends liegt dieser Wert in Bayern so hoch wie in der bayerischen Landeshauptstadt. Grund für die horrenden Preise in München ist vor allem, so die Studie, dass immer mehr Menschen zuziehen und zu wenig neue Wohnungen gebaut werden.

Der Anteil des Einkommens für Miete beträgt in MÜNCHEN fast 28 %.

Dabei bleibt allerdings ein Aspekt unberücksichtigt: Die Nutzung von leerstehendem Wohnraum. Als Lösungsansatz wird stets der Bau von Wohnungen vorgebracht und außer Acht gelassen, dass es vielerorts auch Wohnungsleerstände gibt.

Die Studie des Immobilienverbands Deutschland Süd hat aber nicht nur die Wohnsituation in München, sondern in ganz Bayern untersucht: Sie kommt zu dem Ergebnis, dass nicht nur in München, sondern auch in anderen Großstädten sowie deren Ballungsräumen die Menschen einen großen Teil ihres Einkommens für die Miete verwenden müssen. Ich selbst komme aus Grafing im Landkreis Ebersberg und kann das nur bestätigen:

- Hinter München mit 28 % folgen Regensburg mit 24,2 %, Augsburg mit 24,1 % und Würzburg mit 23,9 %.

- Am wenigsten für die Miete ausgeben müssen die Bürger von Weiden in der Oberpfalz, nämlich gerade einmal 15 % ihres Einkommens.

Das Fazit des Artikels der Süddeutschen Zeitung lautete deshalb: „Wohnen in der Stadt wird immer teurer. [...] Ein Ende des Anstiegs ist nicht in Sicht, weil zu wenig gebaut wird und die Bevölkerung rasant wächst.“ Dazu ist aus meiner Sicht zu ergänzen, dass die Möglichkeiten, die es neben einem Neubau von Wohnungen gibt, zu wenig genutzt werden. Das ist aber dringend notwendig, denn sonst wird für viele Menschen das Wohnen in Ballungsräumen bald unerschwinglich sein.

FORDERUNG: AUSGEWOGENE RÄUMLICHE VERTEILUNG DER FLÜCHTLINGE AUF ALLE BAYERISCHEN REGIONEN

Angesichts dieser besorgniserregenden Situation, unter der natürlich besonders Menschen mit geringeren Einkommen leiden, beschäftigt sich die von mir geleitete Arbeitsgruppe „Demografische Entwicklung“ der CSU-Landtagsfraktion seit ihrer Gründung vor fast drei Jahren auch intensiv mit der Wohnsituation der Menschen in Bayern. Dass es dabei natürlich nicht nur zwischen München und Weiden, sondern zwischen allen Ballungsräumen und den ländlichen Räumen in Bayern insgesamt, erhebliche Unterschiede gibt, ist fast täglich in den Medien zu lesen und wird auch durch Studien immer wieder bestätigt.

Es versteht sich von selbst, dass sich diese Situation auf dem Wohnungsmarkt natürlich auch auf die Unterbringung von Flüchtlingen (oder umgekehrt) auswirkt, die seit 2015 in großer Zahl nach Bayern gekommen sind. Zwar ist ihre Zahl im 1. Halbjahr des Jahres 2016 stark zurückgegangen, es kann aber niemand eine seriöse Prognose abgeben, wie sie sich in Zukunft entwickeln wird.

Als Basis für das neue Bayerische Integrationsgesetz hat die Arbeitsgruppe „Demografische Entwicklung“ der CSU-Landtagsfraktion deshalb bereits im Herbst 2015 „10 Leitlinien für die Integration von Flüchtlingen in Bayern“ erarbeitet.

Der 1. Punkt dieser Leitlinien lautet:

Flüchtlinge auf alle Regionen Bayerns verteilen.

„Um eine gerechte Lastenverteilung innerhalb Bayerns zu erreichen, sollen die Flüchtlinge auf alle Regionen verteilt werden. Dabei ist auf eine ausgewogene Verteilung auf städtische und ländliche Regionen zu achten. Die bereits vorhandene Infrastruktur (hierzu zählt auch vorhandener Wohnraum) soll dabei so weit wie möglich genutzt werden.“

Wenn wir uns die heute bei den Vorträgen dieser Veranstaltung bekannt gewordenen Zahlen ansehen, hat z. B. Oberbayern mit seinen bevölkerungsstarken Ballungsräumen einen Migrationsanteil von 22,6 % und im Vergleich dazu beispielsweise Oberfranken mit seinen überwiegend ländlichen Regionen 11,7 %; das ist eine Spreizung von knapp 11 %.

Im 7. Punkt der Leitlinien haben wir diese Forderung dann auch bereits in konkrete Vorschläge umgesetzt. Er lautet:

Flüchtlinge mit gezielten Programmen in den ländlichen Raum integrieren.

„In ländlichen Räumen ist der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund wesentlich niedriger als in Ballungsräumen.

Um eine Entlastung der Ballungsräume zu erreichen, müssen deshalb gezielte Programme aufgelegt werden, um Flüchtlinge in die ländlichen Regionen Bayerns zu integrieren. Dabei ist darauf zu achten, dass dies in Einklang mit der Bevölkerungszahl und den vor Ort vorhandenen Kapazitäten geschieht. Eine Überforderung einzelner Kommunen oder Regionen muss verhindert werden.“

Flüchtlinge müssen gezielt in die LÄNDLICHEN REGIONEN Bayerns integriert werden.

Diese Forderung der Arbeitsgruppe „Demografische Entwicklung“ stieß in der CSU-Landtagsfraktion auf offene Ohren und wurde in den ersten Entwurf des neuen Bayerischen In-

tegrationsgesetzes übernommen. Dort hieß es bis vor kurzem noch in Art. 11 „Ausgewogene räumliche Verteilung im Freistaat Bayern“:

„Die Staatsregierung wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung die Übernahme und Verteilung von Ausländerinnen und Ausländern sowie ihrer nachzugsberechtigten Familienangehörigen im Freistaat Bayern zu regeln, die aufgrund der §§ 22, 23 und 24 AufenthG aufzunehmen sind oder denen auf der Grundlage einer Entscheidung des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge ein Aufenthaltstitel nach § 25 Abs. 1 bis 3 AufenthG zu erteilen ist.“

Die CSU-Landtagsfraktion hat die Forderung nach der Wohnsitzzuweisung in den Verhandlungen auf Bundesebene erfolgreich durchgesetzt. Dieser Artikel 11 hat damit bereits Einzug in die bundesgesetzliche Regelung gefunden. Die entsprechende Verordnungsermächtigung wurde in § 12 a Abs. 9 AufenthG festgeschrieben und wurde in Bayern bereits im Zuge des § 8 Asyldurchführungsverordnung umgesetzt. Mit Erreichen dieser Kernforderung ist es nun nicht mehr erforderlich, den Artikel 11 im Gesetzentwurf für ein Bayerisches Integrationsgesetz beizubehalten.

Ziel der Wohnsitzzuweisung ist es, eine gerechte Lastenverteilung innerhalb Bayerns zu erreichen und so den in ländlichen Regionen vorhandenen Wohnraum nutzen zu können.

Denn während München und die anderen Ballungsräume unter einem teilweise dramatischen Wohnungsmangel stöhnen,

- gibt es in Bayern derzeit 213.000 leer stehende Wohnungen,
- in ganz Deutschland sind es sogar rund 2 Mio. leer stehende Wohnungen, darunter 299.000 in Nordrhein-Westfalen und 193.000 in Baden-Württemberg.

Diese befinden sich aber überwiegend außerhalb der Ballungsräume. Es gibt also in Deutschland und Bayern ausreichend Wohnraum, den wir für die Unterbringung der großen Zahl an Flüchtlingen, die sich derzeit bei uns befinden, nutzen sollten. Natürlich ist nicht jede leer stehende Wohnung dafür geeignet, wir sollten aber jetzt rasch daran gehen, die geeigneten Wohnungen zu finden und sie, wenn nötig, entsprechend zu sanieren und umzubauen.

WIRTSCHAFTLICHE UNTERSCHIEDE IN BAYERN HABEN STARK ABGENOMMEN

Das bayerische Heimatministerium hat 2015 erstmals einen Heimatbericht erstellt, um eine umfassende Statistik der Landesentwicklung im Freistaat zu bekommen.

Eines seiner wichtigsten Ergebnisse ist, dass die wirtschaftlichen Unterschiede in Bayern erfreulicherweise stark abgenommen haben und der ländliche Raum in den vergangenen Jahren gegenüber den Verdichtungsräumen deutlich aufholen konnte: Die Lebensqualität der Menschen hat sich also erheblich verbessert.

Vor 20 Jahren hatten wir noch einen großen Unterschied zwischen einzelnen Landesteilen. So lag beispielsweise die Arbeitslosigkeit in Oberbayern bei unter 7 %, in Oberfranken bei rund 12 %. Heute liegen wir bei 3,2 und 3,9 %. Das bedeutet, die „schwächste“ Region ist eigentlich fast so gut aufgestellt wie die beste Region in Bayern.

Gleichzeitig zeigt der Heimatbericht auch, dass der ländliche Raum immer attraktiver wird: Die Unternehmen finden hier gute Standortbedingungen, immer mehr Menschen ziehen daher auch in den ländlichen Raum, in dem bereits heute rund 8 Mio. Menschen leben. Das sind immerhin 60 % der gesamten bayerischen Bevölkerung. Diese Zahl zeigt, dass die in anderen Ländern erkennbare „Verstädterungstendenz“ auf Bayern nicht übergegangen ist.

Damit das auch in Zukunft so bleibt, unterstützen wir in Bayern große Anstrengungen, um das Verfassungsziel „Gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern“ zu erreichen und dauerhaft umzusetzen. Neben der Stärkung der Infrastruktur gerade in Räumen mit besonderem Handlungsbedarf (RmbH) inklusive attraktiver Schulen und Hochschulen kommt dabei auch dem Ausbau des schnellen Internets eine herausragende Bedeutung zu:

- Deshalb ist unser neues bayerisches Breitbandförderprogramm in Höhe von 1,5 Mrd. Euro gerade für die Menschen und die Unternehmen im ländlichen Raum von elementarer Bedeutung.

Und um den Menschen vor Ort auch in Zukunft qualitativ hochwertige Arbeitsplätze bieten zu können, wollen wir durch eine stärkere

Regionalisierung der Wissenschaft die Innovationsfähigkeit in strukturschwächeren Regionen stärken.

Dazu gehört auch, dass wir Behörden in strukturschwächere Regionen verlagern und die Konversion von Bundeswehrräumen vorantreiben. Ich begrüße auch, dass strukturschwachen und grenznahen Räumen durch ein gelockertes Anbindegebot und die deutliche Erleichterung von Zielabweichungsverfahren für Industrie- und Gewerbeansiedlungen an Bundesstraßen und Autobahnausfahrten neuer Schub gegeben werden soll.

Der ländliche Raum wird für **UNTERNEHMEN** immer attraktiver.

Das kommt den dortigen Unternehmen zugute und trägt auch dazu bei, jungen Menschen im ländlichen Raum attraktive berufliche Perspektiven zu bieten – und sie nicht wie in vielen anderen Ländern dieser Erde dafür in die Ballungsräume zu „zwingen“.

Diese Vorzüge des ländlichen Raums in Bayern muss man auch den Flüchtlingen erklären, da sie ja vielfach aus Ländern kommen, in denen es nur in den Ballungsräumen Arbeitsplätze gibt. Bei uns in Bayern ist der ländliche Raum eben keine „Provinz“, sondern bietet praktisch alles, was die Menschen in anderen Staaten der Erde nur in den Ballungsräumen finden.

LÄNDLICHER RAUM IN BAYERN HAT EINEN HOHEN ENTWICKLUNGSSTANDARD ERREICHT

Auch die jüngste McKinsey-Studie „Bayern 2025: Alte Stärke – neuer Mut“ hat bestätigt, dass in Bayern keine Region „abgehängt“ wird und der ländliche Raum einen hohen Entwicklungsstandard erreicht hat. Kein Ort in Bayern ist so „schlecht“, als dass es sich dort nicht gut leben ließe. Es spricht also überhaupt nichts dagegen, Flüchtlinge ausgewogen auf alle Regionen Bayerns zu verteilen – auch deswegen, um den zunehmenden Druck auf die Ballungsräume nicht noch weiter zu verstärken.

Um die Flüchtlinge in die ländlichen Regionen Bayerns zu integrieren, müssen – das haben wir von unserer Arbeitsgruppe „Demografische Entwicklung“ schon in unseren „Leitlinien“ formuliert – entsprechende vorhandene Programme genutzt und wenn notwendig, neue aufgelegt bzw. vorhandene ausgeweitet werden. Dabei ist darauf zu achten, dass dies in Einklang mit der Bevölkerungszahl und den vor Ort vorhandenen Kapazitäten geschieht. Eine Überforderung einzelner Kommunen oder Regionen muss dabei selbstverständlich verhindert werden.

Deshalb wage ich die Prognose, dass für viele Flüchtlinge aufgrund der gut funktionierenden – z.T. dörflichen – Strukturen im ländlichen Raum die Integration einfacher sein dürfte, als in einem großstädtischen Umfeld.

Neben der Verfügbarkeit von Wohnraum und einer möglichen Entlastung der Ballungsräume sprechen noch weitere Gründe für eine „dezentrale“ Unterbringung von anerkannten Flüchtlingen in ländliche Regionen:

- Verhinderung von Segregation in Städten und die Bildung von Parallelstrukturen,
- Begegnungsmöglichkeiten und das rege Vereinsleben auf dem Land bieten gute Voraussetzungen für eine gelingende Integration,
- Erhalt der (sozialen) Infrastruktur und die erhöhte Nachfrage nach Konsumgütern;
- Erhalt von Nahversorgungsstrukturen für Ältere und Schaffung von evtl. zusätzlichen Angeboten auf dem Land,
- Wiederbelebung von Ortskernen,
- Möglichkeit zur Nutzung von Arbeitsplatzangeboten für Personen im Kontext von Fluchtmigration.

Die Integration von Flüchtlingen dürfte im ländlichen Raum aufgrund der vorhandenen Strukturen EINFACHER sein.

Der ländliche Raum ist – mit wenigen Ausnahmen – bestens ausgestattet und hat alle Voraussetzungen, um Flüchtlinge gut zu integrieren und ihnen Perspektiven zu geben, z. B. auch „einfache“ Jobs in Dienstleistungs- und Handwerksbetrieben.

Neben den aufgeführten Chancen dürfen die damit verbundenen Herausforderungen nicht außer Acht gelassen werden. Eine stärkere Dezentralisierung erfordert oftmals mehr Koordinationsaufwand. Deswegen hat die Bayerische Staatsregierung die zuvor in einem Modellprojekt erfolgreich getesteten Koordinatorenstellen für Helfer im Bereich Asyl flächendeckend ausgeweitet.

FAZIT

Die bisherige Erfahrung vieler Landkreise und Gemeinden hat gezeigt, dass es noch keine nennenswerten Wanderungsbewegungen von auf dem Land untergebrachten Flüchtlingen in die Städte gegeben hat. Dass Flüchtlinge gerne auf dem Land bleiben, wenn sie einmal dort untergebracht wurden, führt eine Studie von Dr. Stefan Kordel von der Universität Erlangen darauf zurück, dass:

- Flüchtlinge auf dem Land die ersehnte Ruhe finden,
- sie mit dem Land mehr Lebensqualität verbinden, insbesondere für Familien,
- sie verlässliche soziale Unterstützung erfahren,
- sie emotionale und kognitive Verbindungen zur Region aufgebaut haben.

Bei Betrachtung dieser Argumente und meiner vorherigen Ausführungen unterstreiche ich meine Auffassung, dass bei der Unterbringung von Flüchtlingen auf dem Land viele Chancen für eine erfolgreiche Integration existieren.

|| THOMAS HUBER, MBA

Mitglied des Bayerischen Landtags;
Vorsitzender der AG „Demografische Entwicklung“ der CSU-Landtagsfraktion und Mitglied der Enquete-Kommission „Integration in Bayern aktiv gestalten und Richtung geben“;
Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

FAMILIEN AUFS LAND

REINER BRAUN / HARALD SIMONS || In den letzten zwölf Monaten sind rund eine Million Flüchtlinge nach Deutschland gekommen. Die Not in den Herkunftsregionen ist groß, sonst würden die Menschen nicht ihr Leben und das ihrer Kinder auf der Flucht riskieren. Dieser Beitrag soll Anregungen liefern, wie das Leid derjenigen Menschen gelindert werden kann, die den Weg nach Deutschland gefunden haben. Die Fluchtursachen werden nicht thematisiert. Im Fokus dieses Beitrags stehen diejenigen, die schon länger in Sammelunterkünften, Turnhallen oder anderen Provisorien leben und jetzt dringend eine eigene Wohnung benötigen. Dazu wird eine Möglichkeit beschrieben, wie Zuwanderer so untergebracht werden können, dass sowohl die Wohnqualität möglichst hoch, die Kosten dafür möglichst niedrig und die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Integration möglichst gut gestaltet werden.

QUANTITÄTEN UND STRUKTUREN

Derzeit ist noch vieles unklar. Das betrifft zum einen das mengenmäßige Ausmaß: Wie viele Flüchtlinge kommen noch, wie viele werden anerkannt und bleiben zumindest mittelfristig, wie viele werden endgültig oder zumindest langfristig in Deutschland wohnen?

Im Jahr 2014 stellten 173.000 Personen erstmals einen Asylantrag in Deutschland, nach 110.000 im Jahr 2013. Im Jahr 2015 waren es wohl rund eine Million Erstanträge. Für das Jahr 2016 liegen noch keine endgültigen Schätzungen vor. Dies allerdings sind Bruttogrößen, die ausschließlich den Zuzug berücksichtigen. Für die Gesamtwirkung sind die Fortzüge davon wieder abzuziehen, d. h. Rück- oder Weiterwanderungen. Mit hohen Rückwanderungen ist zum einen durch eine stringenter Abschiebepolitik von nicht-asylberechtigten Personen insbesondere bei Personen aus sicheren Herkunftsstaaten zu rechnen.

Unterstellt man insgesamt eine Bleibequote von 40 %, dann wäre bei 2 Mio. Flüchtlingen dauerhaft „nur“ mit insgesamt 800.000 zusätzlichen Einwohnern in Deutschland zu rechnen. Es wäre demnach nicht verwunderlich, wenn – im Zusammenspiel steigender Fortzüge und möglicherweise sinkender Zuzüge – der Saldo im Jahre 2017 negativ werden würde.

Zwei Drittel der Flüchtlinge sind Familien

Diese 800.000 zusätzlichen Einwohner wohnen in Haushalten und Familienstrukturen zusammen, die früher oder später gemeinsam eine Wohnung nachfragen werden. Zu den Asylbewerbern des Jahres 2014 hat das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) einige wenige Eckdaten veröffentlicht. Insbesondere die Angaben zu Alter und Geschlecht (Erstanträge) sind hilfreiche Indikatoren für die künftige Wohnungsnachfrage.

Besonders bemerkenswert ist zunächst der sehr hohe Anteil der Kinder. Demnach waren im Jahr 2014 rund 28 % der Asylbewerber Kinder unter 16 Jahren (Tab. 1). Zum Vergleich: Der Anteil der Kinder bis unter 16 Jahren in Deutschland beträgt gerade einmal die Hälfte, nämlich 14 %. Wird zu den Kindern bis unter 16 Jahren noch der Anteil der Kinder von 16 bis unter 18 Jahren addiert, die begleitet Deutschland erreichten, so waren 2014 etwa 30 % der Asylbewerber Kinder.

Diese Kinder sind – abgesehen von rund 1.000 unbegleiteten Minderjährigen bis unter 16 Jahren – in Begleitung mindestens eines verantwortlichen Erwachsenen nach Deutschland gekommen – in der Regel werden dies Vater und / oder Mutter gewesen sein. Wird davon ausgegangen, dass jedes Kind von genau einem

Tabelle 1: Asylersanträge im Jahr 2014 nach Geschlecht und Alter

Alter	Anzahl Personen	Männlich	Weiblich	Anteil an Gesamt	Anteil männlich
65 Jahre und älter	1.299	567	732	0,8%	43,6%
von 60 bis unter 65 Jahre	1.214	599	615	0,7%	49,3%
von 55 bis unter 60 Jahre	2.116	1.133	983	1,2%	53,5%
von 50 bis unter 55 Jahre	3.155	1.837	1.318	1,8%	58,2%
von 45 bis unter 50 Jahre	4.782	3.020	1.762	2,8%	63,2%
von 40 bis unter 45 Jahre	7.605	5.012	2.593	4,4%	65,9%
von 35 bis unter 40 Jahre	12.063	8.225	3.838	7,0%	68,2%
von 30 bis unter 35 Jahre	18.770	13.048	5.722	10,8%	69,5%
von 25 bis unter 30 Jahre	26.717	19.698	7.019	15,4%	73,7%
von 18 bis unter 25 Jahre	40.355	31.280	9.075	23,3%	77,5%
von 16 bis unter 18 Jahre	6.626	4.974	1.652	3,8%	75,1%
bis unter 16 Jahre	48.362	25.781	22.581	27,9%	53,3%
unbekannt	8	7	1	0,0%	87,5%
Gesamt	173.072	115.181	57.891	100,0%	66,6%

Quelle: BAMF (2015): Das Bundesamt in Zahlen 2014. Asyl, Migration und Integration, S. 22.

verantwortlichen Elternteil begleitet wurde (d. h. dieses Verhältnis entspricht z. B. einer Familie von Vater, Mutter und zwei Kindern), bedeutet dies, dass 60 % aller Flüchtlinge Teil einer (Kern-)Familie waren (Vater und / oder Mutter plus Kind/er). Dies ist eine wichtige Erkenntnis: Flüchtlinge kommen meistens als Familien.

Leider liegen keine Daten zu den Alters- und Geschlechtsstrukturen nach Herkunftsland vor. Wir gehen aber davon aus, dass der Familienanteil insbesondere bei den syrischen Kriegsflüchtlingen besonders hoch ist, während er bei den Flüchtlingen aus Afrika südlich der Sahara oder aus Afghanistan oder Pakistan eher niedriger liegen dürfte. Vermutlich ist derzeit ein Familienanteil von 2/3 eine gute Faustgröße.

Die Aussage „Zwei Drittel aller Flüchtlinge sind Familien“ scheint der häufig zu lesenden Aussage, dass vor allem junge Männer Deutschland erreichen würden, zu widersprechen. Diese

Aussage stützt sich vor allem darauf, dass tatsächlich zwei Drittel aller Flüchtlinge im Jahre 2014 männlichen Geschlechts war. Allerdings bedeutet ein Zwei-Drittel-Anteil von Männern nicht, dass diese alle oder überwiegend alleinstehend flüchten. Vielmehr sind ein Teil der jungen Männer junge Väter oder zumindest Ehemänner, die zusammen mit ihren Angehörigen geflüchtet sind.

Dass Flüchtlinge meistens als FAMILIEN kommen, ist eine wichtige Erkenntnis.

Nur ein Fünftel der Flüchtlinge sind alleinstehende junge Männer

Der Anteil der alleine flüchtenden jungen Männer lässt sich grob abschätzen, wenn vereinfachend davon ausgegangen wird, dass keine Frau alleine flüchtet (Tab. 2). Den rund 84.000 Männern zwischen 18 und 49 Jahren (inkl. der unbegleiteten Minderjährigen von 16 und 17 Jahren) standen 32.000 Frauen gegenüber. Damit wären gut 52.000 Männer alleine geflüchtet. Dies entspricht einem Anteil von 30 % an allen Flüchtlingen. Wird „junge Männer“ enger definiert als 18 bis unter 30 Jahre (inkl. der unbegleiteten Minderjährigen von 16

und 17 Jahren), so betrug ihr Anteil 21 % im Jahre 2014. Wie erläutert gehen wir davon aus, dass der Familienanteil gestiegen ist, d. h. der Anteil alleinflüchtender junger Männer läge dann aktuell bei rund einem Fünftel.

In der Summe der beiden groben Rechnungen ergibt sich ein relativ klares, in sich stimmiges Bild: Rund 60 % der Flüchtlinge sind Familien (Vater und / oder Mutter plus Kind(er)), 20 % junge Männer bis unter 30 Jahren, 10 % sind Männer zwischen 30 und 49 Jahren, 4 % sind ältere Personen über 50 Jahre. Es verbleibt ein Rest von 5 %, die nicht zugeordnet werden können.

Tabelle 2: Schätzung der Familienstrukturen der Flüchtlinge, 2014

Basisdaten s. Tab. 1

	Anzahl	Anteil
a) Familien		
Kinder bis unter 16 Jahren	48.362	28%
begleitete Kinder 16 oder 17 Jahre* +	3.644	2,1%
Kinder insgesamt =	52.006	30%
Eltern der Kinder (1:1) +	52.006	30%
Familienangehörige (Vater und/oder Mutter plus Kind(er)) =	104.013	60%
b) Allein flüchtende junge Männer		
Männer 18-49 + unbegleitete 16/17-Jährige*	84.358	
Frauen 18-49 + unbegleitete 16/17-Jährige* -	32.070	
Männer ohne Frauen bis unter 50 Jahre =	52.288	30%
<i>darunter: allein flüchtende junge Männer unter 30 Jahren</i>		
Männer 18-29; + unbegleitete 16/17-Jährige*	53.216	
Frauen 18-29 + unbegleitete 16/17-Jährige* -	16.837	
Männer ohne Frauen bis unter 30 Jahre =	36.379	21%
c) Sonstige		
Ältere (>50)	7.784	4%
Ungeklärt, Differenzen +	8.987	5%
Sonstige =	16.772	10%
d) Summe		
Flüchtlinge 2014	173.072	100%

* Anteil der unbegleiteten Minderjährigen im Alter von 16 oder 17 Jahren im Jahr 2013: 44,6 %

Quelle: BAMF (2015): Das Bundesamt in Zahlen 2014. Asyl, Migration und Integration. S. 22, eigene Berechnungen empirica

Flüchtlinge erhöhen Wohnungsnachfrage um 320.000 Einheiten

Der hohe Familienanteil von rund zwei Dritteln hat entsprechend Auswirkungen auf die durchschnittliche Haushaltsgröße und damit auf die Zahl der benötigten Wohnungen. Wir unterstellen – angesichts einer durchschnittlichen Kinderzahl pro Frau in Syrien¹ von 2,96 – eine moderate Haushaltsgröße von 4,0 Personen bei den Familien; für Ältere über 50 Jahre und nicht zuzuordnende Personen eine Haushaltsgröße von 2,0 und für allein flüchtende Männer eine recht hohe Haushaltsgröße von 1,5 (Annahme: Zusammenzug wegen der finanziellen Belastung). In der Summe ergibt sich so eine durchschnittliche Haushaltsgröße von 2,5 (Tab. 3). Dies scheint zunächst im Vergleich zur bundesdeutschen Haushaltsgröße von 2,0 im Jahre 2014 recht hoch zu sein, aber angesichts des doppelt so hohen Familienanteils erscheint dies gerechtfertigt. Dabei blieb sogar unberücksichtigt, dass Flüchtlinge mutmaßlich auch in Drei-Generationen-Haushalten zusammenleben werden, was die Haushaltsgröße nochmals höher ausfallen lassen würde.

Hochgerechnet mit der geschätzten Zahl an dauerhaft in Deutschland bleibenden Flüchtlingen von 800.000 Personen, ergibt dies eine zusätzliche Nachfrage von rund 320.000 Wohnungen. Besonders hervorzuheben ist dabei, dass fast die Hälfte der zusätzlichen Wohnungsnachfrage auf große, familiengerechte Wohnungen entfällt.

Unterstellt man, dass sich die anerkannten Flüchtlinge über Landkreise / kreisfreie Städte so verteilen werden, wie derzeit die bereits hier wohnenden Nicht-EU- / Nicht-Türkei-Ausländer dann müssten insbesondere dort viele zusätzliche Wohnungen neu gebaut werden, wo bereits ohne Flüchtlinge ohnehin ein großer Zusatzbedarf besteht. Der Neubaubedarf fiel dagegen deutlich geringer aus, wenn die Flüchtlinge gezielt auf Regionen mit hoher Leerstandsquote verwiesen würden (kapazitätsorientierte Verteilung).

Bundesweit kein Wohnungsmangel, sondern erheblicher Leerstand

Eine zusätzliche Nachfrage nach Wohnraum durch die aktuelle Flüchtlingswelle (2014-2016) von 320.000 Einheiten entspricht in etwa dem Wohnungsbauvolumen eines Jahres (Tab. 4). Angesichts des schon vor der Zunahme der Flüchtlingszahlen in einer Reihe von Wachstumstädten beengten Wohnungsmarktes, würde dies dort zu weiter steigenden Mieten führen.²

Der typische Wohnungsmarkt in Deutschland ist durch LEERSTAND gekennzeichnet.

Tabelle 3: Schätzung der Zahl der Flüchtlingshaushalte

Quelle: empirica-institut.de	Personen		Haushaltsgröße	Haushalte	
	Anzahl	Verteilung		Anzahl	Verteilung
Familien	104.013	60%	4,0	26.003	38%
Ältere (>50)	7.784	4%	2,0	3.892	6%
Männer ohne Frauen bis unter 50 Jahre	52.288	30%	1,5	34.859	50%
Ungeklärt	8.987	5%	2,0	4.494	6%
Insgesamt 2014	173.072	100%	2,5	69.248	100%
Hochrechnung 2014-16	800.000	-	2,5	320.086	-

Quelle: eigene Berechnungen empirica

Tabelle 4: Neubaunachfrage / -bedarf in ausgewählten Städten

Wohnungen pro Tsd. Einwohner jährlich

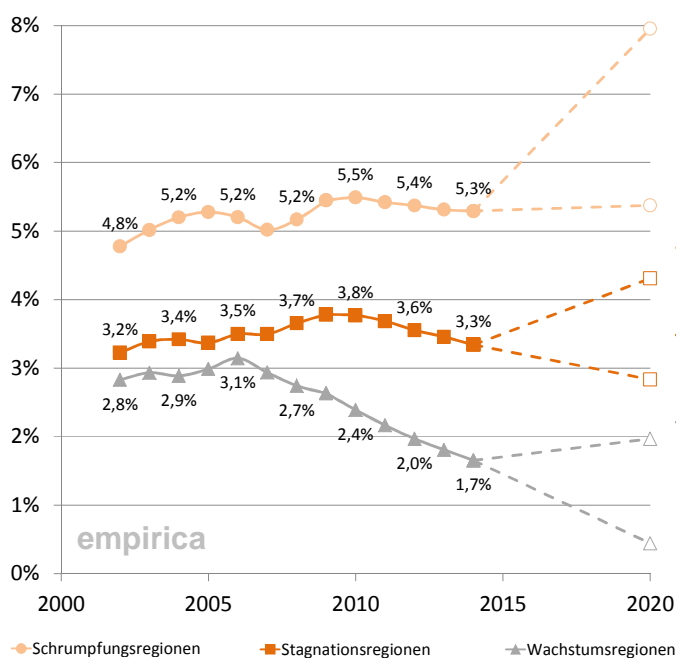
	bisheriger Neubau- bedarf	dauerhafte Auswirkung im Status quo			kapazitätsorientierte Verteilung		
		zusätzlicher Neubaubedarf durch Flüchtlinge	gesamter Neubau- bedarf	Anstieg durch Flüchtlinge	zusätzlicher Neubaubedarf durch Flüchtlinge	gesamter Neubau- bedarf	Anstieg durch Flüchtlinge
Frankfurt am Main (KS)	4,3	5,7	10,0	135%	0,4	4,7	10%
Offenbach am Main (KS)	4,5	5,6	10,1	123%	0,6	5,1	13%
Heidelberg (KS)	3,2	3,9	7,1	119%	0,6	3,9	20%
Stuttgart (KS)	4,5	4,7	9,3	105%	1,0	5,5	22%
München (KS)	5,0	5,0	10,1	100%	0,7	5,8	15%
Darmstadt (KS)	2,8	2,6	5,4	95%	0,1	2,9	5%
Heilbronn (KS)	3,9	3,6	7,5	93%	1,2	5,1	32%
Augsburg (KS)	3,5	3,2	6,7	90%	0,6	4,1	16%
Rosenheim (KS)	4,6	4,0	8,6	87%	1,3	5,9	29%
Düsseldorf (KS)	4,8	4,1	8,9	87%	1,3	6,0	27%

Quelle: empirica auf Basis BBSR-Bevölkerungsprognose

Allerdings – und dies ist von erheblicher Bedeutung – besteht in Deutschland insgesamt kein Wohnungsmangel. Vielmehr standen laut Zensus 2011 rund 1,7 Mio. Wohnungen leer, davon 1,1 Mio. allein in Westdeutschland (z. B. 213 Tsd. in Bayern, 299 Tsd. in NRW). Daran hat sich zwischenzeitlich wenig geändert, da die Knappheit in vergleichsweise wenigen Städten eine Folge der Abwanderung aus anderen Regionen in Deutschland ist.

Nur in den Wachstumsregionen ist der Wohnungsleerstand seither gesunken, aber in den Schrumpfungs- und in den Stagnationsregionen ist der Leerstand unverändert hoch (Abb. 1). Dort leben 60 % der Bevölkerung. Der typische Wohnungsmarkt in Deutschland ist damit nicht angespannt, sondern durch Leerstand gekennzeichnet.

Abbildung 1: Leerstand sinkt nur in Wachstumsregionen



Quelle: CBRE-empirica-Leerstandsindex (2008-13), empirica-Leerstandsindex (2002-08)

Grundsätzlich ließe sich daher die zusätzliche Wohnungsnachfrage leicht in den bereits vorhandenen, leerstehenden Wohnungen unterbringen, selbst wenn berücksichtigt wird, dass nicht alle leerstehenden Wohnungen sofort bezugsfähig sind.

FOLGERUNGEN

Familien aufs Land

Der grundlegende Vorschlag lautet, dass bei der Verteilung der Flüchtlinge die Familienstrukturen berücksichtigt werden sollten. Dabei soll grundsätzlich gelten, dass Familien mit guter Bleibeperspektive in ländlichere Regionen und allein flüchtende (junge) Männer stärker auf die größeren Städte verteilt werden.

Derzeit bleibt bei der Verteilung die Familienstruktur völlig unberücksichtigt, es geht nur nach Kopffzahlen. Das Ergebnis ist, dass vielfach junge Familien in eng bebauten Großstädten untergebracht werden und zuweilen Gruppen junger Männer in kleinen Dörfern. Beides erschwert die Integration der Flüchtlinge.

Wir gehen davon aus, dass Familien mit ihren Kindern gerade in ländlichen Regionen, in Dörfern und Kleinstädten besser integriert werden können als in größeren Städten. Dafür wird schon die Kontaktkraft der deutschen und ausländischen Kinder sorgen, die – so unsere feste Überzeugung – sich wenig um Nationalitäten scheren. Sobald aber die Kinder zusammen spielen, werden auch die Eltern – Ausnahmen bestätigen die Regel – sich respektieren und sogar anfreunden.

Flüchtlingsfamilien sollten verstärkt in DÖRFERN oder KLEINSTÄDTEN untergebracht werden.

Gerade in den überschaubaren Strukturen der Dörfer und Kleinstädte, in denen jeder jeden kennt, wird die Integration von zugewanderten Kindern und deren Eltern durch die ansässigen Kinder und deren Eltern schneller gelingen als in großen Städten, in denen zwar die Zahl der Bewohner größer ist, diese aber in der Anonymität verschwinden. In der Regel kann dabei auch auf funktionierende Dorfstrukturen – vom Sportverein bis zur Nachbarschaftshilfe – aufgebaut werden. Schon heute wird uns von

Flüchtlingsfamilien berichtet, die morgens in einem Dorf ankommen und am Nachmittag sind die Jungs schon beim Fußballtraining. Die benötigten Fußballschuhe finden sich.

Hinzu kommt, dass gerade in den ländlichen, von Abwanderung geprägten Regionen, die Zahl der Kinder weit stärker rückläufig ist als in den großen Städten, in die die jungen Erwachsenen ziehen. Spielkameraden sind vielfach selten. In rund 1.300 Gemeinden mit zusammen 5,5 % der Bevölkerung liegt der Anteil der Kinder (bis unter 15 Jahren, Zensus 2011) um mehr als 20 % unter dem Bundesdurchschnitt; in 2.800 Gemeinden mit zusammen 18 % der Bevölkerung liegt der Kinderanteil mindestens 10 % unter dem Bundesdurchschnitt. Hier warten die Kinder regelrecht auf neue Spielkameraden und die Eltern kämpfen um den Erhalt ihrer Schulen vor Ort. Gerade in diese Regionen sollten junge Familien – insbesondere solche mit guter Bleibeperspektive – verteilt werden.

Zwar ist eine Kindheit auf dem Land nicht immer eine Garantie für eine glückliche Kindheit, aber wahrscheinlich ist die Chance höher als in einer Großstadt, insbesondere in deren einfachen Wohnlagen mit einer Kombination aus Enge, Lärm und sozialen Problemen bei gleichzeitig stark steigenden Mieten und knapper werdendem Wohnraum.



Argumente und Materialien
zum Zeitgeschehen 96
**LÄNDLICHE KULTUR –
UNTERSCHÄTZT!**

Warum ziehen immer mehr Menschen in die Ballungsräume? Lässt sich der Traum vom Landleben nicht mehr verwirklichen? Sind es die attraktiveren Arbeitsplätze in den städtischen Zentren oder hat es auch mit dem „Urban Lifestyle“ zu tun? Was kann der „Rural Lifestyle“ entgegenhalten?

Hohe Bleibequote in der Kleinstadt durch beschleunigte Integration

Eine direkt gesteuerte Verteilung der Flüchtlinge auf Stadt und Land ist nur während der Dauer des Asylverfahrens möglich. Denn mit der Anerkennung als Asylberechtigte erlangen diese auch das Recht auf Freizügigkeit. Mit Abschluss des Verfahrens besteht daher die Gefahr, dass die jungen Familien in Richtung einer größeren Stadt mit einer starken landsmannschaftlichen Gemeinschaft umziehen (Diaspora-Effekt).

Damit besteht wahrscheinlich in den meisten Fällen nur ein vergleichsweise enges Zeitfenster, in dem die jungen Familien soweit heimisch werden können, dass sie sich für ein dauerhaftes Verbleiben entscheiden. Notwendig ist daher, möglichst viele Verknüpfungen zwischen der Flüchtlingsfamilie und der Region zu schaffen.

In erster Linie dürfte dies eine Arbeitsstelle (für zumindest ein Familienmitglied) sein. Die Chancen dafür stehen allerdings gut. Gerade in den ländlichen Abwanderungsregionen ist die Chance auf einen Arbeitsplatz meist besser als in den wachsenden Metropolregionen. Wird die Zahl der gemeldeten, offenen Stellen in Bezug zur Zahl der Erwerbsfähigen (20 bis 60 Jahre) als Indikator für die Chancen auf den Arbeitsmarkt herangezogen, so liegen mitnichten Städte wie München, Hamburg oder Freiburg an der Spitze, sondern nur im Mittelfeld. Die höchste Anzahl offener Stellen haben vielmehr eine Reihe von Mittelstädten wie Memmingen, Schwerin oder Coburg sowie eine Vielzahl von ländlichen Landkreisen wie Main-Tauber-Kreis, Hildburghausen, Tuttlingen oder Sonneberg (sämtlich mehr als 20 offene Stellen auf 1.000 Erwerbsfähige, Bundesdurchschnitt 13,4) und die meisten Landkreise eine zumindest durchschnittliche Quote offener Stellen (Abb. 2).

Die Ursache ist einfach: Zwar ist die Zahl der Arbeitsplätze in den letzten Jahren natürlich in München und anderen Großstädten meist stärker gestiegen als im ländlichen Raum. Allerdings ist durch Zuwanderung die Zahl der Erwerbsfähigen ebenfalls stark gestiegen, während in eher ländlichen Regionen einer steigenden Arbeitsnachfrage ein durch Abwanderung sinkendes Angebot gegenüber steht. Kein Wunder,

dass heute praktisch jede ostdeutsche Stadt ein Fachkräftesicherungskonzept entwickelt hat. Die Vorstellung, auf dem Land gäbe es keine Arbeitsstellen, ist schlicht falsch.

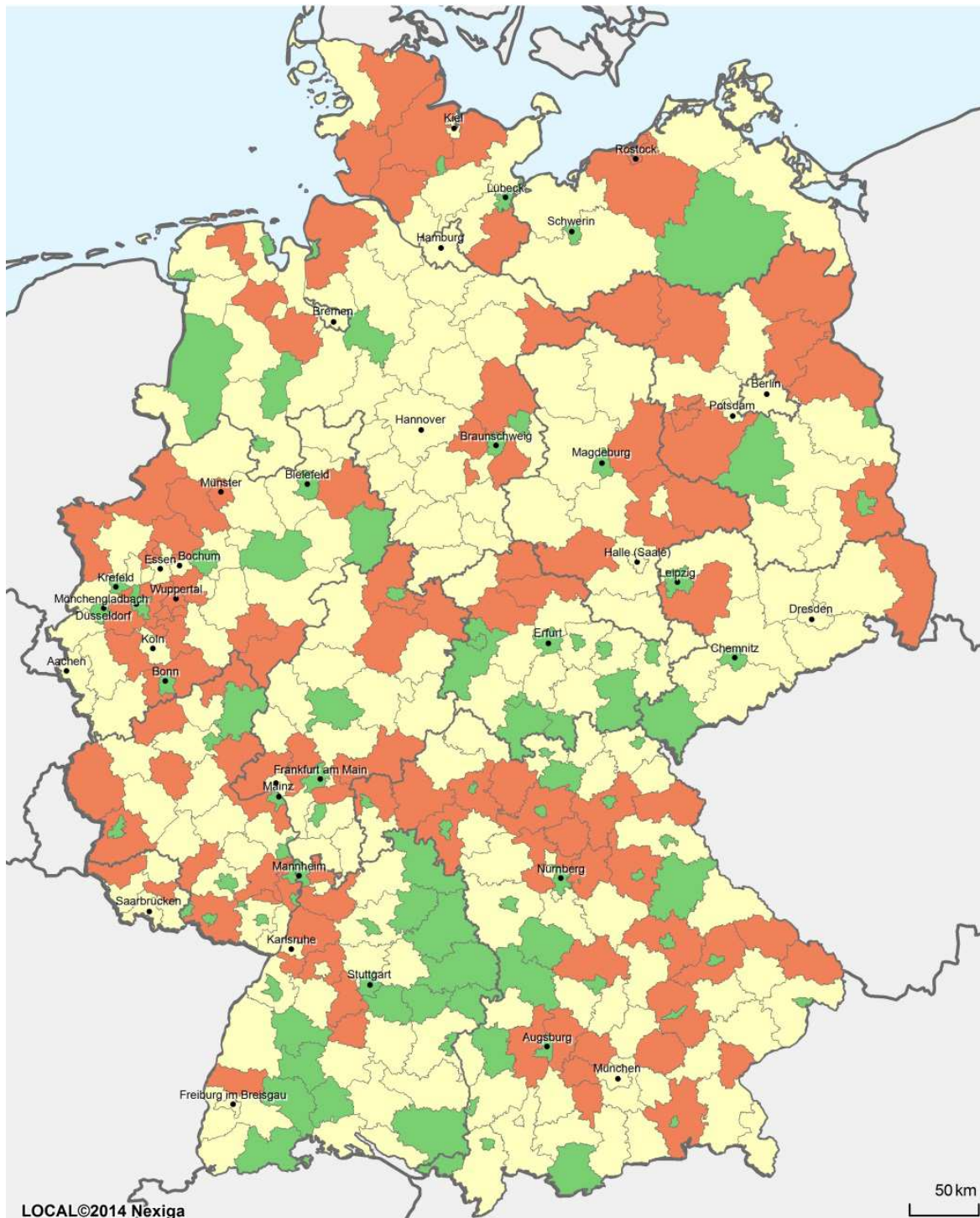
Die ARBEITSMARKTSITUATION ist auf dem Land für Flüchtlinge oft günstiger als in der Großstadt.

Weitere Anknüpfungspunkte ergeben sich aus einer Schulpflicht der Kinder. Gerade in den schrumpfenden Räumen sind hier im normalen Schulbetrieb häufig die Schulkapazitäten nicht ausgelastet bis hin dazu, dass Schulen geschlossen werden. In den letzten fünf Jahren wurden bundesweit (ohne Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern) 721 Grundschulen geschlossen.³

Häufig dürfte die Zuwanderung der Flüchtlinge eine – und vermutlich die letzte – Chance auf einen Erhalt der Schulen vor Ort sein. Bildungsminister werden in Zukunft ein weiteres starkes Argument für eine Schulschließung haben: „Wer es jetzt nicht schafft, Familien vor Ort anzusiedeln, ist selbst schuld“. Die Bürgermeister und die Eltern sind hier gefordert. Das derzeit beeindruckende Engagement von ehrenamtlichen Helfern könnte so in dauerhafte, stärker personalisierte Hilfe vor Ort münden.

Auch der Wohnungsmarkt in den ländlichen Regionen bietet Kapazitätsreserven nicht nur für die kurzfristige Unterbringung, sondern auch darüber hinaus. In allen schrumpfenden Regionen existieren leerstehende Einfamilienhäuser (bundesweit ca. 600.000), die kaum mehr eine Chance auf dauerhafte Nutzung haben und die baulich und im Wert immer weiter verfallen. Hier bietet sich für die ehemaligen Flüchtlingsfamilien eine schnelle Chance auf einen wohnlichen Aufstieg. Spätestens dann bleiben sie auch.

Abbildung 2: Offene Stellen je 1.000 Erwerbsfähige, August 2015



Offene Stellen je 1.000 Einwohner im Alter von 20 bis unter 60 Jahren

■ unter 11 ■ 11 bis unter 16 ■ 16 und mehr

Bundesdurchschnitt: 13,4

Quelle: Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit, eigene Berechnungen

www.empirica-institut.de

Befristetes Wohnortzuweisungsgesetz

Voraussetzung für eine schnelle Arbeitsaufnahme ist eine Arbeiterlaubnis, die allerdings mit der Anerkennung als Flüchtling grundsätzlich verbunden ist. Hilfreich wäre hier sicherlich eine zügige Bearbeitung, die aber derzeit an der reinen Zahl der Antragsteller scheitert. Vor diesem Hintergrund wäre zu überlegen, ob nicht Anträge von Familien (mit guter Bleibeperspektive) hier bevorzugt bearbeitet werden. Dies würde natürlich die Bearbeitungsdauer von Anträgen von Nicht-Familien verlängern. Eine Bevorzugung der Familien mit Kindern halten wir für völlig angemessen: Sie müssen schnell raus aus den Massenunterkünften und brauchen endlich wieder stabile Verhältnisse. Eine Bevorzugung von Familien (Frauen und Kinder) ist ein allgemein anerkannter zivilisatorischer Grundkonsens.

Asylanträge von FAMILIEN sollten bevorzugt bearbeitet werden.

Eine schnellere Anerkennung von Familien führt aber auch dazu, dass das Zeitfenster zur Integration der Familien in ländlichen Regionen nochmals verkleinert wird. Dann besteht die sehr reale Gefahr, dass diese ihren Wohnort in die großen Städte verlagern, die über eine entsprechend starke landsmannschaftliche Gemeinschaft verfügen. Dieser Diaspora-Effekt ist aus Sicht der Flüchtlinge hoch vernünftig, da es natürlich ihren Alltag in einem fremden Land stark vereinfacht.

Allerdings würden sich dadurch auch die Integrationsprobleme verstärken. Die Aussage, dass in ethnischen Vierteln kaum mehr die deutsche Sprache benötigt wird und sich dadurch Parallelgesellschaften bilden, ist ebenso richtig wie häufig zitiert.

Der Diaspora-Effekt muss aber nicht grundsätzlich gegen die mittleren und kleineren Städte wirken und auf die großen Städte zielen. Wir gehen vielmehr davon aus, dass auch kleinere Gemeinschaften völlig ausreichend sind, um die Unterstützung im Alltag zu sichern. Insofern

können durchaus in allen Klein- und Mittelstädten kleinere Gemeinschaften stabil existieren. So sind z. B. im Zuge des Aussiedlerzuzugs in den frühen 1990er-Jahren in den Landkreisen Gifhorn, Nienburg, Cloppenburg, Vechta und Emsland – alles ländliche und sehr ländliche Kreise – Siedlungsschwerpunkte von Aussiedlern entstanden.

Die Gefahr ist allerdings die Pfadabhängigkeit der Entwicklung. Die derzeit schon vorhandenen Gemeinschaften dürften sich auf die Großstädte konzentrieren. Die wenigen uns zur Kenntnis gelangten Interviews mit Flüchtlingen weisen darauf hin, wo solche ethnische Viertel entstehen könnten: Berlin, München, Frankfurt, Hamburg werden meist genannt. Dies ist nicht weiter erstaunlich, da dort bereits syrische oder irakische Gemeinschaften existieren.

Wenn diese aber weiter beträchtlich wachsen, werden sie das Wachstum von Gemeinschaften in anderen Städten verhindern. Ungesteuert könnte dies auf wenige sehr große ethnische Viertel hinauslaufen. Dies wäre fatal. Wenn hingegen in einer Klein- oder Mittelstadt und deren Umgebung erstmal eine hinreichende Zahl von ehemaligen Flüchtlingen lebt, wird sich dort auch eine kleine Diaspora mit ihren typischen Institutionen (Lebensmittelgeschäfte, Gastronomie, Vereine) bilden, ohne aber dass sie dominant wäre.

Eine ähnliche Situation gab es bereits einmal in jüngerer Vergangenheit, im Zuge des starken Zuzugs von Spätaussiedlern. In der „Gifhorer Erklärung zur Aussiedlerintegration“ vom März 1995 hieß es dazu: „Der seit 1987/1988 verstärkte Aussiedler- / Spätaussiedlerzug in die Bundesrepublik Deutschland hat von Beginn an zu Wanderungszentren und -brennpunkten geführt. Durch den fortlaufenden Nachzug in diese Zentren hat sich der Problemdruck der ungleichen Verteilung ständig erhöht. Die von den Disparitäten besonders betroffenen Kommunen können die Aufgabe der Integration nicht mehr in dem erforderlichen Umfang leisten.“

In Folge dieser Diskussion wurde das Wohnortzuweisungsgesetz novelliert. Mit der zweiten Änderung vom 26. Februar 1996 wurden alle danach neu zugewanderten Spätaussiedler an einen ihnen zugewiesenen Wohnort gebunden. Ausnahmen wurden nur gewährt,

wenn der Betroffene am Wohnort seiner Wahl einen Arbeitsplatz und eine Wohnung nachweisen konnte. Die Wohnortbindung galt zunächst für zwei Jahre, dann unbefristet und schließlich wieder für drei Jahre. Das Wohnortzuweisungsgesetz lief zum 31. Dezember 2009 aus.

Eine umfangreiche Studie zur Ermittlung und Bewertung der Auswirkungen des Wohnortzuweisungsgesetzes aus dem Jahre 2007 lieferte zum Teil erstaunliche Ergebnisse.⁴ Insbesondere überraschend ist, dass nur für die wenigsten der befragten Spätaussiedler das Wohnortzuweisungsgesetz einen spürbaren Eingriff in ihre Lebensgestaltung darstellte. Fast drei Viertel der zugewiesenen Spätaussiedler war mit dem zugewiesenen Wohnort zufrieden, drei Viertel davon wohnten wiederum während der Befragung noch am zugewiesenen Ort.

Dieses Ergebnis ist vielleicht weniger erstaunlich als es auf den ersten Blick erscheint. Vielmehr wurde gerade durch das Gesetz die zu starke Konzentration auf wenige Orte verhindert und auch in anderen Orten entstanden dadurch hinreichend große Gemeinschaften.

Eine WOHNORTZUWEISUNG für Flüchtlinge würde die Integration verbessern und den Diaspora-Effekt vermeiden.

Wir halten es grundsätzlich für legitim, eine analoge und befristete Einschränkung der Freizügigkeit vorzunehmen. Die Möglichkeit dazu wurde im Integrationsgesetz der Bundesregierung bereits geschaffen, von den Ländern aber noch nicht ausreichend umgesetzt. Zwar widerspricht eine Wohnortzuweisung sowohl liberalen Grundideen und auch dem von Flüchtlingen geäußerten Wunsch nach einem Wohnort in Berlin, München, Hamburg oder Frankfurt. Aber wir sind derzeit in keiner Weise davon überzeugt, dass dies tatsächlich ihrem festen Willen entspricht. Vielmehr ist davon auszugehen, dass viele Flüchtlinge kaum andere Städte überhaupt auch nur mit Namen kennen.

Angesichts der immensen gesamtgesellschaftlichen Herausforderung und den damit verbundenen Risiken, halten wir eine vorübergehende Einschränkung der Freizügigkeit im Sinne aller – auch der Flüchtlinge – durchaus für vertretbar, wenn nicht sogar für geboten.

Wohnungsneubau notwendig, aber wenig hilfreich für Flüchtlingsproblem

Trotz aller Bemühungen um eine stärkere Anbindung von Flüchtlingsfamilien in den schrumpfenden Regionen, wird auch der Neubau von Wohnungen in den wachsenden Städten unumgänglich sein. Allerdings erwarten wir nicht, dass eine besondere Förderung des Wohnungsneubaus für Flüchtlinge einen größeren Beitrag zur Wohnraumversorgung oder zur Integration der Flüchtlinge leisten wird.

Zum einen benötigt der Neubau Zeit. Selbst wenn, wie aus den Stadtverwaltungen zu hören ist, derzeit Genehmigungen sehr schnell ausgesprochen werden, so ist der Bauleistungsmarkt ohnehin schon in der Nähe seiner Kapazitätsgrenze, sodass eine Ausweitung nur bedingt möglich ist. Zudem ist nicht ausreichend Bauland verfügbar. Im Ergebnis wird eine verstärkte Neubauförderung bestenfalls erst in zwei oder drei Jahren eine Wirkung erzielen können und überwiegend in höheren Preisen verpuffen.⁵

Auch spezielle „Flüchtlingsbauten“ halten wir für falsch. Zum einen würden diese – da sie kostengünstig sein sollen – in hoher Dichte entstehen, sodass es zu einer Konzentration der Flüchtlinge auf kleinem Raum kommt. Die benötigten großen Familienwohnungen werden dort nicht entstehen. Diese Quartiere werden sich dann schnell zu Problemgebieten entwickeln. Vor allem aber sind die Wohnwünsche der Flüchtlinge völlig offen.

Zum Zeitpunkt der letzten syrischen Volkszählung⁶ im Jahre 2004 wohnten schließlich 18 Mio. Syrer in nur 3,2 Mio. Haushalten zusammen, 45 % wohnten in ländlichen („rural“) Gegenden. Der Selbstnutzeranteil betrug im Jahre 1994 (keine aktuellere Zahl verfügbar) sagenhafte 94 %.⁷

Dies spricht nicht dafür, dass kleine Mietwohnungen besonders begehrt oder geeignet sein werden.

DR. REINER BRAUN

Stellvertr. Vorsitzender des Beratungsunternehmens empirica AG, Berlin / Bonn

PROF. DR. HARALD SIMONS

Vorstandsmitglied im Beratungsunternehmen empirica AG, Berlin / Bonn

ANMERKUNGEN

- ¹ World Development Indicators der Weltbank 2013, <http://databank.worldbank.org/data/reports.aspx?source=world-development-indicators>
- ² Zu den Auswirkungen auf die Kosten der Unterkunft vgl. empirica-paper Nr. 229.
- ³ Summe der negativen Differenzen zur Zahl der Schulen auf Kreisebene laut Statistik der allgemeinbildenden Schulen.
- ⁴ Bundesamt für Migration und Flüchtlinge: „Zuwanderung und Integration von (Spät)Aussiedlern – Ermittlung und Bewertung der Auswirkungen des Wohnortzuweisungsgesetzes“, Abschlussbericht im Auftrag des Bundesministeriums des Innern, Berlin 2007, http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/Forschungsberichte/fb03-wohnortzuweisungsgesetz.pdf?__blob=publicationFile
- ⁵ Vgl. empirica-paper Nr. 219 und empirica-paper Nr. 223.
- ⁶ General Census: housing and population results, <http://www.cbssyr.sy/General%20census/census%202004/General%20census%20tab6.htm>
- ⁷ United Nations Center for Human Settlements (Habitat): Compendium of Human Settlement Statistics, New York, 6. Ausg., 2001, S. 38 und S. 62.

SITUATIONSBESCHREIBUNGEN VOR ORT

UNTERBRINGUNG UND BETREUUNG DER FLÜCHTLINGE IN NIEDERBAYERN

Zehn Thesen

JÜRGEN WEBER || Längst haben andere politische Ereignisse wie z. B. der amerikanische Wahlkampf oder die Terrorismusbekämpfung die Flüchtlingsproblematik aus den Schlagzeilen der Medien verdrängt. Dennoch: Das Problem ist nach wie vor vorhanden, die Lösung der damit zusammenhängenden Fragen ist nicht einfacher geworden. Die internationalen Krisen, die Migrationsströme auslösen, sind nach wie vor existent und haben an Schärfe keinesfalls abgenommen. Die nachfolgende Beschreibung der aktuellen Situation erfolgt am Beispiel des Regierungsbezirks Niederbayern. Sie ist durchaus auch auf andere Regierungsbezirke übertragbar. Die aktuelle Situation lässt sich in 10 Thesen zusammenfassen.

THESE 1

Auch wenn es in den Medien um das Thema „Flüchtlinge“ still geworden ist: Das Problem ist nach wie vor da und auch in den ländlichen Räumen sehr gegenwärtig.

Seit dem Frühjahr 2016 haben sich die Probleme rund um das Thema „Flucht und Migration“ deutlich verschoben. Die zweite Hälfte des Jahres 2015 bis Anfang 2016 stand ganz im Zeichen des starken Flüchtlingsstroms über die sog. Balkanroute. Dementsprechend waren Fragen des Grenzübertritts, der Registrierung, Verteilung und Erstunterbringung der Flüchtlinge sowie der Beantragung und Durchführung von Asylverfahren vorrangig zu lösen. Mit der Schließung der sog. Balkanroute im März 2016 nahm die Zahl der Flüchtlinge, die die bayerisch-österreichische Grenze überschritten, deutlich ab. Entsprechend verlagerten sich die Probleme verstärkt auf die hier lebenden Migranten und ihre Integration.

Nach den Zahlen des Bundesministeriums des Innern kamen im 1. Halbjahr nur mehr 222.264 Asylsuchende nach Deutschland; bis Ende Mai verließen 25.000 Flüchtlinge freiwillig Deutschland. Außerdem gab es rd. 12.000 Ab-

schiebungen. Die Zahlen der Ankömmlinge sind aufgrund der Schließung der Balkanroute und des EU-Türkei-Abkommens stark rückläufig (z. B. Juni 2016: 16.335 Personen).

Mit der SCHLIESSUNG der Balkanroute nahm die Zahl der Flüchtlinge deutlich ab.

Bayern nimmt entsprechend dem Königsteiner Schlüssel rd. 15,5 % der neu ankommenden Flüchtlinge auf. Sie werden nach dem in der DVAsyl¹ vorgegebenen Schlüssel im Freistaat Bayern verteilt. Die staatlichen Stellen, insbesondere auch die Regierungen, achten strikt darauf, dass diese Schlüssel auch eingehalten werden. In den ländlichen Räumen müssten sich demnach über 50 % der Flüchtlinge befinden; in den Räumen mit besonderem Handlungsbedarf sollten es immerhin gut 20 % sein. In

Niederbayern haben wir derzeit rd. 6.700 Asylbewerber bzw. insgesamt rd. 10.550 Bewohner in den Unterkünften zu versorgen. Bei den Herkunftsländern des Monats Juni nehmen Syrien mit rd. 34 %, Afghanistan mit rd. 20 % und der Irak mit rd. 13,5 % die ersten Plätze ein. Rund ein Drittel der Antragsteller sind unter 18 Jahre alt, rd. 60 % gehören der Altersgruppe zwischen 18 und 45 Jahren und nur 7 % sind über 45 Jahre alt.

Mit zunehmender Zahl anerkannter Flüchtlinge rücken die Fragen der Integration in den Arbeitsmarkt, der Qualifizierung und Ausbildung sowie der Bereitstellung von Wohnungen und gesellschaftlichen Integration in den Fokus.

THESE 2

Die Vermutung, dass Asylberechtigte nach ihrer Anerkennung in großer Zahl aus den ländlichen Räumen in die Verdichtungsräume abwandern, kann derzeit nicht bestätigt werden.

Die Ausländerbehörden und Jobcenter in Niederbayern berichten, dass die Flüchtlinge nach Erlangung einer Aufenthaltserlaubnis aus völkerrechtlichen, humanitären oder politischen Gründen, einer Aufenthaltsgestattung oder einer Duldung in der Regel in den Unterkünften wohnen bleiben; dies gilt übrigens auch für Unterkünfte in den Räumen mit besonderem Handlungsbedarf. Eine nennenswerte Wanderung Richtung Agglomerationen ist derzeit nicht feststellbar.

Vielmehr berichten die Jobcenter auch von Fällen der „Rückwanderung“ in die ländlichen Räume. Dies könnte darauf zurückzuführen sein, dass Wohnungsmarktp Probleme in Verdichtungsräumen den Wegzug aus ländlichen Räumen bremsen und die räumliche Nähe zu Verwandten und Bekannten als Wanderungsmotiv vielleicht doch nicht so entscheidend ist. Darüber hinaus könnte auch eine Rolle spielen, dass durch Flucht und Unterbringung neue (Schicksals-)Gemeinschaften und entsprechende soziale Beziehungen entstanden sind, die einer Abwanderung entgegenstehen. Jedenfalls ergibt sich hieraus, dass für viele Asylberechtigte Wohnen und Arbeiten auf dem Land durchaus eine Option sein kann. Dies sollte für die Regionalentwicklung der ländlichen Räume als Chance gesehen werden.

THESE 3

Der Wohnungsmarkt ist auch in vielen ländlichen Gebieten sehr angespannt. Das neue Wohnraumförderprogramm setzt wichtige Impulse am Wohnungsmarkt. Aufgrund vieler Fragezeichen im Hinblick auf das Wanderungsverhalten der Flüchtlinge ist eine Prognose der Wohnungsnachfrage in vielen ländlichen Gebieten unsicher und risikoreich. Dies hemmt die private Investitionstätigkeit.

Bis 2019 sollen im Rahmen des neuen Wohnungspakts Bayern 28.000 neue staatlich finanzierte oder geförderte Mietwohnungen entstehen. Hierfür stehen bis 2019 rd. 2,6 Mrd. € bereit. In Niederbayern werden derzeit im Rahmen der Ersten Säule (Wohnungen für anerkannte Flüchtlinge) 64 Wohnungen für insgesamt 284 Personen in Straubing, Landshut, Abensberg und Mainburg errichtet. In der Zweiten (Wohnungen für anerkannte Flüchtlinge und andere einkommensschwache Personen) und Dritten Säule (Ausbau der staatlichen Wohnraumförderung) sind jeweils ca. 350 Wohneinheiten vorgesehen.

In Niederbayern sollen rd. 760 WOHN-EINHEITEN für anerkannte Flüchtlinge und einkommensschwache Personen entstehen.

Die Schaffung von Wohnraum verläuft allerdings auch auf dem Land nicht problemlos. In peripher gelegenen, strukturschwachen ländlichen Gebieten bieten die Immobilienmärkte oft wenig Anreize für Investoren. In vielen Dörfern fehlen dringend benötigte Mietwohnungen zu erschwinglichen Preisen; häufig gibt es auch zu wenig Eigentumswohnungen bzw. sie werden zu teuer angeboten. Da viele Wohnungsbauunternehmen derzeit noch nicht abschätzen können, ob anerkannte Flüchtlinge in größerem Umfang und über längere Zeit in den ländlichen Gebieten bleiben, zögern sie mit entsprechenden Investitionen. Hinzu kommt, dass vorhandene Leerstände oft nicht zur Verfügung stehen

oder auch nicht für eine Wohnnutzung geeignet sind. Lösungsansätze wären hier ein aktives Leerstandsmanagement und mehr interkommunale Zusammenarbeit. Auch sollte die Erforschung des Wanderungsverhaltens einschließlich der Wandermotive der Asylberechtigten intensiviert werden.²

THESE 4

Nicht zuletzt aufgrund der Probleme bei der Wohnraumversorgung auch in vielen ländlichen Gebieten nimmt die Zahl der Fehlbeleger in den Unterkünften zu. Gleichzeitig werden dezentrale Unterkünfte nach Möglichkeit aufgelöst.

Derzeit gibt es rd. 3.800 sog. „Fehlbeleger“ in den Unterkünften Niederbayerns. Unter Fehlbeleger wird jener Personenkreis zusammengefasst, der über eine Aufenthaltserlaubnis aus völkerrechtlichen, humanitären oder politischen Gründen bzw. eine Aufenthaltsgestattung verfügt oder geduldet wird. Er müsste eigentlich aus den Unterkünften ausziehen, kann dies aber nicht, weil keine geeigneten Wohnungen zur Verfügung stehen.

In Niederbayern werden derzeit als Folge des nachlassenden Flüchtlingszustroms Unterkünfte Zug um Zug aufgelöst. Auch wenn bei einigen Kommunen Widerstand gegen eine Auflösung dezentraler Unterkünfte besteht, sollte die Rückführung von UnterkunftsKapazitäten zu einer Konzentration auf die größeren Gemeinschaftsunterkünfte in integrierter Lage und in zentralen Orten (vgl. These 9) genutzt werden. Dies bringt nicht nur Kostenvorteile mit sich, sondern erleichtert gleichzeitig die Betreuung und Integration der Asylberechtigten.

THESE 5

Bildung, berufliche Qualifizierung und Erlernen der deutschen Sprache sind wesentliche Bausteine der Integration. Wir müssen von den Immigranten auch weiterhin viel abverlangen und die Motivation, sich zu integrieren, hoch halten. Umgekehrt müssen unser Bildungssystem entsprechend angepasst, die regionalen Gesellschaften im ländlichen Raum für Neues geöffnet und Internationalität „gelebt“ werden.

Die Flüchtlinge sind eine große Herausforderung für unser Bildungssystem: Allein in Niederbayern werden im laufenden Schuljahr in Grund-

und Mittelschulen 799 Schüler in 47 Übergangsklassen unterrichtet. Die Zahl der Kinder in Regelklassen mit erheblichen Sprachdefiziten beträgt an Grundschulen 1.397, an Mittelschulen 1.120. 1.493 Kinder mit Migrationshintergrund sind seit 15. September 2015 nach Aufrechnung der Zu- und Wegzüge hinzugekommen. In den Berufsschulen Niederbayerns werden gegenwärtig rd. 1.280 Flüchtlinge beschult.

Insgesamt erfolgt die Beschulung der jugendlichen Flüchtlinge befriedigend, wenn auch nicht völlig problemlos. So werden die Schüler bislang ausschließlich in Grund- und Mittelschulen bzw. Berufsschulen unterrichtet. Eine Öffnung der Gymnasien und Realschulen für Flüchtlingskinder hat bislang noch nicht stattgefunden. Darüber hinaus werden viele Erwachsene erst sehr spät durch die Maßnahmen der Jobcenter zur Qualifizierung und Aktivierung erreicht. Ein weiteres Problem stellt die Qualifizierung von Frauen dar, die bislang oft noch gar nicht erreicht werden. Aufgrund sozialer und familiärer Zwänge zeigt dieser Personenkreis oft auch wenig Bereitschaft zur Teilnahme an entsprechenden Qualifizierungsmaßnahmen.

Das Niveau der beruflichen Bildung der Flüchtlinge ist GERINGER als das der Schulbildung.

Bislang liegen nur unzureichende Erkenntnisse über die Arbeitsmotivation, die Integrationsbereitschaft und die Qualifikationen der nach Deutschland und Bayern gewanderten Flüchtlinge vor. Es gibt nur wenige Sonderuntersuchungen, die nicht nach Aufenthaltsregionen differenzieren. So kommt eine Untersuchung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit zu dem Ergebnis, dass die Geflüchteten – vor dem Hintergrund ihrer Erwartungen, Bildungsbiographien und ersten Erfahrungen in Deutschland – sehr unterschiedliche Voraussetzungen für ein Leben in Deutschland mitbringen. Der Autor ermittelt allerdings generell eine hohe Arbeitsmotivation und Integrationsbereitschaft.³

Eine Untersuchung des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge stellt fest, dass etwa 70 % der Befragten zwischen 5 und 14 Jahre

lang eine Schule besucht haben.⁴ Rund 13 % sind als „Nichtqualifizierte“ einzustufen, knapp 10 % als „Höherqualifizierte“. Das Niveau der beruflichen Bildung ist geringer als das der Schulbildung.

Neben der Beseitigung von Zugangsbarrieren in das Schul- und Bildungssystem verlangt die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund, dass die Leistungsbereitschaft und Motivation, sich zu integrieren, hoch gehalten wird. Ein wesentlicher Erfolgsfaktor für gelingende Integration ist der Wille der Flüchtlinge, sich in unsere Gesellschaft einzugliedern. Darüber hinaus sind aber auch die aufnehmenden regionalen Gesellschaften gefordert, Willkommenskultur und Internationalität zu leben und offen für Neues zu sein. Die regionalen Akteure stehen dabei in einer besonderen Verantwortung. Bürgerliches Engagement kann ebenso dazu beitragen, ein entsprechendes Milieu zu befördern.

THESE 6

Die Integration in das Beschäftigungs- und Arbeitsmarktsystem steht erst am Anfang.⁵ Entgegen landläufiger Meinung gibt es auch in ländlichen Gebieten Arbeitsplätze für Personen im Kontext von Fluchtmigration.

Mit der Beschäftigungs- bzw. Arbeitsmarktstatistik veröffentlicht die Bundesagentur für Arbeit zwei wichtige statistische Quellen, die einen Einblick zu Fragen der Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen erlauben. Leider hinkt die Beschäftigungsstatistik zeitlich immer etwas hinterher, sodass derzeit nur auf Daten des 3. Quartals 2015 zurückgegriffen werden kann. Danach konnten innerhalb eines Jahres in Niederbayern 788 Personen aus Asylherkunftsländern in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung gebracht werden (gemessen an der Gesamtzahl der Flüchtlinge nur rd. 5 %). Obwohl der Wunsch, zu arbeiten, unter den Flüchtlingen sehr hoch ist, sind erfolgreiche Vermittlungen schwierig, weil die vorhandenen Qualifikationen in Deutschland keine angemessene Anerkennung finden oder das Qualifikationsniveau zu gering ist.

Aktueller ist die Arbeitsmarktstatistik. Seit Ende Juni 2016 informiert ein neuer Arbeitsmarktmonitor speziell zum Thema Fluchtmigration.

Nur ein kleiner Teil der arbeitssuchenden Flüchtlinge steht aufgrund FEHLENDER Qualifikation dem Arbeitsmarkt zur Verfügung.

Danach gibt es im Rechtskreis des SGB III derzeit in Niederbayern knapp 900 arbeitssuchende Personen im Kontext von Fluchtmigration. Davon stehen aber dem Arbeitsmarkt nur wenige Arbeitslose zur Verfügung, da sie weit überwiegend Maßnahmen der Agentur für Arbeit zur Verbesserung ihrer sprachlichen Kompetenzen, der beruflichen Qualifizierung oder Aktivierung durchlaufen.⁶ Im Rechtskreis des SGB II („Sozialhilfe“) werden die anerkannten Flüchtlinge (ohne frühere Beschäftigung) von den Jobcentern betreut. Ende Juni 2016 zählte Niederbayern über 3.600 Arbeitssuchende im Kontext von Flüchtlingsmigration. Auch hier gilt, dass dieser Personenkreis für den Arbeitsmarkt bislang kaum zur Verfügung steht, weil er Integrations- und Qualifizierungsmaßnahmen der Arbeitsverwaltung und anderer Träger absolviert. In ganz Niederbayern beträgt die Zahl der Arbeitslosen im Kontext von Flüchtlingsmigration derzeit rd. 1.500.

Im Vergleich zu anderen Regierungsbezirken ist die Arbeitslosigkeit in Niederbayern überdurchschnittlich mit Arbeitslosen im Kontext von Fluchtmigration belastet. Dies liegt daran, dass Niederbayern besonders viele Asylbewerber aus Syrien (teilweise auch aus Afghanistan) zugeteilt wurden, also solche, deren Asylverfahren regelmäßig sehr zügig zu einer Anerkennung führen. Obwohl der niederbayerische Arbeitsmarkt nach wie vor sehr stabil ist (Arbeitslosenquote im Juni 2016 in Niederbayern 3,0 %, in Bayern 3,2 %), ist Niederbayern deshalb nicht mehr Spitzenreiter in Bayern als der Regierungsbezirk mit der niedrigsten Arbeitslosigkeit. Es ist allerdings davon auszugehen, dass die anderen Regierungsbezirke bei der registrierten Arbeitslosigkeit nachziehen werden.

THESE 7

Bei den Flüchtlingen stehen derzeit Tätigkeitsbereiche im Vordergrund, die überwiegend dem „Helfer“-Niveau zuzuordnen sind.

Nach den Erhebungen des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge streben Arbeitssuchende im Kontext von Fluchtmigration vor allem „Helfer“-Tätigkeiten an. Folgende Bereiche stehen dabei im Vordergrund:⁷

- Gastronomie, hier insbesondere „Küchenhilfe“ als häufigste einzelne Angabe einer Tätigkeit. Häufig werden Schnellgastronomieketten als Arbeitgeber genannt.
- Verpackung, Lagerung, Logistik und Transport: In diese Kategorie fallen u. a. Lagerarbeiter, Gabelstaplerfahrer, Lastkraftwagenfahrer und Paketboten.
- Reinigung: Hierzu gehören Gebäude-, Glas- und Industriereinigungstätigkeiten sowie die Reinigung und Pflege von Fahrzeugen und Textilien.
- Herstellung und Verkauf von Lebensmitteln, u. a. (Pizza-)Bäcker, Konditoren, Metzger und Imbissverkäufer.

Arbeitssuchende Flüchtlinge streben hauptsächlich „HELFER“-Tätigkeiten an.

Hinzuweisen ist in diesem Zusammenhang, dass die Befragungsergebnisse noch keine Hochrechnung oder Verallgemeinerung auf die Tätigkeitsbereiche der Flüchtlinge insgesamt zulassen; der Stichprobenumfang der Befragungen ist zu gering. Darüber hinaus erlauben die vorliegenden Ergebnisse bislang kaum Angaben über die Berufstätigkeit der Befragten in akademischen Berufen (z. B. Human- und Veterinärmediziner, Lehrer und Journalisten). Es ist durchaus wahrscheinlich, dass höher qualifizierte Befragte unterhalb ihres Bildungsniveaus beschäftigt sind.

Unabhängig davon sind die genannten Tätigkeitsbereiche räumlich nicht allein auf Verdichtungsräume konzentriert, sondern durchaus auch in vielen ländlichen Gebieten vorhanden.

THESE 8

Der Zugang zum Beschäftigungs- und Arbeitsmarktsystem stellt viele Flüchtlinge in Stadt und Land gleichermaßen vor hohe Hürden.

Wesentliche Hemmnisse sind nach Untersuchungen der Robert-Bosch-Stiftung⁸ bzw. des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit⁹:

- Kriegs- und Unterdrückungserfahrungen,
- traumatische Fluchtsituationen,
- fehlende / unzureichende deutsche Sprachkenntnisse,
- schulische Bildungsdefizite,
- fehlende oder nicht anerkannte Berufsabschlüsse,
- kulturelle Unterschiede (Arbeitssuche, Arbeitsalltag, etc.),
- mangelnde Einbindung in soziale Netzwerke und
- teilweise rechtliche Unsicherheiten bei den Betroffenen.

Verlässliche Qualifikationsprofile von Flüchtlingen gibt es derzeit noch nicht, sie werden aber im Laufe der nächsten Monate erstellt. Hierzu sind künftig im Rahmen des bereits erwähnten Arbeitsmarktmonitors speziell zum Thema „Fluchtmigration“ nähere Informationen zu erwarten.

THESE 9

Die Integration von Flüchtlingen ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Die ländlichen Räume müssen sich dieser Verantwortung genauso stellen wie die Agglomerationen. In den ländlichen Räumen sind die zentralen Orte grundsätzlich als Standortprinzip geeignet, um Flüchtlingen bei der Integration zu helfen.

Unbestritten ist, dass sowohl die ländlichen Räume als auch die Verdichtungsräume ihren Beitrag zur Bewältigung des Flüchtlingsstroms und zur Integration leisten müssen. In den ländlichen Gebieten können in zentralen Orten am besten die Grundfunktionen Wohnen, Bilden, Arbeiten, Versorgen und in Gemeinschaft Leben auf kurzem Weg sichergestellt werden. Da Flüchtlinge in ihrer Mobilität oft eingeschränkt sind, erscheint eine Konzentration der Gemeinschaftsunterkünfte, aber auch von Wohnungen für Flüchtlinge auf zentrale Orte durchaus

zweckmäßig. Auch unter dem Aspekt der Nachfolgenutzung der bereit gestellten Wohnungen ist eine Konzentration auf zentrale Orte zu befürworten. Zudem können die Organisationen, die in der Flüchtlingshilfe tätig sind, eine Betreuung unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten eher sicherstellen, wenn die Flüchtlinge in zentralen Orten gut erreichbar sind.

Eine Unterbringung und Betreuung der Flüchtlinge in ZENTRALEN Orten ist vorteilhaft.

Als mögliche Standorte kommen dabei nicht nur die zentralen Orte mittlerer und höherer Stufen infrage; insbesondere sollten dabei auch die Grundzentren Berücksichtigung finden. Im Regierungsbezirk Niederbayern wären damit 4 Oberzentren, 17 Mittelzentren und 75 Grundzentren grundsätzlich gut geeignet.

THESE 10

Bei der Schaffung attraktiver Lebens- und Arbeitsbedingungen für Menschen mit Fluchthintergrund ist besonders auch die teilräumliche Ebene gefordert.¹⁰

Nach wie vor gibt es bei der Integration von Flüchtlingen / Asylberechtigten vor Ort viel zu tun. Es braucht ein großes Maß an Engagement, Mut und Bereitschaft zur Veränderung. Hinzu kommen muss ferner der gemeinsame Wille zu gutnachbarschaftlichem Zusammenleben, eine Kultur der Aufgeschlossenheit, Offenheit und des Hinschauens, aber auch die Fähigkeit, Rückschläge zu verarbeiten (Resilienz), sowie Geduld und langer Atem. Da die Integrationsbedingungen vor Ort höchst unterschiedlich sind, sind dezentrale Steuerung und interkommunale Zusammenarbeit geeignete Lösungsinstrumente. Eine von unten getragene Regionalentwicklung kann helfen, entsprechende Potenziale zu heben, ein positives, gegenüber Flüchtlingen aufgeschlossenes Umfeld und Klima vor Ort zu schaffen und Koordinierungsdefizite zwischen unterschiedlichen berührten Fachpolitiken, aber

auch zwischen der Arbeit öffentlicher Stellen und dem bürgerschaftlichen Engagement abzubauen.

Organisatorisch kann dies im Rahmen von Regionalmanagement-Initiativen, Kooperationen der Integrierten Ländlichen Entwicklung (ILE), ferner in IQ-Netzwerken zur Integration und Qualifizierung oder durch Bildungskoordinatoren erfolgen. Da auf dem Gebiet der Integration von Flüchtlingen oft Neuland betreten wird, ist fachlicher Austausch und offene Kommunikation zwischen den Akteuren wichtig. Um das Rad nicht immer wieder neu zu erfinden, kann auch eine öffentlich zugängliche Datenbank über „Best Practices der Flüchtlingshilfe“ weiterhelfen.

Die regionalen Akteure tragen viel zur BEWÄLTIGUNG des Flüchtlingsstroms bei und gewährleisten damit den sozialen Frieden.

Nicht nur in Niederbayern, sondern überall im Land gibt es viel Bereitschaft und Aufgeschlossenheit für dieses Thema. Davon zeugt eine große Zahl von Initiativen, die dargelegten Herausforderungen der Integration zu meistern. Die Beispiele reichen von bemerkenswerten Aktivitäten der Wirtschaft über Maßnahmen der Kammern bis hin zu Aktionen von Regionalinitiativen wie z. B. die Vermittlung von Praktikumsstellen oder die Durchführung von Ausbildungsmessen speziell für Flüchtlinge. Auch die Abstimmung zwischen allen Beteiligten vor Ort, etwa im Rahmen von Runden Tischen oder regelmäßigen Besprechungen, gehört dazu.

FAZIT

Die Integration von Flüchtlingen ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Die ländlichen Räume müssen sich dieser Verantwortung genauso stellen wie die Agglomerationen. Dabei gibt es keine Patentlösung, viel zu unterschiedlich sind die jeweiligen Situationen vor Ort. Auf jeden Fall erleichtern funktionierende Stadt-Umland-Kooperationen oder die zentralen Orte die Integration von Flüchtlingen. Die ländlichen Räume bieten viele Standortvorteile, damit Integration gelingen kann. Dazu gehören u. a. die

in der Regel gut funktionierenden sozialen Netzwerke, die dezentral aufgestellte, flexible Bildungsinfrastruktur mit teilweise freien Kapazitäten oder die vielen offenen Arbeitsstellen. Unabhängig davon wird von allen Seiten – nicht nur von den Flüchtlingen selbst, sondern auch von uns Einheimischen – viel abverlangt werden.

|| DR. JÜRGEN WEBER

Leiter des Bereichs Wirtschaft, Landesentwicklung und Verkehr bei der Regierung von Niederbayern

ANMERKUNGEN

- ¹ Verordnung der Bayerischen Staatsregierung zur Durchführung des Asylverfahrensgesetzes, des Asylbewerberleistungsgesetzes und des Aufnahmegesetzes (Asyldurchführungsverordnung – DVAsyl) vom 4. Juni 2002 (GVBl. S. 218 ff.), BayRS 26-5-1-A.
- ² Einen generellen Überblick über die aktuelle Zuwanderungswelle gibt: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge: Wanderungsmonitoring: Erwerbsmigration nach Deutschland, Jahresbericht 2015, Nürnberg 2016.
- ³ Brücker, Herbert u. a.: Geflüchtete Menschen in Deutschland. Warum sie kommen, was sie mitbringen und welche Erfahrungen sie machen, in: IAB-Kurzbericht 15/2016, S. 1-12.
- ⁴ Worbs, Susanne / Bund, Eva: Asylberechtigte und anerkannte Flüchtlinge in Deutschland. Qualifikationsstruktur, Arbeitsmarktbeteiligung und Zukunftsorientierungen, in: BAMF-Kurzanalyse 01/2016, S. 4-6.
- ⁵ Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB): Zuwanderungsmonitor, in: Aktuelle Berichte des IAB, Januar 2016, S. 1-9.
- ⁶ Bundesamt für Migration und Flüchtlinge / Nationale EMN Kontaktstelle und Forschungszentrum Migration, Integration und Asyl: Unterstützungsmaßnahmen für Schutzberechtigte. Die Förderung der Integration in den Arbeitsmarkt, Nürnberg 2015.
- ⁷ Worbs / Bund: Asylberechtigte und anerkannte Flüchtlinge in Deutschland, S. 6-7.
- ⁸ Robert-Bosch-Stiftung / Sachverständigenbeirat deutscher Stiftungen für Integration und Migration: Was wir über Flüchtlinge (nicht) wissen. Der wissenschaftliche Erkenntnisstand zur Lebenssituation von Flüchtlingen in Deutschland, Stuttgart 2016.
- ⁹ Burkert, Carola: Migrationsland Deutschland: Aktuelle Entwicklungen und Arbeitsmarktintegration, Vortragsreihe 8: Zugewandert! Anerkannt! Veränderungen auf dem deutschen Arbeitsmarkt, Vortrag auf der Bilanzkonferenz 2015 am 11. November 2015, Folie 11.
- ¹⁰ Postlep, Rolf-Dieter / Ritzinger, Anne / Spellerberg, Annette: Migration und Raumentwicklung, Positionspapier aus der ARL 105, Hannover 2016.

INTEGRATION VON ASYLBEWERBERN IM LANDKREIS EBERSBERG

Erfahrungen und Perspektiven

MIRJANA ŠIMIĆ || Der oberbayerische Landkreis Ebersberg, östlich der Landeshauptstadt München gelegen, gehört mit knapp 136.000 Einwohnern zu den kleineren Kreisen in Deutschland. Der fast mittig gelegene Ebersberger Forst trennt den Landkreis mit seinen 21 Gemeinden in einen nördlichen und einen südlichen Teil, die jeweils über den ÖPNV mit der Landeshauptstadt verbunden sind. Obwohl der Landkreis zu den „städtischen Räumen“ gezählt wird¹ und entlang der beiden S-Bahn-Linien eher städtisch geprägte Gemeinden liegen, überwiegen in seinem südöstlichen Teil, abseits der S-Bahn-Linien, eher ländlich-dörfliche Strukturen.

DER LANDKREIS

Die Bevölkerung des Landkreises ist in den vergangenen Jahren, v. a. durch Zuzug, konstant gewachsen.² Nach Prognosen des Bayerischen Statistischen Landesamtes werden bis zum Jahr 2034 weitere 17,5 % mehr Menschen in den Landkreis Ebersberg zuziehen, was diesen zum derzeit am schnellsten wachsenden Landkreis Bayerns macht.³ Die Nähe zur Landeshauptstadt und der stabile Arbeitsmarkt machen ihn als Wohnort vor allem für junge, gut ausgebildete Menschen attraktiv. Dabei gibt es deutliche Einkommensunterschiede zwischen Landkreisbürgern mit Arbeitsort in der Landeshauptstadt und jenen die Wohn- und Arbeitsort im Landkreis haben. Letztere verdienen im bayerischen und oberbayerischen Vergleich unterdurchschnittlich wenig.⁴ Dennoch sind sie gleichermaßen von den hohen Lebenshaltungskosten in der Region betroffen, die „in einem Ungleichgewicht zu den erzielten Einkommen und der Kaufkraft im Landkreis Ebersberg“ stehen. Die im Landkreis beschäftigten Bürger sind damit vom wachsenden Zuzug und steigenden Konkurrenzkampf auf dem Wohnungsmarkt besonders stark betroffen.

ZUWANDERUNG AUS DEM AUSLAND

Reguläre Zuwanderung

Zuwanderung aus dem Ausland gibt es im Landkreis Ebersberg schon seit der Ankunft der ersten Gastarbeitergenerationen vor 60 Jahren. Im August 2015 lag der Ausländeranteil mit rund 18.000 Landkreisbürgern ausländischer Staatsangehörigkeit bei ca. 13 %. Obwohl die Zuwanderer aus über 140 verschiedenen Herkunftsländern kommen, stammt mit 86 % der größte Teil aus dem europäischen Ausland. Allein aus dieser Region sind seit 2012 jedes Jahr durchschnittlich 1.400 Personen in den Landkreis Ebersberg zugewandert, zum allergrößten Teil in der Altersgruppe der zwischen 25- und 55-Jährigen, also im erwerbsfähigen Alter.⁵ Bisher ziehen nur wenige Kinder und Jugendliche nach, was vermutlich auf den Mangel an bezahlbaren Wohnungen zurückzuführen ist.

Durch diese – hier im folgenden „reguläre Zuwanderung“ genannte – Zuwanderungsart gibt es keine besonderen Auswirkungen auf die Kreisverwaltung und andere mit Integrationsstrukturen befassten Institutionen (z. B. Arbeitsagentur, Bildungsträger etc.).

Zuwanderung mit Asylantrag

Neben der regulären Zuwanderung ist seit 2014 auch im Landkreis Ebersberg die Zuwanderung in Verbindung mit einer Asylantragstellung angestiegen. Die auf diesem Wege zugewanderte und im öffentlichen Diskurs seit Herbst 2015 pauschal unter dem Begriff „Flüchtlinge“ zusammengefasste Gruppe wird im Folgenden mit „Asylbewerber“ benannt.

Anfang 2014 waren im Landkreis Ebersberg knapp 200 Asylbewerber untergebracht, darunter einige Familien mit insgesamt etwa 50 Kindern unter 16 Jahren. Der prozentuale Anteil von Kindern hat sich erstmals im Sommer 2014 verändert, als dem Landkreis rund 200 weitere, fast ausschließlich eritreische Asylbewerber zugewiesen wurden. Die Altersstruktur der Asylbewerber aus diesem Herkunftsland ist geprägt von einem etwa fünfzigprozentigen Anteil von 18- bis 25-Jährigen. Dieser Wert ist es auch, der seitdem die Altersstruktur der Asylbewerber im Landkreis über alle Herkunftsländer hinweg prägt.⁶ Ebenso konstant ist seit dem Sommer 2014 auch der Anteil männlicher Asylbewerber, der minimal zwischen 96 % und 97 % variierte.

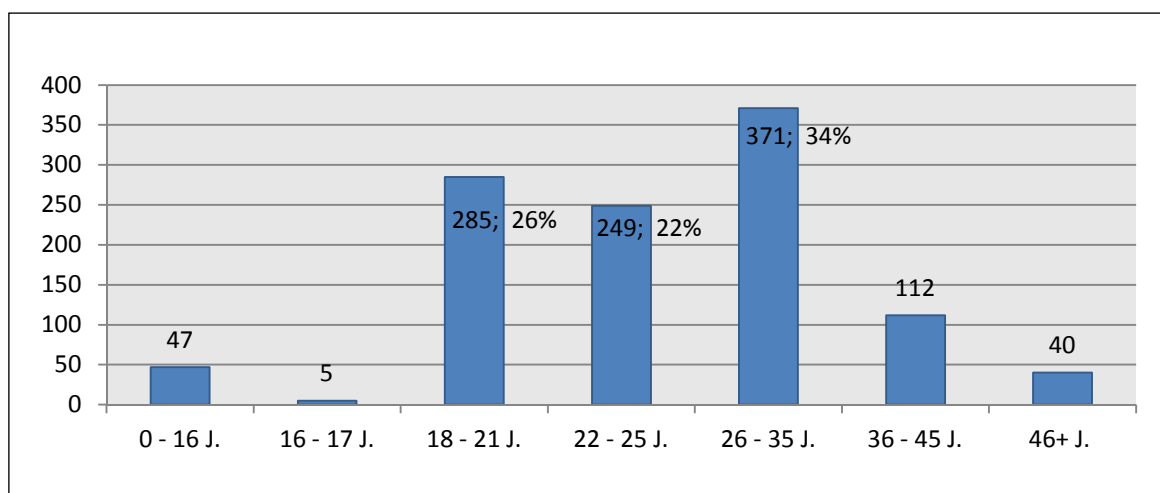
Im Jahr 2015 kamen insgesamt rund 1.200 weitere Asylbewerber in den Landkreis, so dass bis Ende des Jahres über 1.600 Asylbewerber unterzubringen und zu versorgen waren. Die intensivste Phase mit den höchsten Zuweisungs-

raten von 60 bis 80 Personen wöchentlich zog sich von Oktober 2015 bis Mitte März 2016. Mit dieser Entwicklung musste wegen des knappen Wohnraums im Landkreis fast die Hälfte der bis dahin auf 1.800 Asylbewerber angewachsenen Gruppe in kreiseigenen Schulturnhallen und Schulklassencontainern untergebracht werden. Erst mit der Schließung der sogenannten Balkanroute endete diese Phase und es wurden keine weiteren Asylbewerber in den Landkreis zugewiesen. Bis dahin waren sechs Turnhallen und vier Schulcontainer zu Notunterkünften umgewandelt worden.

Im Landkreis Ebersberg stellen ERITREER die größte Gruppe der Asylbewerber.

Im Frühjahr und Sommer 2016 ist durch Abverlegungen in andere Landkreise die Zahl der unterzubringenden und zu versorgenden Asylbewerber auf knapp 1.300 Personen gesunken. 110 werden als unbegleitete Minderjährige (uM) durch das Jugendamt Ebersberg betreut.

Asylbewerber im LK Ebersberg – Altersstruktur (Aug. 2016)



Eigene Darstellung auf Datenbasis aus der Asylunterkunftsverwaltung.

Die Übersicht zur Verteilung nach Herkunftsstaaten der Asylbewerber im Landkreis Ebersberg weicht stark von jener des BAMF ab, in der bundesweit die Syrer die stärkste Gruppe unter Asylbewerbern darstellen, gefolgt von Afghanen und Irakern. Eritreer, die in der bundesweiten Asylstatistik erst die siebte Stelle besetzen, sind im Landkreis seit dem Sommer 2014 konstant die stärkste Gruppe. Unter den vom Landratsamt untergebrachten Asylbewerbern stellen – nach Nigerianern – die Syrer gemeinsam mit Pakistani die drittgrößte Gruppe.

Der Blick auf die Bleibeperspektive nach Herkunftsstaaten macht die Bedeutung dieser Verteilung für den Landkreis deutlich: Eritreer und Syrer haben konstant hohe Anerkennungsquoten von über 90 %. Seit Januar 2016 sind im Landkreis Ebersberg vor allem Asylbewerber aus diesen beiden Herkunftsstaaten anerkannt worden. Mit dem veränderten Aufenthaltsstatus sind neue Aufgaben auf die Kreisverwaltung zugekommen, insbesondere hinsichtlich der Bildungs- und Arbeitsmarktintegration.

Im Zuge der Abverlegungen wurden die als Notunterkünfte genutzten Schulturnhallen und Klassencontainer aufgelöst. Derzeit sind die Asylbewerber im Landkreis auf insgesamt 46 dezentrale Unterkünfte verteilt, darunter eine Traglufthalle und ein ehemaliges Arbeiterwohnheim als verhältnismäßig große Unterkünfte im nördlichen Landkreis. 18 der 46 Unterkünfte liegen in Gemeinden abseits der S-Bahn-Linien.

Für anerkannte Flüchtlinge ist es schwer, auf dem angespannten Wohnungsmarkt eine PRIVATWOHNUNG zu finden.

In den Unterkünften sind mit Stand August 2016 noch immer 351 anerkannte Asylbewerber, sogenannte Fehlbeleger, untergebracht, die nach der Anerkennung als Asylberechtigter oder Flüchtling bzw. der Zuerkennung von subsidiärem Schutz bereits eine Aufenthaltserlaubnis erhalten haben. Ein Auszug aus den Asylbewerberunterkünften ist bei dem angespannten Wohnungsmarkt im Landkreis nur selten möglich. So leben derzeit nur etwa 100 über einen Asylantrag Zugewanderte in privaten Wohnungen, meist über Helferkreise vermittelt und unterstützt.

ASYLSPEZIFISCHE AUFGABEN DER KREISVERWALTUNG: AUF- UND AUSBAU RELEVANTER STRUKTUREN

Im Gegensatz zur weiter oben beschriebenen regulären Zuwanderung wirkt sich jene mit Asylantragstellung in erheblichem Maße auf die Kreisverwaltung aus.

Für die Unterbringung und Versorgung von Asylbewerbern ist in der Landkreisverwaltung das Team Asyl zuständig, das in der Sozialhilfeverwaltung angesiedelt ist. Hier werden die Anmietung von Unterkünften, die Auszahlungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz und Verwaltungsaufgaben zur medizinischen Versorgung bearbeitet.

Neben den administrativen Aufgaben steht die soziale Betreuung von Asylbewerbern, deren Hauptaufgaben die Hilfestellung in der ersten Orientierung im neuen Lebensumfeld und Unterstützung bei der sozialen Integration in den Gemeinden umfassen. Im Landkreis Ebersberg wurde die soziale Betreuung mit Entstehung des Teams Asyl in der kommunalen Verwaltung verankert.⁷ Der Vorteil einer solchen Struktur liegt im Gesamtüberblick über die Versorgungs- und Integrationsbedarfe von Asylbewerbern. Besondere Bedeutung hat die Verzahnung der beiden Aufgabenbereiche bei der Berücksichtigung sozialpädagogischer Aspekte bei Belegungs- und Umzugsfragen oder bei Konflikten innerhalb der Unterkünfte. Auch die Anmeldung in Kindertageseinrichtungen und Schulen wird so direkt durch das Team Asyl initiiert und begleitet. Der gemeinsame Blick ermöglicht schnellere Entscheidungswege und pragmatische Lösungen für alle Altersgruppen, die letztlich eine schnellere Integration unterstützen. Die Sozialpädagogen der Kreisverwaltung sind es auch, die sich den Anwohnern vor der Belegung einer neuen Unterkunft als Ansprechpartner vorstellen und über die künftigen Nachbarn informieren.

Die sozialpädagogische Betreuung im TEAM ASYL ermöglicht schnellere Entscheidungswege und pragmatische Lösungen.

Die Einstellung einer Helferkreis Koordinatorin im Frühsommer 2016 stellt eine bedeutende Stärkung der Kreisverwaltung im Außenauftritt dar. Auch diese Stelle hat mit der Verortung innerhalb der Verwaltung einen Gesamtüberblick über die gesetzlichen Vorgaben der Unterbringung und Versorgung, die integrationsrelevanten Bedarfe von Asylbewerbern, aber auch über die Belange aufseiten der Helferkreise und besetzt damit eine wichtige Schnittstelle.

Das Jugendamt der Kreisverwaltung ist mit rund 110 uM nicht so stark belastet wie die grenznahen Jugendämter in Passau und Rosenheim.⁸ Doch auch in diesem Sachgebiet ist die Unterbringung, Versorgung und Betreuung der minderjährigen Asylbewerber nur durch Personalaufstockung im Verlauf der vergangenen zwei Jahre möglich.

Für aufenthaltsrechtliche Fragen ist das Ausländeramt und nach der Anerkennung als Asylberechtigter oder Flüchtling bzw. der Zuerkennung von subsidiärem Schutz das Jobcenter für die Asylbewerber zuständig. Die hohe Zahl eritreischer Asylbewerber im Landkreis wirkt sich auf diese beiden Sachgebiete besonders stark aus. Wie unter dem Kapitel „Zuwanderung mit Asylantrag“ beschrieben, wurden seit Anfang 2016 die Asylanträge aus diesem Herkunftsland offensichtlich vorrangig vom BAMF bearbeitet und positiv beschieden. Durch Austausch zwischen allen im Verwaltungsprozess rund um Asylbewerber involvierten Stellen konnte der Übergang von der Sozialhilfeverwaltung zum Jobcenter vorausschauend geplant werden.

Nach der Unterbringung und Erstversorgung hat die **BILDUNGS- UND ARBEITSINTEGRATION höchste Priorität.**

Mit Blick auf die zu erwartenden hohen Zahlen neuer Jobcenterkunden hat das Jobcenter Ebersberg ein Instrument zur effizienten Bearbeitung der Anträge geschaffen. Seit Jahresbeginn

werden jede Woche die „neu“ Anerkannten zu einem Informationstermin eingeladen, bei dem mit einem Übersetzer die weiteren Schritte erklärt werden und der Antrag auf Leistungen nach SGB II ausgefüllt wird. So wird eine zügige Bearbeitung sichergestellt und die Verzögerung der Auszahlung von Leistungen vermieden.

Die hier beschriebenen Aufgaben sind nur die ersten, die im Integrationsprozess von Asylbewerbern auf die Verwaltung zukommen. Nach der Unterbringung und ersten Versorgung haben Aufgaben zur Bildungs- und Arbeitsmarktintegration die höchste Priorität. Dabei sind auch andere Sachgebiete der Kreisverwaltung mit den „Integrationsaufgaben“ befasst. So sind z. B. mit dem Bedarf an Unterrichtsräumen – ob für Sprachkurse durch Ehrenamtliche oder von Berufsschulen benachbarter Landkreise eingerichtete Berufsintegrationsklassen an kreiseigenen Schulen – auch Mitarbeiter aus der Liegenschaftsverwaltung, dem Bildungsmanagement und der Schülerbeförderung mit Aufgaben rund um Asylbewerber befasst. Ein besonders hoher Mehraufwand im Bereich der Schülerbeförderung ist der Altersstruktur der im Landkreis untergebrachten Asylbewerber geschuldet und dem Umstand, dass es im Landkreis keine Berufsschule gibt.

Mit den benötigten Kommunikations- und Informationsstrukturen, die zeitgleich zur Umsetzung aufgebaut werden mussten, haben sich die Abläufe erst allmählich eingespielt. Die Strukturen für die beschriebenen Prozesse waren naturgemäß noch nicht vorhanden. Hanewinkel spricht diesbezüglich von einer „Verwaltungs- und Infrastrukturkrise“, die „sich infolge des starken Zuzugs an Asylsuchenden auf allen Ebenen – vom Bund, über die Länder bis zu den Kommunen – manifestiert hat“.⁹

Neben der hausinternen und -externen Vernetzung mit allen im Integrationsprozess involvierten Stellen spielt eine gute Datenbasis die entscheidende Rolle für die Schaffung integrationsfördernder Strukturen auf Kreisebene. Mit diesem Ziel wurde – zunächst im Rahmen der Umsetzung des Demografiekonzepts im Landkreis Ebersberg – die Stelle der Integrationsbeauftragten geschaffen und Anfang 2014 besetzt. Die geplanten Aufgabenschwerpunkte zur Schaffung dieser Strukturen für die reguläre

Zuwanderung wurden trotz partieller Überschneidungen aufgrund der oben beschriebenen Zuwanderungsentwicklung ab Mitte 2014, spätestens aber ab Sommer 2015, fast vollständig vom Thema Asyl überlagert. Die Zusammenführung relevanter Daten für die Integration von Zuwanderern ist in dieser Stelle verankert. Diese Prozesse zur Datenerhebung und -analyse werden auch für die Integration von Asylbewerbern genutzt.

ASYLHELFERKREISE – ORGANISATIONSTYPEN UND ZUSAMMENARBEIT

Die Unterstützung aus der Zivilgesellschaft ist gerade in der ersten Zeit einer der wichtigsten Faktoren für die soziale Integration von Asylbewerbern. Im persönlichen Kontakt mit ehrenamtlichen Helfern, Sprachpaten oder Deutschlehrern können sie unmittelbar das neue Lebensumfeld kennenlernen: Gesellschaft, Werte, Kultur, Lebens- und Verhaltensweisen. Wie überall in Bayern und Deutschland ist mit dem Anstieg der Asylbewerberzahlen auch im Landkreis Ebersberg die Zahl der Helferkreise gewachsen. Zu Beweggründen für das Engagement für Asylbewerber konnte Gerd Mutz fünf Motivtypen herausarbeiten, die vermutlich auch beim Engagement von Asylhelfern im Landkreis Ebersberg eine Rolle gespielt haben: „Humanistisches Lebensprinzip“, „Religiöse Grundhaltung“, „Pädagogische Beweggründe“, „Interkulturelle Geselligkeit“ und „Es tut mir gut“.¹⁰

Mit der Unterbringung von Asylbewerbern in den Landkreisgemeinden, vor allem in den Jahren 2015 und 2016, haben sich zahlreiche neue Asylhelferkreise gebildet, die sich v. a. im Grad ihrer hierarchischen Organisation von den ersten Helferkreisen unterscheiden. So sind ältere Helferkreise (noch aus 2014) meist eher locker verbundene Gruppen, die sich Aufgaben teilen, aber keine strikte Trennung nach Arbeitsbereichen haben und Unterstützung in unterschiedlichen Bereichen für einen oder mehrere Asylbewerber anbieten. Ein anderer Typ Helferkreis ist jener mit einer eigenen Webseite, die als Informations- und Austauschplattform dient und auf der die Zuständigkeiten nach Unterstützungsthemen klar gegliedert sind.¹¹ Tendenziell sind im Landkreis Ebers-

berg die Helferkreise in den städtischen Gemeinden entlang der S-Bahnlinie eher dem zweiten Typ zuzuordnen, während in den dörflich-ländlich geprägten Gemeinden eher kleinere Gruppen, die sich locker nach dem ersten Typ organisieren, aktiv sind. In diesen haben sich die Unterstützungsangebote eher *nach* der Ankunft von Asylbewerbern entwickelt.

Traglufthallen führten zur NEUBILDUNG oder NEUSTRUKTURIERUNG von Helferkreisen.

Mit der langfristigeren Planung und Vorbereitung der großen Asylunterkünfte (z. B. Traglufthallen) ging die Neubildung bzw. Neustrukturierung der Helferkreise in städtischeren Gemeinden einher. In diesem Prozess sind Helferkreise mit teilweise recht festgelegten Organisationsstrukturen zu Aufgaben und Themenbereichen schon *vor* der Belegung der Unterkünfte entstanden. Mit dieser vorbereiteten Struktur und den Vorstellungen, was sie als Helfer brauchen, um ihre geplante Integrationsunterstützung umzusetzen, baut sich unweigerlich auch ein gewisser Druck auf. Innerhalb der Helferkreise trägt so z. B. die Hierarchie und übernommene Verantwortung dazu bei, die sich selbst auferlegten Aufgaben zu erfüllen, sowohl als Themenkreisleiter als auch als Helferkreissprecher. Diese sind in einem großen Helferkreis ein sehr wichtiges Strukturelement und in der Kommunikation mit den Behörden ohne Zweifel ein wichtiges Bindeglied. Gleichzeitig wird über die Helferkreissprecher der aufgebaute Druck an Mitarbeiter in Behörden und bei Bildungsträgern weitergegeben – manchmal durchaus in unverhältnismäßigem Ausmaß und nicht angemessener Weise. Auch das Nutzen der Presse zur Darstellung der eigenen Arbeit oder aber des Unmuts über Vorgehensweisen vonseiten hauptamtlicher Stellen ist tendenziell eher ein Medium von stärker organisierten Helferkreisen.

BILDUNGS- UND ARBEITSMARKTINTEGRATION

Das Qualifikationsniveau von Asylbewerbern im Landkreis Ebersberg

Für die Integration von Asylbewerbern in Bildungsangebote und in den Arbeitsmarkt ist – neben dem Vorhandensein entsprechender Angebote und den Zugangsvoraussetzungen zu diesen – der wichtigste Faktor das Wissen über ihren Bildungshintergrund. Seit dem Frühjahr 2014 werden die dem Landkreis zugewiesenen Asylbewerber bei Ankunft in der Kreisverwaltung zu ihrem Bildungshintergrund befragt.¹² Die erhobenen Daten umfassen Informationen über Schulbesuch und -dauer im Herkunftsland, eine etwaige Berufsausbildung und Berufserfahrung, Sprachkenntnisse und den Alphabetisierungsbedarf. Die Angaben beruhen auf der Eigenauskunft der Befragten, ermöglichen aber dennoch eine erste Orientierung über den Bedarf an Sprachkursen und geeigneten Qualifizierungs- oder Berufsorientierungsmaßnahmen.¹³ Von den im Landkreis Ebersberg untergebrachten Asylbewerbern sind etwa 20 % Analphabeten und etwa 20 % haben einen 12-jährigen Schulbesuch angegeben. Die restlichen 60 % sind relativ gleichmäßig auf die Cluster 3 bis 4, 5 bis 6, 7 bis 8 sowie 9 bis 10 Schuljahre verteilt. Ein relativ hoher Anteil mit 12-jährigem Schulbesuch ist von Asylbewerbern aus Nigeria (40 %), Syrien (35 %) und Eritrea (20 %) angegeben worden. Unter den Asylbewerbern, die angegeben haben, weder lesen noch schreiben zu können, stammen die meisten aus Afghanistan (36 %), dem Senegal (33 %) oder Somalia (30 %). Insgesamt betrachtet, zeigt die Erfahrung der vergangenen zweieinhalb Jahre, dass die Angaben – bei Berücksichtigung unterschiedlicher Bildungsstandards zwischen Herkunftsländern und Deutschland¹⁴ – im Wesentlichen der Wahrheit entsprechen und eine wertvolle Datenbasis für die Planung und Koordination der Angebote ergeben.¹⁵

Bildungs- und Qualifizierungsangebote für Asylbewerber

Im Jahr 2014 bestand das Bildungsangebot für Asylbewerber aus Sprachkursen, die von ehrenamtlichen Helfern geleitet wurden, Sprach- oder Lesepatenschaften und den Plätzen in

Übergangsklassen für schulpflichtige Kinder. Deutschkurse mit ausgebildeten DaF-Lehrkräften¹⁶ waren der Erstorientierungskurs – ein vom Freistaat finanzierter, dreimonatiger Intensivkurs – und der berufsorientierte Sprachkurs mit Praktikum, aus dem einige Asylbewerber in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungs- und Ausbildungsverhältnisse vermittelt werden konnten. In diesen beiden Kursarten standen 2014 und 2015 insgesamt 35 Plätze pro Jahr für Asylbewerber zur Verfügung. Darüber hinaus gab es an den Berufsschulen erste Berufsintegrationsklassen,¹⁷ in die vereinzelt auch Schüler aus dem Landkreis gehen konnten.

Ein ÜBERANGEBOT für bestimmte Asylbewerbergruppen führt zu Abbrüchen und fehlender Verbindlichkeit.

Im Herbst 2015 wurden mit der Einrichtung von Einstiegskursen¹⁸ für Asylbewerber aus vier Herkunftsländern und der gleichzeitigen Öffnung der Integrationskurse¹⁹ für dieselbe Zielgruppe die ersten Zugangskriterien für Bildungsangebote eingeführt: Mit diesen auf den Anerkennungsquoten und der damit hohen Bleibeperspektive begründeten Regelungen haben innerhalb der Zuwanderergruppe mit Asylantrag jene aus Syrien, Irak, Iran und Eritrea einen privilegierten Zugang zu Bildungs- und Qualifizierungsangeboten erhalten. Seit dem Sommer 2016 ist diese Gruppe um Asylbewerber aus Somalia erweitert worden. Nicht für alle Bildungs- und Qualifizierungsangebote gelten die eingeschränkten Zugangskriterien, aber dieses Prinzip gilt seit der Einführung auch für die meisten der verschiedenen an Asylbewerber orientierten Angebote der Arbeitsagentur. Asylbewerber aus sicheren Herkunftsstaaten²⁰ hingegen sind schon seit dem Frühjahr 2015 vom Arbeitsmarkt und Sprachkursangeboten ausgeschlossen. Für die privilegierte Gruppe steht mit den verschiedenen Maßnahmen und Plätzen in Berufsintegrationsklassen ein Überangebot bereit, das (den falschen!) Eindruck der Beliebigkeit und Unverbindlichkeit hervorrufen kann.

Dementsprechend ist es nicht verwunderlich, wenn aus dieser Gruppe immer wieder

Abbrüche, Kurswechsel und fehlende Verbindlichkeit von den Bildungsträgern zurückgemeldet wird.

Neben den eben beschriebenen Angeboten ist die Zahl der Berufsintegrationsklassen für BAF-ler (berufsschulpflichtige Asylbewerber und Flüchtlinge) in Bayern von knapp 200 Klassen im Schuljahr 2014/15 auf inzwischen über 1.200 Klassen gestiegen. Aus dem Landkreis Ebersberg wurden im Schuljahr 2015/16 rund 120 BAF-ler in Berufsintegrationsklassen unterrichtet, verteilt auf 7 Klassen unter Trägerschaft der Berufsschulen Wasserburg und Erding aus den benachbarten Landkreisen, sowie vereinzelt auf Berufsschulen in München. Im laufenden Schuljahr stehen dem Landkreis durch die Unterstützung der genannten Berufsschulen insgesamt 15 Berufsintegrationsklassen zur Verfügung, die an den Schulstandorten und über den südlichen und nördlichen Landkreis verteilt an kreiseigenen Schulen eingerichtet wurden.

Vernetzungsbedarf im Rahmen der Bildungs- und Arbeitsmarktintegration

Das Ziel, möglichst viele Asylbewerber möglichst schnell in einen geregelten Tagesablauf und in Erwerbstätigkeit zu bringen, erfordert die intensive Zusammenarbeit aller mit dem Asylthema befassten Stellen in der Kreisverwaltung, dem Jobcenter, der Bundesagentur für Arbeit sowie der Bildungsträger. Auf Basis der Datenanalyse zum Bildungshintergrund kann der Bedarf an Sprachkursen und für die Zielgruppe passenden Qualifizierungsmaßnahmen abgestimmt und zielgruppengerecht umgesetzt werden.

Die Häufigkeit und Form des Austausches hängt dabei von der Entwicklung der Zuwanderungszahlen und gesetzlicher Neuerungen ab (z. B. die oben beschriebenen Zugangskriterien). Da der gesamte Bereich der Integration von Asylbewerbern von einer hohen Dynamik geprägt ist, hat es sich für den Landkreis bewährt, die beschriebenen Vernetzungsstrukturen mit den oben genannten Akteuren flexibel umzusetzen: sowohl in regelmäßigen Austauschtreffen (z. B. beim Übergang Sozialhilfeverwaltung – Jobcenter) oder einem Arbeitskreis „Asyl & Arbeit“, als auch bei neuen Qualifizierungsangeboten oder Regelungen mit den

jeweils betroffenen Akteuren. Auf diese Weise konnten z. B. Ausbildungsprojekte²¹ und eine Jobbörse im Landkreis umgesetzt werden.

Partizipation von Asylbewerbern am Arbeitsmarkt

Erste Erfahrungen mit der Arbeitswelt konnten Asylbewerber im Landkreis schon seit 2014 im Rahmen von gemeinnütziger Tätigkeit, vermittelt durch das Team Asyl, sammeln (1-Euro-Jobs). Bei der Vermittlung in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse und Ausbildung spielen Helferkreise und der Arbeitgeberservice der Arbeitsagentur eine große Rolle. Letztere wirbt bei Arbeitgebern um Praktikums- und Arbeitsplätze für Asylbewerber und hat im Januar 2016 gemeinsam mit dem Jobcenter eine Jobbörse für Asylbewerber und andere Arbeitssuchende organisiert. Die Helferkreise wiederum vermitteln über ihre Kontakte und Netzwerke vor Ort viele Asylbewerber in Arbeit.

Arbeitgeberservice und lokale Netzwerke sind wichtig für die ARBEITSMARKTINTEGRATION.

Derzeit sind rund 240 der 1.300 Asylbewerber im Landkreis erwerbstätig und 44 in Ausbildung (davon 21 uM). Vor dem Hintergrund der großen Anzahl berufsschulpflichtiger Asylbewerber und der vom Arbeitsmarkt ausgeschlossenen Gruppen ergibt dies eine an sich beachtliche Beschäftigungsquote: Rund 34 % der Asylbewerber sind in einem Ausbildungs- oder Beschäftigungsverhältnis. Nach Herkunftsstaaten differenziert, zeichnet sich nach ersten Auswertungen allerdings die Tendenz ab, dass vor allem Asylbewerber aus Nigeria, Pakistan, Afghanistan, Sierra Leone und Somalia erwerbstätig sind,²² also durchwegs Asylbewerber aus den „nicht-privilegierten“ Herkunftsstaaten. Dies lässt sich nur zum Teil mit dem fehlenden Zugang zu Bildungs- und Qualifizierungsangeboten erklären.

INTEGRATIONSHÜRDEN UND PERSPEKTIVEN IM LÄNDLICHEN RAUM

Aus der Beschreibung der Zuwanderungs-entwicklung im Landkreis Ebersberg und den dargestellten Handlungsfeldern und Erfahrungen mit der Integrationsarbeit lassen sich einige Herausforderungen für Bevölkerung und Kreisverwaltung erwarten.

Knapper Wohnraum

Auf dem umkämpften Wohnungsmarkt steigt der Druck unter Geringverdienern, zu denen Asylbewerber aufgrund ihres insgesamt eher geringen Qualifikationsniveaus mehrheitlich zuzurechnen sein werden. Die Unterstützung dieser Gruppe bei der Wohnungssuche durch Helferkreise bleibt (auch ohne das Nutzen der Presse für diese Zwecke) im ländlichen Raum nicht verborgen und könnte auf Unverständnis stoßen und zu großem Unmut unter der einheimischen Bevölkerung²³ führen. Insbesondere, wenn Wohnungsangebote abseits der S-Bahn-Linien, wo auch ein großer Teil der Landkreisbevölkerung selbstverständlich lebt, wegen zu weiter Wege oder langer Fahrtzeiten abgelehnt werden. Mit zunehmendem Familiennachzug wird diese Situation noch erheblich schwieriger.

Zusammenarbeit unterschiedlicher ehrenamtlicher und hauptamtlicher Stellen

Ehrenamtliche Helfer haben naturgemäß eine andere Perspektive als hauptamtlich mit der Unterbringung, Versorgung und Integration befasste und an gesetzliche Vorgaben gebundene Mitarbeiter in Behörden und bei Bildungsträgern. Die Information über die Größenordnung – z. B. bei der Versorgung von knapp 350 berufsschulpflichtigen Asylbewerbern – hilft (manchmal) beim Perspektivenwechsel. Der Druck auf den Ehrenamtlichen bleibt aber allein durch die Nähe zum einzelnen Asylbewerber meist hoch.

Eine weitere erhebliche Problematik ist durch die vielen Bildungsangebote entstanden, die privilegierten Asylbewerbern offenstehen. Wo 2014 die Hauptunterstützung noch aus ehrenamtlich geleiteten Sprachkursen bestand, hat sich (trotz der Informationen vorab und Bitten, dies den Hauptamtlichen zu überlassen) die Aktivität von Helfern in den Bereich der Anmeldung der von ihnen Betreuten zu verschie-

denen Bildungsangeboten verschoben; nicht selten auch gleichzeitig zu zwei oder drei Maßnahmen. Die Koordination der Angebote und Teilnehmer wird so für Hauptamtliche in der Kreisverwaltung und bei Bildungsträgern erheblich erschwert. Darüber hinaus wird das fatale Signal an die privilegierten Asylbewerber verstärkt, sie könnten sich unverbindlich Bildungsangebote aussuchen und mitten in den Kursen oder Maßnahmen abbrechen oder wechseln.

Die Koordination der Bildungsangebote für Asylbewerber sollte den HAUPTAMTLICHEN überlassen werden.

Segregierte Bildungsangebote für Asylbewerber verzögern die Integration

Eine Vielzahl der geschaffenen und für Asylbewerber geöffneten Bildungs- und Qualifizierungsangebote ist nur für diese konzipiert worden oder wird aufgrund der hohen Zahl von Teilnehmern aus dieser Zielgruppe nur mit Asylbewerbern durchgeführt. Auf diese Weise erfahren Asylbewerber nicht die realen Bedingungen der Arbeitswelt und der eigenverantwortlichen Versorgung außerhalb des Asylversorgungssystems, selbst wenn sie schon Jobcenterkunden sind, aber als Fehlbeleger in Asylunterkünften untergebracht sind. Nach dem Besuch der Berufsintegrationsklasse oder der besonderen Maßnahme für Asylbewerber werden sie sich auf dem Arbeits- und Ausbildungsmarkt beweisen müssen. Dies wird nach der intensiven Begleitung durch Helferkreise und Sozialpädagogen (je nach Maßnahme) eine große Herausforderung für alle Beteiligten. Daher wäre z. B. anstatt der Sondermaßnahmen die Verteilung von Asylbewerbern auf Integrationskurse (und andere Maßnahmen) mit Kursteilnehmern, die nicht über einen Asylantrag zugewandert sind, z. B. EU-Bürger, vermutlich zielführender für erfolgreiche Integrationsprozesse.

Integration aller Asylbewerbergruppen in den Arbeitsmarkt

Mit der im Kapitel „Partizipation von Asylbewerbern am Arbeitsmarkt“ dargestellten Übersicht zur Arbeitsmarktintegration wird deutlich, dass Asylbewerber abhängig von ihrem Herkunftsland unterschiedlich stark am Arbeitsmarkt partizipieren. Mögliche Ursachen werden mittels eines Monitorings zur Teilnahme an Bildungs- und Qualifizierungsangeboten unter Berücksichtigung nach Zugangsmöglichkeiten einerseits und der (parallelen) Erwerbstätigkeit andererseits herausgearbeitet. Daraus müssen notwendige Schritte für die Arbeitsmarktintegration aller Asylbewerbergruppen abgeleitet werden. Die größte Herausforderung wird in der Diskrepanz zwischen dem Selbstbild – aufgrund des Schulbesuchs im Herkunftsland – und den tatsächlich vorhandenen Kompetenzen gemessen an hiesigen Bildungsstandards liegen.

FAZIT

Im ländlichen Raum ist alles näher, vertrauter, bekannter und vor allem sichtbarer als in Ballungsgebieten. Diese Nähe kann sich positiv, aber durchaus auch negativ auswirken. Die Aktivitäten von Helferkreisen sind im ländlichen Raum nicht nur sehr sichtbar, sondern auch mit bekannten Personen verknüpft. Sozioökonomisch benachteiligte Bürger im an sich reichen Landkreis Ebersberg, die sich vielleicht schon vor der Asylzuwanderung „übergangen“ fühlten, nehmen die Aktivitäten der Helferkreise besonders sensibel wahr und sind im besten Fall nur irritiert.

Mit den unterschiedlichen Perspektiven auf die Integrationsbedarfe eines Asylbewerbers durch einen ehrenamtlichen Paten und hauptamtliche Behördenmitarbeiter können sich im ländlichen Raum durchaus Gemeindeglieder, Nachbarn oder Bekannte gegenüberstellen. Dies kann für die Verständigung und Lösungsfindung hilfreich sein. Wenn aber nicht, dann wirken die Spannungen aus dem (für die Hauptamtlichen) beruflichen Kontext schnell auch in den privaten Bereich hinein. Hier bedarf es einer intensiven Pflege der Informations- und Kommunikationsstrukturen, um das gesellschaftliche Klima nicht (noch mehr) zu vergiften.

Die Partizipation am Arbeitsmarkt bleibt in ländlichen Gegenden genauso wenig verborgen wie eine „Nicht-Partizipation“. Selbst in den städtischen Gemeinden des Landkreises ist nicht zuletzt durch große, sehr engagierte Helferkreise bekannt, wer Asylbewerber ist, wie er sich um Integration bemüht oder ob er Arbeitsangebote annimmt. Noch unmittelbarer ist diese Wahrnehmung in den kleinen, ländlich-dörflich geprägten Gemeinden. Die Erfahrung im Landkreis zeigt: Wo die Erwerbstätigkeit von Asylbewerbern hoch ist, steigt die Akzeptanz durch die einheimische Bevölkerung. Dementsprechend sinkt sie dort, wo Arbeitsangebote nicht angenommen werden, z. B. weil es sich um Helfertätigkeiten handelt oder die Fahrtwege nicht in Kauf genommen werden. In einer Region, in der der größte Teil der Bevölkerung selbst zur Arbeitsstelle pendelt, stoßen solche Haltungen auf Unverständnis. All dies ist aufgrund der kaum möglichen Anonymität in kleineren Gemeinden, sehr viel deutlicher sichtbar als in Ballungsgebieten.

Es ist daher von großer Bedeutung, dass die Kreisverwaltung durch Monitoring einen datenbasierten, sachlichen Überblick gewinnt und daraus notwendige Handlungsschritte zur Arbeitsmarktintegration aller Asylbewerber ableitet und umsetzt. Es gilt die notwendigen Strukturen für Integration zu schaffen, eigenes Engagement von Asylbewerbern einzufordern und die Entwicklung weiter zu beobachten. Der starke Arbeitsmarkt im Landkreis Ebersberg und im Großraum München bietet in diesem Bereich sehr gute Voraussetzungen.

Von Vorteil bei der Bewältigung der anstehenden Integrationsaufgaben ist dabei auch die Übersichtlichkeit der Verwaltungsstrukturen im verhältnismäßig kleinen Landkreis Ebersberg. Die sehr gute Vernetzung und Zusammenarbeit der mit Asylthemen befassten Sachgebiete haben schon bisher effiziente Lösungen und Verfahren ermöglicht. Nicht zuletzt ist auch die Trägerlandschaft im Landkreis übersichtlich, was die enge Zusammenarbeit mit Sprachkurs- und Bildungsträgern unterstützt.

Die kaum vorhandene Anonymität im ländlichen Raum ist – gerade beim Thema Asyl, das die Gesellschaft insgesamt so sehr polarisiert – ein nicht zu unterschätzender Faktor, der sich

positiv oder negativ auswirken kann, in jedem Fall aber die Wahrnehmung verstärkt.

|| **MIRJANA ŠIMIĆ**

Integrationsbeauftragte im Landkreis Ebersberg

ANMERKUNGEN

- ¹ Marezke, Steffen: Regionale Disparitäten des Einkommens in Deutschland, in: Armut im ländlichen Raum? Analysen und Initiativen zu einem Tabu-Thema, hrsg. von Silke Franke (= Argumente und Materialien zum Zeitgeschehen 97), München 2015, S. 20. http://www.hss.de/uploads/tx_ddceventsbrowser/AMZ_03.pdf, Stand: 10.9.2016.
- ² Redemann, Dominik.: Sozialbericht Landkreis Ebersberg 2015, Ebersberg 2015, S. 41; <http://lra-ebe.de/Landratsamt.aspx?view=/kxp/orgdata/default&orgid=6c2b0bd0-eed1-45d0-b20e-8a3c34ed6676>, Stand: 8.9.2016.
- ³ https://www.statistik.bayern.de/medien/statistik/demwa/karte_bvb_2014_2034_internet.pdf, Stand: 10.9.2016.
- ⁴ Redemann: Sozialbericht Landkreis Ebersberg 2015, S. 27 f.
- ⁵ Diese Zuwanderungsgruppe verfügt überdurchschnittlich oft über einen Hochschulzugang bzw. Hochschulabschluss; vgl. Redemann: Sozialbericht Landkreis Ebersberg 2015, S. 31.
- ⁶ Die Angaben in der Grafik beziehen sich auf die zum Stand August 2016 vom Landratsamt untergebrachten 1.109 Asylbewerber, spiegeln aber die Altersstruktur aller über einen Asylantrag Zugewanderter im Landkreis wider.
- ⁷ Seit der Einrichtung externer Asylsozialberatungsstellen durch Wohlfahrtsverbände im Landkreis haben diese die sozialpädagogische Betreuung für einen Teil der Unterkünfte im Landkreis übernommen und stehen in enger Zusammenarbeit sowie regelmäßigem Austausch mit den Mitarbeitern der Kreisverwaltung.
- ⁸ Für unbegleitete Minderjährige war zunächst der Landkreis zuständig, in dem sie aufgegriffen wurden, was zur unverhältnismäßigen Belastung der Jugendämter in den Landkreisen Rosenheim und Passau führte. Es hat einige Monate gedauert, bis die Umverteilung nach dem Königsteiner Schlüssel auch für die Personengruppe der unbegleiteten Minderjährigen angewandt wurde.
- ⁹ Hanewinkel, Vera: Das Jahr 2015: Flucht und Flüchtlinge im Fokus – ein Rückblick, hrsg. vom Institut

für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS) der Universität Osnabrück, Osnabrück 2015, S. 5.

- ¹⁰ Mutz, Gerd / Costa-Schott, Rosario / Hammer, Ines u. a.: Engagement für Flüchtlinge in München. Ergebnisse eines Forschungsprojekts an der Hochschule München in Kooperation mit dem Münchner Forschungsinstitut miss, München 2015, S. 24; https://w3-mediapool.hm.edu/mediapool/media/dachmarke/dm_lokal/presse/pm/2015_4/Abschlussbericht_final_30092015.pdf, Stand: 10.9.2016.
- ¹¹ Für Helferkreise im Landkreis Ebersberg übliche Themen sind z. B. Sprachkurse, Nachhilfe, Sport, Technik, Spenden, Wohnungssuche, Begleitung (Behörden, medizinische Versorgung) und Freizeit.
- ¹² Die Bildungsdaten konnten für fast alle Asylbewerber erfasst werden. Allein in der intensiven Zuweisungsphase zwischen Oktober 2015 und März 2016 konnten nicht alle erfasst werden.
- ¹³ Mit der Befragung wird auch ein Einverständnis über die Nutzung und Weitergabe dieser Angaben zum Zwecke der Organisation von Sprachkursen, Bildungs- und Qualifizierungsangeboten eingeholt.
- ¹⁴ Vgl. dazu die Ergebnisse von Ludger Wößmann zur Diskrepanz von bis zu 5 Schuljahren, selbst bei Asylbewerbern aus Syrien, dem Land mit dem „besten“ Bildungssystem unter den Asylherkunftsländern: Wößmann, Ludger: Nur eine realistische Flüchtlingspolitik wird Erfolg haben, in: ifo Schnelldienst 1/2016, 69. Jahrgang, 14.1.2016, S. 22. http://econpapers.repec.org/article/cesifosdt/v_3a69_3ay_3a2016_3ai_3a01_3ap_3a21-24.htm
- ¹⁵ Neben der so gewonnenen, wichtigen Datenbasis für die Planung von Bildungsmaßnahmen ist das kurze Gespräch über den Bildungshintergrund eine gute Gelegenheit für die Sozialpädagogen des Teams Asyl, bei einem positiven Gesprächsanlass einen ersten Eindruck von den künftig zu Betreuenden zu gewinnen.
- ¹⁶ Lehrkräfte mit universitärer Ausbildung im Studienfach „Deutsch als Fremdsprache“ (DaF).
- ¹⁷ Mit dem Modell der (in der Regel) zweijährigen Berufsintegrationsklassen sollen BAF-ler mit intensivem Deutschunterricht, Mathematik und Sozialkunde die Ausbildungsreife für eine Berufsausbildung erreichen.
- ¹⁸ Ein Deutschkurs im Umfang von 320 Unterrichtseinheiten (UE).
- ¹⁹ Vom BAMF finanzierte Deutschkurse im Umfang von 600 UE Sprachkurs und 60 UE Orientierungskurs zur Landeskunde, zu denen die Asylbewerber bisher erst nach der Anerkennung Zugang hatten.
- ²⁰ Zu diesem Zeitpunkt: Senegal, Ghana, Westbalkanstaaten.

- ²¹ Z. B. das Ausbildungsprojekt mit LIDL, in dem 25 junge Asylbewerber zu Fachlageristen, Lagerlogistikern und Einzelhandelskaufleuten ausgebildet werden. <http://www.merkur.de/lokales/ebersberg/viel-versprechender-integrationsversuch-kirchseeon-fluechtlinge-werden-lidl-azubis-6399308.html>, Stand: 10.9.2016
- ²² Eine detailliertere Aufstellung über die Beschäftigungsquoten nach Herkunftsländern wird im Herbst 2016 im Rahmen eines Monitorings erstellt.
- ²³ Zu dieser sind auch schon lange ansässige und integrierte Bürger mit Migrationshintergrund zu zählen.

EHRENAMTLICHE FLÜCHTLINGSARBEIT IM LANDKREIS ROTH

Strategische Aufgabenteilung

ALINE LIEBENBERG / THOMAS RÖBKE / ANNE THÜMLER || Vielfach versicherten Vertreter aus Politik und Medien, dass die Flüchtlingswelle, die im Herbst 2015 einsetzte, gar nicht so friedlich zu bewältigen gewesen wäre, wenn nicht zigtausende Ehrenamtliche für eine Willkommenskultur an vielen Orten – von Passau, Rosenheim und München bis in die kleinsten Gemeinden – gesorgt hätten. Diese Aussage wird weiter gültig bleiben, auch wenn es jetzt weniger um die akute Hilfe in Flüchtlingsheimen, zum Beispiel bei der Kleiderausgabe gehen wird, sondern um die vielfältigen Aufgaben der Integration.

STRUKTUREN FÜR DAS EHRENAMT

Aus verschiedenen wissenschaftlichen Untersuchungen wissen wir, dass die Verantwortlichen weiterhin mit der Unterstützung des bürgerschaftlichen Engagements rechnen. Das Ehrenamt halten die Vertreter in den Kommunen, so eine aktuelle Befragung, für die wichtigste Ressource eines gelingenden Integrationsprozesses.¹ Diese Ressource zu erhalten, bedarf es kluger politischer Maßnahmen und Entscheidungen. Wir brauchen schnell stabile Rahmenbedingungen und Unterstützungsplattformen für die ehrenamtliche Integrationsarbeit. Eine qualitative Untersuchung der Humboldt-Universität Berlin,² die viele Akteure im Feld, Hauptamtliche wie Ehrenamtliche, politisch Verantwortliche wie Verwaltungskräfte befragte, kommt zu folgendem Ergebnis, was auf Dauer vorhanden sein muss:

- Verlässliche Infrastrukturen der Ehrenamtlichenkoordination und des Freiwilligenmanagements;
- offene Institutionen und Einrichtungen, die sich strukturell für die Zusammenarbeit mit Ehrenamtlichen öffnen bzw. diese erweitern;

- Vernetzungsstrukturen und die Differenzierungen geeigneter arbeitsteiliger Prozesse auf drei unterschiedlichen Ebenen:
 - in den jeweiligen Initiativen vor Ort;
 - zwischen den lokalen Ehrenamtsinitiativen und Helferkreisen;
 - zwischen der ehrenamtlichen Flüchtlings- und Integrationsarbeit und den hauptamtlich verfassten Einrichtungen, zum Beispiel den Arbeitsagenturen, den Bildungs- und Kultureinrichtungen, den sozialen Diensten sowie den mit der Integrations- und Flüchtlingsarbeit befassten kommunalen Verwaltungsstrukturen auf regionaler Ebene.

Gefordert sind STABILE Rahmenbedingungen und Unterstützungsplattformen für die ehrenamtlichen Helfer.

Dies alles muss durch eine ausreichende und verlässliche Finanzierung ermöglicht werden, die im föderalen Dreiklang von Bund, Land und Kommunen ohne Doppelstrukturen und „Projektikis“ für Unterstützung sorgt.

Dass diese Ziele ehrgeizig sind, weiß jeder, der sich ein wenig mit dem Geflecht unterschiedlicher Zuständigkeiten und Förderrichtlinien befasst hat. So gibt es beispielsweise ein Kooperationsverbot, das es dem Bund nicht erlaubt, das Bürgerschaftliche Engagement in den Kommunen dauerhaft direkt zu fördern. Da die Unterstützung des Bürgerschaftlichen Engagements zu den freiwilligen Leistungen gehört, tun sich die ärmeren Kommunen schwer, ohne Mittel von Bund und Land diese Aufgabe allein zu schultern.

Verschiedene Bundesministerien legten, obwohl eigentlich nicht zuständig, angesichts der akuten Situation Programme der Förderung Bürgerschaftlichen Engagements (etwa „Menschen stärken Menschen“ des Bundesfamilienministeriums oder ein umfassendes Patenschaftsprogramm der Malteser, das vom Bundeskanzleramt gefördert wird) auf, die allerdings zeitlich begrenzt sind. Länder wie Bayern wurden von sich aus aktiv und fördern, allerdings zeitlich ebenso begrenzte, kommunale Strukturen.

Das schafft vor Ort manchen unerwarteten Geldsegen. Zudem treten große Stiftungen als Fördermittelgeber auf den Plan. Ihre Programme sind oft ähnlich zu jenen der öffentlichen Hände, aber nicht miteinander kompatibel.

Für Integrationsarbeit sind LANGFRISTIGE Finanzierungszusagen nötig.

Dass also, was ja durchaus begrüßenswert war, viele staatliche und gemeinnützige Akteure in der akuten Not schnell reagierten, führt jetzt in der Summe ihrer Unübersichtlichkeit zu einer gewissen Unsicherheit vor Ort. Es geht auf der staatlichen Ebene dringlich um bessere Koordination, um diese Verunsicherung zu beseitigen.

Der schlimmste Motivationskiller sind plötzlich wegbrechende Finanzierungsstrukturen, die ein gut eingespieltes Hilfesystem in kurzer Zeit wie ein Kartenhaus einstürzen lassen. Angesichts der langwierigen Aufgabe der Integration ist das kontraproduktiv.

AM BEISPIEL DES LANDKREISES ROTH

In vielen Landkreisen und Städten Bayerns wurde Unglaubliches geleistet. Ein Beispiel, das wir näher beleuchten wollen, ist der Landkreis Roth. Im Nachhinein kann man sagen: Es ist hier politisch und gesellschaftlich vieles richtig gemacht worden, so dass eine friedliche, nicht aufgeregte, sondern selbstverständliche Willkommenskultur im lokalen Kontext greifen konnte. Das Beispiel zeigt auch die jeweiligen Besonderheiten vor Ort. Und es zeigt, wie eine professionell gut aufgestellte Ehrenamtskoordination das Bürgerschaftliche Engagement in den verschiedenen Gemeinden sinnvoll unterstützen kann.

Ausgangslage

Zu Beginn des Jahres 2012 wurden die ersten Asylbewerber im Landkreis Roth untergebracht. Der Landkreis Roth vermied dabei von Anfang an die Unterbringung von Asylsuchenden in großen Sammelunterkünften und setzte auf die Verteilung der Asylsuchenden in dezentralen Unterkünften in allen Landkreisgemeinden. Das schützte die Kommunen vor einseitigen Überforderungen.

Zudem wollte der Landkreis in diesem komplexen Prozess Akteur bleiben und den Entwicklungen entsprechend Strukturen aufbauen. Gemäß des Mottos des Landrates, „nicht nach Zuständigkeiten fragen, sondern handeln“, entschied man, die Zuständigkeit für die Asylsozialberatung nicht ausschließlich an die Wohlfahrtsverbände abzugeben, sondern in Teilbereichen über den Landkreis abzudecken.

Der Flächenlandkreis Roth dehnt sich vom suburbanen Einzugsgebiet im Süden Nürnbergs bis in sehr ländliche Gegenden. Er umfasst mit der Stadt Roth und einer Einwohnerzahl von etwa 25.000 bis zu kleinen Kommunen wie Kammerstein oder Rohr mit etwa 3.000 Einwohnern sehr heterogene Gemeindegrößen.

In jeder der 16 Landkreisgemeinden sind Asylbewerber untergebracht, aktuell (Sommer 2016) von 17 bis 167 Personen je nach Größe und Aufnahmekapazitäten der einzelnen Gemeinden.

Darüber hinaus gibt es in der Kaserne Roth eine ZAE als Außenstelle der Erstaufnahmeeinrichtung in Zirndorf, die von 200 Personen bis über 1.250 Personen in der Hochphase im August 2015 belegt war. Aktuell sind dort 304 Personen untergebracht (August 2016).

Die Asylbewerberzahl ist bis zum Jahreswechsel 2015/2016 schnell angewachsen, um aktuell wieder abzunehmen:

Asylbewerberzahl im Landkreis 2012-2016	
11/2012	80 Personen
01/2013	101 Personen
01/2014	239 Personen
01/2015	877 Personen
01/2016	2.000 Personen
08/2016	1.600 Personen

Bei den ca. 125.000 Einwohnern des Landkreises waren also in Hochzeiten knapp 2 % Asylsuchende. Das klingt nicht nach viel, aber der rasante und kaum planbare Zuzug war doch, wie fast überall in Bayern, eine große Herausforderung. Das Ehrenamt spielte bei der Bewältigung dieser Herausforderung eine maßgebliche Rolle.

Der erste Helferkreis im Landkreis formierte sich schon im Laufe des Jahres 2012 in der Stadt Hilpoltstein. Asylsuchende wurden in einem freien verfügbaren Gebäude der AWO einquartiert und durch die Asylsozialbetreuung der Diakonie Roth / Schwabach und eine hauptamtliche Kraft der AWO begleitet. Unter Mitwirkung der Stadt Hilpoltstein wurden weitere ehrenamtliche Unterstützer gesucht und der erste Helferkreis in einer Landkreiskommune gegründet.

Nach weiteren Zuweisungen von Asylbewerbern Ende 2012 begann „Für einander“ sich der Problematik anzunehmen. Hinter diesem Namen verbirgt sich die Kontaktstelle Bürger-Engagement des Landkreises Roth. „Für einander“ besteht seit 2011. Die Anlaufstelle für das Ehrenamt wurde 2011 bis 2013 durch Leader-Förderung aufgebaut und befindet sich seit 2013 in Landkreisträgerschaft. Die Stelle wird von zwei Halbtagskräften gebildet.

Hinter dem Namen „FÜR EINANDER“ steckt die Kontaktstelle Bürger-Engagement des Landkreises Roth.

Über einen ersten Zeitungsartikel wurden ehrenamtliche Helfer für die Betreuung der Asylbewerber gesucht. Der Asylhelferkreis in der Stadt Roth entstand.

Der Landkreis reagierte schnell auf die Flüchtlingssituation und schuf 2014 eine erste Stelle „Asylsozialarbeit“, die auch mit Ehrenamtlichen kooperieren soll.

Die Erfahrung der ersten Zeit war: Wohlfahrtsverbände reagierten eher schwerfällig auf die neue Situation, Ehrenamt agierte sofort, schuf eigene Strukturen und „professionalisierte“ sich über das Engagement.

2012 bis 2014 entstanden nach und nach in fast allen Kommunen des Landkreises Helferkreise mit unterschiedlichen Konzepten und Strukturen – von rein bürgerschaftlichen Helferkreisen, seitens der Kommune unterstützten Helferkreisen, kirchlich unterstützten Helferkreisen und einem Mischmasch von allem.

„Für einander“ half beim Aufbau der Ehrenamtsstrukturen in den Landkreisgemeinden und entwickelte Unterstützungsangebote für die ehrenamtlich tätigen Asylhelfer.

In allen Gemeinden waren sofort Bürgerinnen und Bürger bereit, sich einzusetzen. Die Zahlen reichen dabei von drei bis dreißig Helferinnen und Helfer.

Bedingt durch die relativ überschaubare Zahl der Asylbewerber in den Landkreiskommunen und die dezentrale Unterbringung gab und gibt es kaum Widerstände bei der Bevölkerung. Lediglich in der Kreisstadt Roth gab es während der Höchstbelegungszahl der ZAE im August

2015 etwas Unruhe. Bei einer Bürgerversammlung, die deshalb vom Bürgermeister in Kooperation mit Mitarbeitern des Landratsamts und der Asylsozialberatung der Diakonie durchgeführt wurde, kam es aber zu keinen nennenswerten Kritikäußerungen. Die Befürworter erschienen in einer überwältigenden Überzahl, Kritiker fanden kein Forum.

Die professionelle Haltung des Freiwilligenmanagements hat sich gegenüber den Asylhelferkreisen, in denen auch sehr viele hochprofessionelle Menschen engagiert sind, sehr bewährt. „Für einander“ greift auf, was seitens der Ehrenamtlichen entwickelt wird, es will keine Strukturen vorgeben, es soll beraten, aber nicht dominieren, Ansprechpartner bei Problemen sein, Lösungswege aufzeigen und dabei die Autonomie der Helferkreise achten.

Die Vorteile sind: Individuelle Ansätze vor Ort, die örtlichen Bedingungen bestimmen die Vorgehensweise, learning bei doing, Freiräume können genutzt werden. Das hat sich sehr bewährt.

Die Nachteile sind: Viele Dinge müssen immer wieder neu erfunden werden, Unterstützung wird zu spät angefragt, „Menscheleien“ erschweren das Tun.

Seit 2015 schufen der Landkreis und die Wohlfahrtsverbände weitere Asylsozialstellen. Die Versorgung durch Asylsozialarbeit wurde dadurch flächendeckender.

Dabei mussten die neuen Hauptamtlichen mit den schon erfahrenen Ehrenamtlichen erst zueinander kommen. Zum Beispiel fanden neu eingestellte Sozialarbeiter erfahrene Ehrenamtliche vor, die sich vieles erarbeitet hatten und nun übernommene Aufgaben nicht mehr an Profis abgeben mochten oder sich durch die Hauptamtlichen „gegängelt“ fühlten.

Seit 2015 riefen der Landkreis und die Wohlfahrtsverbände weitere ASYLSozialstellen ins Leben.

Ehrenamtskoordination und Netzwerkarbeit. Die Aktivitäten von „Für einander“

Durch den engen Kontakt zu den ehrenamtlichen Helfern, Hauptamtlichen des Landkreises und der Diakonie, Schulen, Institutionen und Unternehmen wurde „Für einander“ mit vielen Bedarfen konfrontiert und sieht großen Handlungsbedarf in Form von Projekten und dem weiteren Ausbau des Helfer- und Unterstützernetzwerkes.

2014 initiierte „Für einander“ die Gründung eines „Fördervereins zur Unterstützung des Bürgerschaftlichen Engagements im Landkreis Roth (FUBE) e.V.“, um Ehrenamtlichen in lokalen Initiativen, Gruppen und Projekten Versicherungsschutz zu bieten. Der Hintergrund dieser Gründung ist, dass sich viele Menschen für Asylbewerber engagieren, aber nicht in feste Strukturen einbinden lassen wollen.

Alle 16 Kommunen sind Mitglieder von „FUBE e.V.“ und finanzieren den Verein über einen nach Einwohnerzahl gestaffelten Mitgliedsbeitrag. Durch diese Beiträge wird die Absicherung der Ehrenamtlichen finanziert.

Auf dieser soliden Basis gelingt es, den ab Herbst 2015 einsetzenden hohen Zuzug an Geflüchteten gut zu bewältigen. Als dann im Sommer 2015 der große Flüchtlingszustrom in Bayern eintraf, kam es im Landkreis Roth kaum zu großen Schwierigkeiten.

Gemeinden stellten nach deutlichen Appellen seitens des Landrates dezentrale Unterkünfte zur Verfügung. Die Grundlage der Verteilung bildete der Königsteiner Schlüssel, es musste keine Turnhalle umfunktioniert werden. Die Asylbewerber wurden durch die bestehenden Helferkreise relativ gut aufgefangen.

Viele Ehrenamtliche waren bereits erfahren und können mit der Situation gut umgehen. Weitere engagierte Personen kommen dazu. Die Helferkreise wachsen.

Dennoch kamen die Ehrenamtlichen mitunter an ihre Grenzen. Die Zusammenarbeit mit den hauptamtlichen Asylsozialberatern funktionierte nicht immer optimal. Der Landkreis reagierte auf die mangelnde Unterstützung der Helferinnen und Helfer. Im November 2015 beschloss der Ausschuss „Seniorenarbeit, soziale Angelegenheiten, Inklusion“ auf Vorschlag von Landrat Herbert Eckstein und Vorbereitung

durch „Für einander“ die Bereitstellung von 90.000 Euro zu Schaffung von 450-Euro-Stellen zur Unterstützung der Asylhelferkreise in den Kommunen. Umsetzung und Begleitung liegt bei „Für einander“. Berechnungsgrundlage: Pro hundert dezentral untergebrachten Asylbewerbern wird eine 450-Euro-Stelle finanziert. Bei weniger bzw. mehr Asylbewerbern wird dies prozentual angepasst.

2015 wurden zur Unterstützung der Asylhelferkreise 450-EURO-STELLEN geschaffen.

Als zentraler Erfolgsfaktor hat sich die professionelle Ehrenamtsbegleitung von „Für einander“ im Verbund mit den eingerichteten Stellen in jeder Gemeinde etabliert. Was ist das Aufgabenprofil dieser Ehrenamtsunterstützung?

„Für einander“ und die kommunalen Unterstützer/innen der Asylhelferkreise:

- sind Ansprechpartner für Ehrenamtliche im Tätigkeitsfeld Asyl;
- geben Infos zu Versicherungen, rechtlichen Fragestellungen, aktuellen Entwicklungen, geben Handreichungen heraus;
- führen Engagement-Beratungen durch und vermitteln Ehrenamtliche in passende Einsatzbereiche;
- bieten fortlaufende Unterstützung und Begleitung der Ehrenamtlichen;
- sind Ansprechpartner für Ehrenamtliche und deren Problemlagen;
- organisieren Netzwerkveranstaltungen zum Austausch der aktiven Helferinnen und Helfer;
- verfügen über eine umfassende Adressendatei der engagierten Ehrenamtlichen und leiten relevante Informationen weiter. Derzeit sind bei „Für einander“ rund 560 aktive Ehrenamtliche im Bereich Asyl erfasst. Darüber hinaus sind jedoch noch weitere Menschen aktiv, die bisher noch nicht erfasst werden konnten;
- begleiten Kooperationsprojekte wie zum Beispiel „PFiF – Projekt Frauen integrieren Frauen“ (Partner Gesundheitsamt, Zonta-Club, „Für einander“) oder „Kultur baut Brücken“ (Rotarier, priv. Unternehmen, „Für einander“).

Strategische Aufgabenteilung am Beispiel des Asylkreises Schwanstetten

Vieles in diesem sich über mehrere Jahre erstreckenden Aufbauprozess entstand nebenher, es gab Phasen der langsamen Entwicklung, bevor sich die Ereignisse turbulent überschlugen. Vieles war learning by doing, aber insbesondere hoch kompetente Ehrenamtliche, die zum Teil als professionelle Organisationsberater auf langjährige berufliche Erfahrung zurückgreifen konnten, haben hier Großartiges geleistet.

Ein Beispiel ist der Asylhelferkreis Schwanstetten im Norden des Landkreises Roth. Als die ersten Geflüchteten dort untergebracht wurden, hat man umgehend einen Informationsleitfaden entwickelt, der die wichtigsten Kontakte und Orte in der Gemeinde aufzeigte:



in Schwanstetten!

Wir sind eine kleine Gemeinde mit rund 7.400 Einwohnern, die ca. 15 km südlich von Nürnberg liegt. Schwanstetten gehört zum Landkreis Roth, Regierungsbezirk Mittelfranken, in Bayern und hat mehrere Ortsteile. Die beiden größten sind Leerstetten und Schwand.

Hiermit wollen wir Ihnen einige erste Informationen geben, um Ihnen das Einleben in unserer Gemeinde zu erleichtern.

Ehrenamtliche Helfer

In Schwanstetten gibt es einen Helferkreis, der sich um die Asylbewerber kümmert. Alle Helfer arbeiten ehrenamtlich ohne Bezahlung in ihrer Freizeit.



Wir versuchen für Sie eine Person (Helfer) zu finden, der Sie bei Fragen und Problemen unterstützt. Diese Person ist Ihr Ansprechpartner für die vielen Fragen, die Sie besonders am Anfang haben werden.

Ehrenamtliche Helfer bieten ihre Hilfe freiwillig an. Sie sind nicht verpflichtet zu helfen. Deshalb besteht kein Anspruch auf Hilfe.

Gemeinde Schwanstetten / Landratsamt Roth

Zuständig für die meisten Verwaltungsangelegenheiten ist das Landratsamt in Roth, Weinbergweg 1.

Daneben gibt es auch Vorgänge wie die Anmeldung beim Einwohnermeldeamt, die von der Gemeinde Schwanstetten, Rathausplatz 1, erledigt werden. Ansprechpartnerin für alle Angelegenheiten mit der Gemeinde ist Frau Döbel, Zimmer 3, Tel. 09170 / 28927.

Geld

Ihr Geld erhalten Sie vom Landratsamt Roth. Damit Sie nicht jeden Monat nach Roth fahren müssen, um Ihr Geld abzuholen, ist es sinnvoll, ein Konto bei der Sparkasse einzurichten.

In Leerstetten ist eine Sparkasse mit Geldautomat in der Further Straße 13, in Schwand ist ein Geldautomat in der Nürnberger Straße (auf Höhe Hausnummer 35).

Arztbesuche



Für Arztbesuche bei Allgemeinmediziner (Hausarzt) und bei Gynäkologen können Krankenscheine jeweils für ein Quartal im Rathaus bei Frau Döbel abgeholt werden.

Für Besuche bei sonstigen Fachärzten und Zahnärzten ist eine Überweisung des Hausarztes notwendig.

Diese Überweisung muss beim Landratsamt Roth zur Genehmigung eingereicht werden. Erst nach der Genehmigung dürfen Sie einen Facharzt aufsuchen. Ohne Genehmigung müssen Sie alle Arztkosten selber bezahlen.

Allgemeinärzte in Schwanstetten:

- Dr. Ute Haldenwang-Müller, Schwand, Sägerhof 11, Tel. 09170 / 947380
- Thomas Hollweck, Schwand, Nürnberger Str. 33, Tel. 09170 / 1808
- Dr. Hans-Georg Kraetsch / Dr. Marcus Häusler, Leerstetten, Karl-Burkert-Str. 3, Tel. 09170 / 97570
- Matthias Pallmer, Leerstetten, Brunnenstr. 10, Tel. 09170 / 7011

Die Notfallaufnahmen der Krankenhäuser in Roth und Schwabach können bei echten Notfällen auch ohne Krankenschein besucht werden.

Notfälle

- In allen Fällen sind Angaben darüber zu machen, was passiert ist, wo es passiert ist und wer beteiligt ist.
- Bei lebensbedrohenden Krankheiten oder Unfällen ist die Nummer 112 (ohne Vorwahl) zu wählen.
- Dieselbe Nummer 112 ist auch bei einem Feuer zu wählen.
- Die Polizei ist unter der Rufnummer 110 (ohne Vorwahl) zu erreichen.



Apotheken

- **Brunnen-Apotheke Leerstetten**, Brunnenstr. 8, Tel. 09170 / 7274
- **Apotheke im Kaufland**, Großschwarzenlohe, Rother Str. 1 B, Tel. 09129 / 907884
- **Rangau-Apotheke**, Kleinschwarzenlohe, Rieter Str. 97, Tel. 09129 / 8848

GOLDENE REGELN FÜR IHR LEBEN IM ASYLVERFAHREN

Tragen Sie immer Ihr aktuelles Aufenthaltspapier in Deutschland bei sich!

Wenn Sie von der Polizei kontrolliert werden und sich nicht ausweisen können, kann Ihnen das große Probleme bereiten (Strafanzeige, Geldstrafe, Inhaftierung).

Öffentliche Verkehrsmittel

Schwanstetten hat keinen Bahnhof, aber Busverbindungen in die Nachbarstädte. Der **Bus 651** fährt nach **Nürnberg**, die **Busse 677 und 676** nach **Schwabach** und der **Bus 604** nach **Roth**.

Sie können ein- oder zweimal pro Woche eine Fahrkarte ausleihen, um kostenlos Bus zu fahren. Diese Karte heißt **MobiCard**. Mit Ihr können bis zu zwei Erwachsene und drei Kinder (unter 18 Jahre) fahren. Es ist jedoch zu beachten, dass die **MobiCard** erst ab 9 Uhr morgens benutzt werden darf. In Nürnberg kann man mit dieser Fahrkarte auch mit der Straßenbahn und der U-Bahn fahren. Einzelheiten zur Organisation erfahren Sie von Ihrem Helfer oder in der Gemeinde.

Einkaufsmöglichkeiten

Supermärkte:

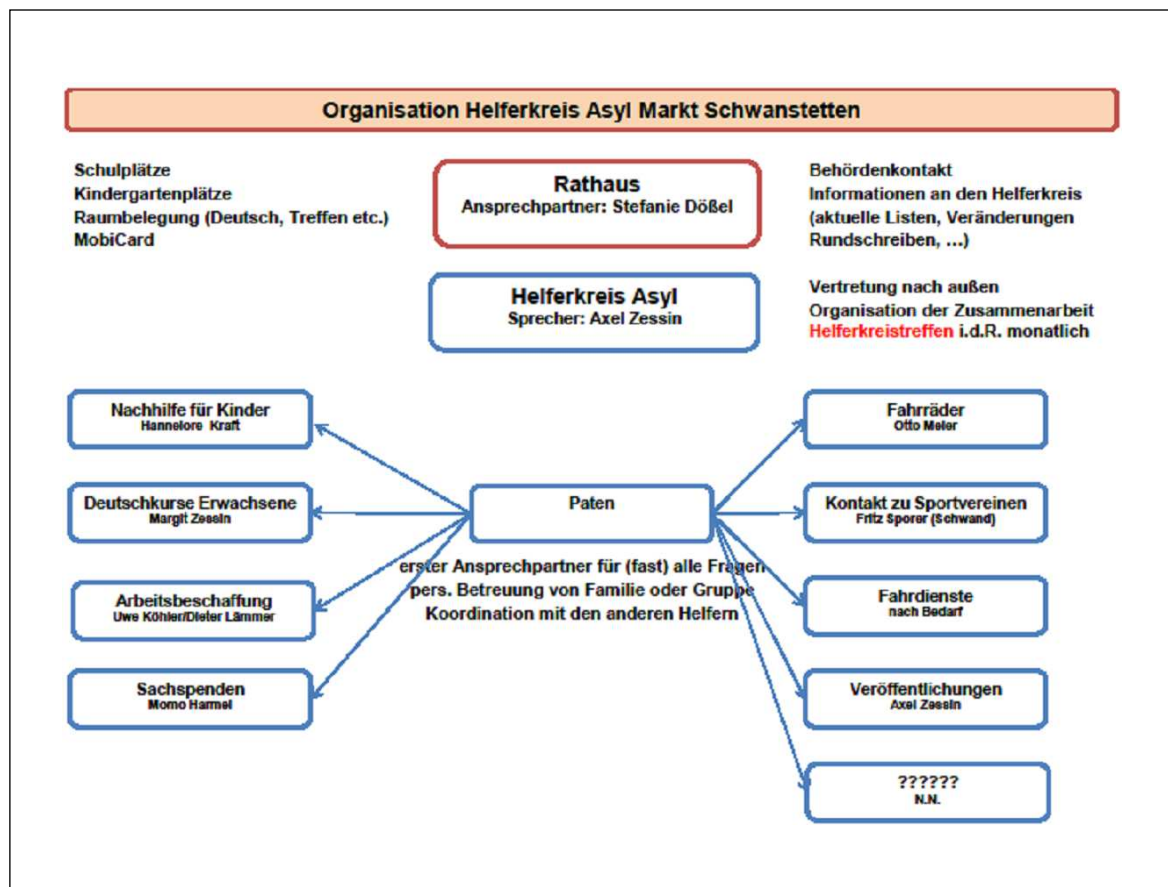
- Netto-Markt, **Schwand**, Nürnberger Str. 24
- Unser Markt, **Leerstetten**, Ringstr. 22
- Kaufland, **Großschwarzenlohe**, Rother Str. 1 B



Second Hand Läden:

- Kaufhaus Wertvoll, **Schwabach**, Nürnberger Str. 13
- Die Halle, **Rednitzhembach**, Ziegelstr. 23-25
- Kaufhaus Regenbogen: **Roth, Pfaffenhofen**, Industriestr. 29 oder Roth, Ohmstr. 2

Abbildung: Organigramm



Der Asylkreis schaffte es nicht nur, eine gute Willkommenskultur zu gestalten, sondern befasste sich bald mit den dauerhafteren Bedürfnissen der Asylsuchenden. Hier bildete sich über die Zeit eine pragmatische Arbeitsteilung heraus. Der Vorteil ist: Jeder Ehrenamtliche ist nicht für alles zuständig, das würde überfordern, sondern übernimmt, auch gemäß eigener Vorlieben, ein umgrenztes Aufgabengebiet. Daraus entwickelte sich ein Organigramm (s. Abb.), das sich in ähnliche Form auch bei den anderen Asylkreisen des Landkreises bewährt hat.

Ein weiterer wichtiger Schritt war es, die haupt- und ehrenamtlichen Aufgaben voneinander abzugrenzen, um Doppelarbeit, aber auch Kompetenzüberschreitungen zu vermeiden. Dazu wurde folgendes Merkblatt für die Asylkreise entwickelt:

Aufgaben Verwaltung

- Krankenscheine verwalten und ausgeben für Allgemeinärzte und Gynäkologen
- Liste führen über Asylbewerber
- Liste führen über Helfer
- Verwaltung der Geldspenden / Ausstellung der Quittungen
- Räume für Kurse zur Verfügung stellen
- MobiCards für Asylbewerber beschaffen
- falls Asylbewerber keine Leistung erhalten hat, Rücksprache mit dem Landratsamt
- Aufenthaltsgestattungen an Landratsamt senden zur Verlängerung (wenn diese zu uns gebracht wird)
- Flyer gestalten, verwalten und drucken lassen
- Schul- und Kindergartenplätze organisieren
- Anträge auf Mitgliedschaft an FUBE weiterleiten
- Antrag auf Zuschuss bei der Lagfa stellen (Geld für ehrenamtlichen Deutschunterricht)
- Verschwiegenheitserklärung
- Weiterleitung aller Unterlagen an das Landratsamt über die Amtspost
- Weiterleitung aller Informationen per Mail von FUBE, Landratsamt etc.

- Weiterleitung von an Adressdaten Interessierten an Herrn Dr. Zessin
- Hilfestellung beim Ausfüllen der Formulare
- Antrag Verbundpässe für Schüler
- Antrag Schülerfahrkarte durch LRA

Aufgaben Helferkreis allgemein

- Verwaltung und Organisation der Fahrräder
- Verwaltung und Organisation der Sachspenden
- Organisation von Deutschkursen für Asylbewerber
- ggf. Hilfe bei der Einrichtung der Wohnung
- Nachhilfe für Kinder
- Deutschkurse für Erwachsene
- Arbeitsbeschaffung
- Kontakt zu Sportvereinen
- Fahrdienste (wenn Paten nicht können)
- Veröffentlichungen

Aufgaben Helferkreis Paten

- Asylbewerber bei Anmeldung im Einwohnermeldeamt unterstützen
- Unterstützung beim Ausfüllen diverser Anträge (Antrag auf Bildung und Teilhabe, GEZ-Befreiung, Fahrkarten etc.)
- Passfotos anfertigen lassen
- Hilfe bei der Eröffnung eines Bankkontos
- Hilfe bei Problemlösung (z. B. Rechnungen bezahlen, Briefe lesen oder schreiben, ...)
- Anmeldung der Kinder in Schulen oder Kindergärten
- Fahrdienste
- Krankenscheine für Fachärzte besorgen

Mit diesen klärenden Maßnahmen konnte für die Zusammenarbeit von Ehrenamt und Hauptamt eine gute Aufgabenteilung geschaffen werden, die sicher über die nächsten Jahre weiterentwickelt werden wird. Aber die damit gegebene Sicherheit sorgt dafür, dass die Ehrenamtlichen „bei der Stange bleiben“.

„Mitmischen“–**Aktivierung von Migrant*innenorganisationen**

Es gibt viele weitere Aspekte der Integrationsarbeit im Landkreis Roth. Dazu gehört die Öffnung sozialer Träger für die systematische Zusammenarbeit mit Ehrenamtlichen, etwa in Bildungs- oder Jobpatenschaften. Ein weiterer Aspekt ist die Aktivierung des Engagements von Menschen mit Migrationshintergrund für ehrenamtliche Mitarbeit. Diese sind aufgrund ihrer eigenen Biografie besonders hilfreiche Brückenbauer für die Neuankömmlinge. Um diese Belange bemüht sich das vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge geförderte Projekt *„Mitmischen im Landkreis Roth – Menschen mit Zuwanderungsgeschichte engagieren sich.“*

Zur Integrationsarbeit gehört auch die Aktivierung des Engagements von Menschen mit MIGRATIONSHINTERGRUND.

„Engagement“ gibt es in allen „Kulturen“. Aber es wird unterschiedlich bezeichnet, unterschiedlich verstanden und unterschiedlich gelebt. Migrant*innen, Migrant*innen und Migrant*innenvereine nehmen Angebote, die das Ehrenamt und das bürgerschaftliche Engagement fördern – wie zum Beispiel Beratung und Fortbildungen durch Freiwilligenagenturen oder finanzielle Förderung von sozialen und kulturellen Projekten –, noch zu wenig wahr.

Aufgabe des Projekts *„Mitmischen“* ist es, das Engagement von ihnen umfassend und nachhaltig zu unterstützen, indem zusammen mit kommunalen und zivilgesellschaftlichen Akteuren modellhaft Maßnahmen und Aktivitäten entwickelt werden. Zusätzlich soll die interkulturelle Öffnung bestehender Angebote und Strukturen im Bereich des bürgerschaftlichen Engagements unterstützt werden.

Nach umfassenden Experteninterviews und der Vorstellung der Projektidee in den Gemeinden und Kommunen des Landkreises wurden folgende Zielrichtungen erarbeitet:

1. Gewinnung von Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartnern mit Migrationshintergrund in den Gemeinden, die als „Tür-öffner“, „Netzwerker“ und „Wissensträger“ vor Ort agieren.

2. Beratung und Coaching von Vereinen zur „Interkulturellen Öffnung“ ihrer Institutionen.

3. Gewinnung und Ansprache von Jugendlichen mit Migrationshintergrund für freiwilliges Engagement über Netzwerkpartner wie den Kreisjugendring und die Jugendbeauftragten in den Gemeinden. Unterstützung beim Aufbau von Projekten vor Ort.

4. Öffnung von Kindertagesstätten für freiwilliges Engagement von Menschen mit Migrationshintergrund. Kitas können attraktive Einsatzorte für das Ehrenamt sein, in denen man sich vielfältig einbringen kann.

5. Aufbau und Etablierung eines Integrationsbeirats für den Landkreis.

6. Öffentlichkeitsarbeit, insbesondere durch die Veröffentlichung von „guten Beispielen“ des Engagements von Migrant*innen in der regionalen Presse und den Internetseiten der Gemeinden.

Bei der Befragung bereits aktiver Zuwanderer zeigte sich, dass ihre Motivation, sich für Flüchtlinge und Asylsuchende im Landkreis einzusetzen, sehr hoch ist. Sie möchten ihre persönlichen Erfahrungen einbringen, damit sich diese in Deutschland wohl fühlen und ihre Integration gelingt.

Bei der Bedarfserhebung in den Kommunen stellte sich heraus, dass in mehreren Gemeinden ein konkreter Bedarf an einem offenen, niederschweligen Sportangebot für Menschen mit Migrationshintergrund, insbesondere für Asylsuchende, bestand.

Auch wenn der Sport im Verein grundsätzlich eine hohe integrative Kraft hat, erreicht er insbesondere in ländlichen Strukturen nicht immer und nicht auf allen Ebenen Menschen mit Migrationshintergrund. Dies liegt oft auch an den Vereinen, die sich mit ihren Angeboten und ihrer Öffentlichkeitsarbeit noch nicht auf diese Zielgruppe eingestellt haben. Mit Unterstützung des Projekts *„Miteinander leben – Ehrenamt verbindet Integration durch Engagement“* der lagfa Bayern e.V. konnten im Landkreis fünf Sportvereine gewonnen werden, die mit qualifizierten

Übungsleitern ein offenes Angebot bereitstellen. Vier der fünf Übungsleiter haben selbst Migrationshintergrund. Drei von ihnen sind Asylsuchende mit Anerkennung oder Duldung.

Die Ziele der Förderung der sozialen Integration stellen sich beim Sporttreiben jedoch nicht automatisch ein. Zur Aktivierung dieser Potenziale ist es erforderlich, Sportaktivitäten pädagogisch so zu arrangieren, dass integrative Prozesse initiiert und integrative Erfahrungen vermittelt werden können. Deshalb werden die Vereine und ihre Übungsleiter fachlich beraten, wie sie sich interkulturell öffnen können bzw. welche spezifischen Angebote sinnvoll sind.

FAZIT UND AUSBLICK

Natürlich war im letzten Jahr vieles, gleichsam im Blindflug, erkundet worden. Natürlich weiß man heute mehr um die Bedingungen gelingender Kooperation zwischen Haupt- und Ehrenamt. Aber man weiß es nur aus den vielen positiven wie negativen Erfahrungen eines learning by doing. Diese so unterschiedlich verlaufenen Prozesse vor Ort zeigen auch, dass jede Region, jeder Landkreis und jede Stadt, trotz der oben dargestellten übergreifenden Strukturempfehlungen³ je seine eigenen Ansatzpunkte und Herausforderungen bietet. Mittlerweile gibt es beeindruckende Sammlungen von guten Beispielen (z. B. BBE)⁴, die zeigen, wie vielfältig die lokalen Projekte und die Allianzen sind: Da kooperieren Weltkonzerne mit kleinen lokalen Flüchtlingshelferkreisen, um beispielsweise eine Flüchtlings-App zu entwickeln. Ehrenamtliche Patenschaftsinitiativen, die schon seit Jahren existieren, erweitern ihr Tätigkeitsfeld, um Flüchtlinge zu integrieren; Angestellte von Kommunalverwaltungen arbeiten am Wochenende ehrenamtlich weiter, weil sie die unendliche Hilfsbedürftigkeit in dieser akuten Situation nicht zur Ruhe kommen lässt.

Und dann zeigt sich, dass die ehrenamtlichen Flüchtlingshelferkreise nicht nur für die Flüchtlinge unentbehrlich sind, sondern auch ein wichtiger Stabilisierungsfaktor kommunaler Demokratie sein können. Sie setzen Zeichen für Mitmenschlichkeit, auch gegenüber Anfeindungen und aggressiven Übergriffen. Sie machen deutlich, dass die Mehrheit der Bürger in Bayern

sich für eine friedliche Integration einsetzt. Auch wenn die geflüchteten Menschen irgendwann wieder zurückkehren sollten in ihre jetzt von Krieg und Zerstörung gezeichneten Städte, es wird Zeit dauern, und diese Zeit werden sie hier verbringen. Sie soll nicht sinnlos verstreichen. Integration, auch Integration auf Zeit, ist das Gebot der Stunde. Und die Ehrenamtlichen werden in diesem Prozess eine Hauptrolle spielen: als Paten, als Vereinsvorstände, als Elternbeiräte in Schulen und Kindertagesstätten, als Aktive in Kulturinitiativen, die zum Beispiel geflüchteten Menschen Raum bieten, ihre Kultur weiterhin zu pflegen und uns verständlich zu machen.

Wohin wird die Reise gehen? Hoffentlich tritt eine gewisse Normalisierung ein, die auch die langwierige Arbeit der Integration erleichtern kann. Integration aber, darauf hat jüngst der renommierte Historiker Jürgen Kocka hingewiesen, ist nicht mit Flüchtlingsarbeit deckungsgleich.⁵ In den letzten Jahren kamen die meisten Menschen aus ganz anderen Regionen und Ländern zu uns – aus Polen, Rumänien, Bulgarien, Spanien und Griechenland. Dass auch hier Integration wichtig ist, müssen wir wieder sichtbar machen, um nicht in die Fehler der ersten Gastarbeiterzeiten der 1960er- und 1970er-Jahre zurückzufallen. Das ist unter den aktuellen Ereignissen in den Hintergrund geraten. Deshalb ist es das aktuelle Anliegen im Landkreis Roth, einen Integrationsbeirat zu etablieren, der diesen verschiedenen Gruppen auch eine hörbare Stimme verleiht. Integration muss auch politische Partizipation umfassen.

„Der MENSCHLICHE Kontakt ist das beste Mittel gegen Angst und Hass.“

Das Bürgerschaftliche Engagement bleibt in diesem Prozess unverzichtbar. Zum Schluss sei nochmals Kocka zitiert: „Falls diese Herkules-Aufgabe ohne die Entstehung eines neuen Sub-

Proletariats und ohne abgehängte neue Parallelgesellschaften überhaupt gelingen kann, dann nicht ohne intensives Bürgerschaftliches Engagement. [...] Dies zeigen die jüngsten Erfahrungen und die darüber entstehenden Studien eindeutig. Es ist der persönliche Kontakt, die individuelle Nachhilfe beim Lernen, die passgerechte Unterstützung bei der Einführung in die Nachbarschaft, das Mitgehen zur Behörde, der direkte Rat, die menschliche Zuwendung, die auch psychologisch, kulturell und sozialmoralisch zwar nicht Angleichung, aber Integration bewerkstelligen können – zum beiderseitigen Nutzen. Der dadurch entstehende menschliche Kontakt ist auch das beste Mittel gegen Angst und Hass und ein Beitrag zum Abbau von Stereotypen.“⁶

|| ALINE LIEBENBERG

Mitarbeiterin des Landesnetzwerkes
Bürgerschaftliches Engagement Bayern e.V.,
Nürnberg

|| DR. THOMAS RÖBKE

Geschäftsführer des Landesnetzwerkes
Bürgerschaftliches Engagement Bayern e.V.,
Nürnberg

|| ANNE THÜMLER

Landratsamt Roth, „Für einander“ – Kontaktstelle
Bürger-Engagement Landkreis Roth

ANMERKUNGEN

- ¹ Gesemann, Frank / Roth, Roland: Kommunale Flüchtlings- und Integrationspolitik. Ergebnisse einer Umfrage in Städten, Landkreisen und Gemeinden. Zeitraum der Befragung 25. Januar bis 5. März 2016, hrsg. vom DESI – Institut für Demokratische Entwicklung und Soziale Integration, Berlin 2016, <http://www.desi-sozialforschung-berlin.de/>, Stand: 6.10.2016.
- ² Hamann, Ulrike / Karakayali, Serhat / Wallis, Mira / Höfer, Leif: Koordinationsmodelle und Herausforderungen ehrenamtlicher Flüchtlingshilfe in den Kommunen. Qualitative Studie des Berliner Instituts für empirische Integrations- und Migrationsforschung an der Humboldt-Universität Berlin im Auftrag der Bertelsmann Stiftung 2016, https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/Koordinationsmodelle_und_Herausforderungen_ehrenamtlicher_Fluechtlingshilfe_in_den_Kommunen.pdf, Stand: 6.10.2016.
- ³ Ebd.
- ⁴ Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement BBE (Hrsg.): Engagement macht stark. Thema Integration und Engagement, Sonderausgabe 2/2016, Berlin 2016.
- ⁵ Kocka, Jürgen: Flüchtlingskrise und Bürgerschaftliches Engagement. Chancen und Grenzen. Vortrag, gehalten zur Auftaktveranstaltung der Woche des Bürgerschaftlichen Engagements am 16.9.2016 in Berlin, <http://www.engagement-macht-stark.de/presse/detailansicht/artikel/stolz-und-sorge-die-zivilgesellschaft-in-der-fluechtlingskrise/>, Stand: 6.10.2016.
- ⁶ Ebd.

VOM WILLKOMMENSGRUSS ZUR INTEGRATIONSARBEIT IM HOFHEIMER LAND

Oder: Wie wir es schaffen werden

EIKE UHLICH / DIETER MÖHRING || Der von Hofheimer Bürgern gegründete Verein „Freundeskreis Asyl Hofheim“ kümmert sich ehrenamtlich um die der Gemeinde zugewiesenen Flüchtlinge. Diese werden vor Ort aufgenommen und in die neue Heimat integriert.

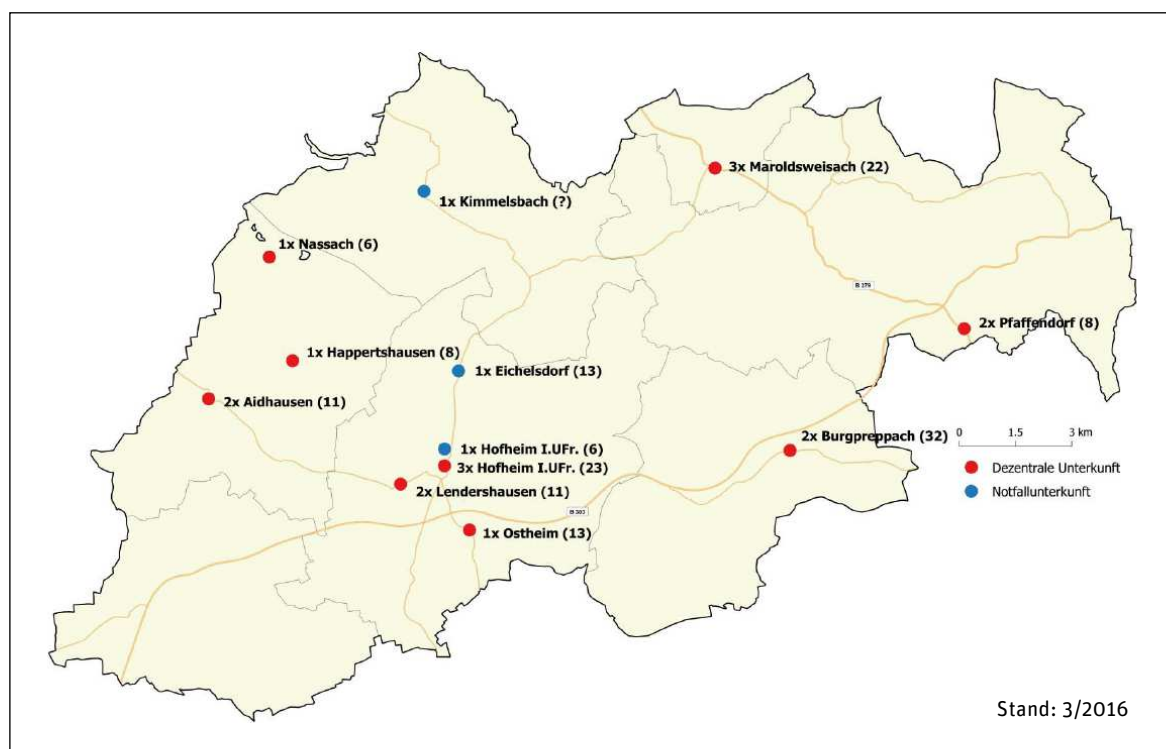
Die Gemeinde-Allianz Hofheimer Land besteht aus sieben benachbarten Gemeinden im nördlichen Landkreis Haßberge. Sie wurde im Jahre 2008 gegründet und entstand ursprünglich aus einem Förderprogramm für Investitionen zur Erhaltung und Nutzung vorhandener Bausubstanz. Mit diesen Zuwendungen soll eine Abwanderung und drohende Verödung der Altorte verhindert werden. Heute stellt die Gemeinde-Allianz weit mehr dar: Erklärtes gemeinsames Ziel ist, die weitere Entwicklung des

„Hofheimer Landes“ selbst zu beeinflussen. Der Wohn- und Lebensraum am Rande der Ballungsgebiete Schweinfurt, Bamberg, Coburg und Haßfurt soll für die Menschen, die hier leben, weiterhin bewahrt und attraktiv gestaltet werden.

Im Laufe des Jahres 2015 sind dem Gebiet der Hofheimer Allianz etwa 185 Asylbewerber zugewiesen worden, die von Paten der fünf Helferkreise vor Ort aufgenommen, versorgt, betreut und in ihre neue Heimat eingeführt wurden (Abb. 1).

Abbildung 1: Flüchtlinge in der ILE Hofheimer Land

153 Flüchtlinge in 20 Unterkünften



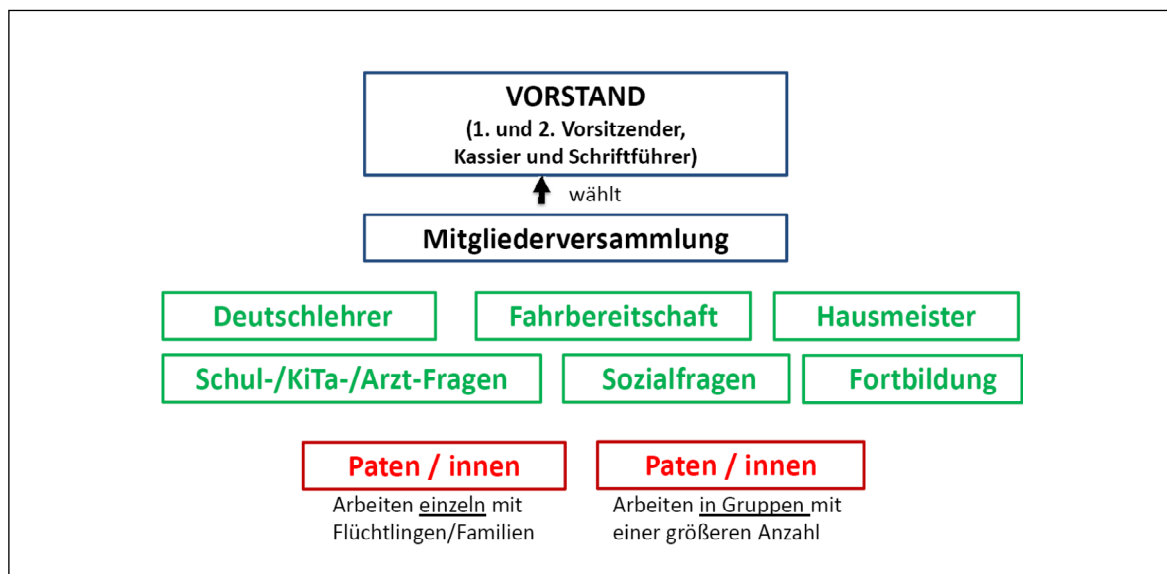
„FREUNDKREIS ASYL HOFHEIM“

2014 haben Hofheimer Bürger einen Verein gegründet, der sich ehrenamtlich um die nach Hofheim zugewiesenen Flüchtlinge kümmern wollte. In Form einer „Willkommenskultur“ hat sich die Gruppe für alle anfallenden neuen Aufgaben rasch und recht gut organisiert: für jeden Schwerpunkt gab es „Spezialisten“, so etwa für den Schul- und Kindergartenbesuch, Behördengänge, die Betreuung daheim, den

Umgang mit technischen Geräten (Heizung, Küchengeräte) bis hin zur Mülltrennung. Es wurden ausgedehnte und differenzierte Deutschkurse, Arztbesuche oder Fahrdienste organisiert (Abb. 2). Man war in den Helferkreisen untereinander „vernetzt“, traf sich und entwickelte multikulturelle Treffen und gemeinsame Abende mit den Flüchtlingen: Eine funktionierende, lebendige, beispielhafte bürgerliche Hilfsaktion war entstanden (Abb. 3 und 4).

Abbildung 2: Struktur des Freundeskreis Asyl

50 Mitglieder und 50 freie Helfer



Abbildungen 3 und 4: Veranstaltung von interkulturellen Abenden

© Freundeskreis Asyl Hofheim



Die Asylbewerber bekommen Unterstützung für den Alltag und werden mit speziellen Veranstaltungen in die DORFGEMEINSCHAFT integriert.

Dem Verein waren für das Gelingen dieser Arbeit zwei Dinge wichtig:

Erstens haben wir es geschafft, alle „wichtigen Persönlichkeiten“ der Mitgliedskommunen mit in die Aktivitäten einzubinden wie den Bürgermeister und den Stadtrat, Pfarrer und Kirchgemeinden, Schulen und Behörden, die örtliche Industrie sowie Handwerk und Geschäfte, Sport und Kultur usw.

Und *zweitens* ist es gelungen, auch und besonders die Bevölkerung (wohl zum allergrößten Teil) bei unserem Willkommensprogramm mitzunehmen. Voraussetzung hierbei war übrigens, dass wir immer vorab in Bürgerversammlungen über alle Pläne informiert haben, ehe uns neue Flüchtlinge zugewiesen worden sind.

So wie wir anfangs nicht an der Bürgerschaft vorbei gehandelt haben, sondern miteinander Wege zur Aufnahme der Flüchtlinge gesucht haben, sind in einem weiteren Schritt sehr rasch auch *die Flüchtlinge selbst* mit eingebunden worden in unsere Aktivitäten, beispielsweise als Mitglied im Verein, Teilnehmer eines Kongresses, Dolmetscher oder bei der Organisation einer Selbsthilfegruppe.

Fast zwangsläufig und logisch haben sich in der Folgezeit neue und noch intensivere Arbeitsfelder bei der weiteren Betreuung unserer Flüchtlinge ergeben. Diese sollten zu einem entscheidend wichtigen Schritt auf dem Weg zur Integration werden: Nach oftmals erstaunlich schnell zunehmenden deutschen Sprachkenntnissen und dem Erhalt des Asylstatus bzw. der Aufenthaltsgenehmigung stellte sich sehr rasch die Frage nach der definitiven Wohnung und einem dauerhaften Arbeitsverhältnis (Abb. 5 und 6).

Behörden und Ämter, Wohnungs- und Immobilienmakler oder die (wenigen) Anbieter von Arbeitsstellen waren nach unserer Erfahrung entweder überfordert oder desinteressiert. Es war völlig klar, dass wir nun einen Großteil dieser Arbeit selbst übernehmen und sie „professionalisieren“ mussten. Entscheidend war auch, dass wir für unsere geplante Erweiterung des Aufgabenbereiches zumindest einen hauptamtlichen Mitarbeiter brauchten. Eine breite „offizielle“ Unterstützung sowie ein größerer privater finanzieller Beitrag für unser „Projekt Integration“ lagen vor.

Abbildung 5: Vermittlung von Arbeitsstellen



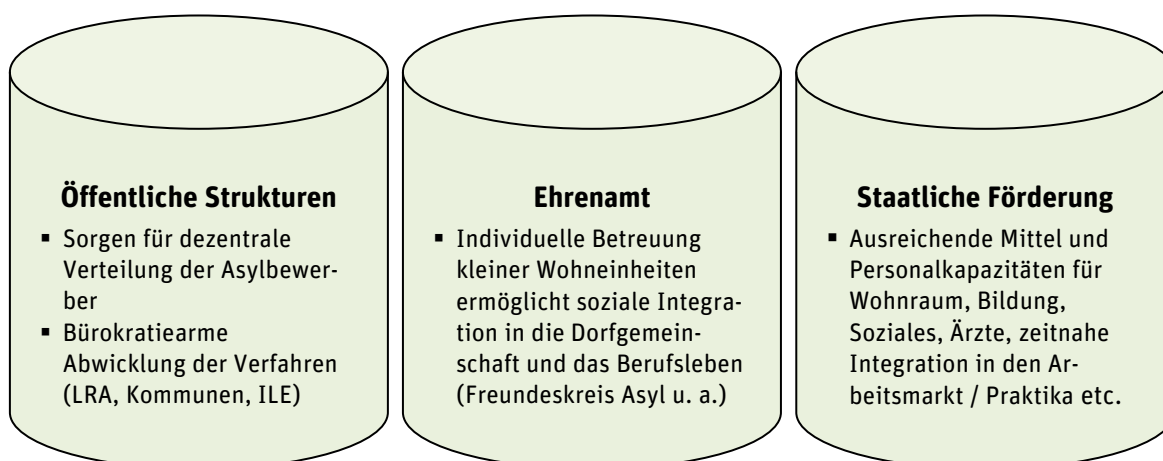
© Gemeinde-Allianz Hofheimer Land

Abbildung 6: Mitarbeit im Bauhof Aidhausen



© Gemeinde-Allianz Hofheimer Land

Abbildung 7: Nachhaltige Integration in den ländlichen Raum



Hinsichtlich der allgemein schwierigen Wohnsituation kamen uns hier die Erfahrungen – aber auch das Kooperationsangebot – der „Gemeinde-Allianz Hofheimer Land“ entgegen. Im Rahmen des sog. Leerstands-Managements war es gelungen, in den letzten Jahren mehr als 200 leerstehende Gebäude zu „revitalisieren“, bei einem unverändert weiteren Leerstand von nochmals etwa 200 Immobilien. Und genau hier haben wir nach Modellen, Lösungen und Möglichkeiten einer Nutzung auch für Flüchtlinge gesucht.

„PROJEKTGRUPPE INTEGRATION HOFHEIMER LAND“

Im Frühjahr 2016 fand sich eine kleine Gruppe von etwa sechs Aktiven, die bereits im „Freundeskreis Asyl Hofheim“ zusammengearbeitet hatten, als „Projektgruppe Integration Hofheimer Land“ zusammen, um die Planung, Vorbereitung und Durchführung des beschriebenen „Pilotprogrammes Integration Hofheimer Land“ voranzutreiben. Die genannte Region umfasst etwa 300 km² und außer Hofheim noch sechs weitere Gemeinden mit ca. 15.000 Einwohnern. Derzeit befinden sich hier 180 Flüchtlinge und etwa sieben sehr unterschiedlich organisierte Helferkreise mit nur einem oder fast 50 Ehrenamtlichen (die Zahlen ändern sich laufend, sie stellen lediglich eine Momentaufnahme eines bestimmten Zeitpunktes dar).

Am 1. August 2016 hat die gemeinsame Arbeit der Asylkordinatorin und der genannten Projektgruppe begonnen, die lokal zunächst auf das Gebiet des nördlichen Landkreises Haßberge („Hofheimer Land“) begrenzt ist. Auf der Basis von ausführlichen, derzeit in persönlichen Interviews erhobenen Daten werden die Flüchtlinge herausgefunden, die *im Prinzip* hierbleiben wollen. Für diese werden dann gezielt Wohnungen und eine Arbeit gesucht. Dazu wiederum werden Netzwerke und Verbindungen zu Ämtern, Jobcentern, Immobilienbörsen etc. hergestellt und gepflegt. Unser Arbeitsfeld kooperiert und nutzt die offiziellen Dienststellen, ohne in irgendeiner Form konkurrieren zu wollen, stützt sich auf die Hilfe und Erfahrungen der jeweiligen Helferkreise (Abb. 7).

Der Prozess der Integration ist ein langer und schwieriger, aber gemeinsamer Weg von Flüchtlingen, ehrenamtlichen sowie professionellen Helfern, Dienststellen und Ämtern, aber besonders auch den Bürgern unseres Landes. Hierbei wollen wir helfen, wobei das Besondere dieses Pilotprojektes ist, dass es sich (bei Erfolg) auch an anderer Stelle bewähren könnte und sollte.

|| PROF. DR. EIKE UHLICH

Projektgruppe Integration Hofheimer Land

|| DIETER MÖHRING

1. Bürgermeister Gemeinde Aidhausen

DEZENTRALE UNTERBRINGUNG VON FLÜCHTLINGEN IN BAD HEILBRUNN

Näher dran

THOMAS GRÜNDL || Bad Heilbrunn (3.900 Einwohner und 34 Ortsteile) war eine der ersten Gemeinden im Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen, in der Asylbewerber und Flüchtlinge dezentral untergebracht wurden. Derzeit befinden sich knapp 40 Asylbewerber im Ort. Nach anfänglichen Schwierigkeiten bei der Suche nach passenden Unterkünften, hat sich nun alles eingespielt. Die Erfahrungen sind überwiegend positiv.

Von Beginn an hat ein sehr engagierter Helferkreis zur Bewältigung der großen Herausforderung beigetragen. Auch die beiden Kirchengemeinden sind einbezogen und es wird regelmäßig ein sogenannter „Runder Tisch“ abgehalten, wo Aufgaben besprochen und koordiniert werden.

Die Asylsozialbetreuung war in den ersten Jahren insofern problematisch, als dass es kaum Unterstützung für den Helferkreis gab. Hier mussten die Strukturen erst wachsen. Seit 2015 ist der Verein „Hilfe von Mensch zu Mensch“ vom Landratsamt mit der Asylsozialbetreuung in Bad Heilbrunn beauftragt. Dies ist für den Helferkreis eine große Erleichterung und Grundvoraussetzung für eine funktionierende Aufnahme und Integration von Flüchtlingen auf dem Land.

Ob und wie die Integration von Flüchtlingen gelingt, hängt natürlich auch von den Flüchtlingen selbst ab. Motivation und Wille zur Integration sowie natürlich auch der Bildungsstand sind hier von zentraler Bedeutung.

Bei einer dezentralen Unterbringung in ländlichen Gemeinden sind die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Flüchtlingspolitik sicher besser als bei der Unterbringung in städtischen Großunterkünften. In Bad Heilbrunn sind die Flüchtlinge und Asylbewerber in Wohnungen

sowie einige in einem ehemaligen Gästehaus untergebracht.

Die Nähe und Kontaktmöglichkeiten zur einheimischen Bevölkerung sind auf dem Land deutlich größer, besonders dann, wenn die Flüchtlinge freiwillige Arbeiten bzw. Ein-Euro-Jobs übernehmen oder nach der Anerkennung eine Festanstellung bekommen. In Bad Heilbrunn beschäftigt die Gemeinde mehrere Asylbewerber in den gemeindlichen Garten- und Parkanlagen. Die Erfahrungen sind hierbei sehr positiv.

In BAD HEILBRUNN arbeiten mehrere Asylbewerber in den gemeindlichen Garten- und Parkanlagen.

Die Arbeitskräfte zeigen sich sehr motiviert. Im Kontakt untereinander kann so die Eigeninitiative von Flüchtlingen verbessert werden. Die Entlohnung ist nicht das Hauptmotiv bei der Arbeit, sondern die Chance, persönlich voranzukommen und Zeit sinnvoll zu verbringen statt sich in der Unterkunft zu langweilen. Freude an der Arbeit, Einsatzbereitschaft, Verbesserung der Deutschkenntnisse, das Kennenlernen von Geräten, Arbeitsabläufen und Strukturen sowie die Möglichkeit, sich mit Ideen einbringen zu können – das alles trägt entscheidend dazu bei, ob eine spätere Festanstellung



Copyright: Ulrich Glodowski, Gemeinde Bad Heilbrunn

Asylbewerber (mit Parkangestellten) von Bad Heilbrunn, die sich nach den Attentaten in München und Ansbach solidarisch erklären wollten.

lung nach der Anerkennung erfolgreich sein wird. Eine erfolgreiche Festanstellung bedeutet: Man kann sich vielleicht eine eigene kleine Wohnung leisten. Jede Familie in Arbeit mit eigener Wohnung entlastet die Gemeinden. Fehlbelegerplätze in den Unterkünften werden frei für neu ankommende Flüchtlinge.

Sehr hilfreich ist auch die Verwurzelung der vielen ehrenamtlichen Helferkreise in den dörflichen Strukturen. So kann eine Praktikumsstelle, ein Job oder gar eine Lehrstelle bei örtlichen Handwerksbetrieben viel besser vermittelt werden. Man kennt sich im Dorf, man redet miteinander und ist, modern ausgedrückt, bestens vernetzt.

Weitere Chancen für eine bessere Integration bestehen z. B. auch bei der Mithilfe in der Landwirtschaft. So helfen z. B. in einer anderen Landkreisgemeinde Flüchtlinge bei der Bekämpfung des giftigen Jakobskreuzkrautes. Solche einfachen Maßnahmen tragen dazu bei, Vorurteile abzubauen. Jeder Wanderer und Radler, der die Helfer auf der Wiese beobachtet oder mit ihnen ins Gespräch kommt, hat einen anderen Eindruck als den von lustlos bis aggressiv abhängenden Flüchtlingen vor Großunterkünften.

Die Flüchtlinge suchen sich nicht aus, wohin sie kommen. Sicher möchten einige weg, weil vielleicht Verwandte woanders in Deutschland leben. Manche schaffen es nicht, regelmäßig den Sprachkurs zu besuchen oder ein vernünftiges Sprechlevel zu erreichen. Wieder andere sind traumatisiert und kommen einfach nicht zurecht. Im Dorf ist man als Einheimischer einfach näher dran an diesen Problemen. Und so hat sich in Bad Heilbrunn ein pensionierter Neuropsychologe der traumatisierten Flüchtlinge angenommen. Und deshalb gibt es auch Flüchtlinge, die die Vorteile des Landlebens erkennen und sich bewusst dafür entscheiden, bei uns zu bleiben.

Wer glaubt, dass ländliche Gemeinden aufgrund ihrer Infrastruktur für die Aufnahme von Flüchtlingen ungeeignet sind, irrt. Gerade die Strukturen im ländlichen Raum können die Integration fördern.

Eine zentrale Unterbringung in den Städten hingegen führt zur Ghettoisierung und Entstehung von Parallelgesellschaften. Wozu dies langfristig führen kann, zeigt die Situation z. B. in Frankreich, wo manche Großstadtviertel zu sogenannten „no-go-areas“ geworden sind. Dies

führt zu einer weiter sinkenden Akzeptanz der einheimischen Bevölkerung und letztlich zu einer Radikalisierung, wie sie allenthalben in Europa zu beobachten ist.

Natürlich ist die Mobilität auf dem Land zum Teil eingeschränkt. Die Flüchtlinge müssen das Fahrrad oder den Bus benutzen. Behördengänge, Arztbesuche, Einkäufe – das alles ist umständlicher und belastet letztlich die Helferkreise. Aber das Land mit seinen (meist noch vorhandenen) fein verästelten Kleinstrukturen bietet dem Flüchtling eben auch die Chance, seinen Platz dort zu finden. Und wenn er in den Nachbarort radeln muss, um im dortigen Werkstattprojekt sein Rad zu reparieren, lernt er, Einsatz zu zeigen. Er lernt, Verantwortung zu übernehmen, weil er kein neues Rad bekommt, wenn etwas kaputt geht.

Die Politik sollte noch mehr würdigen, was kleinräumige Strukturen und regionale Vernetzung im ländlichen Raum zu leisten imstande sind.

Zentralisierung verlagert das Problem in die Zukunft statt es zu lösen. Man darf die Kommunen im ländlichen Raum aber nicht überfordern. Sie bieten eine Chance, die historische Herausforderung meistern zu helfen. Eine nachhaltige, langfristig verlässliche Förderung des ländlichen Raumes ist nicht nur bei der Flüchtlingspolitik vonnöten. Die Zentralisierung der Flüchtlingsströme hingegen mag zwar angesichts der sich stark wandelnden politischen Landschaft derzeit opportun erscheinen, aber langfristig wird diese Politik Probleme generieren statt sie zu lösen.

|| THOMAS GRÜNDL

Erster Bürgermeister der Gemeinde Bad Heilbrunn

INTEGRATION VON FLÜCHTLINGEN IN DIE ARBEITSWELT

Da ist Bewegung drin

HARALD K. FELLNER || Die zahlreichen Probleme, die durch die massenhafte Zuwanderung der letzten zwei Jahre aufgeworfen wurden, haben eine überraschend große Zahl von Lösungsansätzen hervorgerufen. Pragmatismus, aber auch Kreativität kennzeichnen die meisten Vorgehensweisen.

Dem demographischen Wandel mit der Ansiedlung von Flüchtlingen begegnen? Die Fachkräftelücke mit gut ausgebildeten Flüchtlingen eindämmen? Und am Ende gar noch das langsame Ausbluten des ländlichen Raumes verhindern! Diese und noch viele weitere Ideen prägten die Diskussion um die Zuwanderung für lange Zeit. Mehrere Jahre und gut zwei Millionen Zuwanderer später weiß man, dass diese Schlagzeilen so nicht zu halten sind. Aber auch die immer wieder erwähnte „Ernüchterung“ ist wohl etwas übertrieben. Man ist schlichtweg bei der Realität angelangt, kämpft mit juristischen und organisatorischen Hürden, lernt neue Probleme kennen und ist immer wieder aufs Neue überrascht von dem Ideenreichtum und dem Engagement ehrenamtlicher Helfer. Aber auch staatliche Unterstützungsmaßnahmen und Hilfsangebote von Wirtschaftskammern und Wirtschaftsverbänden beginnen zunehmend Wirkung zu entfalten. Zu neu und auch zahlenmäßig viel zu groß war die Entwicklung, als dass man von Anfang an alles richtig hätte machen können. „Learning by doing“ scheint hier die Parole zu sein.

Enorme Unterschiede zeigen sich bei der Herangehensweise an die Flüchtlingsthematik, an Unterbringung, Versorgung, Schulung, Transport, Integration und bei vielen weiteren Aspekten im Kontrast von Großstadt und Ballungsraum zum ländlich strukturierten Raum.

Einzelne Aspekte sollen hier aus dem Blickwinkel des ländlichen Raumes betrachtet und analysiert werden.

DIE LAGE BEI DER UNTERBRINGUNG ENTSPANNT SICH

Das augenscheinlichste und in den Medien lange Zeit beherrschende Problem ist die Unterbringung von Asylsuchenden und Flüchtlingen. Waren in den Pressemeldungen im Herbst 2015 noch überfüllte und zur Willkommenszone umfunktionierte Hallen und Bahnhöfe wie der Münchner Hauptbahnhof tägliche Realität, scheint die Zeit der zur Notunterkunft umfunktionierten Sporthallen und Schulgebäude vorbei zu sein. Zum einen ist der Zustrom von Geflüchteten deutlich abgeebbt, zum anderen sind mehr Ordnung und Planung in die Aktionen eingekehrt. Eine spürbare Beruhigung der Situation tut allenthalben gut. Der zur Verfügung stehende Wohnraum bietet im Moment offensichtlich genügend Platz für alle Neuankömmlinge. Gelegentlich werden noch Wohncontainer benötigt, aber eine Wende zum Besseren ist spürbar. Schwierig wird es dann wieder, wenn der Asylantrag positiv beschieden wurde und die Flüchtlinge nun angehalten sind, die Gemeinschaftsunterkünfte zu verlassen und sich eine Wohnung zu suchen. Die Süddeutsche Zeitung meldet bereits auf der Titelseite „Auf dem Land stehen viele Wohnungen leer“¹, um

im Innenteil zu verdeutlichen, dass bundesweit mehr als zwei Millionen Wohnungen leer stehen.² Basis ist zwar lediglich eine Schätzung des Bundesinstitutes für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR), die aber sehr realistische Zahlen bieten dürfte.

Vereine und ehrenamtliche Helfer engagieren sich bei der WOHNUNGSSUCHE für Flüchtlinge.

Die höchsten Leerstandsquoten, verbunden mit den niedrigsten Quadratmeterpreisen für die Miete gibt es im Länder-Viereck Bayern-Thüringen-Sachsen-Tschechische Republik. Eine, die dort täglich mit Fragestellungen zur Integration konfrontiert ist, ist Sabine Lagies, Geschäftsführerin von AiD e.V. – Ankommen in Deutschland. Lagies und der von ihr geführte Verein haben es sich zur Aufgabe gemacht, Asylbewerber und Flüchtlinge bei der Integration in Gesellschaft und Arbeitswelt so gut wie möglich zu unterstützen. Seinen Sitz hat der Verein in Pleystein in der nördlichen Oberpfalz, unweit der Grenze zur Tschechischen Republik. „Wir unterstützen die Neuzugewanderten aktiv bei der Wohnungssuche. Wir sind es, die auf die Vermieter zugehen und sie in intensiven Gesprächen dazu bewegen, Wohnungen an Flüchtlinge zu vermieten“, berichtet Sabine Lagies von ihrer täglichen Arbeit. Mittlerweile führen sie und ihre Kollegen auch kurze Einweisungen in die Mülltrennung durch – ein Thema, das vielen Vermietern sehr wichtig ist. „Natürlich achten wir auch darauf, dass die von uns betreuten Familien und Einzelpersonen neben der Mülltrennung noch die sonstigen Gepflogenheiten des nachbarschaftlichen Zusammenlebens beachten, wie etwa Musik auf Zimmerlautstärke oder Besuch nur in Maßen, der die anderen Mitbewohner nicht beeinträchtigt.“

Selbstverständlich würden auch ihre Klienten immer wieder versuchen, in einen Ballungsraum wie etwa München oder Nürnberg abzuwandern. Völlig ernüchert kämen die meisten aber wieder zurück, nachdem sie am eigenen Leib

erfahren mussten, dass es z. B. in München nahezu unmöglich ist, eine Wohnung zu finden – noch dazu mit dem schmalen Etat eines Flüchtlings. Die Situation in Nürnberg oder Regensburg ist kaum besser und an all diesen Orten kommen noch wohnungssuchende Studierende hinzu, was die Situation zusätzlich verschärft.

Weitere Hinderungsgründe bei der Wohnsitznahme an einem anderen Ort erläutert David Wierzioch, Teamleiter Markt und Integration beim Jobcenter des Landkreises Kelheim: „Wer Anspruch auf Leistungen nach Hartz IV hat und seine Leistungen vom Jobcenter Kelheim bekommt, der muss auch in Kelheim wohnen. Das gilt, wie übrigens bei allen Förderleistungen, für einheimische Leistungsbezieher genauso wie für Neuzugewanderte.“ Oftmals würden Flüchtlinge es falsch verstehen, dass sie sich mit Anerkennung ihres Asylantrags in Deutschland frei bewegen dürfen. Unabhängig von der Bewegungsfreiheit sind aber für die Wohnsitznahme an anderen Orten gewisse Regeln einzuhalten. „Wer nach dem 1.1.2016 seine Anerkennung als Flüchtling erhalten hat, wird mit einer Wohnsitzauflage, beschränkt auf ein bestimmtes Bundesland, in Bayern sogar beschränkt auf einen bestimmten Landkreis, belegt. Leistungsbezieher können einen Umzug in ein anderes Bundesland oder einen anderen Landkreis nur dann aussichtsreich beantragen, wenn sie, der Ehegatte, der eingetragene Lebenspartner oder ein minderjähriges Kind sozialversicherungspflichtig arbeiten und dabei mindestens 712 Euro im Monat verdienen und wenigstens 15 Stunden pro Woche arbeiten. Ebenso kann ein Umzug genehmigt werden für Personen, die eine Ausbildung aufnehmen“, erläutert Wierzioch weiter.

Anerkannte Flüchtlinge müssen eine WOHNSTITZAUFLAGE einhalten, die sie in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt.

Diese hier ohnehin nur kurz umrissene Fülle von Gesetzen, Vorschriften und Verfahrensanweisungen führt dann schon mal dazu, dass eine Entscheidung mehrere Monate dauert. „Im Juni 2015 wussten wir noch nicht, ob unser Azubi umziehen darf und seine Ausbildung zum

1. September aufnehmen kann“ erinnert sich Nadja Hartinger, Ausbildungsleiterin im Hotel Münchner Hof in Regensburg, noch an die Hängepartie vor etwas mehr als einem Jahr. „Auszubildende sind in unserer Branche umworben und umkämpft, da hat man schon gerne baldige Planungssicherheit.“ Drei Monate mussten sie und der neue Azubi R.D., ein staatenloser Myanmari aus der Minderheit der Rohingya, der als Kind von seinen Eltern nach Bangladesch geschickt wurde, aber auch dort keine Staatsbürgerschaft zuerkannt bekam und schließlich nach Europa flüchtete, warten, dann gab es grünes Licht für den Umzug aus Weiden nach Regensburg. Im ersten Jahr in Deutschland hatte R.D., der nicht mit vollem Namen genannt werden will, den Qualifizierenden Hauptschulabschluss in einer externen Prüfung erworben. Anschließend wurde er an die Berufsfachschule in Wiesau im Landkreis Tirschenreuth vermittelt und absolvierte dort das erste Lehrjahr als Hotelfachmann. Damals noch minderjährig fasste er den Entschluss, in eine Ausbildungsstelle nach Regensburg zu wechseln, obwohl sein Asylantrag noch nicht abschließend bearbeitet ist. Die größere Stadt reizte ihn auch, weil er hoffte, in der neuen Umgebung schneller und besser Deutsch zu lernen. Im Münchner Hof stieg er auf eigenen Wunsch in das zweite Lehrjahr ein.

Schon die bis hierhin geschilderten Umstände und Tatsachen zeigen ganz deutlich, dass bei nachvollziehbarer Begründung und Argumentation nahezu alles möglich ist und die Behörden relativ großen Entscheidungsspielraum haben. In Regensburg wohnt R.D. jetzt in einer Gemeinschaftsunterkunft in einem Einzelzimmer, was schon fast als Luxus zu bezeichnen ist. Bei der Energie, die der junge Mann in die Umsetzung seiner Wünsche und Träume investiert, scheint der Wunsch nach einer eigenen Wohnung nicht ganz unerfüllbar zu sein.

STAATLICHE HILFSPROGRAMME UNTERSTÜTZEN DIE INTEGRATION

Um allen Beteiligten bei diesen doch sehr verzwickten Diskussionen und Erklärungen Hilfestellung zu leisten, bietet die Bayerische Staatsregierung mehrere Förderprogramme an.

Jobbegleiter und Ausbildungsakquisiteure heißen die neuen Berufe, die sich schon durch ihren Namen beinahe selbst erklären. Beide Hilfsangebote werden durch das Bayerische Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration (StMAS) gefördert. Jobbegleiter stehen Betrieben und Asylbewerbern sowie Geduldeten mit guter Bleibeperspektive in der Altersgruppe ab 25 Jahren gleichermaßen zur Seite und versuchen, Probleme, die das Arbeitsverhältnis negativ beeinflussen oder beeinträchtigen könnten, aus der Welt zu schaffen. In nachgehender und auch aufsuchender Sozialarbeit soll die Integration des Einzelnen unterstützt und gefördert werden. Dazu sollen die Jobbegleiter in ihrem jeweiligen Betätigungsbereich auch ein möglichst dichtes Netzwerk aller relevanten Akteure in der Integrationsarbeit und auf dem Arbeits- und Ausbildungsmarkt knüpfen.

STAATLICHE Förderprogramme in Form von Jobbegleitern und Ausbildungsakquisiteuren unterstützen die Integration.

Engagierte Ausbilder wie Nadja Hartinger haben alle Hürden bislang alleine in Angriff genommen, was natürlich zumeist außerhalb ihrer Arbeitszeit geschehen muss, sind sie doch meistens für mehrere Auszubildende verantwortlich, die sie nicht vernachlässigen wollen. Ergänzt wird das Angebot der Bayerischen Staatsregierung durch die so genannten Ausbildungsakquisiteure, ebenfalls gefördert und auch intensiv gecoacht und weitergebildet durch das StMAS. Sie besuchen in einem zugewiesenen Gebiet Betriebe, informieren über Unterstützungsangebote und Förderleistungen bei der Ausbildung und versuchen, Ausbildungsplätze für Flüchtlinge einzuwerben. Auf der anderen Seite treten sie aber auch in Kontakt mit Jugendlichen, deren Eltern, aber auch mit stimmungsbildenden Multiplikatoren in einzelnen Ethnien und informieren über das deutsche duale Aus-

bildungssystem. Neben Jugendlichen mit Migrationshintergrund, spezielle Schwerpunkte sind hier Jugendliche mit türkischen, italienischen und osteuropäischen Wurzeln sowie neuerdings auch Jugendliche mit Fluchterfahrung, wendet sich das Programm auch an leistungsschwache deutsche Jugendliche. Hier treffen wir also wieder auf die von David Wierzioch schon mehrfach betonte Tatsache, dass alle Unterstützungs- und Förderangebote für ausländische Betroffene genauso gelten wie für deutsche Betroffene.

Willkommenslotsen gehen in die Unternehmen und versuchen dort, VORURTEILE gegenüber den Flüchtlingen abzubauen.

Abgerundet wird die Palette dieser Hilfsangebote im Moment durch die Willkommenslotsen, welche durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) gefördert werden. Sie sensibilisieren zunächst kleine und mittlere Unternehmen (KMU) für die Integration von Flüchtlingen durch Ausbildung und Arbeit, nehmen Ängste und Vorbehalte durch intensive Beratung und Begleitung jedes Einzelfalls und unterstützen schließlich unter dem Stichwort „Passgenaue Besetzung“ auch bei der Personalauswahl. Darüber hinaus gehen sie auf alle Mitarbeiter eines Betriebes zu und regen zur Schaffung einer Willkommenskultur im Betrieb an. Denn nur wenn die Stammebelegschaft die Integrationsbemühungen der Geschäftsleitung mitträgt, kann Integration auch gelingen. Und natürlich ist auch hier wieder die Schaffung eines Netzwerkes von grundlegender Bedeutung. Diese neuen Berufe sind zumeist bei Kommunen und Wirtschaftsverbänden bzw. Wirtschaftskammern angesiedelt. Ein flächendeckendes Netz von gut geschulten Beratern soll es schließlich sein, das Betrieben und Geflüchteten umfassend zur Seite steht und die Integration in Gesellschaft und Arbeit vorantreibt.

Dabei werden diese neuen Experten auch auf ein weiteres Problem stoßen, das sich in ländlichen Regionen weitaus wirkungsvoller der erfolgreichen Integration in den Weg stellt als in der Großstadt: der Personenverkehr.

INGESCHRÄNKTE MOBILITÄT BREMST DIE INTEGRATION

Von der Gemeinschaftsunterkunft im Regensburger Westen zu einer Arbeitsstelle im Regensburger Osthafen zu gelangen, ist mit dem ÖPNV kein Problem, es sei denn, die Nachtschicht beginnt oder endet um drei Uhr morgens. Hier könnte man dann zur Not auch mit dem Fahrrad fahren. Gleiches gilt sicher auch für den Personenverkehr im Großraum Nürnberg-Fürth-Erlangen oder in München.

Von Ihrlerstein im Landkreis Kelheim nach Bad Gögging, auch im Landkreis Kelheim, mit dem ÖPNV zu fahren, ist hingegen nahezu unmöglich. Auch die Variante mit dem Fahrrad bietet sich nicht an.

Nun befindet sich aber eine große Gemeinschaftsunterkunft in Ihrlerstein und in Bad Gögging gibt es zahlreiche Kurhotels, die händeringend Personal suchen und gerne Flüchtlinge aufnehmen würden. „Für zwei, drei Tage können wir einen Mitarbeiter schon im Hotel unterbringen, auf Dauer ist das natürlich keine Lösung. Unsere Zimmer sollen schließlich vermietet werden“, wendet Sylvia Geppert, Personalleiterin im Monarch-Hotel in Bad Gögging ein. Zwei Flüchtlinge beschäftigt sie momentan, einen als Praktikanten, den anderen in einem Teilzeitarbeitsverhältnis. Für Letzteren läuft ein Antrag auf Umzug nach Bad Gögging, eine Wohnung steht auch schon bereit. Allerdings lässt die Genehmigung für den Umzug auf sich warten und so wird der neue Mitarbeiter mal gefahren, mal sucht er sich unter seinen Freunden jemand, der ihn transportieren kann, und gelegentlich übernachtet er dann doch im Hotel. Auch Sabine Lagies steht oftmals vor dem Transportproblem. „Wir praktizieren alle Arten von Transport: zu Fuß, mit dem Fahrrad, dem Bus und hin und wieder fahren die Flüchtlinge sogar selbst mit dem Auto“, führt sie aus. „Der ausländische Führerschein der Flüchtlinge gilt ja meistens noch ein halbes Jahr und da gebe ich ihnen schon mal mein Auto.“ Das sei 12 Jahre alt und eine Delle mehr mache nichts aus, habe sie sich beim ersten Versuch gedacht. Es ist aber keine Delle hinzugekommen, die jungen Flüchtlinge würden sehr umsichtig und korrekt fahren, betont Sabine Lagies.

Tatsächlich können die ausländischen Führerscheine unter Umständen anerkannt und umgeschrieben werden. Grundvoraussetzung ist, dass ein ausländischer Führerschein im Original vorgelegt wird. Daran scheitert es dann naturgemäß in vielen Fällen, da die Flüchtlinge solche Papiere meistens nicht mit auf die Flucht nehmen. Wenn aber ein Führerschein vorliegt und dessen Echtheit nach Überprüfung durch die Behörden bestätigt wurde, bedarf es nur noch einer erfolgreichen theoretischen und praktischen Führerscheinprüfung, um eine deutsche Fahrerlaubnis in Händen halten zu können. Die theoretische Prüfung steht in einem Dutzend Sprachen zur Verfügung. Neben Englisch sind dies noch weitere Sprachen der Europäischen Union sowie Russisch. Aber auch Indisch und Türkisch finden sich im Angebot und für das Jahr 2017 ist die Durchführung der theoretischen Prüfung sogar in Hocharabisch geplant, wie die Führerscheinstelle des Landratsamtes Regensburg auf telefonische Anfrage mitteilte. Die praktische Führerscheinprüfung könnte man grundsätzlich auch ohne vorherige Fahrstunden ablegen. Es wird aber allgemein empfohlen, circa 15 Fahrstunden zu absolvieren.

Der gerade auf dem Land schlecht ausgebaute Personennahverkehr HEMMT die Integration in beruflicher Hinsicht.

„Bei Vorliegen der individuellen Voraussetzungen, beispielsweise Arbeitsaufnahme an einem anderen Ort, können wir auch die Kosten für die Umschreibung wie etwa Übersetzungen, Foto, Verwaltungsgebühren und dazu auch Fahrstunden und Prüfungsgebühr übernehmen“, führt David Wierzioch vom Jobcenter des Landkreises Kelheim aus. Er schiebt aber sofort den Zusatz nach, dass dies bei deutschen Leistungsbeziehern nicht anders ist. Auch bei diesen wird die Mobilität so umfangreich wie möglich gefördert. In Ausnahmefällen geht dies sogar

hin bis zu einem kleinen Zuschuss für die Anschaffung eines Fahrzeugs. Auch andere Unterstützungsmaßnahmen und Qualifizierungsangebote würden für deutsche Leistungsbezieher ebenso gelten wie für Flüchtlinge. Eine Ausnahme bilden natürlich zusätzliche, meistens berufsbezogene Deutschkurse. Man würde eben nichts unversucht lassen, um so viele Flüchtlinge wie möglich in Ausbildung oder Arbeit zu bringen. Immerhin 850 anerkannte Flüchtlinge sind Mitte September 2016 beim Jobcenter Kelheim gemeldet, fast ausschließlich Syrer.

Um den Umgang mit diesen Kunden zu erleichtern, Reaktionen besser zu verstehen und Missverständnissen vorzubeugen, lassen David Wierzioch und sein Vorgesetzter Michael Sturm, Geschäftsführer des Jobcenters des Landkreises Kelheim in Abensberg, ihre Mitarbeiter in interkulturellen Kompetenzen schulen. Andere Gesprächskulturen, anderes Hierarchieverständnis, die Bedeutung der Religion im täglichen Leben und vor allem die Stellung der Frau in den verschiedenen Gesellschaften sind Inhalt des Trainings. Den Kontakt zur Trainerin Dr. Sylvia Schroll-Machl hat die Koordinierungsstelle der IHK Regensburg vermittelt. Sie arbeitet mit den Jobcentern im Gebiet der IHK Regensburg seit Beginn der Flüchtlingsströme eng zusammen. Die interkulturellen Trainingsseminare für Ausbilder wurden in allen Regionen der IHK Regensburg bislang insgesamt sieben Mal angeboten. Rund 170 Teilnehmer bekamen in gut drei Stunden wertvolle Informationen und Tipps für den Umgang mit den Geflüchteten. Aufbau-seminare werden voraussichtlich im Jahr 2017 folgen.

JOBBÖRSEN SCHAFFEN PERSPEKTIVEN

Der engen Zusammenarbeit zwischen der Koordinierungsstelle und den Jobcentern sowie der Arbeitsagentur entsprang dann auch die Idee spezieller Jobbörsen für Flüchtlinge. Dabei konzentrierte man sich jeweils auf einen Landkreis oder eine kreisfreie Stadt. Zunächst sollte das Vorhaben in einem kleineren Rahmen ablaufen. „Eine große Halle organisieren, fünfzig Betriebe einladen und Hunderte Flüchtlinge mit den ehrenamtlichen Helferkreisen durch die Halle schicken – das ist unter Umständen sehr

pressewirksam, aber im Ergebnis kann es eigentlich nichts bringen. Dafür ist die Berufsorientierung der Flüchtlinge zu wenig ausgeprägt und sind die Vorstellungen von den Qualifikationen der Flüchtlinge bei den Betrieben völlig unklar. Eine ausgeprägte Lenkung solcher Zusammentreffen im kleineren Rahmen erschien uns wesentlich zielgerichteter“, lässt die IHK Regensburg verlautbaren und erläuterte damit, wie es zur ganz speziellen Form der Jobbörsen kam. „Wir wollen den Flüchtlingen ja konkrete Anreize bieten, sich im ländlichen Raum eine Existenz und Zukunft aufzubauen und nicht in eine Großstadt abzuwandern.“

Jobbörsen sollen in einem überschaubaren Rahmen ARBEITSPLÄTZE vermitteln.

Arbeitsagenturen (hier sind Asylsuchende freiwillig gemeldet, deren Antrag noch nicht abschließend bearbeitet wurde, wie auch Asylsuchende, deren Antrag abgelehnt wurde, die aber aus bestimmten Gründen nicht abgeschoben werden können und daher geduldet werden) und Jobcenter (hier sind diejenigen gemeldet, deren Antrag auf Asyl positiv beschieden wurde und die erst dann als Flüchtlinge bezeichnet werden und Leistungen nach Hartz IV erhalten) durchforsteten die Unterlagen der bei ihnen gemeldeten Flüchtlinge und Asylbewerber. Wer ist momentan vermittelbar und hat den Integrationskurs und eventuelle weitere Qualifizierungsmaßnahmen bereits abgeschlossen? Wie sind die Deutschkenntnisse? Welche beruflichen Qualifikationen oder auch Wünsche bringen die Bewerber mit? Diese und noch mehr Fragen standen am Anfang. Und schnell wurde deutlich, dass bei Weitem nicht alle gemeldeten Flüchtlinge und Asylbewerber für eine Vermittlung zur Verfügung stehen.

Zum großen Teil besuchen die Flüchtlinge, nachdem die Bearbeitungszahlen des zuständigen Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) signifikant gestiegen sind, nun in gro-

ßer Zahl die Integrationskurse. Vielfach werden im Anschluss daran noch weitere Qualifizierungsmaßnahmen durchgeführt wie etwa Kompetenzfeststellung, Aktivierungsmaßnahmen, berufsgebundene Sprachkurse und allgemeine Berufsorientierung. All diese Personen stehen dem Arbeitsmarkt erst später, nach Abschluss der Maßnahmen, zur Verfügung.

Es blieb aber dennoch immer eine so große Anzahl an Bewerbern übrig, dass sich der Aufwand und die Mühen für die Jobbörsen lohnten. An dieser Stelle kommen dann die IHK und die Handwerkskammer ins Spiel. Konkurrenzdenken gibt es in dieser Angelegenheit zwischen den beiden Kammern nicht, man geht einfach davon aus, dass man gemeinsam wesentlich mehr Bewerber, aber auch Betriebe erreichen kann. Die Kammern suchen für die erfassten Berufe oder Berufswünsche Unternehmen, die diese Berufe anbieten und benötigen und die auch bereit sind, Flüchtlinge aufzunehmen. Ort der Jobbörse und die Liste der Grußredner wird wieder zwischen Arbeitsagentur, Jobcenter und Kammern abgestimmt. Die Einladungen für die Bewerber und die Betriebe erfolgen schließlich über die Arbeitsagentur. Der Ablauf der Jobbörse wird dann so gestaltet, dass jeder Bewerber mindestens drei Vorstellungsgespräche führt. Ein nach Farben unterschiedenes Orientierungssystem sorgt zudem dafür, dass jedermann die Unternehmen „seiner“ Branche leicht finden kann. Vermittler von Arbeitsagentur und Jobcenter, Mitarbeiter der Ausländerbehörde sowie der beiden Kammern stehen bereit, um alle etwaigen Fragen sofort und vor Ort zu beantworten.

Die Jobbörsen sind ein ERFOLG: Sowohl die Zahl der Bewerber als auch der Betriebe ist stark angestiegen.

Die erste Jobbörse fand im September 2015 in Kelheim statt. Die Stadt Kelheim stellte einen Veranstaltungsraum zu Verfügung sowie auch jegliches Equipment, das benötigt wurde, von Stellwänden über Tische und Stühle bis hin zum Kopiergerät. Erster Bürgermeister Horst Hartmann, Landrat Dr. Hubert Faltermeier und die Geschäftsführerin der Arbeitsagentur Regensburg, Gabriele Anderlik, konnten 60 Bewerber

und 17 Betriebe begrüßen. Etwa drei Stunden später waren alle Gespräche geführt und viele Fragen beantwortet. Dass man dann auch noch 18 Vermittlungen in Beschäftigung, also Praktikum, Arbeitsstelle oder Ausbildung verzeichnen konnte, darf durchaus als Erfolg gewertet werden. Die bislang letzte Jobbörse fand im Juni 2016 bei der IHK in Regensburg statt. Da waren es dann schon 120 Bewerber und über 30 Betriebe. Momentan werden weitere Jobbörsen geplant, vor allem für das 1. und 2. Quartal 2017. Man versucht aber auch, das Konzept dahingehend umzuarbeiten, dass deutsche Job-suchende und Flüchtlinge in einer gemeinsamen Veranstaltung mit den interessierten Betrieben in Kontakt gebracht werden. So könnte man wieder einen weiteren Schritt in Richtung Normalisierung tun.



Eröffnung der 1. Jobbörse für Flüchtlinge in Kelheim – nach der Begrüßung begannen dort sofort die Bewerbungsgespräche. Quelle: Stadt Kelheim

Unter den Mitgliedsbetrieben der IHK spricht sich diese Möglichkeit der Personalsuche schnell herum. „Wir erhalten zahlreiche Anrufe und Mails von Unternehmen, die nach der nächsten Jobbörse in ihrer Region fragen und sich dafür anmelden wollen.“

Um die Kontakte von Unternehmern zu bündeln und zu unterstützen, wurde beim DIHK in Berlin, der Dachorganisation der deutschen Industrie- und Handelskammern, das Projekt „NETZWERK – Unternehmen integrieren Flüchtlinge“ ins Leben gerufen. Das Mitarbeiterteam in Berlin unterstützt die Gründung und

Initiierung regionaler und lokaler Netzwerke. So entstehen Plattformen, die Informationen zur Verfügung stellen, gemeinsame Veranstaltungen durchführen und in denen Betriebe sich gegenseitig unterstützen. Mehrere Hundert Betriebe sind es bereits, die den Netzwerkgedanken verfolgen und unterstützen. (www.unternehmen-integrieren-fluechtlinge.de)

Letztendlich wird es eine Gemeinschaftsaufgabe von gut vernetzten und aufnahmebereiten Unternehmen und ebenso gut vernetzten und bestens geschulten Jobbegleitern, Ausbildungsakquisiteuren oder Willkommenslotsen, von Arbeitsagenturen und Jobcentern, von Wirtschaftskammern und Kommunen sein, genügend Arbeits- und Ausbildungsplätze für diejenigen Neuzugewanderten zu schaffen und zu finden, die sich auf Dauer in unsere Gesellschaft integrieren und zum wirtschaftlichen Erfolg beitragen wollen. Auf diesem Weg werden noch viele kreative Lösungsmöglichkeiten entstehen.

HARALD K. FELLNER, M.A.

Experte für Fachkräftesicherung, Integration und Bildungspolitik

ANMERKUNGEN

- ¹ Auf dem Land stehen viele Wohnungen leer, in: Süddeutsche Zeitung, 14.9.2016, S. 1.
- ² Müller, Benedikt: Wo der Boom nur ein Traum ist, in: Süddeutsche Zeitung, 14.9.2016, S. 17.

ZUSAMMENHALT FÖRDERN
WAS LEISTEN DIE
FÖRDERPROGRAMME IN BAYERN?

INTEGRATIONSPOLITISCHE MASSNAHMEN

ANDREAS KUFER || Die Bewältigung des enormen Zugangs von Zuwanderern aus Drittstaaten ist die größte Herausforderung seit der deutschen Wiedervereinigung. Viele Menschen, die zu uns kommen, werden zum Beispiel als anerkannte Asylbewerber längere Zeit oder dauerhaft in Bayern leben. Damit Integration auch weiterhin gelingt und unsere Gesellschaft zusammenhält, wurden zur Ergänzung der bereits bestehenden Maßnahmen wichtige integrationspolitische Weichenstellungen getroffen. Diese wirken sich auch auf den ländlichen Raum aus.

Integration gelingt vor allem über Sprache, Arbeit und Wohnen. Nur wenn in ganz Bayern Sprachkursangebote bestehen, Arbeitsmöglichkeiten und Wohnmöglichkeiten vorhanden sind, kann Integration auch im ländlichen Raum Erfolg haben. Aufbauend auf den Bevölkerungszahlen von Bayern, stellt der folgende Beitrag wichtige und aktuelle integrationspolitische „Förder- und Fördermaßnahmen“ dar.

BEVÖLKERUNG IN BAYERN

Im Jahr 2014 lebten in Bayern ca. 2,6 Mio. Personen mit Migrationshintergrund. Das entsprach gut 20 % der bayerischen Bevölkerung. Rund die Hälfte von ihnen besaß die deutsche Staatsbürgerschaft. Im Ländervergleich gehört Bayern damit zu den Ländern mit einem durchschnittlichen Migrationsanteil.

Die im Dezember 2014 von der OECD veröffentlichte Schlagzeile „Deutschland Nr. 2 bei Zuwanderung“ sorgte für Aufsehen: Mit einer Wanderungsbilanz von rund 465.000 dauerhaften Zuwanderern¹ war Deutschland an zweiter Stelle nach den USA und hatte klassische Einwanderungsländer wie Kanada und Australien deutlich hinter sich gelassen. Dies ist v. a. auf den Anstieg der innereuropäischen Migration zurückzuführen; die größte Gruppe kommt aus den mittel- und osteuropäischen Ländern.² In Deutschland kamen 2014 34,5 % der Personen mit Migrationshintergrund aus einem Mitgliedsstaat der EU. In Bayern war dieser Anteil

mit 43,2 % deutlich höher und war seit 2005 kontinuierlich gestiegen. Im Jahr 2014 wurden 173.000 Asylersanträge registriert.³

- Die Bevölkerung mit Migrationshintergrund lebt häufiger in Städten: Anteil in München 33,2 %, Nürnberg 36,2 % und Augsburg 36,0 % (vgl. dagegen Berlin ca. 23,9 %) und
- ist deutlich jünger und hat mehr Kinder: 24,7 % der Personen mit MHG sind unter 18 Jahren (ohne MHG: 15,3 %).⁴

Bei einem Vergleich des Anteils der Bevölkerung mit Migrationshintergrund in den Regierungsbezirken ergibt sich eine Spannweite von 11,7 % in Oberfranken bis 22,6 % in Oberbayern.⁵ Das Gleiche gilt für die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten⁶ mit Zahlen von gut 400.000 (bzw. knapp 21.000 ausländische Beschäftigte) in Oberfranken bis 1,96 Mio. (bzw. knapp 315.000 ausländische Beschäftigte) in Oberbayern.

MASSNAHMEN DES FÖRDERNS UND FORDERNS

Integration ist im staatlichen Bereich aufgrund der verfassungsrechtlichen Grundlagen eine Aufgabe für Bund, Länder und Kommunen. Die Maßnahmen der Bayerischen Staatsregierung erstrecken sich dabei regelmäßig auf ganz Bayern, d. h. sowohl auf die Städte wie auch auf den ländlichen Bereich. Sie sind unterstützende Fördermaßnahmen wie auch steuernde Fördermaßnahmen.

Entwurf eines Bayerischen Integrationsgesetzes

Am 1. Juni 2016 wurde der Gesetzentwurf der Staatsregierung für ein Bayerisches Integrationsgesetz⁷ in erster Lesung im Bayerischen Landtag behandelt. Es soll der Integration in Bayern Ziel und Rahmen geben. Es basiert auf dem Grundsatz des Forderns und Förderns. Die Solidarität mit den Schwächeren und Hilfsbedürftigen ist Gebot der Gemeinschaft wie jedes Einzelnen, setzt aber zugleich voraus, dass in erster Linie jeder zunächst selbst verpflichtet ist, Verantwortung für sich und die Seinen zu übernehmen und sein Möglichstes dazu beizutragen. Gefordert wird ausdrücklich auch die Anerkennung und Achtung unserer Rechts- und Werteordnung. Bei der Vergabe von Sozialwohnungen soll neben die Dringlichkeit künftig ein zweites Kriterium treten, die „Strukturkomponente“: Für eine bestimmte Sozialwohnung sollen nach Möglichkeit nur solche Personen als künftige Mieter in Frage kommen, die im Umkreis der Wohnung eine einseitig ausgerichtete Bewohnerstruktur weder schaffen noch verstärken. Damit soll Ghettobildung entgegengewirkt werden.

Integrationskonzept „Zusammenhalt fördern, Integration stärken“

Mit dem Integrationskonzept „Zusammenhalt fördern, Integration stärken“ vom 9. Oktober 2015 werden allein im Jahr 2016 zusätzlich zu den bereits bestehenden Fördermaßnahmen weitere Landesmittel in Höhe von ca. 550 Mio. Euro bereitgestellt. Schwerpunkte sind:

- Deutsche Sprache (Beispiel Ausweitung der ehrenamtlichen Sprachkurse und der Deutschkurse zur sprachlichen Erstorientierung für Asylbewerber);
- Vermittlung von Werten und Alltagskompetenz (Beispiel: geplante Integrationslotsen);
- Bildung in Kindertagesstätten und Schulen (Beispiel: 30 % höhere Förderung pro Asylbewerberkind);
- Wohnen: Mit einem staatlichen Wohnungsprogramm und der Förderung des kommunalen Wohnungsbaus wird Wohnraum geschaffen (Wohnungspakt Bayern: 28.000 neue Mietwohnungen bis 2019);
- Ausbildung und Arbeit: Die Staatsregierung hat mit der bayerischen Wirtschaft und der Bundesagentur für Arbeit eine Vereinbarung für „Integration durch Ausbildung und Arbeit“ geschlossen. Bis Ende 2016 soll 20.000 Flüchtlingen ein Praktikums-, Ausbildungs- oder Arbeitsplatz angeboten werden; Gesamtziel bis Ende 2019: 60.000 erfolgreiche Arbeitsmarktintegrationen.

Gesamtprogramm Sprache

Der Bund wird die Sprachförderung, die derzeit aus Integrationskurs und berufsbezogener Deutschförderung besteht, im Rahmen eines „Gesamtprogramms Sprache“ zu einem modularisierten System weiterentwickeln.

SPRACHFÖRDERPROGRAMME sollen Ausländern die Integration und den beruflichen Erstestieg erleichtern.

Zielgruppe der Integrationskurse sind Ausländer ohne ausreichende Deutschkenntnisse, die sich rechtmäßig und dauerhaft im Bundesgebiet aufhalten. Zusätzlich zu diesen Teilnehmenden mit Rechtsanspruch auf einen Integrationskurs können Ausländer im Rahmen verfügbarer Plätze am Integrationskurs teilnehmen. Ziel des Integrationskurses ist der Erwerb ausreichender Deutschkenntnisse (Sprachniveau B1 des Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmens für Sprachen) und von Kenntnissen der Rechtsordnung, der Kultur und der Geschichte in Deutschland. Der allgemeine Integrationskurs umfasst 700 Stunden (Sprachkurs 600 Stunden und Orientierungskurs 100 Stunden). Spezielle Kurse wie der Alphabetisierungskurs oder Eltern-, Frauen- bzw. Jugendkurse umfassen 1.000 Stunden. Ferner besteht eine Wiederholungsmöglichkeit im Umfang von 300 Stunden. Der Bund wendet für das Jahr 2016 rund 550 Mio. Euro auf und ermöglicht die Teilnahme von ca. 300.000 neuen Kursteilnehmern. Ab 2017 ist eine Änderung bei der Unterstützung der Teilnehmer durch eine integrationskursbegleitende Kinderbetreuung geplant. Dabei gilt der Grundsatz der Subsidiarität, d. h. sie soll nur dann in Anspruch genommen werden können, wenn die Kinderbetreuung nicht durch das vorrangige Regelangebot sichergestellt werden kann.

Die berufsbezogene Sprachförderung richtet sich an Menschen mit Migrationshintergrund, die nach dem SGB II oder SGB III leistungsberechtigt sind und deren Integration in den Arbeitsmarkt durch die Sprachförderung verbessert wird sowie Personen im Anerkennungsverfahren. In der Regel beginnt die Förderung oberhalb des B1-Niveaus; es ist also ein integrationskursergänzendes Instrument, das modularisiert die Zertifikatstufen von B1 bis C2 erreichen soll. Zudem werden bestimmte Spezialmodule vorgesehen. Für das Jahr 2016 werden vom Bund zusätzlich zu den noch vorhandenen ESF-Mitteln 179 Mio. Euro an Bundesmitteln bereitgestellt. Damit sollen ca. 100.000 Teilnehmerplätze zur Verfügung stehen. Auch insoweit ist eine Unterstützung der Teilnehmer durch eine subsidiäre kursbegleitende Kinderbetreuung geplant. Elternkurse sollen auch Information zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf beinhalten.

Migrationsberatung

Die Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer wurde im Jahr 2005 bundesweit eingeführt.⁸ Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege (Caritas, Diakonie, Paritätischer, Rotes Kreuz, Arbeiterwohlfahrt etc.) haben in ganz Deutschland entsprechende Beratungsstellen etabliert, in der Regel dort, wo konkreter Beratungsbedarf besteht.

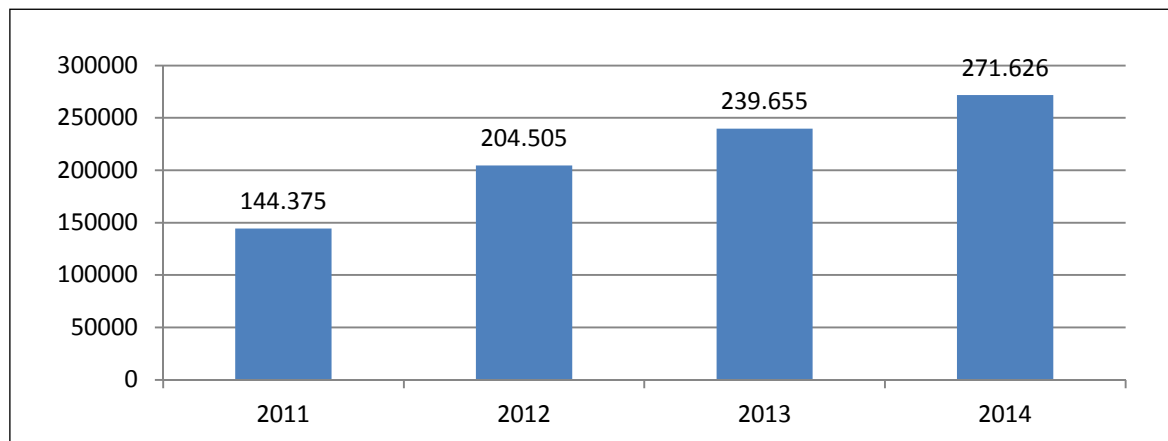
Mit der Migrationsberatung soll in Ergänzung zum Integrationskurs ein individuelles Beratungsangebot für erwachsene Neuzuwanderer (Ausländer und Spätaussiedler) geschaffen werden (Aufenthaltsgesetz: „migrationspezifisches Beratungsangebot“). Die Zuwanderer sollen dadurch zu selbstständigem Handeln in allen Bereichen des täglichen Lebens befähigt werden. Eine gezielte Einzelfallbegleitung (sog. Case Management) soll die Potenziale der Zuwanderer ermitteln sowie darauf zugeschnittene Integrationsmaßnahmen zusammenstellen und in einem Förderplan festschreiben. Die Migrationsberatung wird primär von der Bundesregierung finanziert. In Bayern ergänzt die Staatsregierung die Migrationsberatung des Bundes.⁹

Die Haushaltsmittel entwickelten sich wie folgt (in Mio. Euro):

	2014	2015	2016
Bund	3,83	5,45	6,83
Bayern	2,40	2,40	4,00

Quelle: eigene Darstellung

Die Zahl der beratenen Personen entwickelte sich bundesweit wie folgt:



Quelle: Eigene Darstellung auf der Grundlage von Blickpunkt Integration 2015, Das Magazin zur Integrationsarbeit in Deutschland, hrsg. vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Nürnberg 2015 und Brandt, Lisa / Risch, Rebecca / Locher, Susanne: Zehn Jahre Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer (MBE). Erfolge, Wirkungen und Potentiale aus Sicht der Klienten (= Forschungsbericht 25, hrsg. vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge), Nürnberg 2015.

Unterstützung auf dem Weg in Ausbildung und Arbeit

Die Integration in Ausbildung und Arbeit eröffnet Lebenschancen und ist damit nicht nur zentraler Baustein der sozialen Integration, sondern bedeutet auch Unabhängigkeit von staatlichen Transferleistungen. Dadurch wird nicht nur eine Entlastung von Staat und Kommunen erreicht, sondern auch die Grundlage für ein selbstbestimmtes und eigenständiges Leben der Zuwanderer geschaffen.

In Bayern sollen JOBBEGLEITER bei der Arbeitsplatzsuche behilflich sein.

Für die Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen haben Bund und Länder für bundes- und landesrechtlich geregelte Berufe entsprechende Gesetze erlassen. Im Jahr 2012 konnten bundesweit 7.458 im Ausland erworbene bundesrechtliche berufliche Abschlüsse als vollständige oder teilweise gleichwertig zu einer in Deutschland erworbenen Qualifikation anerkannt werden. Allein aus der Gruppe der medizinischen Gesundheitsberufe wurden 6.837 Anträge positiv beschieden, darunter 5.121 von Ärzten. In der Gruppe Mechatronik-, Energie- und Elektroberufe wurden 100 Anträge positiv beschieden.

Ergänzend zu den Maßnahmen der Agenturen für Arbeit und Jobcenter werden vom Freistaat Bayern Jobbegleiter sowie Ausbildungsakquisiteure gefördert. Die Jobbegleiter sollen für anerkannte Asylbewerber, Asylbewerber mit guter Bleibeperspektive und Geduldete Ausbildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten finden. Als Netzwerker soll der Jobbegleiter insbesondere die berufliche Integration organisieren. Er soll insbesondere das vorhandene Netzwerk einschließlich kommunaler Behörden koordinieren oder als Teil eines vorhandenen Netzwerkes mit den örtlichen Akteuren kooperieren sowie in den unter Federführung der Regionaldirektion Bayern entstehenden Koordinierungszentren Arbeit & Asyl mitarbeiten. Die Ausbildungs-

akquisiteure sollen jugendliche Flüchtlinge, die peer-groups (Gruppen von jugendlichen Flüchtlingen, die sich an bestimmten Treffpunkten aufhalten und untereinander eine große Solidarität haben) und Familien pro-aktiv aufsuchen und über die Möglichkeiten einer Berufsausbildung informieren sowie Hilfestellungen leisten. Sie stehen aber auch für Betriebe, die Flüchtlinge ausbilden, als Ansprechpartner zur Verfügung und verfolgen ebenso wie die Jobbegleiter den Netzwerkansatz.

Wohnsitzzuweisung

Die großen Zuwanderungszahlen ab Herbst 2015 stellen Bund, Länder und Kommunen vor erhebliche Herausforderungen bei der Unterbringung und Integration. Im Jahr 2015 wurden in Deutschland 476.649 Asylanträge gestellt (Gesamtzuschutzquote 49,8 %). Zur Vermeidung von integrationshemmender Segregation – insbesondere in den Ballungsräumen – von Personen, die keiner sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung, keiner Ausbildung oder keinem Studium nachgehen und die aufgrund ihres Fluchthintergrundes vor besonderen Integrationsherausforderungen stehen, wurde mit dem am 6. August 2016 in Kraft getretenen Integrationsgesetz des Bundes¹⁰ in § 12 a AufenthG eine Ermächtigung für die Länder für eine verbesserte Steuerung der Wohnsitznahme von Schutzberechtigten geschaffen. Die bestehende Regelung des § 12 Abs. 2 AufenthG ist hierfür nicht ausreichend, da aus der Perspektive der Ausländerbehörden integrationspolitische Verteilungseffekte nicht hinreichend berücksichtigt werden können. Es wurde deshalb eine gesetzliche Lösung geschaffen, die den besonderen Integrationsanforderungen für Schutzberechtigte im Vergleich zu anderen Drittstaatsangehörigen gerecht wird.

Das INTEGRATIONSGESETZ des Bundes ermächtigt die Länder, den Wohnraum für die Schutzberechtigten besser zu verteilen.

Der Europäische Gerichtshof hat die Rechtmäßigkeit der Anknüpfung einer Wohnsitzzuweisung an integrationspolitische Ziele anerkannt.¹¹ Dementsprechend werden nur Ausländer erfasst, deren Aufenthaltsrecht auf der Gewährung von humanitärem oder internationalem Schutz beruht und deren Rückkehr aufgrund der Verhältnisse in ihren Herkunftsstaaten auf nicht absehbare Zeit unmöglich ist. Diese Personen stehen aufgrund ihrer Fluchterlebnisse und Verfolgungsschicksale vor besonderen Herausforderungen, was ihre Integration in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt und die Gesellschaft angeht. Im Gegensatz zu Arbeitsmigranten oder Familiennachzügler können sie ihre Einreise und ihren Aufenthalt nicht planen und vorbereiten. Ihre Voraussetzungen hinsichtlich Sprache, Qualifikation und Motivation unterscheiden sich wesentlich von denen anderer zugewanderter Drittstaatsangehöriger. Bei der Integration sollen die Potenziale ländlicher Regionen, insbesondere im Hinblick auf Wohnraum, Arbeitsplätze, Integrationsangebote und gesellschaftlichen Zusammenhalt, angemessen berücksichtigt werden.

Aus Gründen der Verhältnismäßigkeit werden die Wohnsitzregelung und die Geltungsdauer des neuen § 12 a AufenthG auf drei Jahre befristet.

Der neue § 12 a AufenthG begründet in Abs. 1 die gesetzliche Verpflichtung zur Wohnsitznahme im Land der Erstzuweisung im Asylverfahren nach dem Königsteiner Schlüssel. Ausgenommen sind:

- Anerkannte, die einer sozialversicherungspflichtigen Tätigkeit mit mindestens 15 Stunden / Woche und einem Mindesteinkommen von derzeit 710 Euro / Monat,
- Personen, die eine Berufsausbildung aufnehmen oder aufgenommen haben oder in einem Studien- oder Ausbildungsverhältnis stehen.

Für die Wohnsitzregelung wurden zwei unterschiedliche Regelungsansätze geschaffen: einerseits die (positive) Zuweisung an einen bestimmten Wohnort und andererseits der (negative) Ausschluss des Zuzugs in bestimmte Gebiete mit erhöhten Segregationsrisiken. Die Auswahl obliegt den Landesbehörden.

Mit § 12 a Abs. 2 AufenthG wird den Länderbehörden ermöglicht, im Falle integrationshemmender Wohnverhältnisse in Aufnahmeeinrichtungen und anderen vorübergehenden Unterkünften, Betroffene regelmäßig innerhalb einer Frist von sechs Monaten an einen anderen Ort zuzuweisen, wenn dies der nachhaltigen Integration nicht entgegensteht. § 12 a Abs. 3 AufenthG ermächtigt zu einer Zuweisung, wenn die Wahrung der wesentlichen integrationspolitischen Belange Wohnraum, Sprache und Ausbildungs- und Arbeitsmarkt erleichtert werden kann.

Für die Länder wird in Abs. 9 die Möglichkeit geschaffen, Verfahren und Organisation der landesinternen Verteilung im Rahmen der bundesgesetzlichen Vorgaben näher auszugestalten.

Die Landratsämter können Gemeinden zur Aufnahme und Unterbringung von anerkannten Asylbewerbern VERPFLICHTEN.

Bayern hat davon zum 1. September 2016 Gebrauch gemacht.¹² Die neue DVAsyl vereint die neue Wohnsitzregelung mit der bestehenden DVAsyl, die zugleich eine Aktualisierung erfährt. Die Verteilung von Asylbewerbern und Anerkannten erfolgt künftig sowohl auf die Regierungsbezirke als auch innerhalb der Regierungsbezirke auf die Landkreise und kreisfreien Städte im Rahmen einer Gesamtquote. Um die Wohnsitzzuweisung zu ermöglichen, werden alle Ebenen einbezogen: Regierungen, Kreisverwaltungsbehörden und die Gemeinden. Die Kreisverwaltungsbehörden sind verpflichtet, den Regierungen alle zur Verteilung und Zuweisung nötigen Informationen zu übermitteln. Die kreisangehörigen Gemeinden wirken dabei mit. Die Regierungen erlassen den Zuweisungsbescheid, durch den die Anerkannten dem Gebiet eines Landkreises oder einer kreisfreien Stadt zugewiesen werden. Die Landratsämter erhalten das Recht, als vorgelagertes Element

eine kreisangehörige Gemeinde zur Aufnahme und Unterbringung von Anerkannten zu verpflichten, soweit diese nicht freiwillig dazu bereit ist.

ENQUETE-KOMMISSION „INTEGRATION IN BAYERN AKTIV GESTALTEN UND RICHTUNG GEBEN“

Am 19. Juli 2016 hat der Bayerische Landtag auf Grundlage eines fraktionsübergreifenden Antrags die Einsetzung einer Enquete-Kommission im Bayerischen Landtag „Integration in Bayern aktiv gestalten und Richtung geben“ beschlossen.¹³ Damit wird eines der wichtigsten Zukunftsthemen aufgegriffen.

Die Enquete-Kommission ist ein parlamentarisches Gremium, das wichtige Informationen zusammentragen und gesetzgeberische Entscheidungen vorbereiten soll. Zunächst soll eine generelle Bestandsaufnahme zur Situation der unterschiedlichen Personengruppen mit Migrationshintergrund und Integrationsbedarf erfolgen. Dabei wird u. a. auf die „ausgeprägten Unterschiede zwischen städtisch geprägten Strukturen, insbesondere im Ballungsraum, und dem ländlichen Raum“ hingewiesen. Anschließend sollen entlang zentraler Handlungsfelder (Sprache und Bildung, gesellschaftliche und politische Partizipation, Diskriminierung und Rassismus, Wirtschaft und Arbeitsmarkt, Wohnen und Stadtentwicklung, Gesundheit und Pflege, Religion und Weltanschauung, Gleichstellung, Kultur und Medien, Integrationsbereitschaft, Integrationsrichtung, Leitkultur und Kommunales) Chancen, Risiken und Herausforderungen (auch finanzieller Art) identifiziert werden.

Eine fraktionsübergreifende Kommission soll in Bayern VORSCHLÄGE für eine erfolgreiche Integrations- und Migrationspolitik erarbeiten.

Im Bereich „Wirtschaft und Arbeitsmarkt“ geht es zum Beispiel darum, wie durch den Zugang von Menschen mit Migrationshintergrund der Fachkräftemangel, vor allem in ländlichen Regionen, mittel- bis langfristig entschärft werden kann.

Im Bereich „Wohnen und Stadtentwicklung“ soll untersucht werden, was in städtischen Strukturen und dem ländlichen Raum beachtet werden muss. Auf dieser Basis werden bis zum Frühjahr 2018 konkrete Vorschläge für eine erfolgreiche und zukunftsgerichtete Integrations- und Migrationspolitik in Bayern entwickelt werden.

DR. ANDREAS KUFER

Referatsleiter Migrationspolitik im Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration

ANMERKUNGEN

- ¹ Neuzuwanderer im Zusammenhang mit aktueller Flüchtlingssituation sind darin noch nicht enthalten.
- ² OECD International Migration Outlook 2014, o. O. Dezember 2014. Die OECD berücksichtigt nur dauerhafte Zuwanderer; bei der EU-Binnenmigration versteht man darunter alle Zuwanderer, die anschließend mindestens ein Jahr in Deutschland bleiben – ohne Studenten.
- ³ Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Hrsg.): Migrationsbericht 2014 des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge im Auftrag der Bundesregierung, Nürnberg 2016.
- ⁴ Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen (Hrsg.): Dritter Bericht der Staatsregierung zur sozialen Lage in Bayern, München 2012.
- ⁵ Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Zensus 2011. Bevölkerung Bundesrepublik Deutschland am 9. Mai 2011, Wiesbaden 2013.
- ⁶ Stand: 30.6.2015.
- ⁷ Vom 10.5.2016, LT-Drs. 17/11362.
- ⁸ Vgl. § 75 Nr. 9, § 45 Satz 1 AufenthG.
- ⁹ Übersicht über die Standorte der landesgeförderten Migrationsberatung auf www.migrationsberatung-bayern.de
- ¹⁰ Vom 31.7.2016, BGBl 2016 I S. 1939.
- ¹¹ Urteil vom 1.3.2016 in den verbundenen Rechts-sachen Alo und Osso, C-443/14 und C-444/14.
- ¹² Verordnung zur Durchführung des Asylgesetzes, des Asylbewerberleistungsgesetzes, des Aufnahmegesetzes und des § 12 a des Aufenthaltsgesetzes (Asyldurchführungsverordnung – DVAsyl) vom 16.8.2016, BayGVBl. 2016 S. 258.
- ¹³ Drs. 17/12634.

BEITRÄGE DER LANDENTWICKLUNG

WOLFGANG EWALD || Die Aufnahme, Unterbringung und Integration von anerkannten Flüchtlingen erfolgen in kommunaler Zuständigkeit, so dass nahezu alle Landkreise, Städte und Gemeinden gegenwärtig mit diesen Aufgaben konfrontiert sind. Die Kommunen in Bayern haben hier bereits Großartiges geleistet, sind aber weiter gefordert, insbesondere beim Übergang vom Asyl zur Integration.

EINFÜHRUNG

Als erstes Bundesland hat Bayern ab dem 1. September 2016 die Wohnsitzauflage für Flüchtlinge eingeführt. Damit können die Bezirksregierungen anerkannten Asylbewerbern für drei Jahre den Wohnort vorschreiben. Ausgenommen sind Menschen, die bereits eine sozialversicherungspflichtige Arbeit oder eine Ausbildungsstelle haben. Die Verteilung auf die Landkreise und Städte erfolgt nach einer Quote, die sich nach der Einwohnerzahl richtet. Damit verbunden ist eine räumlich möglichst ausgewogene Verteilung der anerkannten Asylbewerber. Es gilt, Überlastungserscheinungen in Verdichtungsräumen mit Wohnungsmangel, stark steigenden Immobilienpreisen, fehlenden Kindergärten- und Schulplätzen sowie Tendenzen zu Segregation und Parallelgesellschaften zu vermeiden.

CHANCEN UND HERAUSFORDERUNGEN FÜR DIE LÄNDLICHEN RÄUME

Warum sind ländliche Räume dabei so wichtig? Hintergrund dafür ist, dass der demografische Wandel viele ländliche Regionen vor besondere Herausforderungen stellt. Der Rückgang von Einwohnern führt zur Unterauslastung und zum Wegbrechen von Einrichtungen der Daseinsvorsorge mit der Gefahr einer sich selbst verstärkenden Abwärtsspirale der Entwicklung.

Damit einher gehen Gebäudeleerstände und Wertverluste der Immobilien sowie der Wegfall von Einrichtungen, z. B. Schulen oder Kindergärten. Andererseits herrscht auch in vielen ländlichen Räumen Fachkräftemangel. Zuwanderung eröffnet für ländliche Räume daher wichtige Chancen. Hinzu kommt, dass die ländlichen Räume für die Integration von Flüchtlingen mit Bleibeperspektive weitere Chancen bieten, die bisher noch zu wenig betrachtet werden. Dazu zählen die Überschaubarkeit von Dorfgemeinschaften, das ausgeprägte Gemeinschaftsgefühl, die persönlichen und direkten Kontakte, das große Engagement der Bürger und schließlich die leichtere Verfügbarkeit von Wohnraum.

Der demografische Wandel bedroht die DASEINSVORSORGE des ländlichen Raumes.

Allerdings sind auch erhebliche Herausforderungen bei der Integration zu meistern. An erster Stelle steht, dass eine nachhaltige Integration von Migranten nur gelingen kann, wenn der hierfür notwendige gesellschaftliche Veränderungsprozess vor Ort aktiv gestaltet wird.

Dies erfordert eine hohe kulturelle Offenheit und den Willen des gemeinsamen Gestaltens. Neben der Ausbildung und Beschäftigung ist für die Migranten die Versorgung mit Wohnraum ein zentrales Problem. Zu den Herausforderungen zählt auch eine gesicherte Daseinsvorsorge.

Auf diese und andere Herausforderungen müssen ländliche Räume spezifische Antworten finden. Die Landentwicklung hat aufbauend auf die 2011 eingeführten neuen Leitlinien in mehreren Strategiepapieren aufgezeigt, wie flexibel und erfolgreich ihre Instrumente bei der Lösung der verschiedensten Herausforderungen in ländlichen Räumen eingesetzt werden können. Es lag daher nahe, den Einsatz und möglichen Ausbau der Instrumente auch zur Unterstützung der Integration näher zu beleuchten. Die Bund-Länder Arbeitsgemeinschaft Landentwicklung (ArgeLandentwicklung) ist dieser Frage mit einem vielbeachteten Positionspapier nachgegangen. Die Agrarministerkonferenz hat am 15. April 2016 daraufhin beschlossen, dass die in diesem Papier unterbreiteten Vorschläge zur Weiterentwicklung der Instrumente innerhalb der Integrierten Ländlichen Entwicklung (ILE) aufgegriffen und durch Pilotprozesse erprobt werden sollen.

Nachfolgend soll aufgezeigt werden, welche Beiträge die Landentwicklung leisten kann und wie diese weiter verstärkt werden können. Wichtig dabei ist, dass die Landentwicklung in ein gesamtstrategisches Vorgehen eingebunden ist, denn sie kann nur an den Rädern drehen, für die sie Kompetenz und Verantwortung hat. So müssen beispielsweise Themen in den Bereichen Bildung, berufliche Qualifikation, ärztliche Versorgung, Sprachförderung etc. vorrangig von anderen Einrichtungen abgedeckt werden.

WAS KANN DIE LANDENTWICKLUNG LEISTEN UND WIE KÖNNEN DIE BEITRÄGE VERSTÄRKT WERDEN?

Initiierung und Begleitung von Veränderungsprozessen

Von zentraler Bedeutung ist, dass der notwendige gesellschaftliche Veränderungsprozess aktiv und transparent gestaltet wird, über mehrere Jahre angelegt ist und professionell begleitet

wird. Gerade die Landentwicklung verfügt über vielfältige Erfahrungen im Change Management („Wandel in den Köpfen“), vor allem beim Umgang mit dem gesellschaftlichen, insbesondere dem demografischen Wandel. Es gilt daher diese Erfahrungen auch für die Fragen der Integration zu nutzen und ein ergänzendes Instrument der Landentwicklung zu konzipieren, um lokale Veränderungsprozesse zur Integration von Migranten professionell initiieren und begleiten zu können. Es sollte sich an die lokale Ebene richten, da gerade die kommunale Familie am deutlichsten mit Integrationsaufgaben konfrontiert ist.

Abbildung 1: Betreuer im Gespräch mit einem Migranten



Quelle: SDL Thierhaupten

Zusätzlich können Betreuer vor Ort („Kümmerer“) die Integration unterstützen, sofern sie gezielt ausgebildet wurden (Abb. 1). Das Instrument kann als integraler Teil von LEADER (Übers. aus dem Französischen: Verbindung zwischen Aktionen zur Entwicklung der ländlichen Wirtschaft. die Red.) und ILE, sollte aber auch eigenständig eingesetzt werden können.

Der gesellschaftliche VERÄNDERUNGSPROZESS muss transparent und professionell begleitet sein.

Integrierte Entwicklungskonzepte und kommunale Entwicklungskonzepte

Die Integrierten Ländlichen Entwicklungskonzepte (ILEK) dienen als strategisch-planerische Grundlage zur Entwicklung ländlicher Regionen. Insbesondere die Bewältigung des demografischen Wandels war und ist Anlass, ein dichtes Netz integrierter Konzepte zu erarbeiten. Diese Konzeptionen sind inhaltlich hinsichtlich der Möglichkeiten für eine nachhaltige Integration zu erweitern. Die Fortschreibung sollte prozesshaft unter enger Einbeziehung der Gemeinden und aktiver Beteiligung der Bürger / Akteure erfolgen. Ähnliches gilt für die kommunalen Entwicklungskonzepte, die auf der kommunalen Ebene eine analoge Zielrichtung wie die ILEKs auf übergemeindlicher Ebene haben.

Regionalmanagement (Umsetzungsbegleitung)

Das ILE-Regionalmanagement kann in besonderem Maße die Integration befördern. Voraussetzung ist eine Stärkung der Prozessorientierung und das Wirken bis zur entscheidenden lokalen Ebene. Die Erfahrungen des Managements bei der Aktivierung der Bürger, in der Moderation und beim Aufbau von Netzwerken können sofort nutzbringend eingesetzt werden. So kann z. B. zusammen mit den Gemeinden ein Netzwerk aus Funktionsträgern und Ehrenamtlichen aufgebaut werden, in das alle relevanten fachlichen Themen und Fragen zur Integration eingebunden sind. Darüber hinaus gilt es, das bürgerschaftliche Engagement, das Vereins- und Gemeindeleben, den sozialen Zusammenhalt sowie die Dorfkultur für eine erfolgreiche Integration der neuen Mitbürger zu nutzen. Dazu müssen im Netzwerk auch neue Akteure eine stärkere Bedeutung erhalten (z. B. Kirchengemeinden, kulturelle Träger, Flüchtlings-Helferkreise). Insgesamt sollte das Regionalmanagement weiterentwickelt und mit zusätzlichen finanziellen Ressourcen ausgestattet werden.

Bauliche und soziale Entwicklung von Dörfern und ländlichen Gemeinden

Die Dorferneuerung hat in den letzten Jahren die Innenentwicklung ländlicher Gemeinden in den Mittelpunkt gerückt. Das betrifft insbesondere den Umgang mit leer stehenden Gebäuden, Baulücken und Dorfbrachflächen.

Für die Bewältigung dieser Herausforderungen hat sich u. a. die Umnutzung bestehender Bausubstanz bewährt (Abb. 2). Die Integration von Migranten in ländliche Gemeinden stellt eine Chance für zusätzliche Nachnutzungen leerstehender Bausubstanz dar.

Abbildung 2: Ein altes Haus wird saniert



Quelle: Bayer. Verwaltung für Ländliche Entwicklung

Zwar soll hierbei eine hohe räumliche Konzentration von Migranten vermieden werden, jedoch verlangt die Berücksichtigung der sozialen und kulturellen Wurzeln, dass eine Mindestanzahl an Migranten aus dem gleichen Kulturkreis in erreichbarer Nähe leben kann. Dies wiederum bedeutet, dass nicht nur die Umnutzung von leer stehender Bausubstanz für Wohnzwecke für Migranten in die Konzeptionen der Gemeinden einzubeziehen ist, sondern auch Umnutzungen, die zum Beispiel der Kommunikation und Begegnung von Migranten untereinander oder der Versorgung mit spezifischen Lebensmitteln dienen.

Migranten aus dem gleichen KULTURKREIS sollten in erreichbarer Nähe leben.

Die bauliche Seite der Dorferneuerung bedarf einer Ergänzung um soziale Aspekte, da sich soziale und räumliche Prozesse gegenseitig bedingen (soziale Dorfentwicklung). Insgesamt geht es dabei um das Miteinander und den gegenseitig bereichernden Umgang zwischen den Bürgern verschiedener Altersgruppen, zwischen Menschen mit und ohne Behinderungen, zwischen Altansässigen und Zugezogenen, d. h. auch Migranten aus anderen Kulturkreisen. Mit Hilfe der Sozialen Dorfentwicklung kann das Image ländlicher Gemeinden im Hinblick auf attraktive Wohn- und Arbeitsorte gestärkt werden. Dies ist insbesondere auch für junge Familien mit Migrationshintergrund von Bedeutung, die für eine Lebensperspektive in den ländlichen Räumen neue Anreize benötigen.

Was kann LEADER bewirken?

LEADER kann die Integration von Migranten in ländlichen Räumen wirksam unterstützen, da sowohl Fördermittel für Projekte zur Verfügung gestellt als auch das Thema auf der regionalen Ebene kommuniziert werden kann. LEADER legt zudem eine hohe Bedeutung auf die ländliche Wirtschaft und bietet hier ggf. die Chance, die dringend notwendige Integration von Migranten in den Arbeitsmarkt zu unterstützen. Insgesamt sollte daher im Hinblick auf die Integration von Migranten eine Anpassung der Lokalen Entwicklungsstrategien bei der nächsten Fortschreibung in der laufenden Förderperiode erfolgen und auch eine Erweiterung des regionalen Netzwerks der Akteure angestrebt werden.

Akademien und Foren für ländliche Räume

Zur professionellen Gestaltung der Integration bedarf es der laufenden Information, Bildung und Qualifikation aller beteiligten Akteure durch Akademien und Foren für ländliche Räume. Das Angebot muss durch neue Informations-, Qualifizierungs- und Beratungsangebote erweitert und finanziell unterstützt werden, wie dies beispielweise an den Schulen für Dorf- und Landentwicklung bzw. Flurentwicklung in Bayern bereits geschieht. Es ist zudem erforderlich, dort „Kümmerer“ gezielt für Integrationsfragestellungen auszubilden.

Schaffung von Arbeitsplätzen

Gerade in ländlichen Räumen tragen mittelständische Unternehmen und vielfältige Dienstleistungsbereiche ganz wesentlich zur Sicherung der Wirtschaftskraft und Lebensqualität bei. Durch die Instrumente der Landentwicklung können Netzwerke zwischen den Unternehmen, Dienstleistern und grünen Berufen aufgebaut werden. Zum Ausbau der Unterstützungsmöglichkeiten sollte die Förderung der Gründung und Weiterentwicklung von Klein- und Kleinstunternehmen über eine Bund-Länder-Förderung (GAK) ermöglicht werden. Auch verstärkte Verknüpfungen zwischen Schulen und Wirtschaft sollten unterstützt und Partnerschaften gegründet werden.

Die Schaffung von Arbeitsplätzen in LÄNDLICHEN RÄUMEN hat hohe Priorität.

Anpassungen in der Daseinsvorsorge

Die Gewährleistung einer Grundversorgung mit Dienstleistungen der Daseinsvorsorge ist eine wesentliche Voraussetzung dafür, dass Migranten in ländlichen Räumen sesshaft werden. Hierfür sind Anpassungen in der Daseinsvorsorge u. a. bei dorfgemäßen Gemeinschaftseinrichtungen erforderlich (Abb. 3). So können beispielsweise auch spezifische Integrationsangebote angeboten werden.

Abbildung 3:
Neues dörfliches Nahversorgungszentrum



Quelle: Bayer. Verwaltung für Ländliche Entwicklung

Investitionen in Gemeinschaftseinrichtungen sollten künftig auch für natürliche Personen und Personengesellschaften sowie juristische Personen des privaten Rechts förderfähig sein. Oftmals ist es gerade dieser Personenkreis, der eine erhebliche Bedeutung für die dörfliche Entwicklung hat.

Gestaltung von Mobilitätsnetzen

Mobilität ist eine Voraussetzung für soziale Teilhabe der ländlichen Bevölkerung. Da jedoch der ÖPNV in vielen ländlichen Regionen stark ausgedünnt ist und Migranten in der Regel auf öffentliche Mobilitätsangebote angewiesen sind, wird die Integration in ländlichen Räumen extrem erschwert. Notwendig ist die Gestaltung von Mobilitätsnetzen, mit denen der Aufbau von Plattformen und Netzwerken der Mobilität erfolgen soll und moderne Bedienformen eingerichtet und gesteuert werden. Die Förderung dieser Gestaltung sollte über eine Bund-Länder-Förderung ermöglicht werden. So könnten auch neuartige Verknüpfungen von privatem und öffentlichem Verkehr erprobt und eingeführt werden, wie z. B. von (Elektro-)Fahrrädern mit ÖPNV und Smartphone-gestützte Mitfahrgelegenheiten. Diese Formen sind von besonderem Interesse für Migranten. Auch dies zeigt, wie unabdingbar der Breitbandausbau in den ländlichen Räumen ist.

INTERKOMMUNALE ZUSAMMENARBEIT IN BAYERN ALS PLATTFORM

Aufgrund erster Erfahrungen zeigt sich, dass in Bayern insbesondere die 90 Integrierten Ländlichen Entwicklungen (ILE) mit über 700 kooperierenden Gemeinden geeignete Plattformen zur Unterstützung der Integration bieten können. Denn zahlreiche Handlungsfelder der gemeindeübergreifenden Entwicklungsinitiativen können eng mit Fragen der Integration verknüpft werden (Abb. 4).

Beispielhaft kann dies anhand der ILE Hofheimer Allianz aufgezeigt werden, die als Pilotprojekt vom StMELF unterstützt wird. Die Hofheimer Allianz ist der Zusammenschluss von sieben Gemeinden (ca. 15.000 Einwohner) zur gemeindeübergreifenden Verbesserung der Lebenssituation im nördlichen Landkreis Haß-

Abbildung 4:
Synergien zwischen Handlungsfeldern der ILE und der Integration im Hofheimer Land



Quelle: Hofheimer Allianz

berge (Details siehe Beitrag von Bgm. Möhring in diesem Heft). Die Unterstützung der Initiative hat bereits zu bemerkenswerten Resultaten geführt. So konnten mit Hilfe fachlicher Beratung sowie kommunaler und staatlicher Förderung (abgestimmt zwischen Dorferneuerung und Städtebauförderung) 209 leerstehende Gebäude revitalisiert und 32 gemeindliche Ortskernprojekte initiiert werden. Diese und andere Maßnahmen führten in diesem peripheren Raum zu einem vermehrten Zuzug (auch von jüngeren Personen), welcher den Wegzug seit einigen Jahren signifikant kompensiert. Um diesen Trend zu stabilisieren, setzt die Hofheimer Allianz auf die dauerhafte Ansiedlung von anerkannten Flüchtlingen und kann dabei auf das vom Landkreis bereits zur Erstaufnahme der Flüchtlinge konsequent verfolgte Grundprinzip einer dezentralen Verteilung der Flüchtlinge auf 22 (von 26) Gemeinden im Landkreis aufbauen.

Zuwanderer müssen in die GEMEINSCHAFT einbezogen und selbst auch aktiv werden.

Die Gemeinden der Hofheimer Allianz und ihre Bürger sehen die Integration als Chance. Erste Erfolge sind bereits erkennbar. So haben im Rahmen einer aktuellen Untersuchung der Universität Würzburg mehr als die Hälfte der Asylbewerber erklärt, dass sie sich nach der Anerkennung ein Leben als Neubürger im Hofheimer Raum vorstellen könnten. Rund ein Viertel erklärte sogar, dass sie dauerhaft in der Region bleiben wollen. Für das erfolgreiche Handeln waren folgende Voraussetzungen von Bedeutung:

- Strategie der dezentralen Unterbringung von Anfang an,
- großes ehrenamtliches Engagement,
- über die Integrierte Ländliche Entwicklung aufgebaute Netzwerke sowie
- Schwerpunktsetzung auf Familien mit Kindern.

Das Beispiel Hofheimer Allianz zeigt aber auch, dass Integration nicht nur auf staatliches Management setzen darf. Zuwanderer müssen auch einbezogen und selbst aktiv werden. Ansatzpunkte dafür sind in den ländlichen Räumen vielfältig: sie reichen von einer Unterstützung bei der Sanierung von Wohn- und Gewerberäumen, Organisation der eigenen Mobilität, Mithilfe in Bauhöfen und bei der Pflege des Dorfbildes, Nahversorgung, Arbeit in der Land- und Forstwirtschaft, Gesundheits- und Pflegeleistungen bis zur Mitarbeit in der Freiwilligen Feuerwehr, im Sport- oder anderen Vereinen.

FAZIT

Die nachhaltige Integration von Migranten ist aktuell und in den nächsten Jahren zweifellos eine der wichtigsten gesellschaftspolitischen Aufgaben. Für die Integration bieten die ländlichen Räume gute Voraussetzungen und vielfältige Potenziale. Die Zuwanderung ist vor dem Hintergrund abnehmender Bevölkerung und alternder Gesellschaft auch als Chance zu sehen. Eine nachhaltige Integration von Migranten gelingt allerdings nur dann, wenn der erforderliche gesellschaftliche Veränderungsprozess vor Ort aktiv gestaltet wird. Die Landentwicklung kann hierfür wichtige Beiträge leisten. Dabei geht es neben der Begleitung der Veränderungsprozesse um Umnutzung leerstehender Bau-

substanz und Soziale Dorfentwicklung, sowie die Sicherstellung von Daseinsvorsorge und Mobilität. Insgesamt bedarf es im Bereich der Landentwicklung einer Weiterentwicklung des Bund-Länder-Förderspektrums, um den Herausforderungen der Integration von Migranten in ländlichen Räumen umfassend Rechnung zu tragen.

Damit die Landentwicklung erfolgreich wirken kann, sollten neben der Einbindung in ein gesamtstrategisches Vorgehen folgende weitere Voraussetzungen gegeben sein:

- Strategie der dezentralen Unterbringung,
- möglichst große Passfähigkeit von Zuwanderern und Aufnahme-region,
- Schwerpunktsetzung auf Familien und Wahrung von Mindestgruppengrößen gleicher gemeinsamer sozialer und kultureller Wurzeln,
- Öffnung aller Maßnahmen auch für andere sozial schwache Gruppen und
- Bereitstellung zusätzlicher Mittel auch für die ländlichen Räume.

Zusammenfassend sollte es Ziel sein, die Landentwicklung auch in der aktuellen Frage der Integration von Flüchtlingen mit Bleibeperspektive zu einem starken Partner für ländliche Kommunen zu machen.

WOLFGANG EWALD

Ministerialrat, Leiter des Referats Integrierte Ländliche Entwicklung am Bayerischen Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten. In mehreren Bund-Länder-Gremien aktuell mit den Fragen der Unterstützung der Integration von anerkannten Flüchtlingen in ländlichen Räumen befasst.

BEITRÄGE DER STÄDTEBAUFÖRDERUNG

ARMIN KELLER || Die Bayerische Städtebauförderung verfolgt mit der Initiative „Leerstand nutzen – Lebensraum schaffen“ vor allem das Ziel, die Gemeinden in den strukturschwachen Räumen dabei zu unterstützen, leerstehende Gebäude in den Ortskernen für eine dauerhafte Versorgung mit Wohnraum herzurichten, insbesondere für die Unterbringung anerkannter Flüchtlinge.

AUSGANGSLAGE

„München – die unbezahlbare Weltstadt“, so der Münchner Merkur in seiner Ausgabe vom 21.6.2016 und dagegen „Günstige Immobilien in Hof und Kronach“, so die Frankenspost in ihrer Ausgabe am gleichen Tag: Beide Meldungen bringen es auf den Punkt. In den Ballungsräumen ist die Nachfrage nach Wohnungen deutlich größer als das Angebot, während für manche strukturschwache ländliche Regionen genau das Umgekehrte gilt. Eine, wenn nicht die Hauptursache für derartige Unterschiede, ist die gegenläufige Entwicklung der Bodenpreise in Regionen mit einerseits einem Mangel, andererseits einem Überangebot an Bauland und Immobilien. Vor diesem Hintergrund ist auch der aktuelle Strom an Flüchtlingen nach Bayern und seine teils erheblichen Auswirkungen auf die Städte und Gemeinden zu bewerten. Denn neben der notwendigen Bereitstellung sozialer Infrastruktureinrichtungen zur Integration der ansässigen Bevölkerung und der Zuwanderer gilt dies vor allem für die Versorgung mit entsprechendem Wohnraum.

„Grundsätzlich ließe sich daher die zusätzliche Wohnungsmarktnachfrage leicht in den bereits vorhandenen, leerstehenden Wohnungen unterbringen, selbst wenn berücksichtigt wird, dass nicht alle leerstehenden Wohnungen

sofort bezugsfähig sind.“¹ Hier setzt auch die Initiative „Leerstand nutzen – Wohnraum für anerkannte Flüchtlinge in der Städtebauförderung“ an.

GEBÄUDELEERSTÄNDE

Die Erhaltung der Innenstädte und Ortskerne als Wohn-, Wirtschafts- und Lebensstandorte zählt traditionell zu den Schwerpunkten der städtebaulichen Erneuerung und damit auch der Städtebauförderung in Bayern. Mit rund 75 % kommt der weitaus größte Teil der Finanzhilfen den Städten und Gemeinden im ländlichen Raum zugute. In den letzten Jahren sind zunehmend die baulichen Strukturen in den Gemeinden im ländlichen Raum vom demografischen und wirtschaftsstrukturellen Wandel und deren Folgen betroffen.

Besonders in den LÄNDLICHEN GEBIETEN gibt es leerstehende Gebäude, die nach einer Sanierung genutzt werden könnten.

Gebäudeleerstände, Brachflächen und Infrastrukturdefizite sind mancherorts deutliche Anzeichen dieser Entwicklungen. Wegen fehlender bzw. ausbleibender privater Investitionen

in den Gebäudebestand hat sich vor allem in Regionen mit geschwächter Nachfrage die Beseitigung der Leerstände als besonders schwierig erwiesen. Die Ursachen für ein ausbleibendes Engagement sind dabei vielschichtig. Als problematisch stellen sich unter anderem mangelnde finanzielle Perspektiven und Möglichkeiten der Gemeinden und der privaten Eigentümer dar. So war es vorrangiges Ziel des Modellvorhabens der Städtebauförderung „Ort schafft Mitte“ (Abb. 1), den Gemeinden Handlungsspielräume zur Beseitigung von Gebäudeleerständen, Brachflächen und Infrastrukturdefiziten zu eröffnen.

Abbildung 1: Modellvorhaben Ort schafft Mitte



Quelle: Oberste Baubehörde im Bayerischen Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr (Hrsg.): „Ort schafft Mitte“ – Abschlussbericht, Themenheft Nr. 20 der Reihe „Städtebauförderung in Bayern“, München 2013.

DEMOGRAFISCHER WANDEL: WENIGER – ÄLTER – BUNTER

In vielen ländlichen Regionen, deren Betroffenheit vom demografischen Wandel eher mit den Schlagwörtern „älter“ und „weniger“ beschrieben wird, rückt nunmehr das Schlagwort „bunter“ stärker in das Bewusstsein einer breiten Öffentlichkeit. Denn es ist zunehmend zu erkennen, dass in der Revitalisierung der Bausubstanz ein aktuelles Potenzial für die Unterbringung und Integration von Migranten bzw. anerkannten Flüchtlingen liegt. Dieses Potential dürfte in aller Regel in den Ballungsräumen nur schwer auszumachen sein. Gerade im ländlichen Raum gibt es leerstehende Gebäude, die nach einer Sanierung genutzt werden können. Im Rahmen der Städtebauförderung werden Gemeinden dabei unterstützt, Leerstände für die dauerhafte Versorgung mit Wohnraum herzurichten. Mit einem Fördersatz von bis zu 90 % der förderfähigen Kosten wird ihnen dafür ein

außerordentlich hoher Anreiz angeboten. Meist sind es kleinere Gebäude im Eigentum der Gemeinden, die mit Mitteln der Städtebauförderung für den dringend erforderlichen Wohnraum, insbesondere für anerkannte Flüchtlinge, saniert werden.

Auch bei Bestandswohnungen der ehemaligen Militärareale sollte untersucht werden, ob der Baubestand sinnvoll weitergenutzt werden kann und städtebaulich verträgliche Lösungen für die langfristige Versorgung mit Wohnraum umsetzbar sind. Durch die Beschränkung auf wenige Wohnungen in einer Gemeinde und die flächige Verteilung der Projekte auf ganz Bayern werden städtebaulich problematische Großprojekte an nur einzelnen Standorten vermieden. Zugleich ist es eine Chance für die Entwicklung der Städte und Gemeinden, insbesondere in strukturschwachen ländlichen Regionen.

Im Idealfall profitieren alle Seiten von den mit Mitteln der Städtebauförderung sanierten Gebäuden: die Gemeinde, die mit der Miete, selbst wenn sie niedrig ist, immer noch mehr einnimmt als beim Leerstand, die Flüchtlingsfamilie, die nach dem Bleiberecht nun ein neues Zuhause erhält, und die Handwerksfirma oder das Gastgewerbe im Ort, die eventuell Arbeitskräfte einstellen oder zu Fachkräften ausbilden können.

INSTRUMENTE DER STÄDTEBAUFÖRDERUNG

Städtebauförderungsmittel werden in aller Regel dann zur Verfügung gestellt, wenn dadurch ein städtebauliches Erneuerungsgebiet wesentlich verbessert oder umgestaltet wird. Ein derartiges Gebiet legt stets die Gemeinde auf der Grundlage entsprechender städtebaulicher Konzepte fest. Im Bayerischen Städtebauförderungsprogramm können auch unabhängig von einer Gebietsdarstellung städtebauliche Einzelmaßnahmen gefördert werden, wenn etwa mit der Modernisierung eines ortsbildprägenden Gebäudes die wesentlichen gemeindlichen Ziele der städtebaulichen Erneuerung erreicht werden.

Die Modernisierung und Instandsetzung oder der Aus- und Umbau innerörtlicher Gebäude zählen zu den klassischen Handlungsfeldern der Städtebauförderung (Abb. 2).

Abbildung 2: Modernisierung – Beispiel für eine Berechnung der Förderung

1. Gebäudekosten			
1.1	Gebäuderestwert	80.000 Euro	
1.2	Sanierungskosten	240.000 Euro	Sanierungskosten 240.000 Euro
2. Finanzierungskosten			
2.1	Eigenmittel (z.B. Anrechnung Gebäudebestand)		
	80.000 Euro mit fiktiver Verzinsung 1,5 % p. a. =	1.200 Euro	
2.2	Fremdmittel (z.B. Bankdarlehen)		
	240.000 Euro mit Verzinsung 1,5 % p. a. =	3.600 Euro	Finanzierungskosten 4.800 Euro
3. Bewirtschaftungskosten			
3.1	Normalabschreibung zw. 50 und 80 Jahre		
	Annahme 50 Jahre (2 % aus 320.000 Euro):	6.400 Euro	
3.2	Verwaltungskosten, Instandhaltungskosten:	2.800 Euro	Bewirtschaftungskosten 9.200 Euro
4. Mieteinnahmen (ortsübliche Vergleichsmiete)			
	200 Quadratmeter x 4,50 Euro x 12 Monate	=	Mieteinnahmen 10.800 Euro
5. Förderung			
	Ausgaben (4.800 + 9.200) - Einnahmen (10.800) =	3.200 Euro	
	Kostenerstattungsbetrag:		
	3.200 Euro (Minderertrag) : 1,5 % (Zinssatz) x 100 (Jahre) =		förderfähiger Betrag 213.000 Euro
	213.000 Euro x 0,90 (Fördersatz 90 %) =		Zuschuss 192.000 Euro

Quelle: Richtlinien zur Förderung städtebaulicher Erneuerungsmaßnahmen (Städtebauförderungsrichtlinien – StBauFR), Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums des Innern, für Bau und Verkehr vom 8.12.2006, Az.: IIC5-4607-003/04 (AllMBl. S. 687), zuletzt geändert durch Bekanntmachung vom 9.11.2015 (AllMBl. S. 471).

Erstattet werden dabei die Kosten, die nicht aus Miet- oder Pächterträgen und etwaigen anderen Fördermitteln, z. B. der Wohnraumförderung, gedeckt werden können. Der sich ergebende Kostenerstattungsbetrag entspricht den unrentierlichen Kosten einer Gebäudemodernisierung. Dieser Betrag wird bei Gebäuden, die zur Vermietung bestimmt sind, durch eine Wirtschaftlichkeitsberechnung ermittelt. Wesentliche Kriterien bei der Förderung sind neben den Baukosten und den Mieterträgen auch der Gebäuderestwert (vor der Sanierung) und die Restnutzungsdauer nach Durchführung der Modernisierung (Nominalabschreibung). Bewilligungsstelle für die Finanzhilfen der Städtebauförderung ist wie üblich die jeweilige Regierung. Als unmittelbare Zuwendungsempfängerin hat die Gemeinde die Steuerungsmöglichkeit für die Unterbringung anerkannter Flüchtlinge in entsprechend geeigneten Quartieren, um die Integration der Zuwanderer im Ort zu erleichtern. Sie kann die staatlichen Mittel zusammen mit ihrem Eigenanteil auch an Dritte weiterreichen.

PLANUNGS- UND UMSETZUNGSKRITERIEN

Auch um den verbleibenden Kostenanteil für die Gemeinde niedrig zu halten, sollten nur die wirklich notwendigen und unverzichtbaren Erneuerungsmaßnahmen durchgeführt werden. Denn umfangreiche Umbauten und Sanierungen mit dem Ziel Neubaustandard können dazu führen, dass die Gebäude und Wohnungen – auch im Vergleich mit einem Neubau – unangemessen teuer und zudem erst nach geraumer Zeit bezogen werden können. Auch kann es nicht Ziel sein, mit umfangreichen Eingriffen die bestehende Grundriss- und Raumstruktur vollständig zu verändern. Daher ist z. B. eine Mindestgröße der Räume nicht festgelegt. Die Anforderungen der Bayerischen Bauordnung sind hierbei völlig ausreichend.

Im Allgemeinen sollten Struktur und Raumzuschnitt eines Gebäudes bzw. einer Wohnung möglichst beibehalten werden, auch wenn sie von herkömmlichen Vorstellungen von Wohngrundrissen abweichen. Im Gebäudeinneren dürfte eine Reparatur des Bestands, wie z. B.

von Treppen und Innentüren, in aller Regel günstiger sein als ein vollständiger Ersatz. Dies trifft grundsätzlich auch auf historische Bauteile wie Stuck zu, die zwar gesichert, nicht aber rekonstruiert werden sollten.

Es sollten nur die wirklich notwendigen und unverzichtbaren ERNEUERUNGSMAßNAHMEN durchgeführt werden.

Die Notwendigkeit der Nutzung der Dachräume sollte vor dem Hintergrund der Kosten kritisch hinterfragt werden. Dadurch kann in manchen Fällen auf eine Neueindeckung des Daches verzichtet werden. Bei der Beibehaltung einer bisherigen Nutzung als Dachspeicher kann eine Dämmung der oberen Geschossdecke energetisch ausreichend sein. Nebengebäude können häufig unverändert erhalten und wieder verwendet werden (z. B. Lagerschuppen, Werkstatt, Fahrradstellplätze, Mülltonnen). Innenhöfe und Freiflächen brauchen zunächst nicht, bzw. nicht aufwändig, umgestaltet werden. Möglicherweise könnte eine Freiflächengestaltung auch in Eigenleistung erfolgen, z. B. durch die Flüchtlinge selbst. Da es stets auf den Einzelfall ankommt, ist es aber nicht zweckmäßig, allgemein verbindliche Kriterien zu formulieren.

LEBENSRAUM FÜR FLÜCHTLINGE – CHANCEN FÜRS LAND

Mit der Initiative „Leerstand nutzen – Lebensraum schaffen“ werden zwei Hauptanliegen verfolgt. Einerseits werden leerstehende Gebäude saniert und mit neuen Nutzungen „wiederbelebt“. Die Wiederverwendung des Baubestands schont die natürlichen Ressourcen, sowohl was den Standort Ortskern betrifft als auch die Bausubstanz selbst im Sinne einer nachhaltigen Nutzung grauer Energie. Verfall und Wertverluste auch in der Umgebung können gestoppt und das Erscheinungsbild des Ortes insgesamt aufgewertet werden. Andererseits können anerkannte Flüchtlinge, aber auch weitere Bevölkerungsgruppen ein Zuhause finden.

Abbildung 3: Faltblatt „Leerstand nutzen – Lebensraum schaffen“



Quelle: Oberste Baubehörde im Bayerischen Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr (Hrsg.): „Leerstand nutzen – Lebensraum schaffen“, Info für Gemeinden aus der Reihe „Städtebauförderung in Bayern“, München im Mai 2016.

Wenn lange leerstehende Gebäude revitalisiert werden, kann ein etwaiger Konkurrenzgedanke der angestammten Bevölkerung weitgehend vermieden werden, da bislang für den Be-

stand kein Nutzungsinteresse vorhanden schien. Bei kleineren Einheiten und der Verteilung der Neubürger auf mehrere Standorte kann einer Bildung einseitiger Bewohnerstrukturen vorgebeugt werden. Aufgrund von Zuwanderung besteht zudem die Chance, die bestehende örtliche Infrastruktur zu sichern und die Ausstattung an Gemeinbedarfseinrichtungen sogar zu verbessern. Für den Erfolg ist aber wesentlich, dass Standort und Wohnungsangebot von den angesprochenen Nutzergruppen auch angenommen werden.

|| **ARMIN KELLER, DIPL.-ING. ARCHITEKT**

Oberste Baubehörde im Bayerischen Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr, München

ANMERKUNG

- ¹ Siehe Braun, Reiner / Simons, Harald: Familien aufs Land, empirica paper Nr. 230, Oktober 2015.

ÜBER DEN TELLERRAND GESCHAUT

MULTIKULTI TRIFFT LOKALBEVÖLKERUNG

Was wir von Erfahrungen anderer Länder lernen können

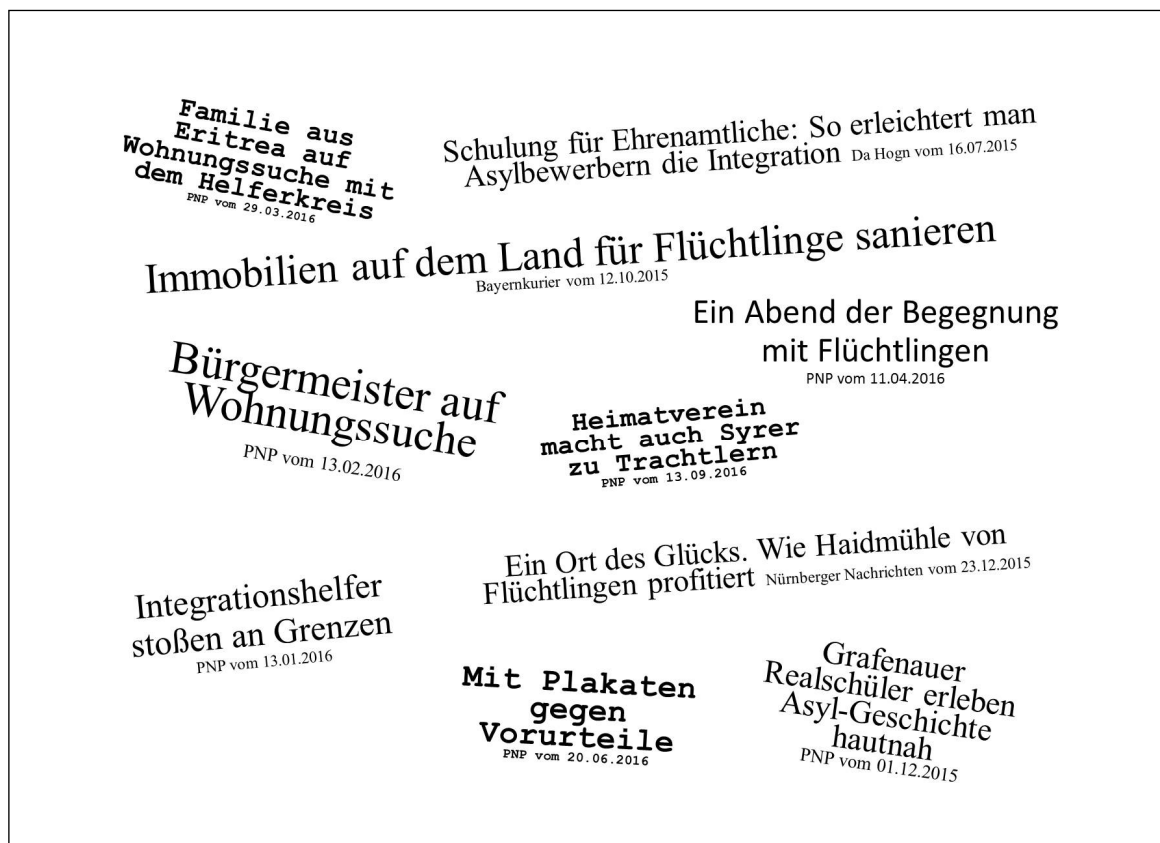
TOBIAS WEIDINGER / STEFAN KORDEL || Geflüchtete in ländlichen Räumen stellen die Gesellschaft und insbesondere die Lokalbevölkerung vor Herausforderungen und bieten zugleich vielfältige Entwicklungschancen. Ergebnisse sozialwissenschaftlicher Studien beschreiben Erfahrungen aus (außer-)europäischen ländlichen Räumen und geben einen ersten Überblick über Vor- und Nachteile dezentraler Unterbringung im Allgemeinen, die Reaktionen von Lokalbevölkerung und Tourismusverbänden sowie Chancen zur Entwicklung der Region, die aus interkulturellen Begegnungen und regionalen Lernprozessen erwachsen und beleuchten schließlich die Erfahrungen, die Geflüchtete selbst in ländlichen Räumen gemacht haben.

EINFÜHRUNG

Bedingt durch (bürger-)kriegsähnliche Zustände im Nahen Osten und auf dem afrikanischen Kontinent erreichte im Jahr 2015 eine Vielzahl an Asylsuchenden Bayern und Deutschland. Aufgrund der dezentralen Verteilungspolitik werden sie zunächst sowohl in hochverdichteten Zentren als auch in ländlichen Räumen untergebracht. Darüber, wo Menschen nach der Zuerkennung des Flüchtlingsstatus wohnen (wollen), ist bisher nur wenig bekannt. Sofern sie nicht von der staatlichen Steuerungsmaßnahme Wohnsitzregelung (auch Wohnsitzzuweisung) betroffen sind (vgl. § 12 a AufenthG sowie für Bayern § 8 DVAsyl), können sie ihren Wohnsitz mit dem Abschluss des Verfahrens frei wählen. Nach Meinung von Experten¹ und erster statistischer Zahlen der Bundesagentur für Arbeit² ziehen viele in die großen Ballungsgebiete um. Als Gründe werden u. a. die Nähe zu Verwandten, Freunden oder ethnischer *Communities* in den Städten sowie die Schwierigkeit, auf dem Land Arbeit zu finden, angeführt. Aus der Perspektive von Landes- und Kommunalpolitikern sprechen jedoch einige Argumente dafür, Geflüchteten³ ländliche Räume als Wohnstandorte „schmackhaft zu machen“: zur Verfügung stehender Wohnraum, also Leerstände,

Arbeitskräftebedarf in Mangelberufen oder un- ausgelastete (Sozial-)Infrastrukturen (Schulen, Kindergärten).

Sowohl in der Lokalpresse (vgl. Abb. S. 104) als auch in zahlreichen wissenschaftlichen Studien aus unterschiedlichen fachlichen Disziplinen der Sozialwissenschaften (Anthropologie, Sozialgeographie, Politikwissenschaften und Soziologie) wurde das Thema „Geflüchtete in ländlichen Räumen“ im europäischen und außereuropäischen Kontext aufgegriffen. Unter Berücksichtigung internationaler Forschungsliteratur der vergangenen zehn Jahre (2005-2016) werden in diesem Beitrag verschiedene Aspekte, beginnend bei der staatlich gelenkten Unterbringung von Asylsuchenden über die Wohnstandortwahl nach der Anerkennung bis hin zur Integration vor Ort, diskutiert. Ziel ist es, ein differenziertes Bild der Auswirkungen auf das gesellschaftliche Zusammenleben und die Potenziale für die Entwicklung ländlicher Räume zu zeichnen. Zunächst werden Chancen und Herausforderungen dezentraler Unterbringung aufgezeigt, bevor die Perspektive der Lokalbevölkerung und von Vertretern der Tourismusverbände diskutiert werden. Ein weiteres Kapitel beschäftigt sich mit interkulturellen Begegnungen und wie diese regionale Lernprozesse initiieren können.



Quelle: eigene Abbildung

Die Sichtweisen der Geflüchteten und insbesondere die Erfahrungen, die Geflüchtete in ländlichen Räumen gemacht haben, werden in einem weiteren Kapitel dargestellt. Schließlich werden zentrale Aspekte des Beitrags zusammengefasst und herausgearbeitet, was Bayern und Deutschland in Bezug auf den Umgang mit Geflüchteten in ländlichen Räumen von Erfahrungen anderer Länder lernen können.

ERFAHRUNGEN MIT GEFLÜCHTETEN IN LÄNDLICHEN RÄUMEN

Das Für und Wider dezentraler Unterbringung – Chancen und Hemmnisse

Am Beispiel Australiens beschäftigte sich die Sozialgeographin Susanne Schech mit Argumenten für eine dezentrale Verteilung von Flüchtlingen und zeigte am Beispiel einer 40.000-Einwohner-Stadt die Chancen und Hemmnisse der Integration von Flüchtlingen auf dem Land auf.⁴

Als Gründe, die die australische Politik für eine dezentrale Verteilung anführt,⁵ konnte Schech sowohl Lastenargumente, wie die Verteilung der Kosten auf alle Regionen bzw. Kommunen, die Reduzierung eines Arbeitsplatzdruckes und die Entlastung der städtischen Wohnungsmärkte sowie die Vermeidung sozialer Probleme und inter-ethnischer Spannungen in migrantisch geprägten Stadtvierteln als auch Argumente der regionalen Entwicklung identifizieren. Letztere beziehen sich auf die Möglichkeit, dass Flüchtlinge den Bevölkerungsrückgang, Arbeitskräftemangel und den Rückbau von Infrastrukturen (z. B. Schulen) abmildern bzw. mancherorts sogar eine Revitalisierung einleiten und damit einen Beitrag zu ökonomischer und sozialer Nachhaltigkeit leisten können.

Im Rahmen von ersten Pilotprojekten wurden im Jahr 2005 gezielt Familien, die bereits in ihren Herkunftsländern in ländlichen Räumen lebten oder deren Fähigkeiten bzw. beruflicher Hintergrund zu den Arbeitsangeboten in länd-

lichen Räumen passten, ausgewählt und in Kleinstädten in ländlichen Räumen angesiedelt. Die Pilotprojekte wurden als sehr erfolgreich bewertet, offenbarten jedoch auch Hemmnisse ländlicher Räume bei der Integration, wie das Fehlen spezifischer Dienstleistungen (qualifizierte Übersetzer, Ärzte, die sich mit medizinischer Betreuung von Flüchtlingen auskennen oder entsprechende Angebote an Schulen wie z. B. Sprachunterricht „Englisch als Fremdsprache“). Darüber hinaus wurden eine zu geringe Anzahl an bezahlbaren Mietwohnungen, ein schlecht ausgebauter öffentlicher Nahverkehr und Schwierigkeiten beim Arbeitsmarktzugang als Hindernisse identifiziert.

Kleinstädte mit einer schlechten Infrastruktur erschweren die INTEGRATION von Geflüchteten.

In den 20 von Schech durchgeführten Tiefeninterviews mit Flüchtlingen und Vertretern der Behörden und Sozialverbände zeigte sich in Bezug auf den Arbeitsmarkt, dass Flüchtlinge in den Kleinstädten häufig entweder keine Arbeit fanden oder beispielsweise aufgrund fehlender Anerkennung von Abschlüssen unterbezahlte und unterqualifizierte Jobs annehmen mussten. Insbesondere in Ämtern und karitativen Einrichtungen boten sich jedoch Beschäftigungsmöglichkeiten, z. B. als Übersetzer für neuankommende Flüchtlinge. Neben der Arbeit der lokalen Helferkreise waren für die Integration in der Provinzstadt insbesondere unterstützende Strukturen durch *ethnische Communities* wichtig, da sie Nachteile des ländlichen Raums, wie die bereits angesprochenen fehlenden spezialisierten Dienstleistungen, auffangen konnten. Die Etablierung dieser ethnischen Gemeinschaften bzw. deren Angebote wurde von den Behörden und Sozialverbänden deshalb zum Teil mit Fördermitteln unterstützt. Schließlich konnte Schech feststellen, dass eine kritische Masse von Flüchtlingen derselben oder ähnlichen ethnischen Gruppe dazu beitrug, dass Flüchtlinge sich aktiv dazu entschieden, vor Ort wohnen zu bleiben und darüber hinaus auch weitere Flüchtlinge aus anderen Teilen des Landes in die Kleinstadt angezogen wurden.

Dezentrale Unterbringung aus Sicht lokaler Akteure: Reaktionen von Lokalbevölkerung und Tourismusverbänden

Die Reaktionen der Lokalbevölkerung und insbesondere den Widerstand der ländlichen Bevölkerung gegen geplante Aufnahmezentren von Asylbewerbern diskutierte der Soziologe Phil Hubbard anhand zweier regionaler Fallbeispiele in East Midlands und South East England.⁶ Um den Großraum London und den Südosten Englands zu entlasten, sollten im Rahmen einer nationalen Verteilungsstrategie neue Standorte für Asylaufnahmezentren gefunden werden. Diese Diskussionen wurden jedoch von der Politik hinter verschlossenen Türen geführt. Das Durchsickern der geplanten Standorte an die Presse führte in den betroffenen Kommunen in der Folge zu einer großen Protestwelle, bei der u. a. Bürgergruppen gegründet wurden, die die Interessen der Anwohner vertreten sollten.⁷ Als vermeintliche Gründe gegen eine dezentrale Unterbringung von Asylbewerbern führten Bürger die im Vergleich zu den Ballungszentren fehlenden entsprechenden Einrichtungen und Integrationsmöglichkeiten an und beriefen sich dabei auch auf Unterbringungsrichtlinien des Internationalen Roten Kreuzes oder Aussagen des regionalen Flüchtlingsrates. Lokale Behörden griffen die angeführten Gründe der Bürger zum Teil unreflektiert auf und ergänzten diese um planerische Aspekte, wie die Unvereinbarkeit des Asylaufnahmezentrums mit dem Flächennutzungsplan oder dem regionalen Entwicklungsplan sowie Aspekte des Umweltschutzes (starke Zunahme des Verkehrsaufkommens).

Teile der einheimischen Bevölkerung haben ÄNGSTE vor fremden Kulturen und Gebräuchen.

Hubbard stellte jedoch fest, dass die von der Lokalbevölkerung genannten Gründe meist nur vorgeschoben wurden, um eigene Ängste zu überdecken. Mithilfe der Analyse von Beschwerdebriefen an die Bezirksregierungen konnte er drei Haupt-Diskurslinien identifizieren:

1. Asylbewerber seien unproduktiv bzw. würden keinen Beitrag zur lokalen Wirtschaft leisten und stattdessen zu Konkurrenz um Arbeitskräfte im Niedriglohnsektor führen; 2. Asylbewerber seien selbst schuld an ihrer Situation, wobei nicht zwischen „Kriegsflüchtlingen“ und „Wirtschaftsflüchtlingen“ unterschieden wird; 3. Asylbewerber seien kriminell, Langeweile und ein monotoner Alltag in den Unterkünften führt zu Kriminalität. Insbesondere letztere Diskurslinie identifiziert Asylbewerber als eine Gruppe, die die Vorzüge des Lebens auf dem Land (Ruhe, Idylle, Sicherheit) in Frage stellt und zu einem negativen Image des Ortes führen würde.

Hubbard interpretierte diese Ergebnisse vor dem Hintergrund der großen symbolischen Rolle des ländlichen Raums (*countryside*) für die Identitätskonstruktion der Briten folgendermaßen: Die geplante Unterbringung von Asylbewerbern führte seitens der Lokalbevölkerung zu dem Versuch „sich“ von „dem unbekanntem Anderen“ abzugrenzen. Die Angst vor dem Anderen wurde dabei auf Individuen und Gruppen projiziert, die aufgrund ihrer Kultur, ihrer Gebräuche und ihres *way of life* von der ländlichen Mehrheitsgesellschaft bzw. deren Normen abweichen. Die Ablehnung der Asylsuchenden kann daher als (oft ungewollt rassistischer) Prozess verstanden werden, sich seiner eigenen Identität zu versichern.

Am Beispiel des Bundeslands Tirol untersuchte der Politikwissenschaftler Raimund Pehm die Unterbringung von Asylbewerbern aus Sicht der lokalen Tourismusverbände.⁸ In der wirtschaftlich stärksten Tourismusregion Österreichs werden Asylbewerber in der Regel dezentral, d. h. in kleinen Sammelunterkünften insbesondere in kleinen Gemeinden, untergebracht. Dabei werden häufig schlecht ausgelastete Gasthöfe oder Pensionen in Unterkünfte für Asylbewerber umgewandelt.

Mithilfe einer quantitativen Befragung stellte Pehm fest, dass die Unterbringung in touristischer Infrastruktur und in kleinen Gemeinden von den Verbänden durchaus kritisch gesehen wird, da diese nicht mit der gleichzeitigen Beherbergung von Touristen zu vereinbaren sei. Die Verbände fürchteten negative Auswirkungen auf die Branche in Form von verunsicherten oder

ausbleibenden Urlaubsgästen, wobei sie 1. eine mit der Unterbringung von Asylbewerbern einhergehende Verschlechterung der Sicherheitslage (36 %), 2. die Präsenz der Asylbewerber im öffentlichen Raum und in Freizeiteinrichtungen (28 %) sowie 3. die Zunahme von Lärm und Schmutz (17 %) als wichtigste Gründe anführten.

Pehm greift die drei am häufigsten genannten Gründe auf und versucht diese zu erklären. In Bezug auf die in 1. formulierte Verschlechterung der Sicherheitslage widerlegen mehrere Tiroler Bürgermeister die Behauptung und unterstreichen, dass es zu keinem auffälligen Anstieg von Straftaten gekommen sei. Die Präsenz von Asylbewerbern im öffentlichen Raum und in Freizeiteinrichtungen (siehe 2.) führt der Autor zum einen auf die erzwungene Arbeitslosigkeit und ein damit verbundenes Übermaß an Freizeit an.⁹ Zum anderen lassen sich auch beengte Wohnverhältnisse und eine fehlende Privatsphäre in den Unterkünften als Gründe anführen, warum Asylbewerber den öffentlichen Raum als „verlängerte Wohnung“¹⁰ nutzen.

Im öffentlichen Raum sichtbar werden Asylbewerber insbesondere dann, wenn sie scheinbar „zweckfrei“ unterwegs sind, während Einheimische ihrer Arbeit nachgehen oder einkaufen und Touristen Ausflüge machen oder Sehenswürdigkeiten besichtigen.

Das Verhalten der Asylbewerber wird oft falsch interpretiert und führt zu MISSVERSTÄNDNISSEN.

Die Zunahme von Lärm und Schmutz (siehe 3.) durch laute Gespräche im öffentlichen Raum oder falsche Abfallentsorgung kann auf fehlender Vertrautheit mit landes- oder ortsüblichen Gebräuchen basieren. Für Pehm ist das Ausmaß von Lärm und Schmutz deshalb auch ein Indikator für die Quantität und Qualität der sozialen Betreuung von Asylbewerbern in ihren Unterkünften.¹¹

Um den genannten Ängsten der Tourismusverbände zu begegnen, schlägt Pehm ein verbandliches Anhörungsrecht vor. Die Einbindung der Touristiker (z. B. Verbandsvertreter, Hoteliers, Gastronomen) in den Prozess der Einrichtung von Unterkünften auf lokaler Ebene könnte auch in Form eines runden Tisches erfolgen, bei dem Erwartungen und Befürchtungen diskutiert und Informationen ausgetauscht werden.

Interkulturelle Begegnungen und regionale Lernprozesse

Vor dem Hintergrund einer sich ausdifferenzierenden ländlichen Gesellschaft in Australien beschäftigt sich der Soziologe David Radford mit interkulturellen Begegnungen zwischen Flüchtlingen und Einheimischen.¹² Die seit den 1990er-Jahren in Australien verfolgte Politik, Flüchtlinge wie auch qualifizierte Fachkräfte gezielt in ländlichen Räumen unterbringen zu wollen, um Abwanderung und Arbeitskräftemangel zu bekämpfen, förderte in der Vergangenheit eine höhere kulturelle Diversität auf dem Land. Im Rahmen einer ethnographischen Feldstudie versuchte Radford die Reaktionen auf die zunehmende Diversität in ländlichen Räumen zu fassen. Er befragte dazu sowohl afghanische Flüchtlinge als auch Einheimische in einer 8.000-Einwohner-Gemeinde im Süden Australiens.

In seiner Untersuchung stellte der Soziologe fest, dass bei Begegnungen zwischen Flüchtlingen und Einheimischen Ängste und Unsicherheiten mitschwingen, die durch gegenseitige Missverständnisse häufig noch verstärkt werden. Um diese Ängste abzubauen und interkulturelles Verständnis zu fördern bzw. gezielt interkulturelle Begegnungen zwischen Flüchtlingen und Einheimischen zu schaffen, braucht es aus Sicht von Radford sogenannte „strukturelle“ und „alltägliche Brückenbauer“ (*structural transversal enabler* und *everyday transversal enabler*):¹³ Als „strukturelle Brückenbauer“ bezeichnet Radford Personen, die ehrenamtlich oder im Rahmen ihrer beruflichen Tätigkeit interkulturelle Dynamiken zwischen Einheimischen und Flüchtlingen aktiv unterstützen bzw. diese positiv beeinflussen. Dazu zählen erstens politische Entscheidungsträger, die als lokale Eliten durch ihre positive Einstellung gegenüber Zuwande-

rung eine offene Grundhaltung in der Kommune auslösen können, zweitens die Leiterin des Kindergartens, die Eltern von Flüchtlingskindern aktiv in die Arbeit des Elternbeirats einbindet, oder drittens Ehrenamtliche (Einheimische und früher angekommene Flüchtlinge), die sich für die Bedürfnisse der Neuankömmlinge einsetzen und bei der Eingewöhnung in der neuen Umgebung helfen. Als „alltägliche Brückenbauer“ fungieren hingegen alle Personen, die interkulturelle Dynamiken in Alltagssituationen in der Gemeinde positiv beeinflussen, indem sie Unterschiede und Differenzen in alltäglichen Begegnungen überbrücken und damit Interaktionsmöglichkeiten ermöglichen.

Ehrenamtliche können als BRÜCKENBAUER zwischen Einheimischen und Geflüchteten fungieren.

Inwiefern Lernprozesse in lokalen Institutionen (Behörden, Ämter, Schulen) durch die Unterbringung und Integration von Asylbewerbern und Kontingentflüchtlingen initiiert werden, untersuchte die Sozialgeographin Susanne Stenbacka am Beispiel von zwei Gemeinden in Nordschweden.¹⁴ In den beiden proaktiven Kommunen,¹⁵ die Geflüchtete dezidiert als Chance sehen, der abnehmenden Bevölkerungszahl und dem Rückbau der Infrastrukturen zu begegnen, führte die Geographin 12 qualitative Experteninterviews mit lokalen Akteuren und konnte dadurch aufzeigen, wie mittels Zuzug von Geflüchteten Arbeitsabläufe in den lokalen Institutionen restrukturiert und verbessert wurden und verstärkt Kooperationen zwischen den lokalen Institutionen stattfanden (gegenseitige Konsultationen, Wissens- und Erfahrungsaustausch). Dabei wurde von den Experten gerade die geringe Größe der Gemeinde als Vorteil für die inter-institutionelle Zusammenarbeit bewertet, da Entscheidungswege und Entfernungen zwischen den Schlüsselakteuren kurz und Netz-

werke eng seien. Durch ein besseres Dienstleistungsangebot profitierten in der Folge nicht nur Geflüchtete, sondern auch weite Teile der einheimischen Bevölkerung. Wenn Gemeinden von internationaler Zuwanderung profitieren wollen, ist es aus Sicht von Stenbacka notwendig, dass Lernprozesse nicht nur in den Institutionen selbst, sondern auch in weiten Teilen der Gesellschaft (Geflüchtete und einheimische Bevölkerung) stattfinden. Hierbei spielen Information und Dialog eine bedeutende Rolle: Geflüchteten sollte das schwedische Sozialsystem nähergebracht werden, die einheimische Bevölkerung hingegen sollte ein besseres Verständnis über globale Migrationsprozesse erlangen.

Die Sicht der Geflüchteten – Erfahrungen in ländlichen Räumen

Am Beispiel eines kongolesischen Haushalts untersuchte die Anthropologin Birgitte Romme Larsen das Phänomen sozialer Ausgrenzung von Geflüchteten im ländlichen Dänemark.¹⁶ Im Rahmen einer 12-monatigen ethnographischen Feldstudie begleitete Larsen dabei unter anderem einen kongolesischen Familienvater, der als Kontingentflüchtling nach Dänemark kam und der im Jahr 1999 beschlossenen Wohnsitzauflage unterlag.¹⁷ Mit der Hilfe einer Dorfbewohnerin wurde er nach einer 10-monatigen Unterbringung im Dorfgasthof Mieter eines kleinen Hauses. Da der Familienvater die routinierten Praktiken des alltäglichen Lebens im ländlichen Dänemark nicht kannte – er also nicht wusste, wie Dinge vor Ort „richtig“ getan werden – machte er aus Sicht der Lokalbevölkerung zahlreiche Fehler, die sich negativ auf den Aufbau seiner sozialen Kontakte auswirkten und soziale Exklusion hervorriefen:

1. Da der Familienvater, dem die kulturelle Bedeutung des Hausgartens bisher nicht bekannt war, den Rasen nicht mähte und die Hecke nicht schnitt, wertete er – aus Sicht der Lokalbevölkerung – die ehrgeizige Gartenpflege der Nachbarn und die damit verbundene harte Arbeit ab. 2. Indem der Kongolese die Vorhänge seines Hauses ganztägig geschlossen hielt, um aus seinem kulturellen Verständnis heraus seine Privatsphäre zu schützen, offenbarte er aus Sicht der Lokalbevölkerung, dass er keinerlei sozialen

Kontakt wünscht. 3. Schließlich wartete der Familienvater tagsüber am Gehweg darauf, dass Dorfbewohner vorbeikommen und sich mit ihm unterhalten würden. Aus Sicht der Lokalbevölkerung erweckte dies den Eindruck, dass er nichts zu tun hätte und folglich nicht hart arbeiten würde. Für Romme Larsen sind es allerdings gerade die Alltagspraktiken, die dazu beitragen, ob Geflüchtete in kleinen ländlichen Dörfern sozial akzeptiert werden. In dem in der Studie beschriebenen Fall kümmerten sich insbesondere die Vermieterin und die anderen Nachbarn um die soziale Inklusion, indem sie ihn darauf hinwies, wie Dinge vor Ort „richtig“ gemacht werden. Mit der Zeit entwickelte der Familienvater vielfältige Bindungen an den Ort, sodass er auch nach Ende der Wohnsitzauflage noch auf dem Land wohnen blieb, obwohl er täglich 90 Minuten in die entfernte Stadt zur Universität pendeln musste.

Geflüchtete müssen die gesellschaftlichen GEPFLOGENHEITEN kennen, um sich „richtig“ integrieren zu können.

Mithilfe von narrativen Interviews mit 37 Asylbewerbern in East Anglia, Großbritannien, diskutieren die Sozialgeographin Susanne Schech und die Anthropologin Sophia Rainbird die Auswirkungen dezentraler Verteilung von Asylbewerbern auf ihren Integrationserfolg.¹⁸ Die befragten Asylbewerber sind sich darüber bewusst, dass Einheimische häufig Ängste vor „den Fremden“ haben und manche Politiker und mediale Diskurse beim Schüren dieser Ängste eine zentrale Rolle spielen. Der kurdische Iraker Ahmad äußerte zudem Erfahrungen mit tätlichen Übergriffen und rassistischen Anfeindungen. Aus Angst vor (erneuten) Übergriffen vermieden Asylbewerber in der Folge, insbesondere nachts, öffentliche Räume oder bestimmte Orte.

Schech und Rainbird stellten außerdem fest, dass Asylbewerber aufgrund ihres Status häufig von offiziellen Integrationsmaßnahmen ausgeschlossen sind. Sie versuchen in der Folge sich selbst mithilfe bestimmter Praktiken in ländliche Gemeinschaften zu integrieren. Dazu zählen beispielsweise das Verwenden besser akzeptierter Kategorien wie Student oder Migrant oder das Benutzen bestimmter lokaler Ausdrücke bzw. Dialekte sowie das Anziehen lokal verbreiteter Kleidung (z. B. Tracht).

WAS WIR VON ERFAHRUNGEN ANDERER LÄNDER LERNEN KÖNNEN

Aus den genannten Fallbeispielen aus europäischen Nachbarländern und Australien lassen sich zusammenfassend folgende Aspekte festhalten, die rückblickend die Unterbringung und Integration von Geflüchteten in ländlichen Räumen verbesserten:

Informieren und aufklären:

- a) Bürger und Gewerbetreibende (z. B. Touristiker) frühzeitig über die Unterbringung von Asylsuchenden in ländlichen Räumen informieren und Möglichkeiten zur Partizipation aufzeigen. Bürger über Fluchtursachen und politische Verhältnisse in den Herkunftsländern der Geflüchteten aufklären.
- b) Gegenseitig über Gepflogenheiten und Bräuche informieren, mit dem Ziel eines verständnisvollen Miteinanders und einer Hilfestellung für Geflüchtete, „wie Dinge auf dem Land getan werden“.
- c) Geflüchtete über kurz-, mittel- und langfristige Entwicklungsmöglichkeiten in ländlichen Räumen informieren (schulische und berufliche Ausbildung, Arbeit und Studium, Freizeit- und Sportmöglichkeiten). Hierbei ergeben sich vielfach Überschneidungspunkte mit bestehenden Maßnahmen der Wirtschaftsförderung und des Regionalmanagements, z. B. in Form einer „Willkommensagentur“.

Koordinieren und weiterbilden:

- d) Herkunft (städtischer oder ländlicher Raum) der Geflüchteten bei der Registrierung erheben und gemeinsam mit dem beruflichen Hintergrund bei der räumlichen Verteilung berücksichtigen.

- e) Ehrenamtliche Arbeit auf interkommunaler Ebene koordinieren, Ansprechpartner für die Integration von Geflüchteten in den Arbeitsmarkt und in Hochschulen bestimmen (z. B. Ehrenamtskoordinatoren in den Landratsämtern, Ausbildungsakquisiteure bei Handwerkskammern, Ansprechpartner für studieninteressierte Flüchtlinge an den Hochschulen und Universitäten).
- f) Ehrenamtliche und Mitarbeiter in Polizei, Behörden, Ämtern und Verbänden für die Arbeit mit Flüchtlingen qualifizieren.

Fördern und Anreize schaffen:

- g) Potenzielle „Brückenbauer“ in den Kommunen identifizieren und fördern.
- h) Entstehung kleiner (!) ethnischer *Communities* fördern, ohne damit soziale Beziehungen zu Einheimischen zu ersetzen. Kleine ethnische Gemeinschaften können dazu beitragen, neuankommende Geflüchtete zu unterstützen („Hilfe zur Selbsthilfe“) und deren Abwanderung in Großstädte zu verringern.
- i) Individuelle Alltagsmobilität der Geflüchteten in ländlichen Räumen durch innovative Konzepte fördern (z. B. durch Strukturen von Mitfahrgelegenheiten), um Nachteile durch unzureichende ÖPNV-Anbindung auszugleichen.
- j) Grenzen ehrenamtlichen Engagements deutlich machen und Zugang zu professionellen psychosozialen Betreuungsangeboten für Geflüchtete auch in ländlichen Räumen ermöglichen.
- k) (Finanzielle) Anreizsysteme für Kommunen schaffen, Flüchtlinge aufzunehmen. Vor dem Hintergrund von Abwanderung und demographischem Wandel sollte ein Perspektivenwechsel dazu führen, Flüchtlinge nicht zwingend als Belastung für Kommunen anzusehen. Vielmehr sollten sie als Ressource, d. h. als potenzielle Unternehmer oder Angestellte, Nachfrager für Waren, Dienstleistungen und Infrastrukturen (Schulen, Kindergärten) sowie als Vereinsmitglieder begriffen werden, auf die jede ländliche Kommune ein Anrecht hat.

Teile der vorgeschlagenen Einzelmaßnahmen wurden und werden von der Bundes-, Landes- und Kommunalpolitik antizipiert und aktuell

umgesetzt. Zur Entfaltung der Wirksamkeit ist jedoch ein integrierter, den lokalen Bedingungen angepasster Ansatz notwendig, der Integration und Zuwanderung als kommunale Zukunfts- und Querschnittsaufgabe versteht.¹⁹

Aus wissenschaftlicher Sicht ist eine langfristige, interdisziplinäre Begleitforschung zur Unterbringung von Geflüchteten in ländlichen Räumen angezeigt. Ein Monitoring der „Wohnkarrieren“ von Geflüchteten von der Unterbringung während des Asylverfahrens bis zur Zeit nach der Anerkennung kann dabei wertvolle Erkenntnisse über die Wohnsitzwahl im Zeitverlauf liefern. Auf regionaler Ebene bearbeiten die Autoren dieses Beitrags aktuell ein von der Staedtler-Stiftung gefördertes Forschungsprojekt, welches die Wohnstandortentscheidung anerkannter Flüchtlinge in den Landkreisen Regen und Freyung-Grafenau zum Thema hat. Dabei werden Geflüchtete mithilfe von standardisierten Fragebögen und zeichnerischen Aufgaben (Mobilitätskarten und bildgestützte Verfahren zur Ermittlung der Wohnstandortwünsche) zu ihrem Alltag (Mobilität, Interaktion mit der Lokalbevölkerung) und der Wohnstandortentscheidung zugunsten ländlicher Räume befragt. Daneben werden mithilfe von Expertengesprächen auch die Perspektiven der Ehrenamtlichen und Helferkreise, der Lokalpolitik sowie der Akteure des Immobiliensektors erfasst.

TOBIAS WEIDINGER, M.A.

Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Geographie der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, Lehrstuhl Kulturgeographie und Entwicklungsforschung

DR. STEFAN KORDEL

Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Geographie der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, Lehrstuhl Kulturgeographie und Entwicklungsforschung

ANMERKUNGEN

- ¹ Zur besseren Lesbarkeit wurde auf die gleichzeitige Nennung von männlichen und weiblichen Personenbeschreibungen verzichtet. Alle Angaben beziehen sich grundsätzlich – soweit zutreffend – sowohl auf die weibliche als auch auf die männliche Form.
- ² Dams, Jan / Kirst, Virginia: Das sind die Ballungszentren der Flüchtlinge in Deutschland, Welt online, <https://www.welt.de/wirtschaft/article150973911/Das-sind-die-Ballungszentren-der-Fluechtlinge-in-Deutschland.html>, Stand: 14.1.2016.
- ³ Die Autoren fassen unter dem Begriff Geflüchtete Asylsuchende, anerkannte Flüchtlinge, Kontingentflüchtlinge als auch geduldete Personen zusammen.
- ⁴ Schech, Susanne: Silent Bargain or Rural Cosmopolitanism? Refugee Settlement in Regional Australia, in: *Journal of Ethnic and Migration Studies* 40(4)/2014, S. 601-618.
- ⁵ Die dezentrale Verteilung wird in Australien jedoch nur auf Kontingentflüchtlinge und Asylbewerber, die per Boot oder Flugzeug ins Land kamen und keine Verwandten in Metropolitanräumen haben, angewandt. Vgl. Schech: Silent Bargain or Rural Cosmopolitanism, S. 607.
- ⁶ Hubbard, Phil: "Inappropriate and incongruous": opposition to asylum centres in the English countryside, in: *Journal of Rural Studies* 21/2005, S. 3-17.
- ⁷ Mithilfe von Spenden- und Unterschriftensammlungen, Demonstrationen und Plakataktionen mobilisierten die Bürgergruppen die Lokalbevölkerung gegen die Umnutzung zweier ehemaliger Militärgelände zu großen Asylaufnahmezentren mit eigenen Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen für jeweils 750 Asylbewerber. Daneben schürten nationalistische Parteien wie die British National Party (BNP) zusätzlich Ängste, um politisches Kapital daraus schlagen zu können. Vgl. Hubbard: Inappropriate and incongruous, S. 4.
- ⁸ Pehm, Raimund: Der andere Fremdenverkehr. Die Unterbringung Asylsuchender aus der Sicht von Tourismusverbänden am Beispiel Tirols, in: *SWS-Rundschau* 47(2)/2007, S. 186-208.
- ⁹ Rosenegger, Hans: Alltag im Flüchtlingslager: Das Fehlen von Zeitstrukturen, in: *Leben im Transit. Über die psychosoziale Situation von Flüchtlingen und Vertriebenen*, hrsg. von Brigitte Lueger-Schuster, Wien 1996, S. 54-65.
- ¹⁰ Pflegerl, Johannes / Fernández de la Hoz, Paloma: Die Bedeutung des Wohnens für Migrantenfamilien in Österreich, Wien 2001.
- ¹¹ Pehm: Der andere Fremdenverkehr, S. 204.
- ¹² Radford, David: "Everyday otherness" – intercultural refugee encounters and everyday multiculturalism in a South Australian rural town, in: *Journal*

- of *Ethnic and Migration Studies* 2016, S. 1-18, <http://dx.doi.org/10.1080/1369183X.2016.1179107>, Stand: 3.5.2016.
- ¹³ Diese Brückenbauer können sowohl aus der Gruppe der Flüchtlinge als auch der der Einheimischen stammen. Vgl. Radford: *Everyday otherness*, S. 8.
- ¹⁴ Stenbacka, Susanne: *International Migration and Resilience: Rural Introductory Spaces and Refugee Immigration as a Resource*, in: *Regional Resilience, Economy and Society. Globalising Rural Places*, hrsg. von Christine Tamásy und Javier Revilla Diez, Farnham 2013, S. 75-93.
- ¹⁵ Seit einer Gesetzesänderung 1994 ist in Schweden die Verteilung von Asylbewerbern im Land grundsätzlich auf zwei Arten möglich: Der Asylbewerber kann sich entweder selbst eine Wohnung suchen oder die schwedische Migrationsbehörde vermittelt ihm eine von der Behörde angemietete Wohnung. Dabei können Gemeinden mit der Migrationsbehörde Verträge über die Bereitstellung von Wohnraum für Asylbewerber und Flüchtlinge aushandeln, was 2010 auch 260 der 290 schwedischen Gemeinden taten. Vgl. Stenbacka: *International Migration and Resilience*, S. 78.
- ¹⁶ Larsen, Birgitte R.: *Drawing Back the Curtains. The Role of Domestic Space in the Social Inclusion and Exclusion of Refugees in Rural Denmark*, in: *Social Analysis* 55(2)/2011, S. 142-158.
- ¹⁷ Ziel der Wohnsitzauflage war, dass Geflüchtete soziale Kontakte mit der Lokalbevölkerung aufbauen, die ihnen eine bessere Integration in die dänische Mehrheitsgesellschaft ermöglichen. Gleichzeitig sollte dadurch das Risiko, in urbanen Räumen sozial und ökonomisch marginalisiert zu werden, minimiert werden. Vgl. Larsen: *Drawing Back the Curtains*, S. 142 f.
- ¹⁸ Schech, Susanne / Rainbird, Sophia: *Negotiating integration. Refugees and asylum seekers in Australia and the UK*, in: *Migration and Insecurity. Citizenship and Social Inclusion in a Transnational Era*, hrsg. von Niklaus Steiner, Robert Mason und Anna Hayes, London 2013, S. 108-126.
- ¹⁹ Schader-Stiftung: *Interkulturelle Öffnung und Willkommenskultur in strukturschwachen ländlichen Regionen. Ein Handbuch für Kommunen. Forschungs-Praxis-Projekt Integrationspotenziale ländlicher Regionen im Strukturwandel*, Darmstadt 2014.

ZWISCHEN WILLKOMMENSKULTUR UND VERLUSTÄNGSTEN

Migration im Kontext kommunaler Governance-Strukturen

MICHAEL WEIGL || Das Politikfeld der Migrations- und Einwanderungspolitik steht beispielhaft für Verflechtungen, Abhängigkeiten und begrenzte Gestaltungsspielräume moderner Politik in Zeiten der Globalisierung. Die internationale Staatengemeinschaft kann mittels der ihr zur Verfügung stehenden zivilen wie militärischen Instrumente versuchen, Fluchtursachen zu bekämpfen und Migration zu steuern.

Solche Initiativen sind allerdings stets schwierig und umstritten, sind sie doch mit dem Einwirken auf souveräne Staaten oder dem Eingreifen in das anarchische, unübersehbare Chaos zerfallen(d)er Staaten verbunden. Folgen solcher Interventionen, gerade mit Blick auf regionale Strukturen der Stabilität, sind niemals gänzlich absehbar und – wenn überhaupt – nur von langfristiger Wirkung. Auch mangelt es schon zumeist an einem geschlossenen und entschlossenen Auftreten der Staatengemeinschaft.

Der Gestaltungsspielraum der Nationalstaaten in Bezug auf gelingende Integration ist **BEGRENZT**.

Die Nationalstaaten selbst können sich dem Kampf um Fluchtursachen auch in Eigenregie annehmen. Mehr als punktuelle Erfolge und symbolische Ausrufezeichen aber sind ihrem Engagement in der Regel nicht beschieden, weshalb sich ihre Initiativen vor allem darauf konzentrieren, den nationalen Rahmen des

Umgangs mit ankommenden Migranten zu gestalten. Verbote und Gebote, allen voran die Regelung der Frage, wer immigrieren darf und wer welchen Aufenthaltsstatus verbunden mit welchen Rechten erhält, gehören zu ihrem täglichen Handwerkszeug. Zugleich können Nationalstaaten andererseits darauf hinwirken, die Voraussetzungen gelingender Integration zu stärken – beispielsweise durch die Unterstützung von Angeboten der Spracherlernung. Inwieweit solche Initiativen aber tatsächlich Erfolg zeigen, liegt nur bedingt in der Hand nationaler Exekutiven. Unbestritten ist, dass Integration als Zweibahnstraße nur gelingen kann, wenn sowohl die Gesellschaft des Ankunftslandes als auch die Migranten selbst zu Integration bereit sind.

KOMMUNALES ENTSCHEIDUNGSHANDELN UND ZIVILGESELLSCHAFTLICHES ENGAGEMENT

Die Kommunen sind das Schlussglied der Verantwortungskette und somit gleichwohl von zentraler Bedeutung. Abhängig von den Entscheidungen höherer Ebenen sind es doch die Städte und Gemeinden vor Ort, in denen die konkreten Weichen gestellt werden müssen, damit Integration gelingen kann. Sie sind es, welche den nationalen Rahmen vor Ort mit

Leben füllen müssen, wobei nicht nur „harte“ Entscheidungen beispielsweise hinsichtlich der Unterbringung zu treffen sind. Als mindestens ebenso zentral erscheinen „weiche“ Initiativen, welche Migranten eine Perspektive aufzeigen und die Fremdheit zwischen ihnen und den Einheimischen überwinden. Die zentrale kommunale Funktion der Integration der Stadtbevölkerung¹ sieht sich hier im Besonderen herausgefordert – umso mehr, je homogener sich die kommunale Gemeinschaft zuvor präsentierte, beispielsweise in peripheren Regionen. Das zivilgesellschaftliche Engagement, ohne das Integration nur eine Leerformel bleibt, aber kann auch von der kommunalen Politik nur gefördert, nicht erzwungen werden.

In der so genannten „Flüchtlingskrise“ hat sich abermals bestätigt, auf welchem starkem Fundament die Zivilgesellschaft in Deutschland steht. Nicht nur haben unzählige Initiativen Ehrenamtlicher allerorts geholfen, die erste Phase massenhafter Ankunft zu bewältigen. In dieser Zeit, da Kompetenzen und Abläufe noch nicht geklärt waren, stellten sie eine unerlässliche Ergänzung des staatlichen Handelns dar. Mit dem Rückgang der Ankunftszahlen und der Gerinnung administrativer Abläufe zur Routine hat sich der Charakter dieses Engagements verändert, ohne obsolet geworden zu sein. Gelingende Integration vor Ort ist dauerhaft nur als fruchtbares Zusammenspiel kommunalpolitischen Entscheidungshandelns und gelebtem zivilgesellschaftlichem Engagement zu denken und verweist so auf die traditionelle Stärke von Kommunen.

Schon lange ist das lokale Entscheidungshandeln in Bewegung. Das Modewort „Governance“ als Bezeichnung für den Wandel politischer Steuerungsmodi von Hierarchie zum Regieren „in und durch Netzwerke“² hat kaum irgendwo sonst mehr Berechtigung denn mit Blick auf Kommunen. Näher am Bürger zu sein: Schon immer war dies einer der beherrschenden Topoi, die Relevanz von kommunaler und regionaler Politik zu begründen. Mit dem Wandel kommunaler Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse wurde die Berechtigung dieses Satzes nicht nur abermals untermauert. Vielmehr hat die traditionelle Bürgernähe von Kommunen nochmals eine neue Qualität angenommen. In-

tegrierte Entwicklungskonzepte unter Einbeziehung aller relevanten Akteure, die Idee sozialer Dorfentwicklung als „tatkraftiges Miteinander der Menschen“³ oder kommunale Runde Tische sind nur drei Beispiele für sich etablierende Strukturen, welche alte hierarchische Entscheidungsprozesse überwinden. War die Gestaltung des Lebensraumes Gemeinde früher vornehmlich in die Hand des Bürgermeisters und der Stadträte als kommunale Autoritäten gelegt, ist es heute zunehmend die Bevölkerung im Gesamten, die aufgerufen ist, ihrer Heimat vor Ort Konturen zu geben und sie zu leben. Zwar sind mit dieser Entwicklung manche Fragen aufgeworfen, so zum Beispiel hinsichtlich des Paradoxons, dass auch für gemeinsam ausgehandelte Entscheidungen die politische Verantwortlichkeit allein bei den politischen Repräsentanten verbleibt. Dennoch ist die schleichende Transformation des Entscheidungsraumes Kommune als beachtlich zu kennzeichnen, ist hier doch eine Annäherung an das demokratische Ideal eines von allen Bürgern getragenen Gestaltungsraumes zu beobachten.

Das Entscheidungs- und Gestaltungshandeln der Kommunen wird von den BÜRGERN gesteuert.

Diese in den vergangenen Jahrzehnten neu etablierten kommunalen Governance-Strukturen bieten für die Entwicklung von Städten und Gemeinden – nicht nur, aber nicht zuletzt im ländlichen Raum – eine große Chance. Sie helfen, Entfremdungsprozessen zwischen Staat und Bürgern, wie sie auf höheren politischen Ebenen zu beobachten sind, entgegenzuwirken, die Attraktivität von gerade auch kleinen Kommunen als vitalem Lebensraum zu stärken und Entscheidungsblockaden durch Bürgerproteste schon im Vorfeld von Vorhaben zu kanalisieren und zu organisieren. Darüber hinaus sind sie geeignet, auch neue Herausforderungen wie die der Migration in Bahnen zu lenken, die dem Integrationsgedanken von Kommunen gerecht werden.

KOMMUNALE GOVERNANCE-STRUKTUREN ALS INSTRUMENT DER INTEGRATION

Bei aller berechtigter Euphorie über das zivilgesellschaftliche Engagement im Rahmen der „Flüchtlingskrise“ darf die politische wie gesellschaftliche Sprengkraft dieser Herausforderung nicht übersehen werden. Dem Engagement der Einen steht die Skepsis der Anderen gegenüber. Integration, so haben die Auseinandersetzungen gezeigt, ist keine Selbstverständlichkeit, deren Erfolg sich mit der Zeit wie von selbst einstellt. Zu tief sind die Gräben, die sich zwischen „Willkommenskultur“ und Verlustängsten auf-tun. Auch wenn es angesichts des Abflauens des Migrantenstroms zuweilen scheinen mag, dass sie zugeschüttet seien, sind ihre Spuren doch tatsächlich Gletscherspalten gleich nur oberflächlich verwischt. Zu erwartende Langzeiteffekte der Migrationsbemühungen ebenso wie nicht unwahrscheinlich erscheinende neue Migrationsströme könnten sie jederzeit wieder aufreißen.

Integration nicht nur zu bewältigen, sondern auch im Jetzt und für die Zukunft zu lernen, muss das Ziel der anstehenden Anstrengungen sein. Hierfür bieten die in der Vergangenheit zunehmend etablierten kommunalen Governance-Strukturen ein Instrument, das nicht erst erfunden werden muss, sondern bereits bekannt ist, Vertrauen genießt und seine integrative Kraft bewiesen hat. Es gilt, diese vorhandenen Instrumente zu nutzen und weiterzuentwickeln, um so eine Brücke zwischen dem zivilgesellschaftlichen Engagement der Willkommenskultur und den Anliegen der gesamten kommunalen Gesellschaft zu schlagen.

Die bereits etablierten GOVERNANCE-STRUKTUREN ermöglichen und erleichtern die Integration.

Tatsächlich sind die Herausforderungen der Integration von Migranten nicht zu trennen von der Integration der kommunalen Gesellschaft im Allgemeinen. Wird das Thema Integration von Migranten in einem abgesonderten und geschützten Governance-Kontext behandelt, droht sich die Konstruktion einer Ingroup-Outgroup-Konstellation zwischen einheimischer Bevölkerung

einerseits und Neuankömmlingen andererseits zu verfestigen. Wird die Herausforderung Integration dagegen in die traditionell Kommunen herausfordernde Themenagenda integriert, steigen nicht nur die Chancen nachhaltiger Integration. Auch sind so Potenziale der Neubürger zu organisieren und gezielter abzurufen.

Mit Hilfe der Governance-Strukturen kann die Migration in einen kommunalen GESAMT-ZUSAMMENHANG gestellt werden.

Kann Vielfalt traditionell als eines der Merkmale von Städten gelten, ist die Pluralisierung von Lebensstilen und die wachsende Heterogenität der Gesellschaft inzwischen auch in kleinen Gemeinden des ländlichen Raums zu beobachten. Die von der Gemeinschaft wie der Politik in Großstädten und kleinen Gemeinden zu bearbeitenden Konfliktlinien nähern sich so zunehmend an. Diejenigen, die von der Gesellschaft abgehängt zu werden drohen, müssen mitgenommen werden, möchte eine Spaltung der kommunalen Gemeinschaft verhindert werden; Herkunft, Glaube oder Hautfarbe sind für die Suche angemessener Lösungen dieser Herausforderung zweitrangig. Strukturdefizite, welche Kommunen zu lösen haben, betreffen alle Einheimische gleichermaßen, egal welcher Nation oder Sprache. Die Diskussion um Mobilität von Migranten kann beispielsweise in Migrationszusammenhängen bearbeitet werden. Sie kann aber auch in bestehende Governance-Strukturen zur Lösung von Mobilitätsfragen der Gesamtkommune integriert werden. Nicht nur wird die Herausforderung Migration so vergemeinschaftet. Auch ihre Lösung in Form von Entscheidungen und Initiativen kommen dann der Gesamtgemeinde zugute, nicht nur einer ausgewählten Personengruppe. Das Thema Integration könnte so zur Selbstverständlichkeit werden; nicht, weil es nicht bearbeitet wird, sondern weil es nicht singularisiert wird.

Für die politische wie gesellschaftliche Bearbeitung des Themas Migration bedarf es einer engen Zusammenarbeit zwischen engagierten Kommunen und einer engagierten Zivilgesellschaft. Jedoch scheint es sachpolitisch wenig zielführend und für die kommunale Solidargemeinschaft wenig förderlich, das Thema Migration in einem weitgehend unabhängig von anderen Instrumenten und Netzwerken der Stadt-Bürger-Beziehung geführten Dialog zu thematisieren. Vielmehr bieten die bereits etablierten Governance-Strukturen von Kommunen die Chance, das herausfordernde Thema Migration zu integrieren und so in einen kommunalen Gesamtzusammenhang zu stellen. Nicht nur würde sich derart die Chance bieten, das sozial brisante Thema der Integration zu entschärfen. Auch könnten auf diese Weise Potenziale der Zivilgesellschaft, wie sie in der „Flüchtlingskrise“ aufgeschienen sind, zumindest partiell in ein langfristiges Engagement für die Kommune und die Region umgemünzt werden. Die zu erwartenden Spill-Over-Effekte zwischen Themen und Engagierten würden schließlich auch die Governance-Strukturen der Kommunen weiter präzisieren und schärfen. Indem Städte und Gemeinden so noch näher an die Bürger heranrücken, würden sie einen weiteren Schritt hin zu dem Modell einer idealen demokratischen Gesellschaft gehen.

|| **DR. MICHAEL WEIGL**

Lehrkraft für besondere Aufgaben für
Politikwissenschaft, Universität Passau

ANMERKUNGEN

- ¹ Vgl. Göschel, Albrecht: Integration und Stadt, in: Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften 1/2001, S. 5-11, hier: S. 5.
- ² Vgl. Haus, Michael: Von government zu governance? Bürgergesellschaft und Engagementpolitik im Kontext neuer Formen des Regierens, in: Engagementpolitik. Die Entwicklung der Zivilgesellschaft als politische Aufgabe, hrsg. Von Thomas Olk, Ansgar Klein und Birger Hartnuß, Wiesbaden 2010, S. 210-232, hier: S. 212.
- ³ So der Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft, Christian Schmidt. Vgl. Pressemitteilung des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft vom 20.8.2015.

TRANSFORMATION DURCH INTEGRATION

Wie Pioniere des Wandels den ländlichen Raum verändern

NINA HEHN / MANFRED MIOGSA || Die globalen Veränderungsprozesse wie Klimawandel, Ressourcenknappheit und demographische Entwicklung stellen auch Kommunen im ländlichen Raum vor besondere Herausforderungen. Ein spezielles Problemfeld tut sich in diesem Zusammenhang zunehmend im Bereich der infrastrukturellen Daseinsvorsorge auf. Durch die hohen Zahlen an Flüchtlingen in den letzten Jahren werden die Kommunen zudem verstärkt mit den Folgen globaler Verwerfungen konfrontiert und es werden ihnen zusätzliche Integrationsleistungen abverlangt.

Während einige Kommunen eher resigniert oder abwehrend reagieren und auf Unterstützung von höherer staatlicher Ebene hoffen, nehmen andere Kommunen und Bürger die Sache selbst in die Hand. Dieser Beitrag soll beispielhaft aufzeigen, wie die Integration von Flüchtlingen gelingen und sogar transformative Nachhaltigkeitsstrategien von Kommunen unterstützen kann. Solche positiven Beispiele sind allerdings voraussetzungsreich. Sie können nur gelingen, wenn einerseits den spezifischen Bedürfnissen Geflüchteter Rechnung getragen werden kann und die Kapazität der Bewohner zur Integration und zu neuen Formen des Miteinanders gestärkt wird. Eine Politik, die mithilfe der Zuwanderung von Geflüchteten demographische Probleme in ländlichen Räumen abmildern will, muss dies berücksichtigen.

HERAUSFORDERUNGEN

Die Veränderungen in der Agrar- und Wirtschaftsstruktur, insbesondere die strukturellen Änderungen in der Land- und Forstwirtschaft, der demographische Wandel, die Energiewende und die multidimensionalen Wirkfaktoren der Globalisierung sowie die damit zusammenhängenden ökonomischen, sozialen und ökologischen Veränderungen in den ländlichen Räumen Bayerns stellen die Kommunen schon seit

geraumer Zeit vor große Herausforderungen. Weitere menschengemachte Verwerfungen wie Finanz- und Wirtschaftskrise und ihre Auswirkungen auf private und kommunale Haushalte, die zunehmende Häufigkeit und Intensität von Naturkatastrophen sowie bereits überschrittene Kippunkte wie z. B. beim Klima erschüttern die Zukunftsfähigkeit bisheriger ländlicher Entwicklungswege mehr und mehr.

Aufgrund stattgefundener Privatisierungsmaßnahmen auf dem Lande fehlen heute dort NOTWENDIGE Infrastruktureinrichtungen.

Die Privatisierungswellen seit Beginn der 1990er-Jahre haben dazu geführt, dass es für das Leben auf dem Land zunehmend an notwendigen Infrastruktureinrichtungen fehlt. Nach der netzgebundenen Infrastruktur wie Post, Telekommunikation und Energieversorgung wurde in den späten 1990er-Jahren auch die Bereitstellung der sozialen und kulturellen Infrastruktur, insbesondere im Gesundheits- und Pflegebereich sowie bei den öffentlichen Wohnungsgesellschaften und im Bildungssektor, auf Privatunternehmen übertragen. Im Gegensatz zum staatlichen Daseinsvorsorgegedanken handeln diese nach der Logik von Wirtschaftlichkeit und Profitabilität, so dass Produkte und Dienstleistungen

oft nur dort angeboten werden, wo ein rentabler Absatzmarkt vorhanden ist. Dünn besiedelte ländliche Regionen mit zunehmendem Bevölkerungsschwund erscheinen in diesem Zusammenhang wenig attraktiv. Konsequenzen sind eine Verringerung der Versorgungsintensität und Versorgungsqualität in der Daseinsvorsorge durch einen Rückzug aus der Fläche („De-Infrastrukturalisierung“).¹ In diesen Regionen wird die Ausdünnung der Daseinsvorsorge oft als Benachteiligung und als Vernachlässigung durch die Mehrheitsgesellschaft in den prosperierenden Agglomerationen empfunden und hinterlässt ein Gefühl der Abkoppelung.

Vor dem Hintergrund des demographischen Wandels sind aber gerade in den ländlichen Räumen immer mehr Menschen auf die Bereitstellung von Daseinsvorsorgeeinrichtungen angewiesen. Lebendige Ortskerne, soziale Treffpunkte oder zentral gelegene Lebensmittelgeschäfte steigern nicht nur die allgemeine Lebensqualität, sondern werden insbesondere für ältere Menschen lebensnotwendig. Auch für neu Zugezogene stellt sich die Frage nach entsprechenden Angeboten.

Nachdem sich die Wogen nach der starken Flüchtlingswelle und der teilweise hitzigen Debatte um die Unterbringung von Geflüchteten und deren Verteilung im Raum wieder etwas geglättet haben, sind es nun weniger die Erstversorgung und Erstunterbringung, die die Kommunen beschäftigen, sondern vielmehr die Frage nach einer langfristigen Integration der Zugezogenen in das dörfliche Leben. Auch für diese Aufgaben sind funktionierende Infrastrukturen der Daseinsvorsorge wie ein funktionierender öffentlicher Personennahverkehr, Arbeitsplätze vor Ort, zu Fuß oder mit dem Fahrrad erreichbare Einkaufsmöglichkeiten und soziale Treffpunkte zentral.

„Pioniere des Wandels“ versuchen über Projektarbeit, Zugezogene zu INTEGRIEREN.

Um diesen Herausforderungen zu begegnen, führt ein „weiter wie bisher“ offenbar kaum in die richtige Richtung. Vielmehr müssen neue Wege beschritten werden. Einige Kommunen und Bürger haben sich als sog. „Pioniere des

Wandels“ bereits auf den Weg gemacht und zeigen, wie der Wandel in der Praxis gestaltet werden kann.

PIONIERE DES WANDELS

Interkulturelles Gartenprojekt Waldsassen

Die kleine Stadt Waldsassen an der Grenze zu Tschechien ist bekannt für ihr Kloster. Die im Jahr 1133 gegründete Zisterzienserinnen-Abtei Waldsassen hat eine lange Geschichte, die bereits seit vielen Jahren zahlreiche Besucher bis in die nordöstlichste Ecke Bayerns lockt. Neben der Klosterkirche und der eindrucksvollen Stiftsbibliothek wirkt vor allem auch das Kultur- und Begegnungszentrum mit staatlich anerkannter Umweltstation starke Anziehungskraft auf Gäste aus aller Welt aus. Als Einrichtung der Umweltbildung soll hier durch praktisches Erlebarmachen der Natur sowohl im außerschulischen, aber auch im schulischen Bereich das Umweltbewusstsein und die Handlungskompetenz bei Bürgern aller Altersstufen entwickelt werden.

Der Geschäftsführer der Umweltstation Michael Selinger hat hier tatsächlich ein kleines Paradies geschaffen. Im Naturerlebnissgarten werden neben den zu bestaunenden Heilkräutern, Bienenstöcken, Hühnern und Obstbäumen auch Veranstaltungen wie Heilkräuterkurse, Pilzwanderungen oder Seminare der Klostermedizin angeboten. Ohne seine fleißigen Helfer würde Michael Selinger das Ganze allerdings nicht schaffen. Bei der Gartenarbeit band er sowohl Menschen aus sozial schwierigen Verhältnissen als auch Flüchtlinge mit ein. Dabei machte er die Erfahrung, wie viel Selbstvertrauen und Kompetenz sich durch diese Art der Integration bei den Akteuren entwickelte. Vor diesem Hintergrund kam Selinger auf die Idee, direkt vor dem Flüchtlingsheim in Waldsassen einen interkulturellen Garten zu errichten. Und so entstand innerhalb von wenigen Monaten auf einer kahlen Rasenfläche ein fruchtbares Stück Land. Was Selinger nicht unbedingt erwartet hatte: Das Projekt ist zum Selbstläufer geworden. Mittlerweile wird der Garten von den dort lebenden Geflüchteten und Gemeindegängern gemeinsam bewirtschaftet.



Quelle: KuBZ Waldsassen, KlimaKom eG / Universität Bayreuth

Nahversorgung in Lüchow

Wie die Nahversorgung durch eine veränderte Bevölkerungsstruktur wiederbelebt werden kann, zeigt das Beispiel aus der niedersächsischen Gemeinde Lüchow. Wie in vielen anderen Kommunen dünnte der Einzelhandel auch im Lüchower Ortskern in den letzten Jahren immer mehr aus. Heute stehen viele Geschäfte leer und tragen kaum zur Attraktivität des Ortsbildes bei. Diesem Trend wirkt der libanesischer Unternehmer Ali Khodr entgegen. Mit seinem „Mira Markt“ hat er mitten im Zentrum einen arabischen Supermarkt eröffnet. Offenbar hat es in Lüchow schon einmal einen Laden gegeben, der arabische Lebensmittel verkaufte.² Dieser hatte sich damals allerdings nicht lange halten können. Das Erfolgsrezept von Ali Khodr liegt auf der Hand: Mit den Flüchtlingen in der Stadt hat Khodr nun mit einem Schlag etwa 1.000 potenzielle neue Kunden gewonnen.³ Durch den Laden gewinnen die Flüchtlinge auch vor Ort ein Stück Heimat wieder. Dabei ist der Mira Markt nur ein kleiner Teil einer überaus beeindruckenden Willkommenskultur. In Lüchow

wurden die Flüchtlinge schon bei ihrer Ankunft mit offenen Armen empfangen: 80 Menschen kamen, um die Flüchtlinge zu begrüßen, sangen Lieder und hefteten Sonnenblumen an den Zaun.⁴ Jugendliche organisieren Skateboard-Aktionen, ein Handyladen verschenkt Prepaid-Karten, gemeinsames Gärtnern und Sachspenden via Facebook sind nur einige Beispiele dafür, wie Integration gelingen kann.⁵ Für eine Gegend, die stark vom Bevölkerungsschwund betroffen ist, könnte dies eine Überlebensstrategie sein.

Regionale Wertschöpfung aus dem Wald

Wie Tradition, Innovation und Integration Hand in Hand gehen können, zeigt das Start-up Unternehmen Franz Bettenbauer aus Passau. Die Geschäftsidee besteht in einem Art Franchise-Modell, wonach sich Schreinereien aus der Region Bayerischer Wald unter einer Dachmarke zusammenschließen, um mit gemeinsamer Kraft handgefertigte Schlafmöbel zu vermarkten. Voraussetzung für die Mitgliedschaft ist, dass die Schreinerei mindestens einem Flüchtling

einen Ausbildungsplatz bietet. Im Gegenzug dafür unterstützt Franz Bettenbauer jeden mitmachenden Betrieb in der Integration: von rechtlicher Begleitung über interkulturelle Schulungen bis hin zu Freizeitaktivitäten. Nach dem Motto „Franz der Bettenbauer steht für handfesten Idealrealismus und für ein unmögliches Wirtschaftsmodell rund um Werte und Menschen“ geht es den Unternehmern darum, vermeintliche Gegensätze zu vereinen: traditionelles Handwerk und Innovation, ökonomisches Tun und idealistische Haltung, materielle und immaterielle Werte. Besonders hervorzuheben ist das Selbstverständnis der Unternehmer in Hinblick auf den eigenen Erfolg: „Mit dem Integrationsgedanken fest im Business Plan verankert möchte er nicht trotz, sondern *wegen* der Integration Geflüchteter erfolgreich sein.“⁶

FLÜCHTLINGSPOLITIK – PROBLEME UND VORAUSSETZUNGEN FÜR EINE ERFOLGREICHE INTEGRATION

Die Beispiele zeigen: Ohne ein umfassendes bürgerschaftliches Engagement ist eine erfolgreiche Integrationsarbeit nicht denkbar. Idealistische Einzelpersonlichkeiten sind häufig der Motor für erfolgreiche Projekte. Sie übernehmen individuell Verantwortung für eine anspruchsvolle gesellschaftliche Aufgabenstellung.

Insbesondere in ländlichen Räumen ist dieser persönliche Einsatz aktiver Einzelpersonen von großer Bedeutung, da in der Regel die institutionellen Angebote der Integrationsarbeit wesentlich dünner gesät sind als in (Groß-)Städten. Ihr Erfolg, das Ausmaß ihres Engagements und ihre Ausdauer sind gerade aufgrund des höheren Maßes an Öffentlichkeit ihres Wirkens in den überschaubaren dörflichen Strukturen stark davon abhängig, welche gesellschaftliche Wertschätzung sie als Pioniere des Wandels insgesamt erfahren.

Von großer Bedeutung für den Erfolg der Pionier-Initiativen sind daher auch die vorherrschenden Diskurse und die gesellschaftliche Atmosphäre, die ihre Aktivitäten rahmen und wie diese ihr direktes Umfeld in den Dörfern prägen. Der gesellschaftliche Diskurs schwankt dabei in letzter Zeit zwischen einer demonstrativen Willkommenskultur und einer zuneh-

menden Ablehnung von Zuwanderung und der Aufnahme von Geflüchteten bis hin zu einer Konstruktion von vermeintlichen Bedrohungslagen durch eine unkontrollierte Zuwanderung. War zunächst eine freundlich-humanitäre bis optimistische Debatte – symbolisiert durch den Ausspruch der Bundeskanzlerin „Wir schaffen das“ – prägend, gewinnen nunmehr Diskurse an Gewicht, die Zuwanderung radikal begrenzen und selektiv gestalten wollen. Trotz einschneidender Veränderungen des Asylrechts und der Verabschiedung eines Integrationsgesetzes mit erheblichen repressiven Elementen in den letzten Monaten⁷ und einer Kappung der Flüchtlingsrouten wird ein weiterer Kurswechsel in der Flüchtlingspolitik eingefordert.⁸ Bisher unbelegte Zusammenhänge zwischen dem „Flüchtlingsstrom“, einer Zunahme der Kriminalität und einer steigenden terroristischen Gefahr werden immer öfter in öffentlichen Debatten konstruiert. Im Kielwasser dieser Veränderung in den öffentlichen Diskursen nehmen tätliche Übergriffe auf Flüchtlinge und deren Unterkünfte stetig zu. Das gesellschaftliche Klima beginnt sich gegen die Flüchtlinge zu wenden.

Zuwanderung muss POSITIV besetzt werden, um die Daseinsvorsorge mit den entsprechenden Infrastrukturen aufrecht erhalten zu können.

Diese Veränderung in der Wahrnehmung der Flüchtlingsthematik erschwert nicht nur den Erfolg der Pioniere des Wandels, die aktiv Geflüchtete in ihre Projekte integrieren und spannende neue Perspektiven für die ländliche Entwicklung erarbeiten. Sie erschwert insgesamt Integrationsstrategien, da eine weit verbreitete Skepsis in der Bevölkerung gegenüber den Zugewanderten aus anderen Kulturkreisen aktiv vergrößert wird. Die Zuwanderung von Geflüchteten wird öffentlich immer stärker als ein Problem diskutiert und nicht als Chance für Strategien gegen den demographischen Wandel und zur langfristigen Sicherung von Fachkräften

für den Arbeitsmarkt wahrgenommen. Erfolgreiche Integration setzt jedoch voraus, Geflüchtete als positive Ressource zu betrachten: Die Verteilung von Geflüchteten in ländliche Räume kann dazu beitragen, die dort durch Abwanderung und Schrumpfung entstandene Erosion von Infrastrukturen der Daseinsvorsorge aufzuhalten und neue Entwicklungsperspektiven zu eröffnen. Vorhandene Leerstände in der Wohnbebauung könnten für die Unterbringung von Geflüchteten genutzt werden und durch Um- oder Wiedernutzung zu einer baulichen Aufwertung führen.

Eine Strategie zur (Re-)Vitalisierung insbesondere peripherer ländlicher Räume ist jedoch aus mehreren Gründen voraussetzungsvoll: Auf der Seite der Geflüchteten sind die räumlichen Präferenzen meist auf die Verdichtungsräume vor allem in Westdeutschland ausgerichtet. In den Großstädten haben sich ethnische Migrantencommunities etabliert, die für die neuen Zuwanderer die ersten Anknüpfungspunkte bieten und das Ankommen erleichtern. Nicht selten existieren dort persönliche oder verwandtschaftliche Netzwerke, die eine wichtige Aufnahme- und Integrationsfunktion übernehmen. Zudem sind dort zumindest aus der Sicht der Flüchtlinge am ehesten Beschäftigungschancen und Einkommensmöglichkeiten zu erwarten.⁹

Ein positives Integrationsklima entsteht nur dann, wenn vor Ort die RAHMENBEDINGUNGEN für integrationsfördernde Angebote geschaffen werden.

Demgegenüber sind in den ländlichen Räumen diese Ankerpunkte geringer ausgeprägt und die infrastrukturellen Integrationsangebote weit weniger vorhanden. Zudem ist die Mobilität aufgrund eines dünnen ÖPNV-Angebots eingeschränkt.¹⁰ Diese strukturellen Defizite müssen durch ein intensiveres kommunales und zivilgesellschaftliches Engagement kompensiert werden. Ehrenamtliches Engagement zu mobilisieren ist jedoch umso schwieriger, je mehr

Zuwanderung in der öffentlichen Diskussion negativ belegt wird. Ein positives örtliches Integrationsklima zu erzeugen, wird dann zusätzlich erschwert, wenn gleichzeitig Peripherisierungserfahrungen gemacht werden, die den eigenen Alltag erschweren beispielsweise durch den anhaltenden Rückzug der Daseinsvorsorge aus der Fläche (Supermärktersterben, Schließen der Bankfiliale, Rückbau kommunaler Infrastrukturen wie Schwimmbäder, Abbau von Bushaltestellen etc.).

Ein positives Integrationsklima in ländlichen Räumen braucht daher auf mehreren Ebenen Unterstützung: bei einer verbesserten Ausstattung mit integrationsstützenden Angeboten vor Ort, bei der Bereitstellung funktionsfähiger und qualitativvoller Infrastrukturen der Daseinsvorsorge und bei der Gestaltung öffentlicher Diskurse, die Zuwanderung als Ressource sehen und nicht als Bedrohung. In einem solchen Umfeld können die bemerkenswerten Erfolge der Pioniere des Wandels auf fruchtbaren Boden fallen und eine Dynamik miterzeugen, die langfristig zu einer Transformation der ländlichen Räume führt.

DR. NINA HEHN

KlimaKom eG, Kommunalberatung,
München und Bayreuth

PROF. DR. MANFRED MIOGGA

KlimaKom eG, Kommunalberatung,
München und Bayreuth

ANMERKUNGEN

¹ Kersten, Jens / Neu, Claudia / Vogel, Berthold: Demografie und Demokratie. Zur Politisierung des Wohlfahrtsstaates, Hamburg 2012.

² http://www.ejz.de/ejz_50_110976400-28_Libanese-Ali-Khodr-hat-in-Luechow-einen-Laden-eroeffnet.html, Stand: 9.9.2016.

³ http://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/luenburg_heide_unterelbe/Wo-andere-schliessen-macht-Ali-ein-Geschaeft-auf,miramarkt100.html, Stand: 9.9.2016.

⁴ <http://www.spiegel.de/panorama/luechow-im-wendland-wie-eine-kleinstadt-die-fluechtlingskrise-meistert-a-1057348.html>, Stand: 9.9.2016.

- ⁵ <http://www.spiegel.de/panorama/luechow-im-wendland-wie-eine-kleinstadt-die-fluechtlingskrise-meistert-a-1057348.html>, Stand: 9.9.2016.
- ⁶ <https://www.franz-bettenbauer.de/franzonomics>, Stand: 9.9.2016.
- ⁷ <https://www.proasyl.de/news/integrationsgesetz-in-kraft-die-neuerungen-im-ueberblick/>, Stand: 27.9.2016.
- ⁸ http://www.focus.de/politik/deutschland/parteien-csu-will-verschaerfung-der-fluechtlings-und-zuwanderungspolitik_id_5909277.html, Stand: 27.9.2016.
- ⁹ Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.): Migration und Raumentwicklung (= Positionspapier aus der ARL 105/2016), URN: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0156-01058>, S. 4.
- ¹⁰ Kirchhoff, Gudrun: Zuwanderung im ländlichen Raum. Besonderheiten und Erfolgsfaktoren kommunaler Integrationspolitik, in: Der Schlepper. Das Magazin für Migration und Flüchtlingsolidarität in Schleswig-Holstein, Heft 61/62, 12/2012, S. 70-72, <http://www.frsh.de/schlepper/nr61622012/>, Stand: 27.9.2016.

RESÜMEE

BAYERN UND ANDERE MIGRANTEN

Integration und Werte durch Praxis erleben

HOLGER MAGEL || Alois Glück, ehemaliger Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, spricht über Flucht und Migration im Jahre 2015/16 als eine Herausforderung, die gar einen historischen Veränderungsprozess hin zu einer internationalen Schicksalsgemeinschaft markiert. Wie wirkt sich dieser Prozess im wohlhabenden Hightech-Standort Bayern aus? Ist der ländliche Raum überhaupt dafür gerüstet, und wie kann er zum Gelingen der Integration und zum Wahren der Menschenwürde beitragen? Bei der Teilnehmerschaft des hier dokumentierten Sommerkolloquiums bestand darin Einigkeit, dass gerade der ländliche Raum wegen seiner kleinteiligen Strukturen besondere Chancen bietet für die Aufnahme und Eingliederung der Migranten hin zu neuen Mitgliedern der Gesellschaft.

WAS TUN? DIE WELT ERKLÄREN ODER KONKRET HANDELN?

Eigentlich ist die Sache ganz einfach: Folgt man Jeffrey Sachs in seinem Gastbeitrag in der „Welt“ vom 1. Juli 2016, müsste man nur

1. den Krieg in Syrien beenden, indem man Präsident Baschar al-Assad den IS besiegen und Syrien stabilisieren lässt, und
2. mehr Ressourcen für die wirtschaftliche Entwicklung vor allem in afrikanischen Ländern mit niedrigem Einkommen verwenden.¹

Ja, dann wären, so Jeffrey Sachs, zwei der fünf größten Probleme der Welt gelöst. Dann auch, so darf man folgern, wären wir das Flüchtlingsproblem, das Europa, Deutschland und Bayern insbesondere seit Herbst 2015 in Atem hält, los. Im Moment fehlt wohl vielen die Vorstellungskraft für die Realisierung dieser Vorschläge. Naheliegender ist es deshalb, sich auf das Konkrete und Nahe zu konzentrieren: Wie können wir die bereits angekommenen und weiter ankommenden Flüchtlinge und vor allem Asylbewerber in unserem Land „verorten“ und ihnen helfen, als Mitbürger so aufgenommen zu werden, dass sie ihre eigenen Lebensperspek-

tiven entwickeln können? Die meisten Menschen sprechen hierbei von Integration, wozu es nach Prognos-Chef Christian Böllhoff dreierlei braucht:

1. Werte und Haltung,
2. Offenheit und Veränderungsbereitschaft und
3. Zuversicht und Selbstvertrauen im Sinne von Merkels „Wir schaffen das!“²

Wie können wir die bereits angekommenen und weiter ankommenden FLÜCHTLINGE in unserem Land „verorten“?

Bayerns Innenminister Joachim Herrmann ist da schon vorsichtiger: Er meinte bei einer Veranstaltung der Katholischen Akademie in Bayern, dass Integrieren nicht „Multikulti“ bedeuten dürfe.³ Es gibt dazu noch viele weitere Auffassungen. Unter dem Aufruf „Von Brecht lernen“ hat z. B. der Komparatist Jürgen Wertheimer in der Süddeutschen Zeitung vom

16. Juni 2016 darauf verwiesen, dass es vielen Flüchtlingen nicht um Integration, sondern primär um Rückkehr ginge. Darauf müsse sich die Politik besser einstellen.⁴ Dieser Meinung wird allerdings z. B. vom Münchner Soziologieprofessor Armin Nassehi vehement widersprochen; er spricht gar von einer Lebenslüge, dass Migration zu Rückkehr führe. Die meisten würden bleiben!

Durch Integration vermeidet man die Bildung von PARALLELGESELLSCHAFTEN.

Es geht wohl letztlich um beides: um Hierbleiben und Verorten auf Dauer oder vorübergehend, mit allen damit verbundenen Aspekten. Beide Male – und davor haben vor allem ländliche Bürgermeister und ihr bayerischer Präsident besonders Angst – muss es vor allem darum gehen, die Bildung von Parallelgesellschaften zu vermeiden.

VON DER FREMDE ZUR HEIMAT!?

Verorten auch und gerade im ländlichen Raum – das ist nun die notwendige Fragestellung nach viel zu vieler und, wie sich nun erweist, voreiliger Zuwendung und Konzentration auf die Lage in den Städten. Hier kommt uns die Ausstellung des Bezirks Mittelfranken gerade recht. Sie heißt „Fremde in Franken. Migration und Kulturtransfer“.⁵ Hier wird, vor allem unter dem Kapitel „Franken und andere Migrantinnen“, anschaulich dargestellt, dass es Zuwanderungen und Verschmelzungen im ländlichen Raum immer schon gegeben hat und immer geben wird. Heute erscheint uns dieses Phänomen aufgrund seiner außergewöhnlichen Wucht und vielleicht auch wegen der Zuwanderung aus sehr fremden Kulturkreisen als Bedrohung. Alois Glück spricht von der Flüchtlingskrise als einer Schicksalsfrage der Europäischen Union.⁶ Matthias Horx rät allerdings, sie angesichts einer längst in beide Richtungen wirkenden Globalisierung

nicht Krise zu nennen, sondern „humanitäre Migration“.⁷ Die deutsche Wirtschaft hat das allerdings, reichlich blauäugig, lange anders vermittelt: Sie setzte auf die Zuwanderung dringend benötigter und in ihren Augen gut ausgebildeter junger Arbeitskräfte, die bei uns fehlen. Daimler Chef Dieter Zetsche träumte gar gleich von einem neuen deutschen Wirtschaftswunder.⁸ Nun ist, wie die Statistik aus dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge belegt,⁹ die Ernüchterung groß: Man muss geduldig sein und viel investieren in Aus- und Fortbildung, in soziale und infrastrukturelle Projekte.

Soll das aber nur in den Städten erfolgen, wohin es, zumindest anfangs, die meisten Flüchtlinge zieht? Nein, sagen beispielsweise Vertreter der CSU wie Thomas Huber, der Chancen sieht für Zuwanderungen in die aufnahmefähigen ländlichen Räume, wogegen viele Städte wie z. B. München längst am Limit stehen und entlastet werden sollten. Ich halte wenig davon und betrachte das als aussichtsloses Hase-und-Igel-Rennen, in den Großstädten noch mehr zu bauen, noch mehr Menschen aus Nah und Fern anzusiedeln, solange wir die Chancen im ländlichen Raum nicht wirklich genutzt haben. Eine fragwürdige Radikalumkehr aller bisherigen Werte hat nun aber Bundesbauministerin Barbara Hendricks vollzogen, als sie ankündigte, Städte noch mehr zu verdichten zu dem Preis, dass sie (noch) lauter werden.¹⁰ Jahrelang kämpften viele Menschen in der Stadt gegen zunehmenden Lärm (und Feinstaub). Nun wird er amtlich sanktioniert, nun soll man alles plötzlich akzeptieren unter dem flotten Slogan: „So ist eben das urbane Leben!“ „Urbanisten“ wie SZ-Journalist Gerhard Matzig bejubeln das auch noch.¹¹

Um die Großstädte zu entlasten, sollen ALLE Chancen auf Flüchtlingsaufnahme im ländlichen Raum genutzt werden.

Da wird man misstrauisch und möchte eher dem nüchternen Befund der Eidgenössischen Forschungsanstalt für Wald, Schnee und Landschaft WSL, Gruppe Landschaftsökologie, folgen: Ihre Forscher stellten in einer Umfrage fest, dass Planungsfachleute (und Journalisten?) we-

sentlich häufiger als die andersdenkende breite Bevölkerung die Stadt als bevorzugten Wohnort angeben, als Wohnort mit urbanen, sprich engeren, lauterer und (fein-)staubigeren Bedingungen.¹²

Nein, wir sollten uns zuvor mehr anstrengen und die Möglichkeiten der ländlichen Räume für die Aufnahme besonders auch von Flüchtlingen und Asylbewerbern gründlich prüfen. Frank Gesemann vom Berliner Institut für demokratische Entwicklung und soziale Integration geht gar so weit, dass er sagt, ländliche Regionen bräuchten eine aktive Integrations- und Migrationspolitik, um ihre Zukunftsfähigkeit zu sichern. Notwendig sei aber dazu, dass die ländlichen Kommunen eine Leitbildvielfalt entwickeln und nach außen tragen.¹³

WAS UNSERE GESELLSCHAFT SOWIE UNSERE LANDKOMMUNEN UND IHRE ALT- UND NEUBÜRGER NUN BRAUCHEN

Ob Professor, Landbürgermeister, Forscher, Regierungsbeamter oder Landtagsabgeordneter, alle fanden sich beim Sommerkolloquium in einer abschließenden Zusammenschau wieder. Nachfolgende Einsichten und Forderungen sollen festgehalten werden:

Wir brauchen einen mentalen Wandel!

Armin Nassehi rät im Sommerkolloquium dazu, weniger von Krise, humanitärer Migration oder ähnlichem zu reden als vielmehr sich (endlich) zu einer gewollten Einwanderung zu bekennen. Das neue Integrationsgesetz ist ein sichtbarer Schritt dahin. Deutschland ist heute schon international gesehen eines der erfolgreichsten Einwanderungsländer der Welt. Es gibt keinen Zweifel, dass dies so bleiben wird und das gerade auch in Bayern, falls folgende Bedingungen für ein erfolgreiches Einwanderungsland weiterhin gewährleistet sind:

- a) vergleichbare Lebensbedingungen,
- b) der Migrationshintergrund tritt im Leben der Migranten zurück und
- c) das Erleben von Integration und von Werten durch praktisches Tun.

Beispiele aus der Praxis zeigen, dass es längst ländliche Kommunen mit aktiver Integrations-

und Migrationspolitik gibt, wie von Frank Gesemann gefordert.¹⁴ Allerdings gehört dazu nicht nur die richtige Kommunikationsstrategie, sondern auch eine Politik der Ausgewogenheit und Begrenzung.

Flüchtlinge aufs Land?! Hier muss kein Fragezeichen mehr gestellt oder Skepsis geäußert werden.

Nein, es ist sogar ganz bewusst von einem Ausrufezeichen zu sprechen. Ländliche Räume, insbesondere die bundesweit gesehen wirtschaftlich stärkeren und damit attraktiveren ländlichen Räume in Bayern, sind bestens geeignet für Aufnahme, Integration und zukünftiges Verbleiben der Neuankömmlinge, insbesondere junger Familien. Über die hohe Attraktivität der ländlichen Räume in Bayern mögen gerade jene Migranten überrascht sein, die zunächst in die Städte drängen. Sie haben wohl die eher abschreckenden strukturschwachen ländlichen Räume im Heimatland im Kopf. Gleichwohl muss auch bei uns einiges auf allen Seiten dafür getan werden, damit räumliche und soziale Verortung und Integration gelingen können. Niederbayerns Regierungsvertreter Jürgen Weber hat bei dem Kolloquium deutlich gezeigt, was und wie es getan werden muss.¹⁵ Und der Erfolg stellt sich ein. Es gibt auch im ländlichen Raum bereits die vielzitierten integrationserleichternden Milieus. Parallelgesellschaften wie in Großstädten sind im ländlichen Raum jedenfalls wesentlich weniger wahrscheinlich. Die Forderung von Armin Nassehi, wonach man den Migranten die größte Würde dadurch erweisen kann, indem man ihnen einerseits Familienleben und Arbeit ermöglicht und andererseits sichtbar und konkret von ihnen Beiträge und eigene Anstrengungen verlangt, ist im ländlichen Raum, gerade in den Dörfern und Kleinstädten, leichter und transparenter zu realisieren.

Gerade für JUNGE FAMILIEN sind die ländlichen Räume in Bayern sehr attraktiv.

Bei der räumlichen Integration gibt es verschiedene Meinungen und Konzepte, die sich erst nach und nach als richtig erweisen müssen: dezentrale Verortung der Neuankömmlinge in Dörfern oder konzentriertere Unterbringung in zentralen Orten des ländlichen Raumes oder beides.

Gerade bei der konzentrierten Unterbringung gibt es durchaus Top-down-Management und Entscheidungen. Dazu gehört auch das strittige Thema einer begrenzten Wohnsitzzuweisung für anerkannte Asylbewerber und Bleibeberechtigte, die seit 1. September 2016 in Bayern gilt. Sie sollte man wohl nicht allzu ideologisch diskutieren und in Frage stellen aufgrund der ohne Zweifel gegebenen Ausnahmesituation und gesellschaftlichen Herausforderungen, denen unser Land gegenübersteht. Immer – so die Ergebnisse der Diskussion – müssen spezielle räumliche Aspekte und Standortbedingungen, die auf den Lebensstil und die Lebensbedingungen der Flüchtlinge einwirken wie Mobilität, Zugang zu und Inanspruchnahme von infrastrukturellen Angeboten etc. besonders bedacht werden. Insgesamt stand außer Frage, dass eine wohlgeleitete Verortung und Integration, am besten unter Einsatz von sog. Paten(-schaften) für einzelne Flüchtlinge bzw. Familien, ein wichtiger Beitrag zur Resilienzstärkung von ländlichen Räumen sein kann. Dies haben Beispiele aus fränkischen Kommunen zum Thema Leerstandsmanagement und Innenentwicklung klar gezeigt. Hier fällt dann sogar der noch etwas fremd anmutende Begriff „Governance der Resilienz“.

Wir müssen Integration lernen!

So war die Aussage des Politikwissenschaftlers Michael Weigl.¹⁶ Was das im Einzelnen bedeutet, wurde nicht näher diskutiert. Integration braucht Zeit. Das weiß inzwischen jeder. Arbeitsministerin Andrea Nahles sagt dazu: „Es wird kein Sprint, sondern ein Langstreckenlauf!“ Dabei bezieht sie sich nur auf die Integration in den Arbeitsmarkt.¹⁷ Wie länger dauert womöglich erst die soziale und kulturelle Integration? Hängt die Dauer davon ab, ob wir Integration auch erfolgreich lernen? Vielleicht hilft hier der Blick auf die Mahnungen des Nobelpreisträgers Amartya Sen: Er propagiert

empowerment oder Befähigung als zentrale Maßnahme, um Chancengleichheit und soziale und Teilhabegerechtigkeit zu erreichen – beide sind zentrale Voraussetzungen für Integration.¹⁸

Dieses Befähigen muss für beide Seiten gelten, damit Integration gelernt und praktiziert werden kann: für die Neuankömmlinge ebenso wie für die hiesigen Bürger. Den Neuankömmlingen muss im Sinne einer „Hilfe zur Selbsthilfe [...] und auf Augenhöhe“¹⁹ und nicht von oben herab geholfen und Gelegenheit gegeben werden, zu lernen sowie sich einzubringen und zu engagieren. Ebenso wie die bereits ansässigen Bürger und zivilgesellschaftlichen Institutionen, darin eingeschlossen so multiplikatorisch wirkende Institutionen wie die Akademie Ländlicher Raum, die Hanns-Seidel-Stiftung oder die Schulen der Dorf- und Landentwicklung, sich befähigen müssen zum geduldigen Dialog und zu einer nicht nur samariterhaften Haltung des Helfens. Armin Nassehi spricht in seinem Vortrag im Sommerkolloquium so einprägsam von einer Kultur des Hinschauens und Sich-Auseinandersetzens. Damit könnten sich im besten Sinne des Wortes eine Aktive Bürgergesellschaft und Neue Verantwortungsgemeinschaft ergeben, wie sie seit Jahren insbesondere von Alois Glück und Holger Magel propagiert werden.²⁰

Zentrale VORAUSSETZUNGEN für Integration sind Chancengleichheit und soziale Gerechtigkeit.

Zu dieser Verantwortung gehört auch die Verpflichtung, mit dem Thema fair, transparent und offen, d. h. ohne Tabus, umzugehen. Es darf nicht sein, dass berechtigte Bedenken und Sorgen der Mitbürger sofort als rechtes Gedankengut diffamiert und diese Menschen in eine schweigende Protesthaltung getrieben werden. Alois Glück fordert deshalb dazu auf, die Schwierigkeiten und die Dimension dieser Aufgabe offen und ehrlich zu benennen.²¹ Genauso

offen und nüchtern sollten aber auch die Vorteile und Chancen einer Einwanderung, wie wir sie ja unübersehbar nach jahrzehntelanger Entwicklung im eigenen Lande ernten dürfen (Stichwort „bunte“ deutsche Fußballmannschaft), diskutiert werden.

Alois Glück fordert aber eine weitere wichtige Voraussetzung, damit Integration gelernt werden kann: Nicht nur Integrationspolitik, sondern auch jede individuelle Einstellung zur Integration beginnt mit der Selbstvergewisserung über die eigenen Maßstäbe und Werte. Allgemeine Formulierungen wie das Zitieren christlicher, westlicher oder gar abendländischer Werte führen seiner Meinung nach nicht weiter. Konkret geht es – und dies muss dann auch transportiert und vermittelt werden – um die Würde des Menschen, um Gleichberechtigung von Mann und Frau, Meinungsfreiheit, Rechtsstaatlichkeit, Trennung von Religion und Staat, Religionsfreiheit etc. Noch entscheidender wird aber sein, diese Werte auch überzeugend im eigenen Leben zu vertreten und zu leben. Flüchtlinge müssen sehen und erleben können, dass wir diese Werte im Alltag auch leben, so Armin Nassehi.

Offenheit ist eine ZWEISEITIGE Angelegenheit, die Alteingesessene und Neuankömmlinge betrifft.

Wie sehr Integration von der angesprochenen Offenheit abhängt, machen auch Marina und Herfried Münkler in ihrem neuen Buch deutlich: Sie sprechen von der Offenheit als einer zweiseitigen Angelegenheit, die Alteingesessene und Neuankömmlinge betrifft.²²

Integration lernen und mentaler Wandel sind das eine, Integration planerisch, baulich, infrastrukturell, sozialräumlich und bildungsmäßig konkret zu ermöglichen, ist das andere.

Wir brauchen nicht nur Masterpläne für Integration, sondern vor allem auch räumlich strukturelle Gesamtkonzepte für Stadt und Land. Und wir brauchen dazu die entsprechenden (Förder-)Instrumente und -strategien – von der Städtebauförderung und Dorferneuerung begonnen bis hin zu interkommunalen und regionalen Entwicklungskonzepten und Entwicklungsagenturen. Erfreulicherweise verfügen wir gerade in Bayern über etwas im höchsten Maße und höchster Qualität, was global, kontinental und in dieser historischen Ausnahmesituation auch im eigenen Land am meisten benötigt wird: über vorzüglich funktionierende Institutionen und Verwaltungen sowie über eine überwältigend aktive Bürgergesellschaft mit einer unübersehbaren Heerschar von Ehrenamtlichen mit hoher Managementkompetenz und ebenso hoher Effizienz.

Gleichwohl bleibt auch in Bayern eine noch engere Koordination und Kooperation der Behörden, Akteure und Programme eine nicht leichte Daueraufgabe. Dies ist dringender Wunsch der lokalen Akteure. Dies bedingt für alle, gemeinsam an einem Strang zu ziehen zum Wohle des Ganzen.

Nur gemeinsam werden wir die Jahrhundertaufgabe der Flüchtlingsaufnahme schaffen und gemeinsam nur das, was sich das prominente Autorentrio Brücker, Fratzscher und Weizsäcker so plakativ wünscht:

Wenn 2015 das Jahr der Willkommenskultur in Deutschland war, muss 2016 (und folgende Jahre) das Jahr der Integration werden.²³

|| **UNIV.-PROF. EOE DR.-ING. HOLGER MAGEL**

Präsident der Bayerischen Akademie Ländlicher Raum; Mitglied der Enquetekommission des Bayerischen Landtags „Gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern“, München

ANMERKUNGEN

- ¹ Sachs, Jeffrey: Fünf Lösungen für die größten Probleme unserer Welt, in: Die Welt, 1.7.2016.
- ² Böllhoff, Christian: Außer Rand und Band geraten, in: Editorial zum Prognos-Trendletter „Vom Krisenmodus zur Strategie“, April 2016.
- ³ Herrmann, Joachim: Integration, innere Sicherheit – Strategien der Flüchtlingspolitik in Bayern, in: Zur Debatte 6/2016, S. 13 ff.
- ⁴ Wertheimer, Jürgen: Von Brecht lernen, in: Süddeutsche Zeitung (SZ), 16.6.2016, S. 2.
- ⁵ Bezirk Mittelfranken / Bezirksheimatpfleger: Fremde in Franken, Migration und Kulturtransfer. Wanderausstellung mit Flyer, 2016.
- ⁶ Glück, Alois: Internationale Schicksalsgemeinschaft. Flucht und Migration als Herausforderung, in: Stimmen der Zeit. Zeitschrift für christliche Kultur 4/2016.
- ⁷ Horx, Matthias: Die Weisheit der Krisen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 16.4.2016.
- ⁸ Zetsche, Dieter: Daimler-Chef Zetsche. Flüchtlinge könnten Wirtschaftswunder bringen, <http://www.faz.net/aktuell/technik-motor/iaa/daimler-chef-zetsche-fluechtlinge-koennten-neues-wirtschaftswunder-ausloesen-13803671.html>, Stand: 1.9.2016.
- ⁹ Rich, Anna-Katharina: Sozialstruktur, Qualifikationsniveau und Berufstätigkeit: Asylersantragsteller in Deutschland im Jahr 2015, in: BAMF-Kurzanalyse 03/2016.
- ¹⁰ Kerstin, Silke: Stadtleben bedeutet auch Unruhe. Interview mit Barbara Hendricks, in: Handelsblatt, 1.7.2016.
- ¹¹ Matzig, Gerhard: Urbanität. Nicht ganz dicht, in: SZ, 16./17.7.2016, S. 15.
- ¹² Tobias, Sylvia: Szenarien für die Landschaftsentwicklung in agglomerationsnahen Regionen, in: Geomatik Schweiz 6/2016.
- ¹³ Gesemann, Frank: Chance und Herausforderung, in: DVS LandInForm 4/2015, S. 12-13.
- ¹⁴ Ebd.
- ¹⁵ Weber, Jürgen: Siehe Beitrag in dieser Publikation.
- ¹⁶ Weigl, Michael: Siehe Beitrag in dieser Publikation.
- ¹⁷ Nahles, Andrea, zitiert in Zahl der Jobsucher auf 25-Jahres-Tief, <http://www.zeit.de/news/2016-08/31/arbeitsmarkt-volkswirte-im-august-arbeitslosigkeit-leicht-gestiegen-31074205>, Stand: 2.9.2016.
- ¹⁸ Sen, Amartya: Die Idee der Gerechtigkeit, München 2012.
- ¹⁹ Voigt, Markus: Christliches Menschenbild und Abendländische Kultur. 12 Thesen aus theologisch-ethischer Sicht, in: Politische Studien 468/2016, S. 63-73.
- ²⁰ Glück, Alois / Magel, Holger: Neue Wege in der Kommunalpolitik. Durch eine neue Bürger- und Sozialkultur zur Aktiven Bürgergesellschaft, München 2000.
- ²¹ Glück: Internationale Schicksalsgemeinschaft.
- ²² Münkler, Herfried / Münkler, Marina: Die neuen Deutschen. Ein Land vor seiner Zukunft, Berlin 2016.
- ²³ Brücker, Herbert / Fratzscher, Marcel / Weizsäcker, Jakob: Masterplan für Integration. Samstagsessay. SZ, 23./24.4.2016, S. 26.

„Ländlicher Raum“ – ein Thema, das die Hanns-Seidel-Stiftung schon länger beschäftigt:
 Nachfolgende Hefte können im Internet unter www.hss.de/publikationen.html oder unter
 Telefon 089 / 12 58-263 bestellt werden.

**Argumente und Materialien zum Zeitgeschehen 105
 HEIMAT ZWISCHEN TRADITION UND FORTSCHRITT**

Derzeit erlebt Heimat als Begriff und Lebensgefühl regelrecht eine Renaissance. Doch jenseits der meist verklärten, weichgezeichneten Postkartenidylle haben sich unsere Städte, Dörfer, Landschaften und Gewohnheiten geändert. Die Publikation beschäftigt sich aus verschiedener Perspektive mit dem Heimatverständnis.



**Argumente und Materialien zum Zeitgeschehen 101
 FACHKRÄFTESICHERUNG IM LÄNDLICHEN RAUM**

Die Verfügbarkeit von Fachkräften – ob Akademiker oder Personen mit einer abgeschlossenen Berufsausbildung – ist ein nicht zu unterschätzender Faktor sowohl für die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen als auch den Wohlstand von Regionen. Der „Fachkräftemangel“ ist in aller Munde.



**Argumente und Materialien zum Zeitgeschehen 97
 ARMUT IM LÄNDLICHEN RAUM?**

Analysen und Initiativen zu einem Tabu-Thema

Bei dem Stichwort „Armut“ denken viele Angesprochene zunächst an Entwicklungsländer, an Obdachlose oder Hartz-IV-Empfänger. Doch es gibt viele Facetten einer „relativen Armut“, selbst in gut aufgestellten Regionen.





**Argumente und Materialien zum Zeitgeschehen 96
LÄNDLICHE KULTUR – UNTERSCHÄTZT!**

Warum ziehen immer mehr Menschen in die Ballungsräume? Lässt sich der Traum vom Landleben nicht mehr verwirklichen? Sind es die attraktiveren Arbeitsplätze in den städtischen Zentren oder hat es auch mit dem „Urban Lifestyle“ zu tun? Was kann der „Rural Lifestyle“ entgegenhalten?



**Argumente und Materialien zum Zeitgeschehen 89
KIRCHE IM LÄNDLICHEN RAUM**

Resignation oder Aufbruch?

Anstoß für das Thema „Kirche im ländlichen Raum“ gaben die Herausforderungen, die sich durch den demographischen Wandel der Gesellschaft und durch die Reformprozesse in den Kirchen im ländlichen Raum stellen.



**Argumente und Materialien zum Zeitgeschehen 88
FRAUEN IM LÄNDLICHEN RAUM**

Frauen leisten einen hohen Beitrag zur Lebensqualität im ländlichen Raum. Doch welche Chancen bieten in Gegenzug die ländlichen Räume den Frauen? Was braucht es, damit sie sich hinsichtlich Beruf, Einkommen, Familienplanung und gesellschaftlichem Engagement selbst verwirklichen können?



**Argumente und Materialien zum Zeitgeschehen 78
GERECHTIGKEIT FÜR ALLE REGIONEN IN BAYERN**

Nachdenkliches zur gleichwertigen Entwicklung von Stadt und Land

Das Staatsziel der „gleichwertigen Lebensverhältnisse in allen Teilräumen“ ist sehr anspruchsvoll und auch nicht frei von Konflikten – vor allem dann, wenn sich die Diskussion auf Gegenpole wie „Stadt versus Land“ zuspitzt und wenn Räumen ein scheinbar schicksalhafter Image angelastet wird. Das Heft greift verschiedene rechtsphilosophische, ethische und planerische Zugänge zum Begriff der „Gerechtigkeit“ auf.

Zu den Themenfeldern „Flucht und Migration“ hat die Hanns-Seidel-Stiftung mehrere Publikationen herausgebracht. Dazu zählen u. a.:



ENGAGIERT FÜR FLÜCHTLINGE
Ein Ratgeber für Ehrenamtliche



Glossar
ASYL – FLUCHT – MIGRATION
Von A wie Asyl bis Z wie Zuwanderung



ICH ZEIGE DIR MEINE STADT
Wie wir in Deutschland leben



REFUGEE GUIDE
Eine Orientierungshilfe für das
Leben in Deutschland
(in sechs Sprachen erhältlich:
Leichtes Deutsch, Englisch, Pashtu,
Arabisch, Tigrinya, Urdu)

VERANTWORTLICH

Prof. Dr. Reinhard Meier-Walser

Leiter der Akademie für Politik und Zeitgeschehen, Hanns-Seidel-Stiftung, München;
er lehrt Internationale Politik an der Universität Regensburg.

HERAUSGEBER

Silke Franke, Dipl.-Geogr.

Referentin für Umwelt und Klima, Ländlichen Raum, Ernährung und Verbraucherschutz in der Akademie
für Politik und Zeitgeschehen der Hanns-Seidel-Stiftung

Univ.-Prof. Emeritus of Excellence Dr.-Ing. Holger Magel

Präsident der Bayerischen Akademie Ländlicher Raum; Mitglied der Enquetekommission des Bayerischen
Landtags „Gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern“, München

Argumente und Materialien zum Zeitgeschehen

Die „Argumente und Materialien zum Zeitgeschehen“ werden ab Nr. 14 parallel zur Druckfassung auch als PDF-Datei auf der Homepage der Hanns-Seidel-Stiftung angeboten: www.hss.de/mediathek/publikationen.html. Ausgaben, die noch nicht vergriffen sind, können dort oder telefonisch unter 089/1258-263 kostenfrei bestellt werden.

- Nr. 01 Berufsvorbereitende Programme für Studierende an deutschen Universitäten
- Nr. 02 Zukunft sichern: Teilhabegesellschaft durch Vermögensbildung
- Nr. 03 Start in die Zukunft – Das Future-Board
- Nr. 04 Die Bundeswehr – Grundlagen, Rollen, Aufgaben
- Nr. 05 „Stille Allianz“? Die deutsch-britischen Beziehungen im neuen Europa
- Nr. 06 Neue Herausforderungen für die Sicherheit Europas
- Nr. 07 Aspekte der Erweiterung und Vertiefung der Europäischen Union
- Nr. 08 Möglichkeiten und Wege der Zusammenarbeit der Museen in Mittel- und Osteuropa
- Nr. 09 Sicherheit in Zentral- und Südasiens – Determinanten eines Krisenherdes
- Nr. 10 Die gestaltende Rolle der Frau im 21. Jahrhundert
- Nr. 11 Griechenland: Politik und Perspektiven
- Nr. 12 Russland und der Westen
- Nr. 13 Die neue Familie: Familienleitbilder – Familienrealitäten
- Nr. 14 Kommunistische und postkommunistische Parteien in Osteuropa – Ausgewählte Fallstudien
- Nr. 15 Doppelqualifikation: Berufsausbildung und Studienberechtigung – Leistungsfähige in der beruflichen Erstausbildung
- Nr. 16 Qualitätssteigerung im Bildungswesen: Innere Schulreform – Auftrag für Schulleitungen und Kollegien
- Nr. 17 Die Beziehungen der Volksrepublik China zu Westeuropa – Bilanz und Ausblick am Beginn des 21. Jahrhunderts
- Nr. 18 Auf der ewigen Suche nach dem Frieden – Neue und alte Bedingungen für die Friedenssicherung
- Nr. 19 Die islamischen Staaten und ihr Verhältnis zur westlichen Welt – Ausgewählte Aspekte
- Nr. 20 Die PDS: Zustand und Entwicklungsperspektiven
- Nr. 21 Deutschland und Frankreich: Gemeinsame Zukunftsfragen
- Nr. 22 Bessere Justiz durch dreigliedrigen Justizaufbau?
- Nr. 23 Konservative Parteien in der Opposition – Ausgewählte Fallbeispiele
- Nr. 24 Gesellschaftliche Herausforderungen aus westlicher und östlicher Perspektive – Ein deutsch-koreanischer Dialog
- Nr. 25 Chinas Rolle in der Weltpolitik
- Nr. 26 Lernmodelle der Zukunft am Beispiel der Medizin
- Nr. 27 Grundrechte – Grundpflichten: eine untrennbare Verbindung

- Nr. 28 Gegen Völkermord und Vertreibung – Die Überwindung des zwanzigsten Jahrhunderts
- Nr. 29 Spanien und Europa
- Nr. 30 Elternverantwortung und Generationenethik in einer freiheitlichen Gesellschaft
- Nr. 31 Die Clinton-Präsidentschaft – ein Rückblick
- Nr. 32 Alte und neue Deutsche? Staatsangehörigkeits- und Integrationspolitik auf dem Prüfstand
- Nr. 33 Perspektiven zur Regelung des Internetversandhandels von Arzneimitteln
- Nr. 34 Die Zukunft der NATO
- Nr. 35 Frankophonie – nationale und internationale Dimensionen
- Nr. 36 Neue Wege in der Prävention
- Nr. 37 Italien im Aufbruch – eine Zwischenbilanz
- Nr. 38 Qualifizierung und Beschäftigung
- Nr. 39 Moral im Kontext unternehmerischen Denkens und Handelns
- Nr. 40 Terrorismus und Recht – Der wehrhafte Rechtsstaat
- Nr. 41 Indien heute – Brennpunkte seiner Innenpolitik
- Nr. 42 Deutschland und seine Partner im Osten – Gemeinsame Kulturarbeit im erweiterten Europa
- Nr. 43 Herausforderung Europa – Die Christen im Spannungsfeld von nationaler Identität, demokratischer Gesellschaft und politischer Kultur
- Nr. 44 Die Universalität der Menschenrechte
- Nr. 45 Reformfähigkeit und Reformstau – ein europäischer Vergleich
- Nr. 46 Aktive Bürgergesellschaft durch bundesweite Volksentscheide? Direkte Demokratie in der Diskussion
- Nr. 47 Die Zukunft der Demokratie – Politische Herausforderungen zu Beginn des 21. Jahrhunderts
- Nr. 48 Nachhaltige Zukunftsstrategien für Bayern – Zum Stellenwert von Ökonomie, Ethik und Bürgerengagement
- Nr. 49 Globalisierung und demografischer Wandel – Fakten und Konsequenzen zweier Megatrends
- Nr. 50 Islamistischer Terrorismus und Massenvernichtungsmittel
- Nr. 51 Rumänien und Bulgarien vor den Toren der EU
- Nr. 52 Bürgerschaftliches Engagement im Sozialstaat
- Nr. 53 Kinder philosophieren
- Nr. 54 Perspektiven für die Agrarwirtschaft im Alpenraum
- Nr. 55 Brasilien – Großmacht in Lateinamerika
- Nr. 56 Rauschgift, Organisierte Kriminalität und Terrorismus
- Nr. 57 Fröhlicher Patriotismus? Eine WM-Nachlese
- Nr. 58 Bildung in Bestform – Welche Schule braucht Bayern?
- Nr. 59 „Sie werden Euch hassen ...“ – Christenverfolgung weltweit
- Nr. 60 Vergangenheitsbewältigung im Osten – Russland, Polen, Rumänien

- Nr. 61 Die Ukraine – Partner der EU
- Nr. 62 Der Weg Pakistans – Rückblick und Ausblick
- Nr. 63 Von den Ideen zum Erfolg: Bildung im Wandel
- Nr. 64 Religionsunterricht in offener Gesellschaft
- Nr. 65 Vom christlichen Abendland zum christlichen Europa –
Perspektiven eines religiös geprägten Europabegriffs für das 21. Jahrhundert
- Nr. 66 Frankreichs Außenpolitik
- Nr. 67 Zum Schillerjahr 2009 – Schillers politische Dimension
- Nr. 68 Ist jede Beratung eine gute Beratung? Qualität der staatlichen Schulberatung in Bayern
- Nr. 69 Von Nizza nach Lissabon – neuer Aufschwung für die EU
- Nr. 70 Frauen in der Politik
- Nr. 71 Berufsgruppen in der beruflichen Erstausbildung
- Nr. 72 Zukunftsfähig bleiben! Welche Werte sind hierfür unverzichtbar?
- Nr. 73 Nationales Gedächtnis in Deutschland und Polen
- Nr. 74 Die Dynamik der europäischen Institutionen
- Nr. 75 Nationale Demokratie in der Ukraine
- Nr. 76 Die Wirtschaftsschule von morgen
- Nr. 77 Ist der Kommunismus wieder hoffähig?
Anmerkungen zur Diskussion um Sozialismus und Kommunismus in Deutschland
- Nr. 78 Gerechtigkeit für alle Regionen in Bayern –
Nachdenkliches zur gleichwertigen Entwicklung von Stadt und Land
- Nr. 79 Begegnen, Verstehen, Zukunft sichern –
Beiträge der Schule zu einem gelungenen kulturellen Miteinander
- Nr. 80 Türkische Außenpolitik
- Nr. 81 Die Wirtschaftsschule neu gedacht – Neukonzeption einer traditionsreichen Schulart
- Nr. 82 Homo oecologicus – Menschenbilder im 21. Jahrhundert
- Nr. 83 Bildung braucht Bindung
- Nr. 84 Hochschulpolitik: Deutschland und Großbritannien im Vergleich
- Nr. 85 Energie aus Biomasse – Ethik und Praxis
- Nr. 86 Türkische Innenpolitik – Abschied vom Kemalismus?
- Nr. 87 Homo neurobiologicus – Ist der Mensch nur sein Gehirn?
- Nr. 88 Frauen im ländlichen Raum
- Nr. 89 Kirche im ländlichen Raum – Resignation oder Aufbruch?
- Nr. 90 Ohne Frauen ist kein Staat zu machen – Gleichstellung als Motor für nachhaltige Entwicklung
- Nr. 91 Der Erste Weltkrieg – „In Europa gehen die Lichter aus!“
- Nr. 92 Deutsch als Identitätssprache der deutschen Minderheiten
- Nr. 93 Frankreichs Grandeur – Einst und Jetzt

- Nr. 94 Alphabetisierung – eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe
- Nr. 95 Linksextremismus in Deutschland – Bestandsaufnahme und Perspektiven
- Nr. 96 Ländliche Kultur – unterschätzt!
- Nr. 97 Armut im ländlichen Raum? Analysen und Initiativen zu einem Tabu-Thema
- Nr. 98 Gegen das große Unbehagen –
Strategien für mehr Datensicherheit in Deutschland und der Europäischen Union
- Nr. 99 Wem gehört das Sterben? Sterbehilfe und assistierter Suizid
- Nr. 100 Frankreich im Umbruch – Innerer Reformdruck und außenpolitische Herausforderungen
- Nr. 101 Fachkräftesicherung im ländlichen Raum
- Nr. 102 Brexit und Grexit – Voraussetzungen eines Austritts
- Nr. 103 Energie- und Klimapolitik – Die Rolle der Kohle und der Energiemärkte
- Nr. 104 Wandel und Kontinuität – Was bleibt von der DDR und vom Kalten Krieg?
- Nr. 105 Heimat zwischen Tradition und Fortschritt
- Nr. 106 Flüchtlinge aufs Land?